



Burghausen Braunau Mattighofen

VERBÜNDET VERFEINDET VERSCHWÄGERT

BAYERN UND ÖSTERREICH

BAYERISCH-OBERÖSTERREICHISCHE
LANDESAUSSTELLUNG 2012

27. April – 4. November 2012



Lesen Sie weiter auf der Seite 97 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

während der Beitrag zur »Reform der Demokratie« ins Lektorat ging, hatten sich die Standpunkte der handelnden Personen bzw. Parteien zwar nicht grundsätzlich geändert, doch werden nahezu täglich neue Vorschläge präsentiert, die dann umgehend auf Zustimmung oder Ablehnung stoßen. Durch das Internet beschleunigt sich der Austausch von Informationen atemberaubend – und hat damit auch wesentlichen Einfluß auf die Abläufe der Politik. Eine Stärkung der »Direkten Demokratie«, wie sie jetzt in aller Munde ist, muß demgemäß unter Einbeziehung dieses zeitbeherrschenden Mediums passieren. Auch das will wohlüberlegt sein, weshalb uns dieses Thema künftig zunehmend im Alltag begleiten wird.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 108

Reform der Demokratie	3	Erstes Unternehmen im neuen Wirtschaftspark Perg-Machland	69
Reform der Pensionskassen	12	Kongresse, Firmentagungen und Seminare in OÖ boomen	70
Gedenken	15	Demographische Trends 2011	71
Wiener Charta	19	Time Travel Vienna	72
Oö. Zukunftsakademie		Gauder Fest 2012	75
Schlüsselfaktor Arbeit	21	Ahnen- und Familienforschung Teil 4 der Serie von Günter Ofner	77
Innsbruck 2012 – 2018	24	Oö.: »Goldener Kochlöffel«	80
Der Dalai Lama besucht Österreich	25	Feinschmeckerin des Jahres	81
Schweizer Bundespräsidentin war zu Gesprächen in Wien	31	Landeshauptleute geehrt	82
Europakonferenz des Bundesrates	33	Verdienste um die Stadt Wien	83
10 Jahre Kulturforum New York	35	Harnoncourt-Unverzagt geehrt	84
Europäische Konferenz zur Chancengleichheit in Wien	39	JKU unter den 100 besten jungen Unis der Welt	85
Auslandssteirer Polzler in Graz	40	Zusehen bei der Geburt eines Elektrons	87
China trifft Hallstatt	41	Rätsel um kaltes Wasser gelöst	88
OÖ unterstützt Vorzeigeprojekte im Kongo	42	Keramische Herzpumpe	89
Korea Kulturhaus Österreich	43	Physiker entwerfen kreative Maschine	90
Kunst mit (Fahrrad)Profil	44	Neue Sehprothese hilft Blinden	91
Auf nach Innsbruck!		Wasserkraft aus Moln	92
Dachverbandsreise der österr. Vereinigungen in Deutschland	45	Höchste Auszeichnung für MODUL University Vienna	93
Gelebtes Europa in Brüssel	48	Funde im Schloß Kaiserebersdorf	94
18. AuslandsNiederösterreich-Innen-VIP-Treffen	49	Startschuß für Reform der Musikausbildung in Wien	95
Weltbund-Tagung des AÖWB	50	»Verbündet – Verfeindet – Verschwägert. Bayern und Österreich«	97
»Burgenland Journal«		NÖ: Ein Land im Zeitraffer	102
Kooperation mit den Nachbarn	51	Albertina: Kirchner Heckel Nolde	112
LRH-Direktor: sechs Bewerber sind noch im Rennen	53	Rettet den Maria Saaler Dom	114
Ein Vertrag für das Burgenland	54	Europäische Wochen Passau	117
Schutzschirm gegen Jugendarbeitslosigkeit	55	Wir sind Wien. Festival d. Bezirke	119
Elektromobilität für jedermann	56	»Goldene Palme« für Haneke	120
Schloß-Spiele Kobersdorf	57	Interview mit Michael Haneke	121
-----		Blickle Kino eröffnet	124
»Silvius-Magnago-Platz« in Bozen	58	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: der Komponisten Hans J. Salter	125
Entlastung für EU-Ausgaben 2010	59	Die Besten Österreichischen Sommer-Bergbahnen	127
Agrarstrukturhebung	60	Kulturschiff von Passau nach Linz	129
Zwischen Konsolidierung und Wachstum	63	Umweltfreundlich durch Wien	130
Europas Schuldenkrise	64		
Noch wächst die Industrie	65		
Mangelberufsliste für 2012	66		
Wiener Wirtschaftsförderung	67		



Gedenken an vielfache Greuelthaten S 15



Der Dalai Lama besuchte Österreich S 25



NÖ: Ein Land im Zeitraffer S 102



»Goldene Palme« für Michael Haneke S 120



Die Besten Österr. Bergbahnen S 127

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: OÖ. Landesausstellung 2012; S. 2: BKA/HBF / Andy Wenzel (zwei Mal); Landesmuseum Niederösterreich; Audrey Tautou pictures / GNU-Lizenz zimbioinc.com; Bergbahnen Turracher Höhe.

Reform der Demokratie

Auch wenn es bis zur turnusmäßigen Nationalratswahl im Herbst 2014 noch mehr als eineinhalb Jahre dauert: Die verstärkte Diskussion über eine notwendige Reform der Demokratie beweist, daß 19 Monate – abzüglich jener Zeit, die die Gesetzwerdung in Anspruch nimmt – nicht sehr lange dauern.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Wozu Reformen? Ist nicht ohnehin alles geregelt? Läuft denn nicht alles in geordneten Bahnen? Man könnte doch denken, daß nach der letzten Wahlrechtsreform, die vor allem das Risiko mißbräuchlicher Stimmabgaben faktisch auf Null reduziert hat, alles Notwendige für einen reibungslosen Ablauf getan sei. Nun, das stimmt wohl. Was aber damit keineswegs behoben ist, sind die Kernprobleme steigende Politik(er)verdrossenheit und die daraus resultierende sinkende Wahlbeteiligung. Aufgrund der Notwendigkeit, bei staatlichen Strukturausgaben massiv – und vor allem nachhaltig – einzusparen, stehen auch Überlegungen im Raum, die Zahl der Regierungsmitglieder, der Abgeordneten zum Nationalrat und zu den Landtagen zu reduzieren, eine Neuordnung des Kräfteverhältnisses zwischen Bund und Ländern zu überdenken.

Bei den praktisch ohne jegliches Tabu geforderten Einsparungen geht es um das Ziel, das Übel an der Wurzel zu packen und nicht wirklich notwendige Kostenverursa-

cher ein- für allemal zu eliminieren, ohne das System zu gefährden.

Auch wenn unsere Demokratie nicht wirklich gefährdet ist, stimmt es bedenklich, daß zwar alle für deren Entwicklung sind, also durch aktive Teilnahme am politischen Geschehen, aber immer weniger Menschen an deren Gestaltung teilnehmen wollen. Als sichtbarstes Zeichen steht die Wahlbeteiligung, sozusagen als Existenzminimum der Teilhabe.

Vielfache Gründe

Die Verdrossenheit hat viele Väter (wenn man das heute noch so sagen darf). Das Human Institut Klagenfurt komprimierte die Aussagen von 850 Personen (österreichweit ausgewählt nach dem Quotaverfahren) anläßlich einer Analyse zur Bundespräsidentenwahl 2010: „Tatsache ist, daß nachvollziehbare praktizierte Wertehaltungen und wortreiche Beschreibung von Vorhaben und Taten in der Wahrnehmung der Wähler immer deutlicher auseinander klaffen. Es

mangelt nicht nur an politischen Befähigungen und Talenten, die noch zusätzlich mit dem nötigen Charisma ausgestattet bei der Wählerin/dem Wähler wirksamen Eindruck hinterlassen und damit Motivationen mobilisieren, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen.“ Eine wesentliche Rolle spielen die seit vielen Monaten schlagzeilenbeherrschenden Ereignisse rund um den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der Ende Oktober 2011 seine Arbeit aufgenommen hat und insgesamt sieben Themenkomplexe näher beleuchtet: fragwürdige Zahlungen und Kursmanipulationen im Bereich der Telekom, die Privatisierung der Buwog und die Einmietung von Gerichten und Finanzbehörden in private Liegenschaften, die Vergabe des Blaulichtfunknetzwerks an ein Bieterkonsortium durch das Innenministerium, Inseratenschaltungen von staatsnahen Unternehmen, Inserate und Medienkooperationen von Ministerien, die versuchte Lockerung des Glücksspielmonopols sowie mögliche Geldflüsse in Zusammenhang mit

Innenpolitik

Staatsbürgerschaftsverleihungen. Die täglich veröffentlichten – von einigen Medien via Live-Ticker aus dem Ausschuß transportierten – Anschuldigungen, Rechtfertigungen und neu entdeckten Skandale beherrschen nahezu den Alltag und bieten manchen Printmedien „Munition“ für oft schwer, wenn überhaupt, beweisbare Vorhaltungen. Und: dazwischen leben Wählerin und Wähler, täglich mit Schlagzeilen bombardiert, wie verkommen die Politik und deren „Freunderln“ seien und wie skrupellos „man“ sich an den öffentlichen Geldern bedient hätte. Und dann vermelden dieselben Berichtersteller, wie dramatisch die Verdrossenheit jener sei, in deren Interesse sie schließlich aufdecken und berichten würden.

Regierung fürs Sparen abgestraft?

Das durch die Wirtschaftskrisen notwendig gewordene „Sparpaket“, das von der Regierung beschlossen und umgesetzt, von der Opposition heftig kritisiert und abgelehnt wird, hat das Seine beigetragen: die beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben Rückgänge in der Wählergunst zu verzeichnen. Eine Umfrage des Gallup Instituts für die Tageszeitung „Österreich“ vom 12. Mai zeigt bei der berühmten „Sonntagsfrage“ (wären am kommenden Sonntag Wahlen, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben) die SPÖ bei 26, die ÖVP bei 21 Prozent, die FPÖ läge demnach mit 27 Prozent auf Platz 1. Die Grünen könnten mit 13, die Piratenpartei mit 7 und das BZÖ mit 3 Prozent rechnen.

Manche Politologen meinen auch, es gebe noch Raum für neue Parteien, so hat etwa der Austro-Kanadier Frank Stronach gemeint, er würde zwar eine eigene Partei bzw. Kandidatur ausschließen, könne sich aber durchaus vorstellen, „aus großer Sorge“ davor, daß Österreich „an die Wand“ fahre, wenn es so weiterginge, eine andere Partei zu unterstützen. Den etablierten Parteien ginge es nur um Machterhalt, Österreich habe eine Scheindemokratie. Von einer kolportierten Gemeinsamkeit mit dem BZÖ blieb nichts übrig. Was Stronach mit wem umsetzen will, dazu hat er sich noch nicht geäußert.

Auch von einer Wirtschaftspartei war zu hören, aber auch davon, daß eine solche angesichts der verhältnismäßig geringen Wählerschaft wohl nicht allzu große Chancen auf einen Einzug ins Hohe Haus am Ring haben würde.

Die ProponentInnen von „MeinOE“, unter den Erstunterstützern finden sich, unter anderem, der ehemalige Grün-Abgeordnete

Johannes Voggenhuber, EU-Kommissar a.D. Franz Fischler, Vizekanzler a.D. Erhard Busek, ortet Stillstand in Österreichs Politik und fordert vor allem mit einem neuen Wahlrecht Persönlichkeiten vor Parteilisten zu reihen, mehr Direkte Demokratie, den Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten und ein starkes, unabhängiges Parlament. Diese Forderungen sollen via Demokratie-Volksbegehren ins Parlament getragen werden. Als Wunschtermin dafür gilt Ende September/ Anfang Oktober. Ein Termin allerdings steht fest: Bis zum 16. Juni müssen 8000 Unterstützungserklärungen bei Gemeindeämtern und Magistratischen Bezirksämtern unterzeichnet werden – die Voraussetzung für die Einleitung eines Volksbegehrens.

Alle wollen etwas verändern. Es gibt keine politische Kraft im Lande, die nicht Vorschläge zu einer effizienteren, direkteren und interessanteren Gestaltung der Demokratie hätte.

Faymann: Ich begrüße die Diskussion sehr, sie ist politisch notwendig.

Die Diskussion, der Bevölkerung zwischen den Wahlgängen mittels verstärkten Einsatzes direktdemokratischer Instrumente mehr Mitwirkung einzuräumen, sei ernsthaft zu führen, etwa die Fragen, wie viele Unterschriften für eine verpflichtende Volksabstimmung notwendig seien, bei welchen The-

ligen, aber es ist eine besondere Aufgabe der gewählten Abgeordneten, diese Frage über Parteigrenzen hinweg zu diskutieren“, sagte Faymann.

SPÖ-Klubobmann Josef Cap erklärte, die Debatte über die unterschiedlichen Modelle und Instrumentarien einer Demokratieform nehme die SPÖ sehr ernst. „Ideen und Vorschläge müssen ernsthaft diskutiert und evaluiert werden“, so Cap, der in diesem Zusammenhang auf zahlreiche Reformen wie zum Beispiel die historische Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle, oder die Einigung auf ein Bundesamt für Asyl und Fremdenwesen verwies. Außerdem werde man noch vor dem Sommer 2012 umfassende Anti-Korruptionsbestimmungen und ein Transparenzpaket beschließen.

Zur Aufwertung des Parlaments hielt Cap fest, daß hier drei Arbeitsgruppen eingesetzt wurden. Es gehe dabei um Themen wie infrastrukturelle Ausstattung, Anzahl der Ausschüsse oder Geschäftsordnung. „Es geht dabei nicht zentral um mehr oder weniger Abgeordnete, sondern die zentrale Frage ist, ob es effizient und kostengünstig ist. Auch ein eigener Legislativ- und Budgetdienst gehört künftig zur notwendigen Ausstattung“, betonte Cap.

Zur vom BZÖ vorgeschlagenen Abschaffung des Bundespräsidenten sagte Cap, daß es diesen in schwierigen Zeiten brauche und, „daß er Oberbefehlshaber des Bundesheeres ist, finde ich auch sympathisch“. Der Bundespräsident habe wie ein Ombudsmann eine bestimmte Aufgabe und Funktion gegenüber den BürgerInnen. Er sei auch für das Klima im Lande ein nicht unbedeutender Faktor. Cap weiters zu einer Direktwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern: „Warum nicht, wenn es auch in der Umsetzung manches Mal nicht unproblematisch ist.“

Volle Unterstützung kommt vom SPÖ-Klubobmann beim Thema „Ausbau der Direkten Demokratie“: „Wir studieren hier gerade sehr intensiv das deutsche Modell mit den drei Stufen.“ Ziel sei es jedenfalls bürgernäher zu werden. Bei Volksabstimmungen gebe es mehrere Möglichkeiten, etwa die Vorlage eines Gesetzesvorschlages, zu dem die Bevölkerung ja oder nein sagen könne. Auf jeden Fall müsse das Instrument der Volksabstimmung ausgebaut werden, auch auf europäischer Ebene. Cap nannte hier die Abstimmung über die Finanztransaktionssteuer als Beispiel. „Es gibt hier eine breite und interessante Palette an Diskussionspunkten“, so Cap.



Werner Faymann
Bundeskanzler (SPÖ)
Foto: Ernst Kainerstorfer

men Volksabstimmungen zum Einsatz kommen sollten und welche Rolle das Parlament in dieser Fragestellung habe. Das betonte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) am 15. Mai im Rahmen der einer Aktuellen Stunde im Nationalrat. „Ich begrüße die Diskussion sehr, sie ist politisch notwendig“, sagte der Kanzler. Die Bevölkerung habe zu recht den Wunsch, daß sie stärker einbezogen werde. „Ich halte diese Diskussion für wesentlich, die Bundesregierung und ich als Bundeskanzler werden uns aktiv daran betei-

Innenpolitik

Spindelegger: Mehr Demokratie wagen und Vertrauen zurückgewinnen

„Die Politik hat heute den Ruf, abgehoben, korruptionsanfällig und nicht mehr auf der Höhe der Zeit zu sein. Das sind Botschaften, die ernst zu nehmen sind und Antworten verlangen. Die ÖVP macht deshalb ein ehrliches Angebot an die Bevölkerung für mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung in Österreich.“ ÖVP-Chef Michael Spindelegger begrüßt die Vorschläge von JVP-Chef Sebastian Kurz im Demokratiepaket: „Ich bin überzeugt, unsere Gesellschaft braucht Perspektiven, sie braucht

Orientierung. Nur dann, wenn das wieder sichtbar wird und ein Fundament der Parteien, dann wird es auch wieder Vertrauen in die Politik geben. Unsere Antwort auf diese Situation der Politikverdrossenheit und das gesunkene Vertrauen der Menschen ist ganz klar: mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie. Meine Überzeugung ist: Wenn wir mehr Demokratie wagen, dann werden wir auch dieses Vertrauen der Menschen zurückgewinnen.“

„Die ÖVP steht klar dafür, daß Volksbegehren, welche die Unterstützung von mindestens 10 Prozent der Wahlberechtigten

erhalten, verpflichtend zu einer Volksabstimmung führen. Denn wir haben in Österreich ein großes Ideenpotential, das wir auf diese Weise besonders nutzen können. Dies ist ein bewußt gewählter neuer Weg für Österreich“, so Spindelegger.

„Mittlerweile ist sogar Bundeskanzler Werner Faymann zu Besinnung gekommen



Michael Spindelegger
Vizekanzler und Außenminister (ÖVP)

Foto: Ingrid Sontacchi © HOPI-MEDIA

Die Petition in Nationalrat und Bundesrat

Um im **Nationalrat** behandelt zu werden, muß eine Petition

- schriftlich vorliegen;
- sich auf einen Bereich beziehen, der in Gesetzgebung oder Vollziehung Bundessache (wie Gewerbe-, Verkehrs- oder Wasserrecht), nicht aber eine Landes- oder Gemeindeangelegenheit (Bau-recht, Jagd, Fischerei u. a.) ist;
- von einem Mitglied des Nationalrates eingereicht werden.

BürgerInnen können dem Anliegen einer im Nationalrat rechtsgültig eingebrachten Petition elektronisch zustimmen. Dies dient der Abbildung der politischen Interessenlage und hat für die Beratungen im Nationalrat informativen Charakter.

Die elektronische Zustimmungsmöglichkeit ist in der Liste der Petitionen mit einem Daumen-Symbol gekennzeichnet. Durch dessen Anklicken wird das entsprechende Formular aufgerufen.

Für die Abgabe einer elektronischen Zustimmungserklärung sind die Vollen-dung des 16. Lebensjahrs sowie die öster-reichische Staatsbürgerschaft notwendig. Dies entspricht den gemäß § 100 GOG-NR für die Unterstützung einer parlamentari-schen Bürgerinitiative geltenden Voraus-setzungen.

Bis zum Abschluß der Beratungen im Ausschuß für Petitionen und Bürgerinitia-tiven steht die elektronische Zustimmungsmöglichkeit offen.

Petitionen werden im Ausschuß für Peti-tionen und Bürgerinitiativen behandelt, wobei der/die jeweils einreichende Abge-ordnete dem Ausschuß auch die Zuwei-sung an einen anderen Fachausschuß vor-schlagen kann. Der Ausschuß selbst kann Stellungnahmen von Ministerien bzw. an-

deren Institutionen einholen sowie Hear-ings mit ExpertInnen durchführen. Und er kann weiters folgende Beschlüsse fassen:

- Die Petition einem anderen Fachaus-schuß zur weiteren Behandlung zuzu-weisen,
- den Gegenstand der Volksanwaltschaft zur weiteren Behandlung zu übermitteln, oder
- von der weiteren Verhandlung Abstand zu nehmen, wenn der Gegenstand zur weiteren parlamentarischen Behand-lung nach mehrheitlicher Auffassung des Ausschusses offenkundig ungeeig-net ist,
- die Petition zur Kenntnis zu nehmen.

Eine Petition kann auch an den **Bundes-rat** gerichtet werden. Diese kann nur durch ein Mitglied des Bundesrates an die Län-derkammer übermittelt werden. Sie wird zur Einsicht in der Parlamentsdirektion aufgelegt. Eine Petition wird im Bundesrat im „Ausschuß für BürgerInnenrechte und Petitionen“ behandelt.

Der betraute Ausschuß hat dem Bun-desrat über die Petition innerhalb von sechs Monaten Bericht zu erstatten und kann be-antragen, daß der Bundesrat einen Geset-zesantrag über den Inhalt der Petition beim Nationalrat einbringt oder eine Entschlies-sung faßt, mit der das zuständige Regie-rungsmitglied aufgefordert wird, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Erfolgt in die-sem Zeitraum keine Berichterstattung des jeweiligen Ausschusses an das Plenum, so ist die Petition von dem/der PräsidentIn des Bundesrates an das zuständige Mitglied der Bundesregierung zur weiteren Veranlas-sung weiterzuleiten.

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

und auf die Linie der ÖVP eingeschwenkt. Lediglich sein Bundesgeschäftsführer Kräu-ter hat die Zeichen der Zeit noch nicht ver-standen und zeigt damit wohl unfreiwillig, aber eindrucksvoll, wie sehr wir in Österreich eine Veränderung in der Politik brauchen.“

Spindelegger hat das Demokratiepaket der Jungen ÖVP als Parteilinie fixiert: „So wie der Beitritt Österreichs zur Europäi-schen Union in den 1990er Jahren ein ge-meinsames Projekt der Bundesregierung war, sehe ich diesmal die Reform der Demokratie als notwendiges Thema an.“

Wenn es nach der ÖVP geht, sollen Volksbegehren bei Beteiligung von 10 Pro-zent der Wahlberechtigten verpflichtend zu einer Volksabstimmung führen. Ebenfalls 10 Prozent soll der Bürger zukünftig der eigen-en Steuerleistung zweckwidmen können und so das Staatsbudget zu einem Bürger-budget machen. „Diese Idee ist in einigen Gemeinden und Städten in mehreren europä-ischen Ländern bereits Realität und zeigt große Erfolge“, sagt Staatssekretär Sebastian Kurz (ÖVP). Auch Vorzugsstimmen sollen bundesweit in Zukunft mehr Gewicht be-kommen. So ist über eine höhere Motivation noch mehr persönlicher Einsatz der Kandi-daten gesichert. Die zu vergebenden Man-date werden nach der Reihung der erzielten Vorzugsstimmen verteilt. „Dieses Modell hat sich als erfolgreich und fair erwiesen und soll daher parteiintern verpflichtend einge-führt werden.“

Der Bürger soll auch die Möglichkeit haben, alle Sitzungen des National- und Bundesrates sowie der Landtage per Live-

Innenpolitik

stream zu verfolgen. Zugleich sollen sich Bürger via Internet an Volksabstimmungen, Volksbegehren und Bürgerinitiativen beteiligen können. Die elektronische Stimmabgabe bei Wahlen von Selbstverwaltungskörperschaften (Kammern, ÖH, etc...) auf freiwilliger Basis soll ermöglicht werden.

Strache: Dem Volk sein Recht – »Made in Austria« auch für Direkte Demokratie

FPÖ-Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache widmete sich diesem Thema anlässlich seiner Rede zum 1. Mai. „Wir wollen unsere österreichische Zukunft in Österreich gestalten und auch wieder selbst in die Hand nehmen. ‚Made in Austria‘ ist eine geflügelte Marke der Wirtschaft. Aber es muß auch eine Marke für gelebte Direkte Demokratie in Österreich werden. Wir wol-

len nicht länger fremdbestimmt werden, sondern wieder selbstbestimmt die heutigen korrupten Lobbies und Netzwerke überwinden und unsere Zukunft selbstbestimmt im eigenen Land durch die eigene Bevölkerung entscheiden.“

Das System der etablierten Altparteien sei tot, betonte Strache, der SPÖ und ÖVP vorwarf, permanent über die Interessen der Österreicher „drüberzufahren“ und sich dann zu wundern, wenn das Volk diesen Parteien in Scharen den Rücken zukehre und zu Recht wütend sei. Die FPÖ hingegen stehe zum Ausbau der Direkten Demokratie mit klaren Konzepten, während SPÖ und ÖVP, aber auch Grüne alle diesbezüglichen freiheitlichen Anträge abgelehnt hätten und die Direkte Demokratie torpedieren würden. „Dieses heutige rot-schwarze System hat ab-

gewirtschaftet. Es steht mit dem Rücken zur Wand und handelt zum Teil immer aggressiver und verrückter.“

Strache verwies auf Umfragen, in denen die FPÖ schon an erster Stelle liege, die einzige Umfrage die wirklich zähle und Gewicht habe, sei aber das Wahlergebnis. Den kommenden Nationalratswahlkampf sieht er



Heinz-Christian Strache
Bundesparteiohmann der FPÖ
Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

Die Volksabstimmung

Bei einer Volksabstimmung wird das ganze Volk über einen Gesetzesbeschluß des Nationalrates befragt. Volksabstimmungen kommen nur in ganz wesentlichen Fragen zum Einsatz und ihr Ergebnis ist im Gegensatz zu anderen Beteiligungsmöglichkeiten bindend. Bisher wurde dieses Instrument erst zwei Mal eingesetzt.

Gefragt wird, ob ein bestimmter Gesetzesbeschluß des Nationalrates in Kraft treten soll oder nicht. Mitstimmen darf, wer nach dem aktiven Wahlrecht zum Nationalrat dazu berechtigt ist. Wenn im Ergebnis die Zahl der „Ja“-Stimmen die der „Nein“-Stimmen um mindestens eine überwiegt, so ist der Gesetzesbeschluß angenommen und das Gesetzgebungsverfahren wird zu Ende geführt. Ansonsten ist das Gesetzgebungsverfahren negativ beendet, es ist kein Gesetz zustande gekommen. Das bedeutet: Das Ergebnis einer Volksabstimmung ist für den Gesetzgeber rechtlich bindend.

Dabei sind folgende Arten zu unterscheiden:

- Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluß,
- Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung,
- Volksabstimmung über eine Gesamtänderung der Bundesverfassung und
- Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluß.

Eine Volksabstimmung kann prinzipiell über jeden Gesetzesbeschluß abgehalten

werden. Dies muß jedoch von einer einfachen Mehrheit im Nationalrat beschlossen werden. Anwesend sein muß, wie für jeden anderen Beschluß, mindestens ein Drittel der Abgeordneten. Grundlage für einen solchen Beschluß ist ein entsprechender Antrag. Einem Beschluß gleichgestellt ist das schriftliche Verlangen der Mehrheit der Mitglieder des Nationalrates außerhalb einer Sitzung.

Wenn ein Beschluß des Nationalrates oder ein solches Verlangen der Mehrheit vorliegt, ist eine Volksabstimmung zeitlich nach Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens im Nationalrat und im Bundesrat, jedoch vor Beurkundung durch die/den BundespräsidentIn durchzuführen. Das Staatsoberhaupt ordnet die Volksabstimmung auch mittels Entschliebung an. Die Entschliebung ist von sämtlichen Mitgliedern der Bundesregierung gegenzuzeichnen.

Eine Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung ist abzuhalten, wenn dies ein Drittel der Mitglieder des Nationalrates oder des Bundesrates verlangt. Das Verlangen ist schriftlich der/dem Präsidentin/Präsidenten des Nationalrates zu überreichen. Zeitlich findet sie ebenso vor der Beurkundung durch die/den Bundespräsidentin/Bundespräsidenten statt.

Über eine Gesamtänderung der Bundesverfassung (Veränderungen an wesentlichen Grundsätzen) ist eine Volksabstimmung verpflichtend durchzuführen.

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

als Polit-Duell zwischen sich und Faymann. Die ÖVP hingegen liege bereits jetzt völlig abgeschlagen auf Platz 3 und spiele keine Rolle mehr. „Wenn wir diese rot-schwarze Päckerei im Land auf Dauer überwinden wollen, dann muß die FPÖ zur stärksten und bestimmenden Kraft werden“, so Strache. Die rot-schwarze Regierung sei am Ende.

In einer Rede im Parlament stellte Strache Mitte Mai fest, daß es in Europa neben einer Währungs- und Finanzkrise auch eine ernstzunehmende Demokratiekrise gebe. Die Menschen seien zu Recht wütend. Man dürfe nicht, so wie die rot-schwarze Bundesregierung, vom hohen Roß herab Politik betreiben.

Wenn Bundeskanzler Faymann meine, daß eine verpflichtende Volksabstimmung über ein Volksbegehren erst ab 700.000 Unterschriften zustande kommen solle, sei dies in Wahrheit eine Verhöhnung der Menschen. Ebenso verhalte es sich mit dem Vorschlag von Vizkanzler Spindelegger ab zehn Prozent der Wahlberechtigten. Dies sei ein Verhinderungsmechanismus, so Strache.

In der Schweiz finde ab 100.000 Unterschriften bei einem Volksbegehren eine Volksabstimmung statt. Für Österreich will Strache eine Grenze von 250.000 Unterschriften. Außerdem solle der Antragsteller eines Volksbegehrens auch Rederecht im Nationalrat erhalten, wenn es die 100.000er Grenze überschreite. Man müsse die Bevölkerung ernster nehmen, denn das Recht gehe vom Volk aus. „Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht für die eigene Bevölkerung sicherstellen“, so Strache.

Innenpolitik

Bucher: Wollen Neukonzeption auf Basis, was notwendig, finanzierbar und bürgergerecht ist

Ein umfassendes Konzept für eine Staats- und Parlamentsreform hat BZÖ-Bündnis- und Klubobmann Josef Bucher vorgestellt: „Niemals zuvor war der Unmut bei der Bevölkerung so groß, weil es keine Reformen gibt. Wir wollen ein klares und unmißverständliches Konzept, das von der Gemeinde bis zum Bundespräsident alles neu regelt.



Josef Bucher
BZÖ-Bundesparteibeamteter
Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

Wir wollen Österreich neu bauen, wir wollen eine Neukonzeption auf Basis was notwendig, finanzierbar und bürgergerecht ist.“

Die vom BZÖ präsentierte Staats- und Parlamentsreform sieht Bucher als „einen Beitrag, eine Diskussionsgrundlage, um einheitliche Strukturen zu schaffen und den Wirtschaftsstandort Österreich zu sichern“. Die 1920 beschlossene Verfassung habe mittlerweile eine schwere Struktur, die nicht mehr zeitgemäß sei. Daher müsse der Föderalismus genauer angesehen werden – „da ist das wahre Übel des unreformierten Staates!“, so Bucher. Das Land Österreich sei nicht so groß, daß es nicht einheitlich verwaltet werden könne. Doch das Problem seien „neun Landesfürsten, die sich eine Bundesregierung halten“.

„Österreich muß besser werden! Die Erfolgsstrategie kann nur bedeuten, besser zu sein als andere, die billiger sind“, verlangte Bucher. Deshalb müsse für den Erhalt des Wohlstands eine Verschlinkung des Staates erfolgen und in Bildung sowie Forschung und Innovation investiert werden. Dazu brauche es nicht Heerscharen von Mandatären, Bayern etwa komme mit einem Landtag aus.

Die Zentralisierung sieht Bucher als eine „Normalisierung des Landes“, die Bürokratie hingegen „ist für das BZÖ der Staatsfeind

Nummer Eins!“ In diesem Sinn soll es künftig mehr direktere Mandatare geben und der Bundesrat solle durch einen Bundessenat ersetzt werden – besetzt mit direkt gewählten Senatoren. Statt des Bundespräsidenten soll nach den Wünschen des BZÖ der Nationalratspräsident zum Staatsnotar werden. Statt Landesregierung und Landtage will Bucher pro Wahlkreis zwei Senatoren, die Länder und Bund betreuen, „das ist direkte Einflußnahme auf die Gesetzgebung“.

Entscheidend ist für Bucher eine Direkte Demokratie, um bürgernahe Politik zu machen. Deshalb sollen auch via Internet Initiativen möglich sein, die bei 100.000 Stimmen im Nationalrat behandelt werden und bei 400.000 Stimmen eine Volksbefragung einleiten – bei Gesetzen eine Volksabstimmung. „Das Anliegen des BZÖ heißt: Österreich effizienter gestalten – der Speck muß weg“, so Bucher. Für ihn ist das vorgestellte Paket „ein Zukunftspaket, es sorgt für mehr Direkte Demokratie“.

Buchers Stellvertreter, Herbert Scheibner, präzisiert, daß das Parlament ein Ort der Gesetzgebung und Gesetzwerdung sein soll, statt Gesetze einfach durchzuwinken. Dazu brauche es auch Abteilungen, die Gesetze prüfen und durchforsten können. Scheibner erinnerte auch: Der Nationalrat wird gewählt, nicht die Regierung. Deshalb soll beim BZÖ-Modell der Nationalrat den Bundeskanzler wählen. Die künftigen Regierungsmitglieder sollen sich dann Hearings stellen. „Die Volksregierung soll gestärkt werden“, verlangte Scheibner.

Glawischnig: »Volksgesetzgebung« gegen Demokratiemüdigkeit

„Wir wollen ein Mehr an Direkter Demokratie und wünschen uns möglichst rasche Schritte in Richtung Reform der entspre-



Eva Glawischnig
Bundespressechefin der Grünen
Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

chenden bestehenden Instrumente“, sagte die Bundespressechefin der Grünen, Eva Glawischnig, die am 21. Mai ein dreistufiges

Das Volksbegehren

Volksbegehren sind ein Weg für die BürgerInnen, selbst ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Dabei muß es sich um eine Angelegenheit handeln, die in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Volksbegehren müssen keine konkreten Gesetzesvorschläge bzw. -texte vorlegen, wohl aber ihr Anliegen genau beschreiben.

Das Innenministerium, die Gemeinden, die Bezirkswahlbehörden und die Bundeswahlbehörde wirken bei der Durchführung mit.

Wenn ein Volksbegehren von zumindest 100.000 Stimmberechtigten oder von je einem Sechstel der Stimmberechtigten dreier Bundesländer unterzeichnet wird, wird es von der Bundeswahlbehörde dem Nationalrat zur Behandlung vorgelegt. Damit wird es zu einem Verhandlungsgegenstand des Nationalrates. Bei der Festlegung der Tagesordnung des Nationalrates hat ein Volksbegehren Vorrang vor allen übrigen Gegenständen – damit ist gewährleistet, daß sich die Abgeordneten mit den im Volksbegehren formulierten Anliegen rasch auseinandersetzen müssen.

Zur Vorberatung wird das Volksbegehren dem fachlich zuständigen Ausschuß

zugewiesen, der wiederum einen eigenen Unterausschuß dafür einsetzen kann. In Sonderfällen wird eigens ein Ausschuß dafür eingerichtet. Der betraute Ausschuß kann zu seinen Beratungen ExpertInnen und Sachverständige hinzuziehen. Auch die/der Bevollmächtigte des Volksbegehrens und zwei von ihr/ihm nominierte StellvertreterInnen haben das Recht, an den Ausschuß- bzw. Unterausschußberatungen teilzunehmen. Eine Generaldebatte über das Volksbegehren oder eine umfangreiche Erörterung mit Sachverständigen oder Auskunftspersonen ist öffentlich.

Die Vorberatung eines Volksbegehrens im Ausschuß hat innerhalb eines Monats nach der Zuweisung zu beginnen. Nach weiteren vier Monaten ist dem Nationalrat jedenfalls ein Bericht über das Ergebnis der Beratungen zu erstatten. Danach wird das Volksbegehren auch im Plenum des Nationalrates beraten.

Da die Inhalte bzw. Anliegen eines Volksbegehrens für den Nationalrat rechtlich allerdings nicht bindend sind, müssen die Abgeordneten von Fall zu Fall über eine Umsetzung beraten.

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

Innenpolitik

Modell für eine „Volksgesetzgebung“ präsentierte: Den BürgerInnen soll damit die Möglichkeit eröffnet werden, über eine Volksinitiative Gesetze zu initiieren. Volksbegehren, die von vier Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben werden, sollen automatisch zur (bindenden) Volksabstimmung führen.

Glawischnig sagte, ihr Ziel sei, daß es noch in dieser Legislaturperiode zu einem Beschluß über eine Ausweitung der Instrumente der Direkten Demokratie kommt. Bis zum Sommer soll es dazu eine „Punktation“ geben, fordert sie von der Regierung, im Herbst wünscht sie sich den Start der parlamentarischen Diskussion darüber.

Das Grüne Modell sieht laut Demokratiesprecherin Daniela Musiol vor, daß bereits 30.000 UnterstützerInnen eine Volksinitiative ins Parlament einbringen können. Die Abgeordneten haben dann die Möglichkeit, diesen Vorschlag anzunehmen oder nicht. Bei einer Ablehnung können die InitiatorInnen ein Volksbegehren starten, sofern sie einen fertigen Gesetzestext verfassen. Bei Ablehnung dieses Textes durch den Nationalrat kommt es dann (sofern mindestens vier Prozent der Wahlberechtigten der letzten Nationalratswahl das Begehren unterzeichnet

haben) zu einer automatischen Volksabstimmung (sollte eine Verfassungsmaterie davon betroffen sein, braucht es acht Prozent). Für die Volksabstimmung sieht das Modell Mindest-Beteiligungen vor: Für die Verabschiedung einfacher Gesetze müßte mindestens ein Drittel der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnehmen, für Verfassungsgesetze die Hälfte der Wahlberechtigten. Stimmt eine einfache Mehrheit zu, wird der Vorschlag Gesetz. Befürchtungen, daß dieses Mehr an Demokratie dem Populismus Vorschub leiste, hat Glawischnig nicht: „Es braucht ein ‚präzises Modell‘“, sagte sie. Wichtig ist, daß Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß man die Menschen dazu ermächtigt, sich selbst ein Bild zu machen. Dazu schwebt uns etwa ein ‚Abstimmungsbuch‘ vor, das an alle Haushalte versendet wird und in welchem die Pro- und Kontraargumente für ein Thema möglichst nüchtern dargestellt werden. Eine Aufwertung der Direkten Demokratie wird aber ‚mutige Entscheidungen‘ der Regierenden nicht ersetzen“, betonte Glawischnig.

Daniela Musiol, Sprecherin der Grünen für Familien-, Demokratiepoltik und Verfassung, ergänzte: „Dabei ist bei mittlerweile allen politischen Kräften aus allen politischen Lagern angekommen was wir Grüne,

aber vor allem auch die Zivilgesellschaft seit vielen Jahren fordern – eine Weiterentwicklung unserer Demokratie.“

Prammer: Umfassender Ausbau der Direkten Demokratie erfordert Volksabstimmung

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer glaubt, daß umfassende Verfassungsänderungen nicht bis zum Jahresende möglich sein werden. Ihrer Meinung nach sind noch zu viele Fragen offen. So wird es ihr zufolge etwa schwierig sein, über erfolgreiche Volksbegehren eine automatische Volksabstimmung abzuhalten, wenn dem Volksbegehren kein konkreter Gesetzesvorschlag zugrunde liegt,



*Barbara Prammer
Nationalratspräsidentin
Foto: Parlamentsdirektion/WILKE*

Die Volksbefragung

Volksbefragungen dienen der Politik dazu, vor endgültigen Entscheidungen die Meinung der BürgerInnen einzuholen. Das Ergebnis einer Volksbefragung ist somit eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Die PolitikerInnen müssen ihr aber nicht folgen. Somit findet die Volksbefragung im Gegensatz zur Volksabstimmung vor der Beschlußfassung eines Gesetzes im Nationalrat statt. Durchgeführt wird sie in einer geheimen Wahl, das Stimmrecht richtet sich nach dem aktiven Wahlrecht zum Nationalrat.

Mittels einer Volksbefragung soll die Haltung der Bevölkerung in Angelegenheiten von grundsätzlicher und gesamtösterreichischer Bedeutung ergründet werden. Bei bundesweiten Volksbefragungen muß es sich um Themen handeln, die in die Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers fallen. Themen, die durch das Landesrecht der Bundesländer zu regeln wären, würden unter die jeweiligen Bestimmungen der Bundesländer zu Volksbefragungen fallen. Angelegenheiten, die Wahlen betreffen, und Angelegenheiten, über die ein Gericht

oder eine Verwaltungsbehörde zu entscheiden hat, dürfen nicht Gegenstand einer Volksbefragung sein.

Einer Volksbefragung ist eine Frage zugrunde zu legen, die mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten ist. Auch zwei alternativen Lösungsvorschläge können zur Entscheidung vorgelegt werden.

Der Antrag, eine bundesweite Volksbefragung abzuhalten, kann von Mitgliedern des Nationalrates oder von der Bundesregierung gestellt werden. Vor einem Beschluß hat eine Vorberatung über den Antrag im Hauptausschuß des Nationalrates stattzufinden. Eine Volksbefragung ist dann durchzuführen, wenn dies der Nationalrat mehrheitlich beschließt.

Das Ergebnis der Volksbefragung ist von der Bundeswahlbehörde dem Nationalrat und der Bundesregierung vorzulegen. Es hat jedoch keine rechtlich bindende Kraft.

Im Gegensatz zu den Bundesländern hat der Nationalrat bisher vom Instrument der Volksbefragung keinen Gebrauch gemacht.

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

sondern allgemeine Anliegen geäußert werden. Prammer zufolge muß laut einem VfGH-Erkenntnis aus dem Jahr 2001 außerdem eine Volksabstimmung durchgeführt werden, sollten sich die Fraktionen tatsächlich darauf verständigen, daß Gesetze künftig auch ohne Mitwirkung des Nationalrats direkt vom Volk beschlossen werden können.

Prammer selbst tendiert nach wie vor zur Einführung eines „dreistufigen Volksentscheids“ nach dem Vorbild einiger deutscher Bundesländer. Bei diesem Modell sei die Einbeziehung der Politik gewährleistet, zudem habe der Nationalrat die Möglichkeit, der Bevölkerung Alternativvorschläge vorzulegen, argumentierte sie. Fix ist für die Nationalratspräsidentin jedenfalls, daß im Rahmen von Volksabstimmungen nicht über Grund- und Menschenrechte sowie über internationales Recht abgestimmt werden darf. In Deutschland gebe es außerdem auch die Tendenz, keine Abstimmungen über Geld, also etwa Steuerfragen, zuzulassen. Um rascher zu Ergebnissen zu kommen, sprach sich Prammer erneut dafür aus, jene Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die sich für mehr direkte Demokratie stark machen, in die Diskussion einzubinden und deren Expertise zu nutzen.

Innenpolitik

Zum Auftakt der Fachtagung „Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?“, zu der Prammer und das Sir Peter Ustinov Institut in Wien eingeladen hatten, erinnerte sie daran, daß ein Politiker einmal sagte, er sei stolz darauf, daß man ihn einen Populisten nenne. Populismus sei aber nicht Volksverbundenheit, sondern eine Politik, die zwar Emotionen befriedige, aber nicht zu rechtfertigen sei, betonte sie. Jeder Politiker, jede Politikerin erachte es für notwendig, Sachverhalte zu vereinfachen, man dürfe „die rote Linie“ aber nicht überschreiten, schließlich sei es vom Populismus nur noch ein kleiner Schritt zur Demagogie.

Prammer ist überzeugt, daß es Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein müsse, Emotionen zu dämpfen und alles daran zu setzen, Feindbilder nicht zu bedienen. Für sie geht es auch um die Fragen: „Hat die Mehrheit alle Rechte dieser Welt?“, „Kann eine Mehrheit uneingeschränkt über eine Minderheit bestimmen?“ Demokratie könne auch autoritär sein, wenn sie von Sachlichkeit abweiche, warnte Prammer, man müsse immer auch Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung im Fokus haben.

Die Politik alleine könne aber nicht darüber bestimmen, was in einer Demokratie erlaubt sei und was der Anstand gebiete, machte Prammer geltend. Es brauche auch mündige und verantwortungsbewußte BürgerInnen. Nur sie könnten garantieren, daß das rationale Element der Demokratie die Oberhand behalte.

Holzinger: Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten!

Anläßlich des 18. Österreichischen Juristentages in Linz hielt der Präsident des Verfassungsgerichtshofes SC a.D. Univ.-Prof. Gerhart Holzinger am 12. Mai einen Vortrag, den er einem guten Teil der Reform der Demokratie widmete. „Ohne Engagement der einzelnen Bürgerin/des einzelnen Bürgers, ohne zivilgesellschaftliches Engagement also, kann Demokratie nicht gelingen“, so Holzinger. Das bedeute, daß die gegenwärtige Vertrauenskrise unserer Demokratie eine Krise sei, die uns alle angehe. Es sei zu kurz gedacht, die Schuld allein bei der Politik und bei den PolitikerInnen zu suchen. Sie in die Rolle des „Sündenbocks“ zu drängen, löse das Problem nicht, sondern verschärfe es. „Das ändert allerdings nichts daran – und insofern ist die Stärkung unserer Demokratie sowohl eine Holschuld des Bürgers als auch eine Bringschuld der Politik –, daß in erster Linie die Politik aufge-

rufen ist, nach Wegen zu suchen, um die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozeß zu erleichtern und zu fördern.“

Diese Situation habe dazu geführt, daß in den politischen Parteien, aber auch seitens der Zivilgesellschaft, darüber nachgedacht werde, was unternommen werden könnte, um dieser Krise unseres demokratischen Systems entgegenzuwirken. „Die Botschaft lautet allseits: ‚Demokratiereform‘. Das ist ein großes Wort! Ich hoffe sehr und appelliere an dieser Stelle an alle, die sich an diesem Diskurs beteiligen, daß man diese Botschaft mit Leben erfüllt. Wenn das geschieht, dann könnten wieder mehr Menschen motiviert



Prof. Gerhart Holzinger
Präsident des Verfassungsgerichtshofes
Foto: VFGH/Achim Bieniek

werden, sich für Demokratie und Politik einzusetzen. Und ausschließlich darum geht es – um nicht mehr und nicht weniger!“

Und Holzinger präziserte, wie er sich eine derartige „Demokratiereform“ vorstellen kann: „Dabei geht es mir um den aus meiner Sicht zentralen Punkt: Wie kann die Beteiligung des einzelnen wieder gestärkt werden? Ganz konkret: Wie wird die Stimme des einzelnen im politischen System wieder mehr wert? Nur dann nämlich, wenn die Meinung des einzelnen mehr Gewicht bekommt, wird man ihn zu mehr Teilnahme am demokratischen Prozeß motivieren können. Derzeit besteht doch bei vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern der Eindruck, daß es letztlich egal ist, wem man seine Stimme gibt, wie man sich als Wählerin oder Wähler entscheidet. Am Ende – so wird gesagt – kommt doch immer wieder das gleiche heraus. Es ändert sich nichts. Es bleibt ‚alles beim Alten‘.“

Aus der Sicht unseres obersten Verfassungsjuristen kann diesem immer mehr um sich greifenden Defätismus (*man ist geneigt, aufzugeben, weil keine Aussicht auf Erfolg besteht, Anm.*) in erster Linie mit einer Reform des Wahlrechts begegnen: „Es gilt, die Instrumente der Persönlichkeitswahl zu stärken,

um eine engere Beziehung zwischen den Wählerinnen und Wählern und dem Mandatar sicherzustellen. Das geltende Wahlrecht führt in der Praxis dazu, daß im wesentlichen die Parteien über die personelle Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften entscheiden.“ Der WählerIn Wähler bleibe nur die Entscheidung zwischen weitgehend anonymen Parteilisten. „Dazu kommt – um ein weiteres Detail anzusprechen – daß etwa auch die Nachbesetzung eines freigewordenen Mandats dem direkten Einfluß des Wählers entzogen ist. Die guten Erfahrungen mit dem Institut der Bürgermeisterdirektwahl, das seit geraumer Zeit vielerorts, durchaus mit demokratischem Zugewinn, praktiziert wird, sollten Mut machen, auch im Wahlrecht für die gesetzgebenden Körperschaften die Elemente der Persönlichkeitswahl zu stärken“, so Holzinger.

Selbstverständlich dürften dabei die Chancen der WahlwerberInnen nicht davon abhängen, wer über mehr finanzielle Mittel für die Wahlwerbung verfüge. Dieses Problem lasse sich allerdings durch Regelungen lösen, die eine transparente Finanzierung der Wahlwerbung sicherstellen.

„Ich meine also, daß man in einem ersten Schritt ernsthaft daran gehen sollte, die Elemente der Persönlichkeitswahl im Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften zu stärken.“

Ähnliches gelte auch für die Instrumente der direkten Demokratie. Zum einen: Volksbegehren müßten ernstgenommen werden. Sie dürften weder schubladisiert noch parteipolitisch vereinnahmt werden. Bisher hätten sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum etwas bewirkt. Allzu oft seien sie „schubladisiert“ worden. Tausende Unterschriften, mit denen politisches Engagement bezeugt worden sei, seien wenig bis nichts wert gewesen. „Dann kann es aber auch nicht überraschen, wenn das Vertrauen in die Politik und in die Demokratie schwächer wird und das Interesse am politischen Diskurs und am politischen Engagement sinkt“, so der Verfassungsrichter. „Und zum anderen: Die Instrumente der direkten Demokratie dürfen nicht parteipolitisch vereinnahmt oder gar instrumentalisiert werden. Das schwächt ihren Wert als unmittelbaren Ausdruck des Volkswillens. Ganz allgemein: Ich halte zwar nichts davon, das Beispiel der Schweiz, wo die direkte Demokratie seit langem mit Erfolg geübt wird, unbesehen auf Österreich zu übertragen. Dennoch: Wir sollten auch bei uns mehr direkte Demokratie wagen. Das könnte ein Weg sein, um wieder

Innenpolitik

mehr Menschen für Politik zu interessieren und zu politischem Engagement zu ermutigen.“

Ihm sei völlig klar, daß diese beiden Punkte, die ihm von zentraler Bedeutung für eine Demokratiereform erscheinen, derzeit auch von seiten der politischen Parteien diskutiert werden würden. Worum es aber gehe, sei, endlich ernst zu machen: „Derartige Überlegungen zu einer Reform des Wahlrechts und der direkten Demokratie werden seit langem angestellt. Schon Ende der 1960er Jahre (!) wurde etwa von Diem und Neisser auf Seite der ÖVP und von Gratz und Broda auf Seite der SPÖ eine Verstärkung der Elemente der Persönlichkeitswahl vorgeschlagen. Dabei wurden zum Teil genau jene Modelle empfohlen, über die heute, also rund 50 Jahre später, wieder diskutiert wird. Die Wahlrechtsreform 1970 hat dann allerdings – vermutlich aus parteitaktischen Überlegungen – ganz im Gegenteil zu einer Verstärkung der Proportionalwahl und damit der Listenwahl geführt. Gleiches trifft übrigens auch für die Wahlrechtsreform 1992 zu – entgegen den damaligen Ankündigungen, eine verstärkte Personalisierung des Wahlrechts vorzusehen, hat das damit geschaffene Vorzugsstimmensystem den Einfluß der Wähler auf die personelle Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften keineswegs verstärkt. Zudem wurden übrigens die Elemente der Verhältniswahl weiter ausgebaut, was die Bildung regierungsfähiger Mehrheiten zusätzlich erschwert. Ähnliches gilt für den Ausbau der Instrumente der direkten Demokratie. Auch dafür hat es schon in den 1970er-Jahren eben jene Vorschläge gegeben, die heute wieder diskutiert werden.“

Es sei daher dringend einzumahnen, dieses Mal das Vorhaben einer Demokratiereform tatsächlich und rasch zu realisieren. Dazu bedürfe es keiner neuen Arbeitsgruppen oder Kommissionen. Entsprechenden Reformwillen vorausgesetzt, könnte man sich rasch auf eines der vielen Modelle einigen, die dafür längst ausgearbeitet seien. „Bis zur nächsten Wahl ist noch genügend Zeit, eine ‚Demokratiereform‘ zu beschließen, die diese Bezeichnung wirklich verdient. Es gibt keinen vernünftigen Grund, nicht zu handeln. Es gibt aber viele vernünftige Gründe, endlich etwas zu tun!“, schloß Holzinger.

Starkes Plädoyer für eine neue Rolle des Bundesrates

Bundesratspräsident Gregor Hammerl lud am Nachmittag des 2. Mai zu einer Buch-

präsentation in den Sitzungsaal des Bundesrates ein. Vorgestellt wurde die umfangreiche Studie „Der Senat der Italienischen Republik und der Bundesrat der Republik Österreich – Ein rechts- und politikwissenschaftlicher Vergleich“ des jungen Juristen Martin C. Wittmann. Die Ausführungen des Autors in seiner bemerkenswerten und mehrfach ausgezeichneten Dissertation seien ein nützlich-



Foto: arlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Studienautor Martin C. Wittmann

cher Beitrag zur Debatte über die Reform des parlamentarischen Systems, meinte Hammerl. Angesichts aktueller Forderungen nach einer Verkleinerung von Nationalrat und Bundesrat sei die Frage nach der zukünftigen Rolle des Bundesrates von höchster Aktualität.

Univ.-Prof. Wolfgang Mantl (Karl-Franzens-Universität Graz) widmete seine Ausführungen dem Zustand des Parlamentarismus, der in der öffentlichen Wahrnehmung durch einen Legitimationsverfall gekennzeichnet sei. Dahinter stehe eine Krise der traditionellen Großparteien und des professionellen Politikerberufs. Es sei daher unumgänglich, ein neues Gleichgewicht von repräsentativer und direkter Demokratie zu finden. Dies müsse unter Einbeziehung neuer technischer Möglichkeiten zur Herstellung von Öffentlichkeit und Transparenz erfolgen und die Zivilgesellschaft einbeziehen. Hierbei könne auch der Bundesrat seine neue Rolle finden, meinte Mantl.

Univ.-Doz. Peter Bußjäger (Direktor des

Instituts für Föderalismus, Innsbruck) wies auf die schon Jahrzehnte andauernde Debatte über eine Reform des Bundesrats hin, die sich aber ebenso lange schon im Kreis drehe. Bußjäger plädierte für einen „Pilotversuch“ zur Erweiterung der Kompetenzen des Bundesrates. Eine solche Erweiterung müsse im Kontext einer grundlegenden Neuverteilung der Kompetenzen von Bund und Ländern stehen. Diese Neuordnung sei die Schlüsselfrage einer Staatsreform, zu der der Österreich-Konvent Vorschläge erarbeitet habe.

Der Autor der Studie, Martin C. Wittmann, erläuterte, daß die zweiten Kammern Italiens und Österreichs hinsichtlich ihrer Stellung, ihrer Aufgaben und Befugnisse äußerst unterschiedlich seien. In Italien bestehe bis heute ein perfekter Bikameralismus, während die Kompetenzen des Bundesrates traditionell schwach ausgeprägt seien. Sinn und Zweck der zweiten Kammer des Parlaments würden dabei in beiden Ländern seit langem diskutiert, Reformen nur langsam umgesetzt.

Eine neue Richtung erhalte die Reformdiskussion durch die aktuelle Wirtschaftskrise und Schuldenkrise. Den Entscheidungsträgern werde abverlangt, effizienzsteigernde Maßnahmen auch in den staatlichen Institutionen zu setzen. Wittmann plädierte hier für eine Aufwertung des Bundesrates durch eine neue Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, und erläuterte die Maßnahmen, die gesetzt werden müßten, um ihm ein größeres Mitwirkungsrecht bei Bundesgesetzen, die Länderinteressen berühren, einzuräumen. Das würde vor allem wesentliche Änderungen der Ressourcenausstattung, der Organisation und der Arbeitsweise des Bundesrates bedeuten.

Die Studie „Der Senat der Italienischen Republik und der Bundesrat der Republik Österreich – Ein rechts- und politikwissenschaftlicher Vergleich“ von Martin C. Wittmann ist im Braumüller Verlag erschienen und zum Preis von 58 Euro im Buchhandel erhältlich.

Das auf der folgenden Seite abgebildete Faksimile zeigt einen Offenen Brief des Präsidenten der Auslandsösterreicher-Weltbund, Gustav Chlestil, der am 23. März 2012 an die Parteivorsitzenden aller im Parlament vertretenen Parteien gesandt und im Auslandsösterreicher-Journal „ROT-WEISS-ROT“, Ausgabe 2/2012, veröffentlicht wurde.

Das „Österreich Journal“ wird sich natürlich weiterhin dieses Themas verstärkt annehmen und Sie über die weitere Entwicklung informieren. ■

Auslandsösterreicher ins Parlament

Eine Forderung an die österreichische Politik.

Seit vielen Jahren fordert der AUSLANDSÖSTERREICHER-WELTBUND für die im Ausland lebenden Staatsbürger eine Vertretung im Nationalrat. Bei dem derzeit in Österreich stattfindenden demokratischen Aufbruch, in dem auch die Frage einer weitreichenden Wahlrechtsreform diskutiert wird, erschien ein konkreter Vorstoß zur Interessenwahrung der Auslandsösterreicher zwingend gegeben. Der AUSLANDSÖSTERREICHER-WELTBUND hat daher nachstehenden Brief an alle politisch Verantwortlichen bis hin zu Bundes- und Vizekanzler gesandt, um diese Zielvorstellungen konkret darzulegen. Wir werden über den Fortgang der Gespräche laufend berichten.



AUSLANDSÖSTERREICHER-WELTBUND
AÖWB

An die Parteivorsitzenden
aller im Nationalrat
vertretenen Parteien
Parlament
1017 Wien

Wien, 23. März 2012

Sehr geehrter ...

Parlamentarische Vertretung der Auslandsösterreicher

Eine Reihe von europäischen Staaten wie u.a. Frankreich, Italien, Portugal und Kroatien haben ihren Auslandsbürgern bereits eine eigene parlamentarische Vertretung ermöglicht. In anderen Ländern steht dieses Thema sehr aktuell in Diskussion. Eine parlamentarische Vertretung wird auch für österreichische Bürger im Ausland ein immer wichtiger werdendes Bedürfnis.

Die Gründe dafür sind einleuchtend:

Die Auslandsösterreicher stellen zahlenmäßig eine Größe dar, die sich mit einigen österreichischen Bundesländern wie Vorarlberg und dem Burgenland vergleichen lässt.

Laut dem Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten sind 265.000 wahlberechtigte Bundesbürger im Ausland registriert. Nicht umsonst werden die Auslandsösterreicher als 10. Bundesland bezeichnet. Die Auslandsösterreicher stellen daher ein maßgebliches Wählerpotenzial dar.

Die zunehmende Globalisierung und die zunehmende Mobilität der österreichischen Staatsbürger ergeben spezifische Interessen und Bedürfnisse, die auch einer spezifischen Behandlung bedürfen.

Die Nähe Volksvertreter und Wähler ist derzeit für die Auslandsösterreicher absolut nicht gegeben, obwohl österreichische Gesetze auch für die Auslandsösterreicher von großer Bedeutung sind. Daraus resultiert die legitime Forderung, dieser besonderen Staatsbürgergruppe eine eigenständige parlamentarische Vertretung zu ermöglichen.

Wir glauben, dass bei den vorgesehenen Anpassungen unserer Staatsstruktur gerade der derzeitige Zeitpunkt opportun erscheint, diesen Themenkreis anzusprechen. Dieses Schreiben ergeht gleichermaßen an die für diese Frage zuständigen maßgeblichen politischen Verantwortungsträger. Aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas für die im Ausland lebenden Staatsbürger und der vielfältigen Hinweise und Fragen unserer Mitglieder, werden wir zu deren Information diesen Brief in der Mai-Ausgabe unseres weltweit versandten Auslandsösterreicher-Journals ROTWEISSROT und in unserer Onlineplattform „www.austrians.org“ veröffentlichen. Unser Wunsch ist auch, in die Diskussionsgremien für Wahlrechtsreformen kooperiert zu werden, um unsere Vorstellungen und Anliegen einbringen zu können.

Wir gestalten uns daher, Sie um ein persönliches Gespräch zu bitten, um Ihnen unsere Vorstellungen, die auf Expertengutachten basieren, zu unterbreiten.

In der Hoffnung auf eine wohlwollende Aufnahme und Unterstützung dieser Initiative verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Ing. Gustav Chleiss
Präsident des AUSLANDSÖSTERREICHER-WELTBUNDES

Reform der Pensionskassen

Am 16. Mai beschloß der Nationalrat mehrheitlich eine Änderung des Pensionskassengesetzes, mit der die betrieblichen Pensionskassen attraktiver gemacht werden sollen, nachdem sie im Zuge der Finanzkrise erhebliche Verluste eingefahren haben. Tenor der Abgeordneten: Weitere Schritte müssen folgen.

Trotz divergierender Meinungen zum Säulenmodell generell und den betrieblichen Pensionskassen speziell war man sich einig, daß mit dieser Novelle nur ein erster Schritt gesetzt werden könne und man so bald wie möglich über eine generelle Reform verhandeln sollte.

Die Gesetzesänderung ist als eine Folge mehrerer Kapitalmarktkrisen zu sehen, die in der Vergangenheit zu massiven Vermögensverlusten bei Pensionskassen geführt haben. Auch mit konservativen Veranlagungsstrategien konnten die Pensionskassen bei der Veranlagung des Vermögens der PensionsanwärterInnen und PensionistInnen Verluste nicht vermeiden.

Der Entwurf zur Änderung des Pensionskassengesetzes samt Anpassungen in anderen Gesetzen erlaubt es

Anwärtern auf eine Betriebspension, künftig zwischen verschiedenen Veranlagungsstrategien zu wählen. Eine Veranlagungs- und Risikogemeinschaft sorgt mit einer garantierten Anfangspension für die nötige Sicherheit. Dazu kommen bessere Informationsrechte und Erleichterungen beim Wechsel zwischen dem Pensionskassensystem und der betrieblichen Kollektivversicherung. Im Betriebspensionsgesetz wird die Unverfallsbarkeitsfrist verkürzt, die Möglichkeit variabler Arbeitgeberbeiträge erweitert und Rahmenbedingungen für einen individuellen Wechsel zwischen den Systemen festgelegt.

Konkret gibt ein Lebensphasenmodell den PensionsanwärterInnen die Möglichkeit, abweichend zu dem von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen vereinbarten Standardmodell, Entscheidungen für risikoreichere oder risikoärmere Veranlagungen zu treffen. Eine auf Sicherheit ausgerichtete Veranlagungs- und Risikogemeinschaft garantiert eine Anfangspension und vermeidet die Kürzung laufender Pensionen.

Die Debatte

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ), der die Debatte eröffnete, sprach von einem traurigen Tag für die Pensionsanwärter und stellte fest, seit 1990 sei man nicht in der La-

lichkeit, die bisher erlittenen Verluste durch Vorwegbesteuerung abzumildern. Insgesamt zeigte sie sich zuversichtlich, daß durch die vorliegende Novelle die Erträge wieder garantiert werden können.



Abgeordneter Karl Öltinger (Grüne) kritisierte grundsätzlich, die Pensionskassen seien als bloßes Konstrukt im Interesse der Banken in keiner Weise geeignet, Altersvorsorge zu betreiben. Die Menschen, die auf die Versprechungen der PolitikerInnen vertraut hatten, erlitten heute schwere Verluste. Die Pensionskassen laborierten an „multiplem Organversagen“, das durch diese Reform nicht behoben werden könne. Vielmehr handle es sich um eine „kosmetische Behübschung“ zu Lasten der Versicherten. Öltinger widersprach in diesem Zusammenhang seiner

Vorrednerin und bemängelte vor allem, die Novelle erlaube keinerlei Wahlfreiheit, ein Wechsel sei nicht möglich, auch fehle es an jeglicher Kontrolle. Er schlug als Alternative die Möglichkeit eines Wechsels zu einer staatlichen Pensionskassa vor, bei der der Bund Renditen wie bei Staatsanleihen garantiert.

Abgeordneter Erwin Kaipel (SPÖ) bezeichnete die Streichung der Mindesttragsgarantie durch die schwarz-blaue-Regierung (2000-2007, Anm.) als Kardinalfehler und sah darin den Grund für die hohen Verluste. Die vorliegende Novelle enthält seiner Einschätzung nach positive Aspekte, wobei Kaipel vor allem die Garantiepension, das Lebensphasenmodell und die besseren Informationsrechte begrüßte. In Zukunft sei die Politik aber weiterhin gefordert, Voraussetzungen für die Entwicklung marktfähiger Vorsorgeprodukte zu schaffen, gab der Redner zu bedenken, zeigte sich aber überzeugt, daß in weiteren Schritten Verbesserungen gelingen werden.

ge, ein sozial gerechtes Pensionskassengesetz zu präsentieren. Er kritisierte insbesondere, daß die Hochzinsverträge bei dieser Novelle keine Berücksichtigung finden, und warf der Finanzministerin vor, sie habe Einbußen bei den PensionistInnen von bis zu 50 Prozent zu verantworten. Jene Menschen, denen man anfangs Erträge von 7 Prozent eingeredet hatte, seien heute die Geschädigten und die Geschöpften. Der Redner forderte mit Nachdruck eine Haftungsübernahme durch den Staat sowie die Möglichkeit des Wechsels der Pensionskasse und eine Option auf Auszahlung des veranlagten Kapitals.

Abgeordnete Gertrude Aubauer (ÖVP) sah hingegen eine Reihe von Verbesserungen und hob insbesondere die Wahlfreiheit, die größere Flexibilität und die Einführung einer Sicherheitspension hervor. Klar war ihr allerdings, daß man bei der Einführung der Pensionskassen viel zu hohe Erwartungen geweckt hatte. Diese Reform knüpfe deshalb jetzt ein Sicherheitsnetz, das vor weiteren Verlusten schütze. Auch bestehe die Mög-

Innenpolitik

Abgeordneter Peter Westenthaler (BZÖ) zog den Wert der von der Politik abgegebenen Garantieverprechen in Zweifel und bemerkte, die Menschen würden „angeschwindelt und für dumm verkauft“ werden. Jeder wisse doch, daß die Pensionskürzungen der letzten Jahre irreversibel sind. Die vorliegende Reform sei bloße Kosmetik, die nur billiges Marketing im Interesse der Pensionskassen bringe, resümierte Westenthaler. Scharf ging er im übrigen mit Finanzministerin Fekter ins Gericht, der er unter Hinweis auf die jüngste Finanzausschußsitzung „Ahnungslosigkeit“ und „Abgehobenheit“ im Zusammenhang mit den Problemen der Beziehenden von ausländischen Pensionen vorwarf.

Abgeordneter August Wöginger (ÖVP) wies diese Anschuldigungen scharf zurück und hielt fest, daß an den Finanzämtern Informationszentren für die PensionistInnen zur Verfügung stünden. Außerdem seien zu den Nachforderungen Informationsblätter mitgeschickt worden. „Es gibt eine deutsche Besteuerung“, sagte Wöginger. Der Redner bezeichnete die vorliegende Gesetzesnovelle als einen ersten „Schritt in die richtige Richtung“, der jedoch nur als Anfang von weiteren Veränderungen im Pensionssystem gewertet werden könne. Die Novelle bringe Informationsrechte, eine Garantie für die Anfangspensionen, einen erleichterten Umstieg in andere Pensionskassen und mehr Transparenz.

Abgeordneter Wolfgang Zanger (FPÖ) wies auf die Notwendigkeit einer Mindestertragsgarantie hin und hob hervor, daß diese „einfach zu erwirtschaften“ sei, und zwar durch Heranziehung von Bundesschatzscheinen. Kritik übte Zanger an der Gesetzesnovelle, da diese 800.000 Menschen ausklammere, die Verluste bis zu 50 Prozent hinnehmen mußten. Außerdem vermisse der Redner die Verankerung einer Bundeshaftung in der Novelle.

Für Abgeordnete Heidrun Silhavy (SPÖ) beweisen die hohen Verluste bei den Pensionskassen wie wichtig die staatliche Vorsorge ist. Deshalb sprach sie sich für die verstärkte Förderungen staatlicher Kassen aus. Es sei notwendig, zu hinterfragen, was die bestehende Verteilung bedeute und welche Risikoverlagerung dadurch entstehe. Das Pensionsthema sei ein Generationenthema, so die Rednerin, die die Gesetzesnovelle ebenfalls als einen ersten Schritt in die richtige Richtung bewertete.

Abgeordnete Ruperta Lichtenegger (Grüne) meinte, daß das Pensionskassensystem

in Österreich von vornherein „auf wackeligen Beinen“ gestanden sei. Sie ging besonders auf die Aufgaben der Finanzmarktaufsicht als Aufsichtsorgan der Pensionskassen ein und hinterfragte diese. Trotz der Kontrolle sei keine „Notbremse“ gezogen worden, sodaß es zu hohen Verlusten bei den Pensionskassen kam. Lichtenegger forderte daher genauere Kontrollen, um eine Stabilität bei den Kassen sichern zu können. Abschließend wies die Abgeordnete darauf hin, daß ihrer Ansicht nach weitere Reformen notwendig seien, um die Ansprüche der Versicherten gewährleisten zu können.

Bundesministerin Maria Theresia Fekter (ÖVP) gab zu bedenken, daß die Banken- und Schuldenkrise das Umfeld erschüttert und damit die Ertragslage der Pensionskassen verringert hat. Mit der vorliegenden Novelle reagiere man darauf und schaffe zahlreiche Verbesserungen für Berechtigte des Pensionskassensystems. Die Ministerin stimmte Abgeordneter Lichtenegger zu und räumte ein, daß man ursprünglich hinsichtlich der Erträge überzogene Versprechungen gemacht habe. Außerdem waren ihr zufolge die Erstausstattungen nicht ausreichend. Deshalb habe man schon früher Korrekturen vorgenommen. Das vorliegende Paket sei im Interesse der Begünstigten ausverhandelt worden und nehme auch auf die Finanzierbarkeit Rücksicht, betonte Fekter. Mit den getroffenen Maßnahmen wolle man in Zukunft Pensionskürzungen vermeiden, die Wahlmöglichkeit sicherstellen und die Informationsrechte der Begünstigten stärken. Auch Fekter versicherte, daß man damit noch nicht die letzte Reform der zweiten Säule vorgelegt hat.

Abgeordnete Irina Fürnthrath-Moretti (ÖVP) hielt ebenfalls die Kritik an den Pensionskassen für berechtigt, wies aber darauf hin, daß man angesichts des frühen Pensionseintrittsalters und der hohen Lebenserwartung mit der staatlichen Vorsorge allein nicht auskommen könne. Am Beginn hätten die Pensionskassen eine hohe Rendite erwirtschaftet, die Krise habe aber hohe negative Auswirkungen gehabt, obwohl die Kassen relativ konservativ veranlagt haben, bemerkte die Mandatarin. Das habe zu einer großen Verunsicherung geführt, weshalb man bemüht gewesen sei, mit der Novellierung mehr Sicherheit zu geben. Sie befürworte die Änderungen, die mehr Wettbewerb und mehr Transparenz bringen.

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek (BZÖ) thematisierte ebenfalls die ursprünglich unrealistischen Annahmen bezüglich der erwarteten Renditen und bedauerte die enor-

men Verluste für die Betroffenen. Die zweite Säule sei daher reformbedürftig, stellte er fest und versicherte, daß alle zur staatlichen Vorsorge stünden. Man müsse aber auch die Problematik des Generationenvertrags mitberücksichtigen, fügte er hinzu. Dolinschek kritisierte die Regierung, den Geschädigten nicht ausreichend zu helfen, und vermisse darüber hinaus in diesem Zusammenhang auch eine Reform der Abfertigung neu.

Abgeordneter Johann Höfinger (ÖVP) erinnerte daran, daß man vor rund 20 Jahren das ambitionierte Drei-Säulen-Modell geschaffen habe, nämlich die staatliche Pensionsvorsorge, die betrieblichen Pensionskassen und die Privatvorsorge. Nach einem erfolgreichen Start der Pensionskassen habe es durch die Finanzkrise einen dramatischen Einbruch gegeben, hielt er fest, der Staat könne jedoch nicht alles ausgleichen, denn dann wäre man wieder beim staatlichen Modell und bei einer Aushöhlung des Drei-Säulen-Modells. Die Novelle sei unter Einbindung aller Beteiligten erarbeitet worden, es gebe eine garantierte Anfangspension, ein Lebensphasenmodell, die Möglichkeit des Wechsels und eine Informationsverpflichtung – alles in allem Verbesserungen und eine Weiterentwicklung, so Höfinger.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) bezeichnete die Ergebnisse der Pensionskassen als „grottenschlecht“, zumal sie oftmals schlechtere Erträge als ein Girokonto brächten. Für ihn stellen die Staatsanleihen eine Benchmark dar. Finanzprodukte die diese Zinssätze nicht erreichen, haben seiner Meinung nach keine Berechtigung, auf dem Markt gehandelt zu werden.

Die Änderung des Pensionskassengesetzes passierte den Nationalrat mit SPÖ/ÖVP-Mehrheit.

Seniorenrat: Drei unserer wesentlichen Forderungen erfüllt

Am 17. April dieses Jahres wurde das Pensionskassengesetz im Ministerrat beschlossen. Damals stellte der Österreichische Seniorenrat, die gesetzliche Interessenvertretung von über zwei Millionen SeniorInnen in Österreich, fest, die Änderungen würden wichtige Forderungen erfüllen, die man aufgrund der bis zu 50prozentigen Verluste der Pensionskassenberechtigten seit Jahren immer wieder auf die Verhandlungstische gelegt habe: „Die Umsetzung der sogenannten ‚Sicherheitspension‘, in die nun auch schon heute Bezugsberechtigte umsteigen können, garantiert, daß die Pensionskassen-Pension

Innenpolitik

nach der neu errechneten ersten Auszahlung nicht noch weiter sinken können. Die Befreiung von der Schwankungsrückstellung, die besseren Informations- und Mitbestimmungsrechte sowie die Begrenzung der Verwaltungskosten können als weitere Punkte auf der Habenseite verbucht werden“, erklärten die beiden Präsidenten des Österreichischen Seniorenrates, Andreas Khol und Karl Blecha.

„Die bereits gemeinsam mit dem Konsolidierungspaket beschlossene Vorabsteuer-Regelung für Pensionskassenberechtigte wird im Herbst dem Praxistest unterworfen. Sollten nicht genügend viele Berechtigte das Regierungsangebot annehmen, erwarten wir entsprechende Nachbesserungen im kommenden Jahr. Ob die Regierungserwartungen im Herbst eintreffen werden oder nicht, bleibt bis dahin offen“, so die beiden Präsidenten abschließend.

Pensionskassen begrüßen neue Reform der Zusatzpensionen

Die Reform bringt eine Garantievариante für Firmenpensionen, erhöhte Wahlmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen und steigert insgesamt die Attraktivität und langfristige Sicherheit von Betriebspensionen.

Das österreichische Pensionskassensystem wurde 1991 geschaffen – zu dieser Zeit bestimmten hohe Renditeerwartungen die Rahmenbedingungen und konnten von den Finanzmärkten auch erfüllt werden. Somit wurden damals im Pensionskassengesetz Rechnungszinssätze vereinbart, die im heutigen wirtschaftlichen Umfeld nur mehr schwer erreicht werden können. Durch die jetzt verabschiedete Novelle des Gesetzes können auch für MitarbeiterInnen von Unternehmen, die neu in das Pensionskassensystem einsteigen, marktgerechte Zinssätze vereinbart werden, die von der Finanzmarktaufsicht vorgegeben werden. So wird vermieden, daß ein zu hoher Rechnungszins zu Nachteilen für die künftigen Bezieher von Firmenpensionen führen kann.

Die neu geschaffene Sicherheitspension bietet den zukünftigen Beziehern von Pensionskassenpensionen die Möglichkeit, in eine Veranlagungsgemeinschaft mit konservativer Veranlagung zu wechseln und sich dadurch eine Garantiepension zu sichern. Dieses Modell garantiert, daß die mit Pensionsantritt gewährte Pension nicht unter diesen Wert sinken kann.

„Entscheidend ist, daß den Pensionskassen nun die gesetzliche Möglichkeit eingeräumt wurde, diese Kundenwünsche zu

erfüllen“, kommentiert Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbandes der Pensionskassen, die neue Sicherheitspension, aber auch das ebenfalls in der Novelle enthaltene Lebensphasenmodell. Durch dieses können sich die Kunden für eine den Lebensbedingungen und der Lebensphase angepaßte Veranlagungsstrategie entscheiden und auch mehrmals Risikobereitschaft und Ertrags-erwartung ändern: Zwischen einer dynamischen, auf höheren Ertrag ausgerichteten Veranlagung in jungen Jahren und mehr Sicherheit sobald sich der Pensionsantritt nähert.

Bei einer Veranstaltung der Pensionskassen um das Thema Nachhaltigkeit beauftragte auch der Vorstand des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria, Ulrich Schuh, die aktuelle Reform: „Ein nachhaltiges Pensionssystem ist ein wichtiger Faktor für den Wohlstand eines Landes. Durch die Neugestaltung der Betriebspensionen wird die 2. Säule für eine stabile Altersvorsorge noch interessanter und so können die Pensionskassen auch in Zukunft mit den Firmenpensionen einen entscheidenden Beitrag zu diesem Ziel leisten.“

Die PKG-Novelle bietet neue Vorteile für alle Gruppen: Die Arbeitnehmer profitieren von den flexibleren Varianten der Veranlagung. Die Unternehmen können nun mit fixen und variablen Beiträgen die Gestaltung der Beitragsleistung den wirtschaftlichen Gegebenheiten und der jeweiligen Situation ihres Unternehmens anpassen.

Für die Pensionisten sieht die Reform nicht nur die Möglichkeit der Sicherheitspension, sondern auch erweiterte Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Pensionskassen vor. Darüber hinaus steigert eine Ausweitung der Informationsrechte die Transparenz des Systems weiter und erhöht so die Vergleichbarkeit unterschiedlicher Anbieter.

Die Pensionskassen freuen sich, daß das bestehende System durch diese Anpassungen attraktiver wird und dies eine weitere Steigerung des Durchdringungsgrads der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich begünstigt. „Österreich hat im internationalen Vergleich großen Nachholbedarf bei Firmenpensionen. Jetzt sollten sich die Tore in die 2. Pensionssäule für weitere 3,2 Millionen Arbeitnehmer öffnen, auch bei mittleren und kleineren Unternehmen“, stellt Zakostelsky fest.

Bei Pensionskassenverträgen zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Pensionskassen monatlich Beiträge ein, die später in der Pension verzinst ausbezahlt werden. Derzeit haben rund 800.000 Österreicherinnen und Österreicher Anspruch auf eine Firmenpension. Der langjährige Veranlagungserfolg der Pensionskassen liegt mit Ende 2011 bei jährlich plus 5,52 Prozent. Insgesamt veranlagen die 17 zur Zeit ein Vermögen von rund 15 Mrd. Euro – sie sind damit der größte private Pensionszahler Österreichs. ■

Quellen: Parlamentskorrespondenz, Seniorenrat, Fachverband der Pensionskassen/WKÖ

Liste der Pensionskassen

Allianz Pensionskasse AG
1130 Wien, Hietzinger Kai 101 – 105
<http://www.allianzpk.at>

APK Pensionskasse AG
1030 Wien, Thomas-Klestil-Platz 1
<http://www.apk.at>

BONUS Pensionskassen AG
1030 Wien, Traungasse 14-16
<http://www.bonusvorsorge.at>

Valida Pension AG
1020 Wien, Ernst-Melchior-Gasse 22
<http://www.valida.at>

VBV-Pensionskasse AG
1020 Wien, Obere Donaustraße 49-53
<http://www.vbv.at>

Victoria Pensionskassen AG
1110 Wien, Modecenterstraße 17
<http://www.bav.victoria.at>

BAV Pensionskassen AG
1020 Wien, Ernst-Melchior-Gasse 22
<http://www.bav-pk.at>

Bundespensionskasse AG
1010 Wien, Schenkenstraße 4
<http://www.bundespensionskasse.at>

EVN Pensionskasse AG
2344 Maria Enzersdorf, EVN-Platz
<http://www.evn.at>

Generali Pensionskasse AG
1010 Wien, Landskronengasse 1-3
<http://www.generali.at>

IBM Pensionskasse AG
1020 Wien, Obere Donaustraße 95
<http://www.ibm.com/at>

Infineon Technologies Austria Pensionskasse AG
9500 Villach, Siemensstraße 2

Porsche Pensionskasse AG
5020 Salzburg, Vogelweiderstraße 75
<http://www.porsche.co.at>

Shell Austria Pensionskasse AG
1220 Wien, Lobgrundstraße 3
<http://www.shell.at>

Siemens Pensionskasse AG
1210 Wien, Siemensstraße 90
<http://www.siemens.at>

Sozialversicherungspensionskasse AG
1030 Wien, Kundmannsgasse 21
<http://www.hauptverband.at>

Wirtschaftskammern Pensionskasse AG
1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63
http://portal.wko.at/wk/kontakt_dst.wk?angid=1&dstid=6943

Gedenken

Gedenksitzung zum 67. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Ende des 2. Weltkriegs – Gedenkfeier zur Befreiung der Häftlinge aus dem KZ Mauthausen – Feierliche Bestattung von Opfern der NS-Medizin in Wien



Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

Bundespräsident, Regierungsmitglieder und Teilnehmer aus dem öffentlichen Leben bei der Gedenksitzung am 8. Mai.

Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger haben am 8. Mai zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des 2. Weltkriegs zur Veranstaltung „Umbruch – Aufbruch – Europa“ ins Bundeskanzleramt geladen. Der Kanzler unterstrich in seiner Rede, daß der „8. Mai 1945 der Ausgangspunkt für eine neue Epoche und für ein Europa des friedlichen Zusammenlebens ist. Der 8. Mai ist auch die Grundlage, um aus unserer Geschichte zu lernen.“

Faymann: »Niemals vergessen« und »Wehret den Anfängen« als Säulen des bewußten Umgangs mit der Geschichte

Faymann stellte klar, daß „Niemals vergessen“ und „Wehret den Anfängen“ zu den wichtigsten Säulen des bewußten Umgangs mit der Geschichte unserer Landes gehören. Hetze, Rassenwahn, Haß und „das Gegen-einander haben zur Katastrophe geführt“, betonte Faymann, der unterstrich: „Die Zweite Republik ist das gelebte Gegenstück zum

Totalitarismus und zur Unmenschlichkeit des NS-Regimes“. Ohne das Miteinander und ohne Frieden gebe es keine Demokratie, keinen Wohlstand und keine Chancengerechtigkeit. „Solidarität und Gemeinsamkeit sind der Baustoff für ein Europa in Frieden“, bekräftigte Kanzler Faymann.

Wer über unsere Geschichte spricht, könne sich nicht an Schuld und Mitschuld vorbeiswindeln, so Faymanns Absage an den Versuch, den 8. Mai als Anlaß zu nehmen, ein „verharmlosendes Geschichtsbild vom 2. Weltkrieg zu zeichnen“. Der 2. Weltkrieg war, so Kanzler Faymann, ein Aggressionskrieg, der Millionen Opfer gefordert hat, darunter über 6 Millionen Opfer der Shoa. Klar sei auch, daß die Alliierten das nationalsozialistische Regime in die Knie gezwungen haben. Auch mutige Frauen und Männer hätten im Widerstand aktiv an der Befreiung Österreichs mitgewirkt, so Faymann in „tiefem Respekt“. Der 8. Mai 1945 markiere den Neubeginn in Europa auf der Grundlage des gemeinsamen Bekenntnisses, nie wieder solche Grausamkeiten zuzulas-

sen, wie sie während des NS-Regimes geschahen.

Europa habe aus der Tragödie des Nationalsozialismus und des 2. Weltkriegs gelernt, unterstrich Faymann die Bedeutung des Friedensprojekts Europäische Union. „Wer den Frieden in Europa wahren will, muß wissen, daß er die europäische Integration nicht abschaffen kann, ohne diesen Frieden zu gefährden. Nicht weniger Europa heißt die Lösung, sondern mehr europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und im Streben nach Wohlstand und sozialer Sicherheit“, betonte Faymann. Ein Europa im 21. Jahrhundert, 67 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs, bedeute auch, ein „unerschütterliches Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit“ abzugeben. Der Bundeskanzler machte auch deutlich, daß es von zentraler Bedeutung sei, daß die jungen Menschen Zugang zu den Erinnerungen an die Jahre vor 1945 bekommen. Daher sei der „Gedenkdienst eine unverzichtbare Einrichtung“, schloß der Bundeskanzler.

Innenpolitik

Spindelegger: 8. und der 9. Mai als stille Zeugen unserer gemeinsamen europäischen Geschichte

„Der 8. Mai 1945, Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Tag an dem unser Kontinent nach dem Ende eines schrecklichen Krieges wieder aufatmen konnte – fünf Jahre später – der 9. Mai 1950, mit der Präsentation des Schuman-Plans wird der Grundstein für das Friedensprojekt Europa gelegt und der europäische Gedanke feiert seine Geburtsstunde“, leitete Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger seine Rede ein. „Zwei Tage, die sowohl den Umbruch als auch den Aufbruch unseres Kontinents symbolisieren, das Ende und den Neuanfang.“

Auch wenn die Jahre des Neuanfangs alles andere als einfach und von großer Ungewißheit und bitteren Entbehrungen geprägt gewesen seien – für ganz Europa und für unser Österreich im Besonderen – das, aufgeteilt in vier Besatzungszonen einer ungewissen Zukunft entgegenblickte: „Denn der wirtschaftliche Wiederaufbau war hart – der Wandel in der Gesellschaft tiefgreifend – und der Weg zur Unabhängigkeit, zur Souveränität und zur Freiheit – die wir erst mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags erlangten – noch lang.“

Dennoch markiere der 8. Mai den Umbruch, die Wende – das Ende der Tragödie und den Beginn der Hoffnung.

Und wenn einige wenige diesen Anlaß heute für ihre Zwecke mißbrauchen wollten – um Intoleranz und Zwietracht zu säen und die Menschen in Europa gegeneinander auszuspielen – „dann sage ich ganz klar und deutlich: Das brauchen wir nicht! Denn wir brauchen Ideen und Visionen für morgen und kein gestriges Gedankengut im Dunkel des Fackelscheins“, so Spindelegger.

Österreich stehe heute fest auf dem Fundament der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, und der Menschenrechte. Wir leben in einer freien Gesellschaft, wo niemand wegen seines Glaubens, seiner Herkunft, oder seiner Meinung verfolgt wird.

Das sei keineswegs selbstverständlich. „Jeden Tag aufs Neue müssen wir für unsere Grundwerte kämpfen. Frieden, Freiheit und Sicherheit bedürfen unseres ständigen Engagements, unseres Einsatzes und der tiefen Überzeugung, daß wir trotz aller Schwierigkeit nur gemeinsam vorwärts kommen werden.“

Europa sei als Friedensprojekt einzigartig auf der ganzen Welt. Nirgendwo sonst gebe es einen Raum, der über alle Grenzen hinweg, den Menschen Frieden, Sicherheit und Freiheit garantiere. „Und das ist auch das starke Fundament, auf dem wir heute stehen und das uns langfristig tragen wird. Ohne dieses Fundament haben wir keine Zukunft – mit diesem Fundament aber können wir uns allen Herausforderungen stellen. Diese Vi-

sion von Europa müssen wir den Menschen spürbar machen – diese zentrale Errungenschaft dürfen wir nicht vergessen. Und deshalb besinnen wir uns heute auch zurück – auf die Zeit, die davor war und die nie wieder sein darf – und an die Grundsteinlegung unserer Gemeinschaft – an den 8. Mai 1945 und an den 9. Mai 1950, an den Umbruch und an den Aufbruch. Denn auch wenn Europa heute mehr ist, als das Friedensprojekt von einst, erinnert uns der 8. Mai eindringlich daran, daß – was immer auch geschieht, wie auch immer sich unsere Gemeinschaft weiterentwickelt – es nie wieder weniger sein darf – denn der Friede, den uns Europa garantiert und auf dem wir aufbauen, ist das höchste Gut und der zentrale Grundstein auf dem unser aller Zukunft steht“, so Spindelegger.

Gedenkfeier im KZ Mauthausen

Die internationale Gedenkfeier anlässlich der Befreiung Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen am 13. Mai hat heuer den Schwerpunkt der aus rassistischen Gründen Verfolgten gehabt. Laut offiziellen Schätzungen nahmen rund 10.000 Personen an der Veranstaltung teil.

Zu der Feier kamen – nach Angaben der Organisatoren – BotschafterInnen und hochrangige VertreterInnen von etwa 50 Ländern. Das offizielle Österreich war durch Bundespräsident Heinz Fischer, die erste National-



Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

Gedenk- und Befreiungsfeier anlässlich der 67. Wiederkehr der Befreiung des KZ Mauthausen (v.l.) Staatssekretär Sebastian Kurz, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Bundeskanzler Werner Faymann, Parlamentspräsidentin Barbara Prammer, Bundespräsident Heinz Fischer, Margit Fischer und Verteidigungsminister Norbert Darabos.

Innenpolitik

Foto: HBF / Dragan Tatic



Bei der Kranzniederlegung im KZ Mauthausen (v.l.): Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundeskanzler Werner Faymann, Bundespräsident Heinz Fischer und Verteidigungsminister Norbert Darabos.

ratspräsidentin Barbara Prammer, Bundeskanzler Werner Faymann, die Minister Johanna Mikl-Leitner, Norbert Darabos, Alois Stöger und Staatssekretär Sebastian Kurz sowie zahlreiche Nationalratsabgeordnete und Regierungs- und Landtagsmitglieder aus mehreren Bundesländern vertreten.

Der Vorsitzende des Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), Willi Mernyi, erinnerte zum heurigen Schwerpunkt, der Verfolgung und Ermordung aus rassistischen Gründen, daran, daß im KZ Mauthausen mindestens 15.000 Juden und Hunderte Roma und Sinti ermordet worden seien. Dazu kämen noch die Tausenden Toten der Todesmärsche ungarischer Juden, die im Frühjahr 1945 auf dem Weg nach Mauthausen beziehungsweise nach Gunskirchen starben. Ihre Zahl habe nie vollständig erfaßt werden können. Auch heute noch würden Menschen rassistisch verfolgt und ermordet, machte er aufmerksam.

Er kritisierte eine Feier am vergangenen 8. Mai am Heldenplatz, die offiziell dem Totengedenken gewidmet gewesen sei, als Aufmarsch der „alten Ewiggestrigen in Verbindung mit ihren jungen rechtsextremen Kameraden“. Das erfülle ihn „mit Scham, aber auch mit Wut. Es macht keinen Unterschied, ob sie sich in den Fußballstadien, Schulen, Betrieben, Wirtshäusern oder im Parlament artikulieren. Es bleiben die gleichen braunen, haßerfüllten Parolen, die die Menschen, die hier gelitten haben, alle schon einmal gehört haben.“

Mehr als 500 junge Menschen nahmen an der Jugendgedenkenveranstaltung teil. Nicole Sevik vom Verein Ketani für Sinti und Roma wies auf die heutige Ausgrenzung ihrer

Volksgruppe in vielen europäischen Ländern hin: „Die größte Minderheit Europas ist auch die am meisten diskriminierte Bevölkerungsgruppe. Ich appelliere an die Jugend aus der Geschichte zu lernen und die Würde des Menschen als wertvollstes Gut zu achten und zu schützen.“

Bei der Feier hielten ein aus Polen stammender Überlebender des KZ Ebensee, ein russisches Mitglied des Internationalen Mauthausen Komitee und Jenny Mendel, die Enkeltochter des deutschen KZ-Überlebenden Johannes Müller, kurze Reden. Auch Mendel wandte sich an die junge Generation: „Es ist unfassbar für mich: In den letzten zehn Jahren mordeten in Deutschland neue

Nazis. Die Opfer dieser Morde wurden verunglimpft und jetzt ist klar – es waren rassistische Morde! Mein Opa und die vielen anderen Zeitzeugen sind nicht mehr da – wir, die Enkelgeneration, sind jetzt gefragt! Wir sind nicht dafür verantwortlich, was der deutsche Faschismus verbrochen hat. Aber wir verantworten das Heute und das Morgen.“

In Mauthausen und seinen 49 Außenlagern haben die Nationalsozialisten rund 200.000 Menschen aus 70 Nationen gefangen gehalten. Rund die Hälfte überlebte diese Vernichtungsmaschinerie nicht.

Feierlicher Bestattung von Opfern der NS-Medizin in Wien

Vor zehn Jahren wurden sterbliche Überreste von Opfern der NS-Kindereuthanasie am Spiegelgrund im Rahmen einer feierlichen Zeremonie am Zentralfriedhof bestattet. Am 9. Mai erfolgte die Bestattung weiterer medizinischer Präparate von PatientInnen, die durch die NS-Medizin in Wien ermordet wurden. Bundespräsident Heinz Fischer, Bürgermeister Michael Häupl, Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely, Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch und Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin von Hamburg, erwiesen den Opfern die Ehre. „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind beispiellos. Und es wäre eine schreckliche Verharmlosung, Vergleiche zwischen der NS-Zeit und aktuellen Ereignissen zu ziehen. Aber nur ein gefestigtes Bekenntnis zur Demokratie, zur Solidargemeinschaft und

Foto: HBF / Dragan Tatic



Bestattung sterblicher Überreste von Opfern medizinischer Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus am Zentralfriedhof. Im Bild: Wiens Bürgermeister Michael Häupl, Bundespräsident Heinz Fischer mit Gattin Margit, Wiens Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely, die Zweite Bürgermeisterin von Hamburg, Dorothee Stapelfeldt, und andere.

Innenpolitik

die Überzeugung, daß jedes Menschenleben wertvoll ist und Respekt verdient, kann uns als Gesellschaft davor schützen, daß neues Unrecht wachsen und an Boden gewinnen kann“, erklärte Fischer im Vorfeld. „Erinnern und gedenken, das können wir für die Opfer tun und uns der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stellen. Und als meine persönliche Verpflichtung sehe ich es, alles zu tun, damit so etwas Unvorstellbares nicht mehr möglich wird“, unterstrich Häupl.

„Wir gedenken der Opfer des NS-Terrors in ihrer Gesamtheit und in ihrer Individualität. Ein klares ‚Wehret den Anfängen!‘ sowie der universelle Einsatz für demokratische Werte und Menschenrechte – das sind die wichtigsten Voraussetzungen für ein ‚Nie wieder!‘“, so Wehsely.

Am 14. Mai erinnerten im Rahmen der Veranstaltung „Spiegelgrund-Überlebende erzählen“ Videointerviews mit ZeitzeugInnen der Wiener Jugendfürsorge in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital. Diese Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes statt, ebenso wie die feierliche Bestattung und ein Vortrag des deutschen Experten Michael Wunder über „Die Geschichte der Euthanasie im Nationalsozialismus und die Verantwortung für heutiges Handeln“ im Rahmen der Wiener Vorlesungen.

NS-Medizinverbrechen in Wien und der Umgang damit nach 1945

Die Medizin übernahm im Nationalsozialismus eine neue und besonders menschenverachtende Aufgabe: die von den Nazis so genannte „Ausmerzungen“ von Menschen, die sie als „minderwertig“ qualifizierten. Für Personen mit intellektuellen Beeinträchtigungen, psychisch Kranke und Unangepaßte war in der nationalsozialistischen Volks- und Leistungsgemeinschaft kein Platz. Sie wurden verfolgt, eingesperrt und der Vernichtung preisgegeben.

Das heutige Sozialmedizinische Zentrum Baumgartner Höhe stand während der NS-Zeit im Brennpunkt der verschiedenen Tötungsaktionen des Regimes gegen PsychiatriepatientInnen und Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen. Etwa 3200 Menschen wurden in den Jahren 1940/41 im Rahmen der so genannten „Aktion T4“ nach Schloß Hartheim in Oberösterreich deportiert und dort in der Gaskammer getötet. Nachdem aufgrund zahlreicher Proteste von Angehörigen und verschiedenen Institutionen diese verbrecherische Vernichtungsaktion Ende August 1941 offiziell gestoppt



Foto: HBF / Dragan Tatic

Bundespräsident Heinz Fischer und Wiens Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely mit Friedrich Zawrel, einem der überlebenden Kinder vom Spiegelgrund und unermüdlicher Aufdecker (Stichwort Heinrich Gross) und Zeitzeuge. Sehen Sie hier <http://www.gedenkstaettesteinhof.at> ein aktuelles Video-Interview mit ihm.

worden war, wurden die Ermordungen in die einzelnen Anstalten verlagert – „dezentralisiert“.

Alleine für die Anstalt „Am Steinhof“ ist in dieser Phase nach Schätzungen von ca. 3500 zusätzlichen Todesfällen bis 1945 auszugehen. Systematische Vernachlässigung, Unter- und Mangelernährung, mangelnder Schutz vor Kälte sowie bewußt geförderte Infektionskrankheiten stellten die häufigsten Todesursachen dar.

In der Anstalt „Am Spiegelgrund“ wurden außerdem 789 Kinder und Jugendliche umgebracht, die meisten davon als Opfer der so genannten „Kindereuthanasie“. Von vielen der ermordeten Opfer wurden zur weiteren wissenschaftlichen Ausbeutung Präparate angefertigt, an denen bis weit in die Nachkriegszeit hinein ohne Bedenken wissenschaftlich-medizinisch geforscht wurde.

Aufarbeitung in den vergangenen Jahren

2002 wurden die Gehirnpräparate von über 400 in der NS-Zeit in der Klinik am Spiegelgrund ermordeten Kindern im Rahmen einer feierlichen Zeremonie am Zentralfriedhof bestattet. Seit 2006 hat die Stadt Wien zahlreiche Überlebende vom „Spiegelgrund“ für deren wichtige Aufklärungs- und ZeitzeugInnenarbeit über die Greueltaten des Nazi-Regimes mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet.

Ausstellung im Otto-Wagner-Spital

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hat im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Wien und dem Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus im Jahr 2008 die seit 2002 bestehende Ausstellung „Der Krieg gegen die ‚Minderwertigen‘ – Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien“ im Pavillon V des Otto-Wagner-Spitals neu gestaltet und erweitert. Die Ausstellung erläutert, beginnend mit der Vorgeschichte, die nationalsozialistischen Medizinverbrechen in Wien und thematisiert auch den Umgang mit diesen Verbrechen nach 1945.

In den letzten Jahren wurden im Zuge einer umfassenden Erhebung zu Relikten der NS-Geschichte in der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales der Stadt Wien weitere Unterlagen und histologisches Material von Opfern der NS-Psychiatrie aufgefunden und einer Sichtung und Aufarbeitung durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zugeführt. Unterlagen wie Fotos und Krankengeschichten wurden dem Wiener Stadt- und Landesarchiv übergeben, die histologischen und anatomischen Präparate werden nun bestattet. ■

<http://www.mauthausen-memorial.at>

<http://www.gedenkstaettesteinhof.at>

<http://www.doew.at>

<http://www.mkoe.at>

Quellen: Hofburg, Bundespressdienst, APA, MKÖ

Wiener Charta

In der Wiener Charta sollen die wesentlichen Grundsätze für ein gutes Zusammenleben festgeschrieben werden – eine Bilanz nach den ersten Wochen.

Foto: Ismail Gökmen / PID



Die Wiener Charta am Brunnenmarkt (v.l.): Ursula Struppe (Projektleiterin der Wiener Charta), Nikolaus Kunrath (Die Grünen Wien), Stadträtin Sandra Frauenberger, Michael Landau (Direktor der Wiener Caritas), Amani Abuzahra (Integrationsbeauftragte der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich), Dkfm. Hans Staud (Staud's, Unternehmer in Ottakring) und Nurten Yilmaz (SPÖ-Gemeinderätin)

Die Charta soll in einer völlig neuen, offenen, transparenten und direkten Kommunikation mit den in Wien lebenden Menschen entstehen. Mit dem Charta-Projekt bringt die Stadt die Menschen miteinander ins Gespräch. Bei dieser europaweit einzigartigen Form der BürgerInnenbeteiligung können und sollen alle Menschen, die in Wien leben, mitmachen und ihre Vorstellungen und Ideen für ein gutes Zusammenleben einbringen. Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou und Stadträtin Sandra Frauenberger zur Stoßrichtung des Projektes: „Die in Wien lebenden Menschen sind zurecht auf die hohe Lebensqualität in unserer Stadt stolz. Gerade in einer Zeit, die uns alle vor neue Herausforderungen stellt, ist ein Klima des sozialen Zusammenhalts und des gegenseitigen Respekts immens wichtig. Wie wir im Alltag miteinander umgehen, spielt dabei eine zentrale Rolle. Das ist aber nicht per Gesetz zu verordnen. Es braucht einen gemeinsamen Nenner, auf den sich die Menschen, die in Wien leben, miteinander verständigen. Dafür bietet die Wiener Charta nicht nur den Rahmen, sie forciert den BürgerInnendialog offensiv und schafft damit Bewußtsein für Solidarität.“

Nun finden seit etwas mehr als einem Monat in nahezu allen Bezirken Wiens Charta-Gespräche statt. Bisher wurden rund 60 Diskussionen organisiert, ein Großteil der

Ergebnis-Protokolle ist bereits im Internet unter <http://www.charta.wien.at> nachzulesen. Die Liste der Veranstalter zeigt die breite Palette der BürgerInnenbeteiligung, die im Rahmen der Wiener Charta möglich ist: Charta-Gespräche haben bereits in nahezu allen Wiener Gemeindebezirken stattgefunden. Stark vertreten sind Gruppen, in denen sich MieterInnen von Wohnhausanlagen oder BewohnerInnen bestimmter Stadtteile und/oder Bezirke getroffen haben. Auch Menschen, die einen Arbeitsplatz oder einen gemeinsamen Beruf teilen, haben gemeinsam diskutiert. Beispiele dafür sind Diskussionen am Großgrünmarkt, in einem Bezirksgesundheitsamt, unter LehrerInnen und SozialarbeiterInnen und ein Charta-Gespräch des gastronomischen Managements der Wiener Pensionistenwohnhäuser. Auch Vereine und Interessensgruppierungen waren im Rahmen der Wiener Charta bereits aktiv: Hier gab es Diskussionen mit religiösem Hintergrund, in Frauengruppen und Elterncafés aber auch bei WITAF, einer Organisation, die die Interessen Gehörloser vertritt und bei Asyl in Not. Jugendliche der Hansonsiedlung diskutierten ebenso wie BewohnerInnen des Pensionisten-Wohnhauses Margareten. Charta-Gespräche wurden auch in Volkshochschulen durchgeführt und waren Ergebnis von Privatinitiativen, so etwa eine Diskussion im Eissalon „Le Sette Fontana“ im 5. Bezirk.

Was die WienerInnen bewegt

Der Beirat der Wiener Charta hat Mitte April drei Themenfelder definiert, zu denen diskutiert werden kann: „Miteinander auskommen“, das etwa Verhalten im Straßenverkehr und in den öffentlichen Verkehrsmitteln und Umgangsformen im Alltag, Rücksicht im Zusammenleben u.a. umfaßt. „Nicht immer dasselbe“ mit den Themen jung und alt, Deutsch sprechen – andere Sprachen sprechen und: Ich und die, die anders sind als ich. Und: „aufgeräumt wohlfühlen“, wo es um die Sauberkeit in der Stadt und um die Gestaltung des öffentlichen Raums geht.

Knapp die Hälfte der Gruppen hat im ersten Monat zum Themenbereich „Miteinander auskommen“ diskutiert. Freundlichkeit, Verständnis und Hilfsbereitschaft sind hier wichtige Aspekte. „Grüßen nicht als Pflicht, sondern weil es schön(er) ist“, formulieren es die DiskutantInnen im Regionalforum Floridsdorf. Dabei wird viel Gewicht auf jeden einzelnen gelegt, der eine Vorbildfunktion übernehmen kann, indem gute Umgangsformen an den Tag gelegt und direkte Kontakte auf Eigeninitiative hergestellt werden. Viele Gruppen stellen fest, daß es nicht darum geht, Probleme nicht anzusprechen – im Gegenteil: aber es wird vorgeschlagen, offen, respektvoll und höflich miteinander umzugehen. Das betrifft unterschiedliche Religionen und Kulturen ebenso

Innenpolitik



Foto: Ismail Gökmen / P1D

Stadträtin Sandra Frauenberger beim Kick off für ModeratorInnen der Charta-Gespräche im Großen Festsaal im Rathaus

wie Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung oder unterschiedlichen Alters. Bei Problemen – so etwa hinsichtlich der Frage, ob Regeln eingehalten werden – soll die Kommunikation möglichst auf die Sachebene verlegt werden, d.h. man kann möglichst höflich darauf hinweisen, wenn jemand die Hausordnung oder andere Regeln nicht einhält. Es wird auch als wichtig erachtet, mehr Zivilcourage zu zeigen. „Der echte Dialog heißt nicht nur zuhören sondern auch die Bereitschaft, die eigene Meinung zu ändern“, formuliert es die Initiative Weltethos Österreich.

Fast ebenso viele Gruppen haben sich dem Themenbereich „Nicht immer dasselbe“ gewidmet. Viele DiskussionsteilnehmerInnen erachten Information über andere Gruppierungen als wesentlich, um ein gutes Zusammenleben gewährleisten zu können. Sie treten dafür ein, eine größere Offenheit für anderes und gegenseitige Toleranz und Verständnis zu zeigen. Die Gruppe des gastronomischen Managements der Wiener Pensionistenwohnhäuser schlägt zum Thema Jung und Alt vor, „in den Schuhen anderer“ zu gehen, „um deren Sichtweise zu verstehen“. Daß durch offene Kommunikation Vorurteile an Frauen mit Kopfbedeckung abgebaut werden kann, meinen die Teilnehmerinnen eines Mama lernt Deutsch-Kurses. Wichtig ist es aber auch, die eigene Meinung zu sagen und Probleme direkt anzusprechen. Dabei geht es – und da sind sich die unterschiedlichen Gruppen einig – immer um das „Wie“. Einander respektvoll wahrnehmen, grüßen, lächeln sind die Vorschläge, die hier gemacht werden. „Wir wünschen uns mehr Humor im Umgang miteinander“, ist ein Ergebnis der Diskussion von ANIMA. Oftmals wird vorgeschlagen, hilfsbereiter zu sein und Solidarität mit den Schwächeren aktiv zu

zeigen – von vielen wird mehr Zivilcourage gewünscht. Deutsch als gemeinsame Sprache wird ebenso angesprochen wie der positive Effekt, wenn man über Grundkenntnisse in anderen Sprachen verfügt.

Obwohl die Themenbereiche Sauberkeit und Gestaltung des öffentlichen Raums in der Phase des Themensammelns oftmals genannt wurden, haben erst zwei Gruppen explizit zum Thema „Aufgeräumt wohlfühlen“ diskutiert. Trotzdem wird dieser Bereich des Zusammenlebens auch in anderen Gruppen thematisiert. Hier geht es vor allem um das Miteinander im Wohnumfeld. „Wenn ich mit einer Situation nicht zufrieden bin, soll ich selbst ‚Stein des Anstoßes‘ sein und das Thema ins Rollen bringen“, steht im Protokoll der Diskussionsgruppe der VHS Simmering. Wichtig ist es dann aber, das Miteinander gemeinsam zu erarbeiten. Das kann die Frage betreffen, zu welcher Zeit im Hof Ball gespielt werden kann/darf/soll. Dabei ist es wünschenswert, auch die Information, die hinter Verboten steht, gut aufzubereiten und zu kommunizieren. Die TeilnehmerInnen sind überzeugt, daß Verbote dann besser verstanden und leichter akzeptiert werden können. Trotzdem soll man sich nicht nur auf Verbote berufen, sondern diese auch in Frage stellen. Möglicherweise hilft auch ein Umdenken: „Was kann ich erlauben?“ und nicht „Was muß ich verbieten?“ sollte die Maxime sein. Auch hier ist mehr Zivilcourage der einzelnen gefragt, um „Nicht-Wissende“ anzusprechen, zu informieren und aufzuklären. Die DiskutantInnen der Jugendplattform Leopoldstadt wünschen sich die Unterstützung von NutzerInnengruppen (z.B. Jugendliche, Familien, ...) zwecks Mitsprache und Durchsetzung deren Interessen im „halböffentlichen“ und öffentlichen Raum.

Weitere Schwerpunkte von Gruppen, die über alle Themen diskutiert haben, sind mehr Respekt, Nachbarschaftshilfe und eine positive Einstellung gegenüber den Mitmenschen. „Wir wollen ältere NachbarInnen unterstützen, u.a. beim Einkaufen und wünschen uns, wenn wir auf Urlaub sind, daß auch sie uns u.a. beim Blumen gießen unterstützen“, sagen die Diskutierenden im Hubarlilar Verein, die sich vornehmen, mehr zu lächeln, im Stiegenhaus zu grüßen und aktiv auf NachbarInnen zuzugehen. „Veränderung beginnt bei mir selbst. Eine Veränderung bei mir bewirkt auch eine Veränderung im gesamten System“, stellen auch die Diskutierenden eines Charta-Gesprächs in Wien fest.

„Wie man in den Wald ruft so kommt es zurück“, stellt eine Frauengruppe aus dem Karl Wrba-Hof fest, die im Rahmen der Diskussion zum ersten Mal bereits seit langer Zeit bestehende Mißverständnisse zur Sprache bringt. Ihr Ergebnis ist, daß man bei Fehlern von anderen nachsichtiger sein – oder sich entschuldigen könnte. Türkische Frauen, die im Jakob-Winter-Park ein Charta-Gespräch geführt haben, wünschen sich einen respektvollen Umgang, auch wenn sie ein Kopftuch tragen und ihre Muttersprache sprechen. Sie schlagen aber auch vor, daß TürkInnen leiser sprechen könnten, wenn das laute Sprechen als unangenehm aufgefaßt wird. Für die Frauen ist es wichtig, daß sich Menschen, die in Österreich leben, mit diesem Land identifizieren und „eine Art Liebe für das Land entwickeln“ können.

Zusammengefaßt zeigt sich, daß es in vielen Gruppen darum ging, selbst initiativ und aktiv zu werden und eine gewisse Sensibilität hinsichtlich anderer Sichtweisen zu bekommen. Inhaltlich werden in vielen Diskussionen trotz unterschiedlicher TeilnehmerInnen ähnliche Themen angesprochen, die Lösungsvorschläge sind oft auf das ganz persönliche Umfeld und die jeweilige Problemlage zugeschnitten.

Wie kann man mitmachen?

Charta-Gespräche finden noch bis Mitte Oktober statt. Ende Mai gab es Anmeldungen für rund 150 Gespräche – eine Zahl, die sich täglich ändert, da kontinuierlich neue Anmeldungen einlangen. Nicht nur die 287 Partner der Wiener Charta, das sind Organisationen, Vereine, Firmen usw., werden Gespräche organisieren. Auch Privatpersonen können selbst eine Gruppe organisieren. ■

<http://www.charta.wien.at>

Oö. Zukunftsakademie Schlüsselfaktor Arbeit

Mit der gleichnamigen Fachtagung soll ein ganzheitliches Bild einer zukunftsweisen Arbeits- und Wirtschaftsregion (im Sinne von nachhaltig, offen, kreativ, wandlungsfähig, ökonomisch stabil und erfolgreich, lebenswert, etc.) gezeichnet werden.

Die positive Dynamik, die mit einer räumlich und geistig offenen Arbeitsgesellschaft (Stichwort Arbeitnehmerfreizügigkeit, lebenslange Lernfähigkeit, etc.) und innovativen Qualifizierungsstrategien verbunden ist, steht dabei im Fokus der Referate und Diskussionen. Ergebnis soll ein ermutigendes inneres Bild einer Region für Lebensqualität und Arbeit sein, die sowohl aus der Perspektive der Wohn- und Arbeitsbevölkerung als auch aus der Perspektive der Unternehmen attraktiv ist, dadurch in ihrer Gesamtheit eine positive Standortqualität bewirkt und dem Grundsatz der Nachhaltigen Entwicklung entspricht. Dieses Bild muß auf die gegebenen und absehbaren sozioökonomischen Entwicklungen (z.B. Altersstruktur der Bevölkerung, Zuwanderung, Bildungsniveau, globaler Wettbewerb, Wertewandel in Bezug auf Arbeit, etc.) Bezug nehmen. Welche die Schlüsselfragen einer für alle lebenswerten und wirtschaftlich erfolgreichen Arbeitsregion sind, was die zentralen Herausforderungen bei der Entwicklung des oö. Arbeitsmarkts und unserer Humanressourcen sind und welche Potentiale man dafür erkennen, aufzeigen, erwecken und entwickeln kann – das sind Fragen, die in Referaten und Diskussionsforen behandelt werden.

Arbeit als querschnittsorientiertes Zukunftsthema des Landes OÖ

Arbeit ist ein erneuerbarer Wertschöpfungsfaktor für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft.

Wirtschaftlicher und sozialer Wandel sowie die Verknappung von Ressourcen erfordern es, die Positionierung Oberösterreichs als moderne, wirtschaftlich erfolgreiche Region mit hoher Lebens-, Standort- und Umweltqualität nach den Kriterien der Nachhaltigkeit zu sichern und weiterzuentwickeln. Die menschliche Arbeit stellt gemeinsam mit einer sicheren stofflichen und energetischen Ressourcenbasis das Fundament für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten positiv entwicklungsfähige Gesellschaft dar. Arbeit als Wertschöpfungsfaktor unserer Gesellschaft und Wirtschaft erneuert sich durch:



Foto: Land OÖ/Stinglmayr

v.l.: Univ.-Prof. Joachim Möller, Univ.-Prof.in Gudrun Biffi, Landeshauptmann Josef Pühringer und Wolfgang Rescheneder

- eine positive demografische Entwicklung (insb. Nachwuchs, Zuwanderung),
- Bildung (insb. lebensbegleitendes Lernen),
- eine erfolgreiche und zukunftsfähige Weiterentwicklung der Wirtschaft (insb. Innovation, Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen) und
- körperliche und geistige Regeneration (insb. Gesundheitsvorsorge, Freizeit).

Die Gestaltung und Entwicklung von Arbeit ist eine zentrale zukunftsorientierte Querschnittsaufgabe.

Arbeit ist ein „Bindeglied“ zwischen dem Leben des/der einzelnen, dem sozialen Zusammenhalt und der ökonomischen Wertschöpfung. Sie ist ein Schlüsselfaktor für eine positive Entwicklung des Landes als Wirtschaftsstandort und als Region mit hoher Lebensqualität und damit ein ressortübergreifender Gestaltungsauftrag an die Politik. Die Herausforderung besteht dabei darin, „Arbeit“ als ein vernetztes System von Lebensbereichen und Funktionen zu erkennen und die Zusammenhänge zwischen einzelnen Zielen und Maßnahmen im Hinblick auf die Lebensqualität der Menschen, auf die

Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats optimal zu gestalten: Denn eine familienfreundliche Arbeitswelt schafft beispielsweise die demografische Grundlage für die Zukunft von Gesellschaft und Wirtschaft. Eine Arbeitswelt, die mit Freiwilligenengagement vereinbar ist, ermöglicht Leistungen, die für Wohnbevölkerung und Unternehmen eine wertvolle Standortqualität darstellen (z.B. Rettungsdienste, Feuerwehr und Katastrophenschutz, kulturelle, sportliche Vereine, etc.).

Aus der Perspektive der Landespolitik ist die Positionierung Oberösterreichs als attraktive Arbeits- und Lebensregion ein Ziel, das für alle Gestaltungsbereiche bedeutsam ist, insbesondere für

- Wirtschaft und Regionalentwicklung (z.B. Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte, vielfältiges Arbeitsangebot,
- positive Wirtschaftsentwicklung und wohnortnahe Arbeitsplätze im ländlichen Raum, etc.),
- Bildung, Jugend (z.B. Lebens- und berufsbegleitendes Lernen, Allgemein- und Spezialkompetenzen, positive Einstellung zur Arbeit, etc.).

Innenpolitik

- Familienförderung (z.B. Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft, Beruf und Angehörigenpflege, etc.),
- Kultur, Ehrenamt (Wert der ehrenamtlichen Leistungen für die Lebens- und Standortqualität bzw. Attraktivität der Regionen als Lebensort, etc.),
- Gesundheitsprävention (z.B. altersgerechte Arbeitsformen, Work-Life Balance, etc.) und
- Soziale Sicherheit und Integration (z.B. Integration der MigrantInnen in die Arbeitswelt, neue flexible soziale Sicherungssysteme für die geänderten Arbeitsformen wie etwa atypische Arbeit, neue Selbstständigkeit und dergleichen).

Aus der Perspektive der BürgerInnen ist Arbeit ein zentraler Lebensbereich, dessen Verfügbarkeit und Gestaltung entscheidend ist für

- Einkommen und materiellen Wohlstand,
- Selbstverwirklichung und Anerkennung (Tätigkeitswohlstand),
- Vereinbarkeit von Erwerb, Familie und Freizeit, (Zeit- und Beziehungswohlstand) und
- Gesundheitserhaltung und soziale Absicherung.

Unter ganzheitlicher Betrachtung gilt es, die umfassenden Potentiale der Menschen in ihrer gesamten Vielfalt zu erschließen, und untereinander zu verbinden: Dazu zählen

- Erwerbsarbeit ebenso wie Eigen-, Familien- und Freiwilligenarbeit,
- hochqualifizierte Funktionen ebenso wie Basisfunktionen,
- Kopfarbeit ebenso wie manuelle Geschicklichkeit,
- Kreativität ebenso wie Grundlagen- oder Verfahrenswissen und
- kulturelles Schaffen und soziale Dienste ebenso wie technische und wirtschaftliche Wertschöpfung.

Zukunftsweisende Strategien zur Gestaltung von Arbeit müssen Antworten auf den bereits eingetretenen und weiter fortschreitenden Wandel von Arbeit beinhalten

Der Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, der Rückgang der bisher als normal gewohnten Erwerbsbiografien, die internationale Arbeitsteilung und Arbeitskräftemobilität haben längst die Arbeitswelt verändert.

Die technologische Entwicklung (z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien), die Globalisierung des wirtschaftlichen Wettbewerbs (z.B. Produktion und

Dienstleistungen, Arbeitskräfte), der gesellschaftliche Wertewandel (z.B. Individualisierung, Gleichbehandlung) sowie der demografische Wandel (insb. Alterung, Migration) erfordern nicht nur neue Maßnahmen, sondern auch neue Denkmuster in Bezug auf Arbeit.

Die Werte der Menschen in Bezug auf Arbeit haben sich geändert: Arbeit und Freizeit stehen gleichwertig im Zentrum der Lebensplanung. Arbeit, die Spaß macht, sinnvolle Arbeitsinhalte sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen die Liste der arbeitsbezogenen Wünsche der Menschen an (Peter Zellmann).

Angeichts des demografischen Wandels sowie der internationalen Mobilität der qualifizierten Arbeitskräfte werden das Gewinnen qualifizierter MitarbeiterInnen (brain gain) sowie die Mitarbeiterbindung zur personalstrategischen Herausforderung. Die Attraktivität der Arbeitsbedingungen im Unternehmen sowie der Verbindung von Arbeits- und Lebensbedingungen in der Region (z.B. Vereinbarkeit Beruf und Familie, Kinderbetreuung, Bildungsmöglichkeiten, etc.) gewinnen als Standortqualität an Bedeutung.

Ausgewählte Statements zu den Referaten der Tagung

Die Tagung „Schlüsselfaktor Arbeit“ der Öö. Zukunftsakademie hat das Ziel, Entwicklungsfragen, die die Arbeit betreffen, von unterschiedlichen Zugängen ausgehend zu thematisieren, diese zu vernetzen und ein Gesamtbild einer aus der Sicht der Bevölkerung und der Unternehmen attraktiv sowie zukunftsweisend erscheinenden Region zu zeichnen.

Aspekt Regionale Wirtschaftsräume und demografische Entwicklung

Der regionale Faktor bleibt auch in einer globalisierten Welt mit tiefgreifenden Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung bedeutsam, so Univ.-Prof. Joachim Möller. Die zwischen den Metropolräumen gelegenen Regionen sind allerdings gefordert, ihre Potentiale besser zu bündeln und sich (auch grenzüberschreitend) zu vernetzen.

Die Größe der „kreativen Klasse“ und das Ausmaß von Offenheit und Toleranz stehen im deutlichen Zusammenhang zur technologischen Innovation in einer Region. Die kulturelle und ethnische Vielfalt sowie die Offenheit gegenüber verschiedenen Lebensformen tragen zur Attraktivität von Städten

(Regionen) insbesondere für junge, mobile und kreative Menschen bei.

Nach der Theorie der kreativen Ökonomie von Richard Florida wählen die kreativen Menschen ihren Wohnort dort, wo es ihnen am besten gefällt – Innovationen, Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung folgen nach. (Kröhnert)

Trotz Nettozuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit stellt die Verbesserung der Erwerbsintegration der Menschen (insb. nach Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund) eine zentrale Herausforderung dar. Diese wird in hohem Maße von politischen Rahmenbedingungen bzw. Weichenstellungen in der Bildungs- und Sozialpolitik bestimmt. (Biffl)

Von der Referentinnen und Referenten zur Diskussion gestellt:

- OÖ als Arbeitsregion für (qualifizierte) MigrantInnen attraktiv gestalten Lösungen im Bereich alterns- und lebensphasengerechter Arbeitszeitmodelle und Arbeitsplätze;
- eine verstärkte arbeitsmedizinische Unterstützung der Betriebe sowie eine koordinierte Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik;
- betriebliches Diversitätsmanagement, Generationenmanagement Unternehmen, aber auch öffentliche und sozialwirtschaftliche Einrichtungen sind gefordert, Strategien zum Umgang mit nach Alter, Herkunft und Qualifikation bunt zusammengesetzten Teams zu entwickeln und diese als Chance zu begreifen;
- Anerkennung von Teilzeit als vorübergehende Beschäftigungsform, Karenzmanagement.

Aspekt Bildung und Qualifizierung

Der Trend zur Bedeutung des Faktors „Höherqualifizierung“ bleibt ungebrochen, die demografische Entwicklung erfordert Qualifizierungsmaßnahmen und Gestaltungsmaßnahmen im Bereich der Arbeit, die geeignet sind, Frauen, älteren Arbeitskräften und MigrantInnen eine verbesserte Teilhabe an der Arbeitswelt zu erschließen. (Möller)

Kreativität wird die entscheidende Triebkraft der Wirtschaft sein. (Kröhnert)

Der rasche Wandel macht nicht nur in den Lerninhalten, sondern auch in der Organisations- und Finanzierungsform der Bildung Veränderungen erforderlich: Dazu gehören lebenslanges Lernen aber auch die bessere Anerkennung der (auch im Ausland) erworbenen formalen, non formalen und informellen Kompetenzen. (Biffl)

Innenpolitik

Bildung muß im Interesse der Bedürfnisse der Menschen und der Wirtschaft einerseits allgemeine, persönlichkeitsbezogene Kompetenzen („Transferable Skills“, „Soft skills“, wie z.B. Selbstmanagement, Teamfähigkeit, vernetztes Denken, Arbeitsorganisation, Interkulturelle Kompetenz, Sprachen, etc.), andererseits allgemeine Berufskompetenzen (z.B. gesetzliche, wirtschaftliche, IT-, Sprachen-Grundkenntnisse) und Fachqualifikationen vermitteln. Von zentraler Wichtigkeit ist dabei die Kommunikation der verschiedenen Akteure. (Humpl)

Von der Referentinnen und Referenten zur Diskussion gestellt:

- die Einführung der Migrationspädagogik in das Aus- und Weiterbildungssystem nach australischem/kanadischem Modell;
- eine bessere Verbindung von Bildung und Berufswelt, z.B. Übergang Schule - Ausbildung, Lehre und Matura, etc.;
- ganztägige Schulformen;
- bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen sowie von non formalen Bildungsabschlüssen bzw. Kompetenzen z.B. durch individuelle Lern- und Kompetenzkonten;
- Die Förderung alternativer Lernkonzepte, z.B. Work-based Learning, Projektlernen.

Gesellschaftlich-soziale Aspekte

Jeder Strukturwandel kennt Verlierer und Gewinner. Eine zukunftsorientierte Arbeitswelt muß auch Perspektiven für potentielle Verlierer anbieten und durch ein Netz von Weiterbildungsmöglichkeiten und Übergangsarbeitsmarktformen die Grundlage dafür schaffen, daß Veränderung als Bereicherung und nicht als Bedrohung empfunden wird. (Biffl)

Das Zusammenwirken von Individualisierung und wirtschaftlicher Flexibilisierung z.B. neue (teils atypische) Beschäftigungsformen, Arbeitszeitmodelle, Lohnformen, etc. stellen die Sozialpolitik aber auch die Familienpolitik vor die Herausforderung, darauf abgestimmte finanzielle und sozialversicherungsrechtliche Sicherungsinstrumente zu entwickeln. (Biffl)

Von der Referentinnen und Referenten zur Diskussion gestellt:

- die Vernetzung und Integration sozialer Dienstleistungen zur Sicherung der Lebensqualität und des lokalen Wirtschaftsstandorts; ein solches System mit lokaler Koordination schafft gleichermaßen Arbeit für Fachkräfte wie für Personen mit geringeren Qualifikationen;

- die Entwicklung einer innovativen und flexiblen sozialwirtschaftlichen Infrastruktur, die ein Weg sein kann, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sozialen Zusammenhalt zu verbinden Diese ist auch eine Voraussetzung dafür, daß gut qualifizierte Frauen im ländlichen Raum leben können und auch dort Beschäftigung und Einkommen mit Elternschaft und Familie verbinden zu können (z.B. durch Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote für die ältere Generation);
- ein Überdenken der Rollenmuster von Mann und Frau bzw. die bessere gesellschaftliche Anerkennung der berufstätigen Frau sowie umgekehrt des Mannes in der Familie.

gen Frau sowie umgekehrt des Mannes in der Familie.

Die Oö. Zukunftsakademie veranstaltet im Rahmen der „Resources and Materials“-Messe im Messezentrum Wels am 21. Juni 2012 eine Workshopreihe zum Thema „Mit Innovationen zu langfristiger Rohstoffsicherheit“. Vier Workshops behandeln die Themen

- Substitution knapper Ressourcen
- Phosphorrückgewinnung
- Öko-Design
- Seltene Metalle.

Die Anmeldung dazu ist möglich unter:
<http://www.oee-zukunftsakademie.at>

Oberösterreich wird zur Mitmach-Demokratie

Der erste „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro im Jahr 1992 war ausschlaggebend für den weltweiten Start von Agenda 21-Prozessen. Internationale Herausforderungen, wie Armut, soziale Spaltung, Globalisierung, Bodenverbrauch, Ernährung, Klimawandel, Energie, ressourcenschonende Lebensstile und Wirtschaftsformen, Schutz der ländlichen und städtischen Lebensräume etc. können nicht global, „top down“, verordnet werden sondern müssen lokal, „bottom up“, beantwortet werden. Seit 1998 beteiligt sich Oberösterreich intensiv an der Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler und regionaler Ebene. Agenda 21, das heißt auch, die Türen für die Mitgestaltung durch engagierte BürgerInnen zu öffnen. Mittlerweile sind in OÖ bereits 120 Gemeinden, Städte und Regionen auf dem Weg zur Mitgestaltung in Richtung Mitmach-Demokratie im Sinne der Agenda 21. Und das Netzwerk wächst weiter.

Rio+20 findet im Juni 2012 in Rio statt und ist die größte weltweite Konferenz zum Thema Nachhaltige Entwicklung. Im Jahr 1992 fand die erste Konferenz der Vereinten Nationen zum Thema Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro statt, die als Meilenstein in Umwelt- und Entwicklungsmaßnahmen auf internationaler Ebene gilt. Aus diesem sogenannten „Erdgipfel“ ging unter anderem die Idee von Agenda 21 als weltweites Programm zur Neugestaltung wirtschaftlicher Entwicklung, zur Schaffung sozialen Ausgleichs und zum Schutz der weltweiten Umwelt hervor. Beim diesjährigen Nachfolgegipfel Rio+20 wird eine Zwischenbilanz über die Umsetzungsfortschritte der letzten zwei Jahrzehnte gezogen und werden die Weichen in Richtung Zukunft neu gestellt.

Seit dem ersten „Erdgipfel“ haben zahlreiche Gemeinden ihren eigenen Weg in eine nachhaltige Zukunft in Angriff genommen. Steinbach an der Steyr, Schlögl und Burghausen folgten als erste Gemeinden Oberösterreichs im Jahr 1998 dem Impuls der Konferenz, indem sie einen Agenda 21-Prozess starteten. Mittlerweile hat Oberösterreich national und europaweit mit 120 Gemeinden und acht Regionen eine Vorreiterrolle eingenommen.

„Unsere Gemeinden sind die Landeplätze der Nachhaltigkeit. In vielen Bereichen sind sie der nationalen und europäischen Ebene voraus. Jede vierte Gemeinde hat inzwischen einen Agenda 21-Zukunftsprozeß umgesetzt. Ergänzt um Klimabündnis und Energiespargemeinden, sind zwei Drittel der oberösterreichischen Gemeinden aktiv. Wir haben vor allem im letzten Jahrzehnt intensiv gearbeitet und können zur Konferenz Rio+20 positiv Bilanz ziehen“, sagt Landesrat Rudi Anschöber, „das Ergebnis nach 14 Jahren Agenda 21 in Oberösterreich kann sich sehen lassen: 120 Gemeinden, acht Regionen, mehr als 100 erstellte Zukunftsprofile und über 500 Nachhaltigkeitsprojekte. Zahlreiche weitere Projekte befinden sich in Planung. Daher erwarten wir auch weiterhin eine positive zukünftige Entwicklung von Oberösterreichs Gemeinden.“

Das Agenda 21-Netzwerk in Oberösterreich wächst kontinuierlich weiter. Am 23. Mai zeichnete die Oö. Zukunftsakademie beim Netzwerktreffen in Linz jene Agenda 21-Gemeinden, Städte und Regionen aus, die ihr Zukunftsprofil erstellt und bereits mit der Umsetzung der Projekte begonnen haben.

<http://www.agenda21-ooe.at>

Innsbruck 2012 – 2018

Innsbrucks Bürgermeisterin und Gemeinderat angelobt – Das Arbeitsübereinkommen für die Periode des Gemeinderats in den Jahren 2012 bis 2018 zwischen »Für Innsbruck«, den Grünen und der SPÖ ist fixiert.

Am 15. April wurde der neue Innsbrucker Gemeinderat gewählt, zwei Wochen später, am 29. April fiel dann in der Stichwahl die Entscheidung über das Bürgermeisteramt – das Stadtoberhaupt wurde erstmals von der Bevölkerung direkt gewählt. Am 16. Mai trat der neue Gemeinderat, unter der wiedergewählten Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, im Plenarsaal des Rathauses zusammen. Tirols Landeshauptmann Günther Platter nahm die Angelobung von Oppitz-Plörer und ihren beiden StellvertreterInnen vor. Weiters standen die Wahl der weiteren Mitglieder des Stadtsenates, die Angelobung der Mitglieder des Gemeinderats, die Größe des Stadtsenats, die neue Geschäftsordnung des Gemeinderates und die Gemeinderats-Ausschüsse auf der Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates.

Bei einer Pressekonferenz 25. Mai präsentierten Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, die 1. Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider, der 2. Vizebürgermeister Christoph Kaufmann sowie die Stadträte Gerhard Fritz und Ernst Pechlaner am gemeinsam das 40 Seiten umfassende Zukunftsprogramm, das konkret bis hin zu den einzelnen Stadtteilen ausgearbeitet wurde.

Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer: **»Ausbau der BürgerInnenbeteiligung«**

> **Finanzen:** „Zentral ist, daß der erfolgreiche Weg mit einem ausgeglichenen, soliden Budget beibehalten wird“, so die Bürgermeisterin. Da Innsbruck finanziell so gut aufgestellt ist, können auch in den nächsten sechs Jahren viele wichtige Projekte umgesetzt werden, ohne die zukünftigen Generationen zu belasten, denn: „Schulden sind verbrauchte Zukunft“. Am Programm stehen etwa der Ausbau der städtischen Herberge, der Bau eines Frauenhauses, die Kletterhalle am WUB-Areal, zwei neue Kindergärten und das Haus der Musik.

> **Kunst und Kultur:** „In diesem Bereich wird auf die Stadt eine der größten Baustellen zukommen – das Haus der Musik am Standort Stadtsäle“, erläuterte die Bürgermeisterin. Im Bereich von der Herrngasse bis zur Sillgasse soll ein Kulturquartier ent-



Bei der Unterschrift zum Arbeitsübereinkommen (v. l.): Stadtrat Ernst Pechlaner, 2. Vizebürgermeister Christoph Kaufmann, Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, Stadtrat Gerhard Fritz und die 1. Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider

stehen, das neben dem Haus der Musik, das Volkskunstmuseum, die Hofburg, das Treibhaus und den Neubau des MCI umfaßt.

> **Wirtschaft und Tourismus:** Ein wichtiger Punkt ist der Ausbau- und die Sicherung der Gewerbegebiete. Auch der Markenbildungsprozeß soll weiter vorangetrieben werden.

> **Demokratie:** „Ich sehe den Ausbau von Demokratie und BürgerInnenbeteiligung als wesentliche Herausforderung“, bekräftigte die Bürgermeisterin: „Große Projekte werden wir mit BürgerInnenbeteiligung umsetzen.“ Es wird daher im Stadtmagistrat ein BürgerInnenbeteiligungs-Referat eingerichtet. Dieses soll die BürgerInnen in den Stadtteilen unterstützen und befähigen, an der BürgerInnenbeteiligung aktiv teilzunehmen. Dafür sollen auch die schon bestehenden Formen (Stadtteilausschüsse Igls und Arzl, Stadtteilinitiativen) forciert werden. In diesem Zusammenhang möchte die Koalition auch die historischen Stadtteile (derzeit nach Katastralgemeinden) im Stadtrecht verankern.

1. Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider: **»Ressortübergreifendes Denken«**

> **Mobilität:** Das Verkehrsressort wurde zum Mobilitätsressort umbenannt. „Wir wollen

die Mobilität für alle Menschen in dieser Stadt sichern“, so die Vizebürgermeisterin. Gehen, Radfahren und Öffentlicher Verkehr werden weiter forciert. Wie bereits vom Umweltausschuß beschlossen, soll das gemeindeübergreifende Verkehrskonzept für den Innsbrucker Zentralraum „Innsbruck Mobil 21“ vorangetrieben werden. Dabei bekommt auch der gesundheitliche Aspekt der Luftverbesserung großes Augenmerk.

Auf der Agenda steht auch die Tarifiereduzierung für Jahreskarten der Öffentlichen Verkehrsmittel.

> **Energie und Umwelt:** „Wir werden die konsequente Umsetzung des Innsbrucker Energieentwicklungsplans (IEP) weiter fortsetzen“, so Pitscheider.

Uferbereiche sollen vermehrt zugänglich und Grünraum-Nischen geschaffen werden.

2. Vizebürgermeister Christoph Kaufmann **»Familienfreundlichkeit als Querschnittsmaterie«**

> **Sport:** Errichtung eines Kletterzentrums und einer Leichtathletikhalle am WUB-Areal, eines Trainingszentrums für American Football und ein klares Bekenntnis zur OSVI mit Sanierung des Eisaußenrings und der Einrichtung eines Bob-, Skeleton- und Rodel-

Innenpolitik

zentrums stehen am ambitionierten Programm.

> **Familie:** „Familienfreundlichkeit wird als Querschnittsmaterie angesehen“, so der Vizebürgermeister. Das Freizeitticket wird weiter ausgebaut.

> **Gesundheit:** „Das Thema Gesundheit läßt sich gut mit dem Bereich Sport verbinden“, erläuterte Kaufmann: Gezielt sollen in den Kindergärten und Schulen Initiativen gegen Übergewicht und Bewegungsmangel umgesetzt und die bestehenden Initiativen wie z. B. die Gesundheitstage weiter ausgebaut werden.

> **Kinder- und Jugendförderung:** „Wir wollen junge Menschen wieder für Demokratie begeistern“, so der Vizebürgermeister. Dementsprechende Projekte werden forciert und gestartet.

> **Wohnen:** Im Rahmen einer Offensive des sozialen Wohnbaus werden 2000 neue geförderte Wohnungen geschaffen. Bis Jahresende wird ein Innsbrucker Mietzinsmodell mit dem Ziel sozial verträgliche Mieten zu erreichen, ausgearbeitet. Die Vergaberichtlinien für die 14.000 von der Stadt zu vergabenden Wohnungen werden evaluiert.

Stadtrat Ernst Pechlaner: »Innsbruck leistbarer machen«

> **Bildung, Kindergärten und Schulen:** „Das ganztägige, ganztägige und kostenlose städtische Kinderbetreuungsangebot wird umgesetzt“, so der Stadtrat. Weitere Schwerpunkte sind die sprachliche Frühförderung und die verbesserten Möglichkeiten für Kinder als Schlüssel zur Chancengleichheit.

„Wir wollen den Lebensraum Schule neu gestalten und gemeinsam mit PädagogInnen, Eltern und Kindern für die Ganztätigkeit, Inklusion und Energieautarkie vorbereiten“, erklärte Pechlaner.

> **Soziales:** Die soziale Grundsicherung bleibt gewährleistet. Am Programm stehen der Bau eines Frauenhauses, die Stärkung der ambulanten Pflege, die Errichtung von mindestens 260 Pflegebetten sowie eine Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe.

Stadtrat Gerhard Fritz: »Bewahrung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens«

> **Stadtentwicklung, Stadtplanung und Integration:** „Die Stadtentwicklung ist eine zentrale, wichtige Aufgabe in der Stadt“, bekräftigte der Stadtrat: „Es geht dabei um viel mehr als Bauen und Architektur – es geht um die Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.“ Die Stadtplanung vermittele dabei zwischen öffentlichen und privaten Interessen. Großräumiges und vorausschau-

endes Planen steht im Vordergrund. Um diese Aufgaben lösen zu können, soll externes Wissen noch öfter miteinbezogen, aber auch die Stadtplanung selbst personell gestärkt werden.

„Wir führen die erfolgreiche Wettbewerbskultur der letzten Jahren fort“, so Stadtrat Fritz. Der Gestaltungsbeirat wird eingeführt. „Innsbruck wird eine architektonische Vorzeigstadt bleiben.“

Bei neuen Bauvorhaben sollen Frei- und Grünräume erhalten bleiben gleichzeitig wird auf sozial verträgliche Dichten Wert gelegt. Wobei hier auch auf BürgerInnenbeteiligung gesetzt wird.

„Im Bereich Integration möchten wir Innsbruck als weltoffene Stadt, die alle BürgerInnen menschlich und sozial miteinbezieht, weiterentwickeln“, erklärte Fritz. ■
<http://www.innsbruck.at>

Klagenfurt ist familienfreundliche Stadt



v.l.: Daniela Obiltschnig, Stadträtin Andrea Wulz, Bürgermeister Christian Scheider, Sektions-Chefin Ingrid Nemec und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer

Acht Kärntner Gemeinden befinden sich bereits auf dem Weg zur „familienfreundlichen Gemeinde“. Mit Klagenfurt erreichte nun die erste Landeshauptstadt in Österreich das Grundzertifikat. Am 15. Mai, dem Internationalen Tag der Familie, wurde im Schloß Maria Loretto von Ingrid Nemec, Sektions-Chefin im Familienministerium (in Vertretung von Bundesminister Reinhold Mitterlehner) und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer in feierlichem Rahmen das Zertifikat an Bürgermeister Christian Scheider, Initiatorin Stadträtin Andrea Wulz und Projektleiterin Daniela Obiltschnig (Familienbeauftragte Klagenfurt) überreicht.

Zwei Jahre Vorbereitung brauchte das Audit in Klagenfurt: Es wurde der Ist-Zustand analysiert, Bürgerbefragungen im Bereich Familienfreundlichkeit durchgeführt, ein Zwölf-Maßnahmen-Paket erarbeitet und im Klagenfurter Gemeinderat beschlossen. Mit der Feier wurde dadurch nun ein Prozeß abgeschlossen, gleichzeitig jedoch der Auftakt zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen gegeben. Innerhalb der nächsten drei

Jahre sollen nun ein barrierefreier Spielplatz im Europapark, ein barrierefreier Seezugang, ein Kinderkulturhaus, das Klagenfurt-Wimmelbuch und vieles mehr aufgebaut werden.

Für Bürgermeister Scheider ist das Audit-Grundzertifikat ein wichtiger Schritt: „Eine Stadt braucht Visitenkarten“. Für ihn gehören Familienfreundlichkeit und Jugendfreundlichkeit zu den wichtigsten Charakteristika einer Stadt. Jedoch habe auch die Ist-Analyse gezeigt, daß es bereits viele leicht erreichbare und leistbare Unternehmungsmöglichkeiten für Familien, vom Schwimmen bis zum Wandern, gibt.

Beim Festakt anwesend waren neben sämtlichen Vertretern der Familienorganisationen auch Herbert Gaggl, Bürgermeister von Moosburg, Kärntens erster vollzertifizierte Gemeinde, sowie Kärntens Gemeindebund-Präsident und Veldens Bürgermeister Ferdinand Vouk, der sich mit seinen KollegInnen gerade in den Vorbereitungen zum Grundzertifikat „Audit familienfreundliche Gemeinde“ befindet. ■

<http://www.klagenfurt.at>

Hoher Besuch

Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama weilte für einige Tage in Österreich. Sein Besuch begann in Kärnten, führte ihn nach Salzburg und schließlich nach Wien.



Foto: LPD/Josef Bodner und LPD/ritzpress

Bei strahlendem Sonnenschein: Verleihung der Goldenen Ehrenmedaille der Stadt Klagenfurt an den 14. Dalai Lama (Mitte) mit Landeshauptmann Gerhard Dörfler (r.) und Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider (links vom Dalai Lama)

Am 17. Mai traf der 14. Dalai Lama in Klagenfurt ein. Mit dessen bekanntem Zitat „Verstehen wir einander, so entwickeln wir auf natürliche Weise Achtung voreinander“ begrüßte Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler gemeinsam mit Landesrat Harald Dobernig und Bürgermeister Christian Scheider Seine Heiligkeit am Flughafen in Klagenfurt. Auch Hüttenbergs Bürgermeister Josef Ofner und Geshe Tenzin Dhargye, Vertrauter des Dalai Lama und Direktor des Tibetzentrums Hüttenberg, sowie viele Journalisten waren gekommen. Es gab einen roten Teppich am Flugfeld, es war ein herzlicher Empfang.

Als Willkommensgeschenk überreichte der Landeshauptmann Seiner Heiligkeit eine Khata, einen weißen Schal sowie einen Geschenkkorb mit Honig aus mehreren Tälern Kärntens, dieser wurde von den Kindern Elena Überfellner und Tim Mayr übergeben. Auch der Landeshauptmann erhielt eine Khata, ein Zeichen der Ehrerbietung, des

guten Willens und ein Symbol, um friedliche Absicht zu bekunden.

„Es ist mir eine große Freude, Seine Heiligkeit den 14. Dalai Lama, der durch seine Lebensfreundschaft mit Heinrich Harrer auch ein großer Freund Kärntens ist, bereits zum vierten Mal in unserem Bundesland begrüßen zu dürfen“, sagte der Landeshauptmann.

Für Dörfler ist es gerade in der jetzigen Zeit der Krise und der Verirrungen des Kapitals, der Gier und der Oberflächlichkeit eine besondere Ehre und auch ein wichtiges Symbol, Seine Heiligkeit den Dalai Lama als globalen Weisheiten-Botschafter in Kärnten als Gast zu begrüßen. „Ganz Kärnten freut sich über den viertägigen Besuch des Friedensnobelpreisträgers und ich bin davon überzeugt, daß bis Sonntag in unserem Land eine besondere Stimmung gegeben sein wird, die wie eine Wolke der Menschlichkeit mit der Sonne der Herzen verbunden sein wird und Abertausende Menschen positiv

tragen wird“, erklärte der Landeshauptmann.

Der Dalai Lama nahm sich trotz des engen Terminplans Zeit für das Gespräch mit allen Anwesenden. Seine Offenheit und seine Freundlichkeit, sein herzliches Zugehen auf die Leute sind bekannt und gleichsam ein Markenzeichen. Er erinnerte, daß er 1973 erstmals nach Österreich kam. Schon damals freute er sich sehr, daß die Österreicher und Kärntner so viel über Tibet wußten, weil sein mittlerweile verstorbener Kärntner Freund Heinrich Harrer sein Leben dem tibetischen Volk gewidmet und Tibets Sache in die Welt getragen hatte. Er schätze Österreich sehr, er wisse auch vom guten Zusammenhalt des Landes und er empfinde eine große Verbundenheit mit Kärnten, die aus der Freundschaft mit Harrer entstanden ist, sagte der Dalai Lama.

Auch Landesrat Dobernig sprach von einer großen Ehre für Kärnten, die der Besuch und Aufenthalt des Dalai Lama hier bedeute. Seine Lebensweisheiten könnten und

Österreich, Europa und die Welt

sollten positiv auf die Politik wirken, so Dobernig.

Seine Heiligkeit wurde von der Stadtmusikkapelle Feldkirchen unter der Leitung von Hannes Oberwandling musikalisch begrüßt.

Der zweite Tag

des Besuches des Dalai Lama begann mit einem Festakt der Stadt Klagenfurt vor dem Rathaus. „Heute scheint die Sonne zweimal in Kärnten, unsere und die seiner Heiligkeit und wir freuen uns, daß Sie vier Tage bei uns in Kärnten sind. Sie beglücken uns mit Ihrer Ausstrahlung und Ihrer Anwesenheit“, begrüßte der Landeshauptmann den Dalai Lama und die anwesenden Personen auf dem Neuen Platz. „Ihr Besuch im Herzen der Stadt ist für die Landeshauptstadt ein guter, wichtiger und wertvoller Tag und Sie erobern die Herzen der Menschen“, betonte Bürgermeister Christian Scheider. Mit dem Besuch des Dalai Lama rücke Klagenfurt in den Blickpunkt des internationalen und öffentlichen Interesses. „In der schnelllebigen Zeit, wo viele Menschen Suchende nach Kraft, Energie und Gleichgewicht sind, sind Sie das Synonym für Frieden und Gewaltlosigkeit. Als Friedensnobelpreisträger fördern Sie zudem innere Werte wie Mitgefühl, Toleranz und Respekt“, betonte das Klagenfurter Stadtoberhaupt. Dem tibetischen Volk wünsche er, daß es in eine glückliche und gewaltfreie Zukunft gehen könne.

Der Dalai Lama seinerseits dankte für den herzlichen Empfang, hob die nette Atmosphäre hervor und freute sich über die vielen freundlichen Gesichter auf dem Neuen Platz. „Sie vermitteln mir ein tiefes Gefühl der Freundschaft“, sagt er. Den Anwesenden teilte er auch mit, daß nicht äußere Dinge, das materielle Leben und der Reichtum den Menschen glücklich machen würden, sondern die innere Zufriedenheit und Stimme, auf die man sich konzentrieren sollte, wichtig seien. Durch Schulung des Geistes und der Konzentration werde man sich erst der inneren Werte bewußt, und erlange dadurch mehr Stärke und Zufriedenheit. Wichtig sei auch eine eigene, religiöse Überzeugung und Harmonie. Die verschiedenen Sichtweisen der Religionen und ihrer Werte könnten die eigene Religiosität verstärken.

Der dritte Tag

Für rund 70 AbsolventInnen der akademischen Lehrgänge des Tibetzentrums Hüttenberg war der 19. Mai ein ganz besonderer



Der Dalai Lama zeigt der Presse den Landesorden mit Urkunde, die ihm soeben von Landeshauptmann Gerhard Dörfler überreicht worden war.



Der Dalai Lama bei der Zertifikatsverleihung an die Absolventen der Diplomlehrgänge des Tibetzentrums. Im Bild (v.l.): Prof. Michael von Brück, S.H. der Dalai Lama, Landeshauptmann Gerhard Dörfler und Geshe Tenzin Dharye

und wohl unvergeßlicher Tag. Sie erhielten ihre Zertifikate nämlich aus der Hand des Dalai Lama. „Leben Sie, was Sie hier gelernt haben, und geben Sie es weiter“, so Dörfler. Kein anderer Ort sei wohl so gut als Standort für das Tibetzentrum geeignet wie Knappenberg/Hüttenberg. Die Freundschaft des Dalai Lama mit Heinrich Harrer bilde das Fundament für das Projekt, das auch vom Land Kärnten unterstützt werde. Der Dalai Lama ermutigte die AbsolventInnen, weiterzuforschen. Ihm sei der Austausch mit den verschiedensten Wissenschaften ein besonderes Anliegen. Er erklärte, daß sich die Kur-

se im Tibetzentrum mit den beiden Gebieten Spiritualität und Philosophie sowie tibetische Medizin befassen. Die tibetische Medizin habe sich bereits im 8. Jahrhundert zu entwickeln begonnen und werde heute vielfach erfolgreich angewendet, vor allem auch bei der Vorbeugung gegen Krankheiten.

Der evangelische Theologe sowie Zen- und Yoga-Lehrer Michael von Brück von der Ludwig-Maximilians-Universität München moderierte die Zeremonie. Er sagte, daß bereits 3300 Studierende an über 110 Bildungsveranstaltungen des Tibetzentrums Hüttenberg teilgenommen haben. Das Tibet-

Österreich, Europa und die Welt

zentrum, das den Status einer Universität anstrebe, habe kürzlich einen Fünfjahres-Förderungsvertrag mit dem Land Kärnten unterzeichnet.

Der vierte Tag

Am 20. Mai hielt der Dalai Lama einen öffentlichen Vortrag über die Kunst des Glücklichs in der ausverkauften Klagenfurter Messehalle 1. Dabei bedankte er sich auch bei der Kärntner Bevölkerung für ihre Freundlichkeit und das warmherzige Lächeln, mit dem sie ihm begegnet sei. Der Landeshauptmann verlieh dem geistigen Oberhaupt der Tibeter die höchste Auszeichnung des Landes, den „Kärntner Landesorden in Gold“.

„Die vier Tage Ihres Besuches waren Glückstage für Kärnten. Sie haben uns Spuren hinterlassen, die nicht morgen schon verwischt sein werden“, sagte Dörfler bei der Verleihung und er bedankte sich persönlich, aber auch für das Land Kärnten für den bereits vierten Besuch des Dalai Lama: „Sie sind durch Ihre Freundschaft mit Heinrich Harrer mit Kärnten verwurzelt. So konnten wir alle eine außergewöhnliche Beziehung zu einem außergewöhnlichen Menschen aufbauen.“

Als der Dalai Lama den Landesorden entgegennahm, hatte er damit ganz im Sinne seines Vortrages über das Glückliche sichtlich viel Spaß und Freude. Er hing sich die Auszeichnung mit einem herzlichen Lachen ans Ohr und verwendete ihn bei seinem Abgang von der Bühne als Kopfschmuck. Der Landeshauptmann erhielt aus den Händen des Dalai Lama eine Buddha-Statue als Geschenk. Bereits zu Beginn seines Vortrages hatte der Dalai Lama dem Landeshauptmann gedankt: „Seit meiner Landung am Flughafen haben Sie mir jeden Tag ihr Gesicht mit einem Lächeln und viel Freundlichkeit gezeigt.“ Ein amerikanischer Wissenschaftler habe ihm einmal gesagt, daß sich die Augen von Menschen öffnen würden, wenn sie jemandem mit herzlichen Gefühlen gegenübertraten. Dieses Öffnen der Augen habe er auch beim Landeshauptmann gesehen, so der Dalai Lama.

Zum Abschied nach seinem viertägigen Kärntenbesuch wurde der Dalai Lama von Landeshauptmann Gerhard Dörfler zu einem Empfang im „Hotel Schloß Seefeld“ in Pörschach geladen. Dorthin ging es bei herrlichem Kaiserwetter gemeinsam mit weiteren Ehrengästen per Schiff über den Wörthersee. Dann begleitete Dörfler Seine Heiligkeit zum Klagenfurter Flughafen, von wo aus dieser weiter nach Salzburg reiste.



Foto: LK/Franz Neumayr

Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller empfängt den Dalai Lama am Flughafen.

Der Besuch in Salzburg

Burgstaller: Bewußtsein über eigene Gaben macht offen für andere Kulturen

Dort wurde das spirituelle Oberhaupt Tibets von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller willkommen geheißen und hat dann in der Salzburgarena einen Vortrag zum Thema „Weltfrieden und universelle Verantwortung“ mit anschließender Diskussion gehalten. „Salzburg ist ein Land, das in vielerlei Hinsicht mit Schönheit und Reichtum gesegnet ist. Die Menschen in Salzburg wissen um diese besonderen Gaben. In Salzburg betrachtet man das mehr und mehr nicht als etwas, das es bloß zu konsumieren gilt. Wir erkennen es vielmehr als etwas, das gepflegt und gestaltet werden muß, damit wir es an kommende Generationen verantwortungsvoll weitergeben können. Wir glauben fest an die Idee einer besseren Zukunft für alle – und wir setzen uns aktiv dafür ein.“ Dies erklärte Burgstaller in ihren Grußworten.

Was Europa in den vergangenen mehr als 200 Jahren der Welt geschenkt hat, seien natürlich nicht nur viele technische Erfindungen und wissenschaftliche Entdeckungen, die das Leben der Menschen weltweit wesentlich leichter gemacht haben. „Das größte Verdienst Europas ist und bleibt es, die Idee und die Praxis der universellen Menschenrechte entwickelt zu haben. Für unsere Zeit sind diese festgehalten in der Europäischen Menschenrechtskonvention“, so Burgstaller. „Heute ist diese wohl größte Idee der Weltgeschichte in Prinzipien, wie der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und vor allem in der klaren Trennung von Staat und Reli-

gion verankert. Unser europäischer Fortschritt im materiellen und im immateriellen Bereich wäre nicht wirklich viel wert ohne diese fundamentalen Grundprinzipien der Aufklärung. Wo Staat und Religion nicht voneinander getrennt sind, wird sich die Idee der universellen Verantwortung für die universelle Geltung der Menschenrechte nicht entfalten können. Unsere europäische Geschichte lehrt vielmehr umgekehrt eines sehr eindrucksvoll: Wo Staat und Religion den ihnen jeweils angestammten Raum einnehmen, wird Freiheit und Frieden einkehren und bestehen“, so Burgstaller.

»Harmonie der Vielfalt«

Am Nachmittag desselben Tages stand unter dem Motto „Harmonie in der Vielfalt“ ein Interreligiöser Dialog auf dem Programm, an dem neben dem Dalai Lama und Erzbischof Alois Kothgasser auch hohe Repräsentanten anderer Religionsgemeinschaften, unter anderem die Superintendentin der Diözese Salzburg/Tirol der evangelischen Kirche, Luise Müller, Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft, Fuat Sanac, teilnahmen.

»Talk im Hangar-7 Spezial«

Am Abend war der Dalai Lama dann in der Servus-TV-Sendung „Talk im Hangar-7 Spezial“ zu Gast, die von Prof. Heinz Nußbaumer moderiert wurde. Mit Alfred Gusenbauer (Bundeskanzler a.D.), dem Musiker Hubert v. Goisern, der Bürgerrechtlerin Marianne Birthler und dem Religionssoziologen Paul Zulehner über Frieden, Menschenrechte und die Freiheit.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: LK/Franz Neumayr

Der Dalai Lama mit dem in Holz gefaßten Bergkristall vom Großglockner, der ihm soeben von Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer überreicht worden war.

Bergkristall vom Großglockner für den Dalai Lama

„Der Dalai Lama ist ein Mann der für Dialog, Gewaltfreiheit und Frieden steht. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Großglockner Hochalpenstraße habe ich die Gelegenheit genutzt und ihn heute auf die Franz-Josefs-Höhe am Großglockner eingeladen. Ich hoffe sehr, daß sich dieser Termin in absehbarer Zeit einrichten läßt“, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer am 22. Mai bei der Verabschiedung des Dalai Lama am Salzburg Airport.

Mit dem Großglockner verbindet die Tibeter eine besondere Beziehung, ist doch der höchste Berg Österreichs vor rund 15 Jahren von einem Bischof der Tibeter zum Bruderberg des Kailash (*übersetzt: leuchtender Kristall*) geweiht worden. Passend dazu überreichte Haslauer einen in Holz gefaßten Bergkristall mit folgender Inschrift:

*To His Holiness the 14th Dalai Lama!
The Austrian highest mountain, the
Großglockner in the heart of the „Hohe
Tauern Nationalpark“ is sending this shiny
Mountain Crystal from the Großglockner
Region to its brother – the holy moutain
Kailash!
Please accept our sincere good wishes!*

Der Besuch in Wien

Der Dalai Lama nahm an Pfingstgottesdienst im Stephansdom teil

Zu einer besonderen interreligiösen Geste ist es Pfingstsonntag in Wien gekommen:

Der Dalai Lama hat am Festgottesdienst im Wiener Stephansdom, der von Kardinal Christoph Schönborn zelebriert wurde, teilgenommen. Zuvor hatte der Wiener Erzbischof das geistliche Oberhaupt des tibetischen Buddhismus durch die Kathedrale geführt. Dabei legte der Dalai Lama am Fuß der großen Kreuzfigur in der Barbarakapelle einen weißen tibetischen Gebetsschal nieder. In der Barbarakapelle, einer Seitenkapelle des Doms, ist u.a. das Bronzerelief der 1998 seliggesprochenen Ordensfrau und NS-Märtyrerin Sr. Restituta Kafka, geschaffen vom Wiener Bildhauer Alfred Hrdlicka, zu sehen.

Während des Ganges durch den Stephansdom äußerte der Dalai Lama – abweichend vom ursprünglich vorgesehenen Programm – den Wunsch, zumindest dem ersten Teil des Gottesdienstes beiwohnen zu können. Für Sonntagmittag war sein Rückflug nach Indien vorgesehen.

Kardinal Schönborn begrüßte zu Beginn des Gottesdienstes den Dalai Lama „im Herzen unseres Landes und der Kirche dieses Landes“. Der Dalai Lama habe ihn gebeten, den Stephansdom als „Pilger“ aufsuchen zu können – so wie er auch die Marienheiligtümer Lourdes und Fatima und Rom als Pilger besucht habe. Das gemeinsame kurze stille Verweilen vor dem Kreuz in der Barbarakapelle habe auch den Opfern des Nationalsozialismus gegolten, so der Wiener Erzbischof. – Die Barbarakapelle des Stephansdoms ist seit 1983 auch ein Ort der Er-

innerung an die Leiden der Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Zu Füßen des spätgotischen Kruzifixes der Kapelle wurde beim Papstbesuch 1983 eine Kapsel mit Asche aus dem KZ Auschwitz eingefügt, 1998 folgte eine Kapsel mit Erde aus Mauthausen.

Wer tief verwurzelt im eigenen Glauben sei, der könne auch dem Glauben anderer tiefen Respekt entgegenbringen, hob der Wiener Erzbischof hervor.

Umkehr und Respekt füreinander

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am Sonntagmorgen im Hotel Hilton hatten Kardinal Schönborn und der Dalai Lama den hohen Wert einer Verständigung zwischen den Religionen hervorgehoben. In jedem Menschen sei eine tiefe religiöse Sehnsucht verwurzelt, sagte der Wiener Erzbischof. Neben dem Übereinstimmenden zwischen den Religionen gebe es aber auch „Fermente des Unterschiedes und der Konflikte“. Der erste Weg, solche Konflikte zu überwinden, sei die „Umkehr im Herzen jedes einzelnen Gläubigen“. Die Bibel spreche vom Wandel eines „Herzens aus Stein“ in ein „Herz aus Fleisch“, denn jeder Mensch stehe in Gefahr, daß sich sein „Herz verhärtet“. Der „Aufruf zur Umkehr“ sei der Dienst der Religionen an den Menschen.

Schönborn erinnerte zudem daran, daß er mit dem Dalai Lama die gemeinsame Erfahrung des klösterlichen Lebens teile; darüber habe man auch der halbstündigen Unterredung zuvor gesprochen. Als Dominikaner habe er 30 Jahre in einem Kloster gelebt. Die monastischen Traditionen des Buddhismus und des Christentums verfügten über eine große gemeinsam Basis, die für ein friedliches Zusammenleben und gegenseitige Verständigung fruchtbar gemacht werden können.

Der Dalai Lama nannte Indien als positives Beispiel des Zusammenlebens vieler verschiedener Religionen bereits über Jahrtausende. Es gehe auch dort nicht ohne Probleme ab, aber es funktioniere. Religiöse Harmonie sei möglich, unterstrich er. Daher habe er 1975 seine Pilgerfahrt an verschiedene religiöse Orte in aller Welt gestartet, um diese zu fördern.

Wer seiner eigenen religiösen Tradition ernsthaft folgt, könne keine Gewalt anwenden oder gar Blut vergießen, unterstrich das geistliche Oberhaupt des tibetischen Buddhismus. Er habe über diese Frage auch mehr mit muslimischen Geistlichen debattiert und sie gefragt, was „Dschihad“ („heiliger Kampf“) tatsächlich bedeute. Es sei der

Österreich, Europa und die Welt

Kampf gegen die negativen Gefühle im eigenen Herzen, habe er zur Antwort bekommen. In diesem Sinne sollte kein Gläubiger auf Distanz zu den Gläubigen anderer Religionen bleiben, sagte der Dalai Lama und nannte als Beispiel die wachsende Präsenz der Muslime in Europa.

Seine eigene Heimat – Tibet – sei bis vor wenigen Jahrhunderten religiös abgeschottet gewesen. Durch den Tourismus und die modernen Kommunikationsmittel erfahre man sich als kleiner Teil eines multireligiösen Planeten. Auch wenn man mit anderen Religionen im einzelnen nicht den gleichen Glauben oder die gleiche Philosophie teile, könne man mit ihnen die Botschaft der Liebe und Toleranz teilen.

Befragt, was sie einer „verlorenen Generation“ von jungen Menschen, die im Zuge der Wirtschaftskrise heute auch in Europa zu finden sei, sagen können, antwortete der Dalai Lama, er könne die Frustration vieler nachvollziehen. Aber kein Mensch sollte sein Selbstvertrauen und seine Hoffnung verlieren. Das tägliche Leben sei für viele Menschen alles andere als einfach. Es sei wichtig, sich immer wieder anzustrengen und „es immer wieder zu versuchen“, hob der Dalai Lama hervor. Kardinal Schönborn ergänzte, die Jugendlichen bräuchten dringend auch Solidarität, denn viele könnten es nicht alleine schaffen.

Bundespräsident, Bundeskanzler und Außenminister

Einen offiziellen Empfang in der Hofburg, im Bundeskanzleramt oder im Außenministerium gab es für den Dalai Lama nicht. Bereits im Vorfeld dessen Besuchs in Österreich hatte Bundespräsident Heinz Fischer gesagt, es würde zu keinem Treffen kommen. In einem Interview in der Tageszeitung „Kurier“ bekräftigte er, weder der Staat, noch er selbst, könnten sich vorschreiben lassen, wer unser Land besuche und wer nicht. Es handle sich um eine „Grundsatzfrage“ Österreichs als souveräner Staat. Damit reagierte er auf Proteste der chinesischen Vertretung in Wien, die sich gegen eine wie immer geartete politische Unterstützung des ehemaligen tibetischen Staatsoberhauptes wehrte. Fischer, sagte, „auch der Dalai Lama wird in Österreich als Religionsführer gastfreundlich empfangen, aber an der Ein-China-Politik wird auf österreichischer Seite nicht das Geringste geändert“.

Bundeskanzler Werner Faymann traf den Dalai Lama zu einem Frühstück gemeinsam mit dem Wiener Erzbischof, Kardinal Chri-



Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

Der Wiener Erzbischof, Kardinal Christoph Schönborn, der Dalai Lama und Bundeskanzler Werner Faymann vor dem Stephansdom

stoph Schönborn. Faymann sagte, er habe damit ein „klares politisches Signal für Menschenrechte, für Gewaltfreiheit, für den Dialog und gegen Unterdrückung“ senden wollen. Es sei für ihn außerdem eine „persönlich interessante Möglichkeit“ gewesen, eine so „herausragende Persönlichkeit“ zu treffen.

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger nahm an einem Vortrag zum Thema „Jenseits von Religion – Ethik und menschliche Werte in der modernen Gesellschaft“ des Nobelpreisträgers in der Wiener Stadthalle teil. Das vergangene Jahrhundert sei eines der Gewalt gewesen, das derzeitige solle eines des Dialoges werden, forderte der Dalai Lama unter großem Applaus.

Alles andere als Applaus kam aus China als Reaktion auf die Treffen der Regierungsspitze mit dem Dalai Lama, was jedoch weder Faymann noch Spindelegger aus der Fassung brachte. Dies sei zu erwarten gewe-

sen, doch habe es sich hier um den Besuch eines Religionsführers gehandelt, was in keinerlei Widerspruch zu Österreichs Diplomatie China stünde.

Der letzte öffentliche Auftritt des Dalai Lama war auf dem Wiener Heldenplatz, wo er am 26. Mai an der „Europäischen Solidaritätskundgebung für Tibet“ teilnahm, wo der Premierminister der Exilregierung der Tibeter, Lobsang Sangay und der ehemalige französische Außenminister Bernard Kouchner die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten aufforderten, sich auf höchster Ebene gegen die eskalierende Menschenrechtssituation in Tibet stark zu machen. Den Höhepunkt bildete die Rede Seiner Heiligkeit. Er bedankte sich bei der österreichischen Bevölkerung für Ihr Engagement. Die Veranstalter bezeichnen die Kundgebung am Heldenplatz als „großen Erfolg“ und als „starkes Signal der europäischen Solidarität und Ermutigung für die Tibeter in Tibet“.



Foto: Tibetan Community in Austria

»Europäische Solidaritätskundgebung für Tibet« am Wiener Heldenplatz

Besuch aus der Schweiz

Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf war zu Gesprächen in Wien.

Die Schweizer Bundespräsidentin, Eveline Widmer-Schlumpf, stattete am 25. Mai Österreich einen Arbeitsbesuch ab. Im Mittelpunkt stand ein Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, an dem auch Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) teilgenommen hat. Widmer-Schlumpf hat in dem Gespräch das mit Österreich vereinbarte Steuerabkommen verteidigt. Zumindest aus Schweizer Sicht sehe sie keine verfassungsrechtlichen Einwände. Die österreichische Verfassung kenne sie nicht bis in jedes Detail, sie glaube aber nicht, daß es diesbezüglich Probleme geben werde, so Widmer-Schlumpf. In Österreich waren zuletzt Stimmen laut geworden, daß das Abkommen nicht verfassungskonform sei.

Widmer-Schlumpf übt im Schweizer Bundesrat (Kollegialregierung) auch das Amt der Finanzministerin aus. In dieser Funktion hatte sie am 13. April in Bern mit ihrer Amtskollegin Fekter ein bilaterales Steuerabkommen unterzeichnet, das Österreich schon 2013 etwa eine Milliarde Euro an Einnahmen bringen soll. Die Einigung ermöglicht es österreichischen Steuerflüchtlingen aber auch, sich von einem Finanzstrafverfahren freizukaufen. Fekter kommentierte die Abkommensunterzeichnung damals so: „Wir haben in den vergangenen Wochen intensiv und konstruktiv mit unseren Schweizer Kolleginnen und Kollegen zusammengearbeitet. An dieser Stelle ein ehrliches Dankeschön an unsere verlässlichen Partner. Das ist ein schönes Verhandlungsergebnis und ein großartiger Erfolg.“

Das Abkommen

basiert auf den von der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich und Deutschland abgeschlossenen Abkommen ähnlicher Art. Betroffen davon sind alle natürlichen Personen, die einen Wohnsitz in Österreich haben und ein Konto oder Depot bei einer Schweizer Bank besitzen. Schweizer Banken werden für diese unbesteuerten Beträge für die Vergangenheit eine Abgeltungssteuer einheben. Das heißt, sie ziehen von österreichischen Kunden einen pauschalen Steuerbetrag auf bereits bestehende Vermögen bzw. Kapitalerträge und -gewinne ab und leiten diese an die österreichischen Steuerbehörden weiter. Mit dieser Überweisung gilt



Der Bundespräsident empfängt die Bundespräsidentin der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Eveline Widmer-Schlumpf, in der Präsidentschaftskanzlei.

die Steuerpflicht der Vergangenheit als abgegolten. Für den Anleger besteht allerdings ein Wahlrecht. Er kann sich entweder für diese Nachversteuerung in Form einer anonymen Einmalzahlung oder eine Offenlegung seiner Vermögenswerte gegenüber der österreichischen Finanzverwaltung entscheiden.

Laufende Kapitalerträge österreichischer Guthaben in der Schweiz werden im Rahmen des Abkommens durch eine jährliche Abzugssteuer mit Kapitalerträgen in Österreich gleichgestellt.

„Das Abkommen mindert jedenfalls die Anreize für eine Steuerflucht, da es die Möglichkeit bietet, unbesteuerte Vermögenswerte und -erträge ein für alle Mal zu legalisieren. Darüber hinaus wird das Geld damit legal und frei verfügbar. Die Vorteile liegen also klar auf der Hand“, so die Ministerin. Kritischen Stimmen, die eine Kontenauflösung vor Inkrafttreten des Abkommens befürchten, entgegnet Fekter entschlossen: „Die Schweiz verpflichtet sich den österreichischen Behörden statistische Angaben über die wichtigsten Destinationsländer jener Kunden zu liefern, die ihre Kontobeziehung in der Schweiz aufgelöst haben. Österreich kann und wird dann entsprechende Maßnahmen gegenüber diesen Ländern setzen.“

Widmer-Schlumpf argumentierte, daß es sich bei dem Abkommen bezüglich der Vergangenheit um eine Abgeltungssteuer handle. Da jedes in der Schweiz lagernde Konto aber je nach dem darauf befindlichen Geldwert besteuert werde, müßte das auch den Vorgaben des Empfängerlandes Österreich entsprechen. Auf die Zukunft bezogen handle es sich um eine Quellensteuer. „Das entspricht ja dann dem Prozentsatz, den man auch in Österreich zahlen muß.“

In der Schweiz gelte jedenfalls die Regelung, daß jeder nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden müsse. Das sei durch das Abkommen gewährleistet. Daß es durch die vorgesehene Regelung bereits zu Kapitalabflüssen aus der Schweiz nach Österreich gekommen sei, verneinte Widmer-Schlumpf. „Es gibt keine Anzeichen dafür.“

Bundespräsident Heinz Fischer äußerte sich vorsichtig: Wie alle anderen Vorlagen und Gesetze müsse auch das Steuerabkommen genau und sorgfältig geprüft werden. „Nach dem derzeitigen Stadium kann ich keine negativen Aspekte erkennen unter dem Vorbehalt, daß ich das Ganze nur aus den Medien und den Diskussionen kenne.“ Ein endgültiges Urteil werde es aber erst dann geben, „wenn das Abkommen zu unterschreiben ist“.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMF / Christian Müller



Finanzministerin Maria Fekter (l.) und ihre Schweizer Amtskollegin Eveline Widmer-Schlumpf bei der Unterzeichnung des Steuerabkommens am 13. April in Bern

Widmer-Schlumpf fügte hinzu, daß sie davon ausgehe, daß das Abkommen problemlos alle Instanzen durchlaufen werde. Im Gegensatz zu einem ähnlichen Deal mit Deutschland werde es wohl auch keine Volksabstimmung darüber geben. Sie rechnet damit, daß es am 1. Jänner 2013 in Kraft tritt.

Kritiker in Österreich hatten das Abkommen als verfassungswidrig bezeichnet: „Keine Kontrollen des Steuerabkommens mit der Schweiz, keine Repatriierung von Geldern, kein Ende der Steuerhinterziehung“, meinte jüngst ein Experte. Anstatt der Verhinderung von Steuerhinterziehung stünden bei dem Abkommen fiskalische Einmaleinnahmen im Zentrum. Das reine Budgetinteresse des Staates sei aber keine ausreichende Rechtfertigung für eine Verfassungswidrigkeit.

Die Schweiz wolle aber auch mit der EU an sich Rahmenabkommen zu diesem Thema und ähnlichen Fragen abschließen, bekräftigte die Schweizer Politikerin. Dann müßten mit den Mitgliedsländern nur noch bilaterale Feinabstimmungen vorgenommen werden. Die Schweiz sei mit Kohäsionszahlungen an der weiteren Entwicklung Europas und der EU sehr wohl beteiligt. In der momentanen Situation stehe aber außer Frage, daß die Schweiz den vor einigen Jahren eingeschlagenen „bilateralen Weg“ fortsetzen werde. „Es gibt noch einige institutionellen Fragen zu klären“, sagte die Schweizer Bundespräsidentin, es werde aber versucht, die Zusammenarbeit mit der EU auf diese Art zu verbessern.

Als Beispiel guter Kooperation nannte Widmer-Schlumpf Österreich. So werde die Schweiz auch davon profitieren, daß sich

Österreich schon vor langer Zeit entschlossen habe, keine Kernkraftwerke zu bauen oder in Betrieb zu nehmen. In der Schweiz wurde im Zuge des Erdbebens in Japan und der daraus folgenden Reaktorkatastrophe in Fukushima im Vorjahr der Ausstieg aus der



Bundeskanzler Werner Faymann empfängt Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.

Kernenergie beschlossen. „Jetzt können wir von den Erfahrungen Österreichs lernen.“

Das Schweizer Bundespräsidentenamt wird jeweils ein Jahr lang von einem Mitglied des siebenköpfigen Bundesrats (Kollegialregierung) wahrgenommen. Es handelt sich verfassungsrechtlich nicht um ein Staatsoberhaupt, sondern um den amtierenden Vorsitzenden des Bundesrates mit besonderen Repräsentationsaufgaben. Widmer-Schlumpf hatte ursprünglich der rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) angehört, nach internen Streitigkeiten ist sie nunmehr Mitglied des SVP-Ablegers BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei).

Faymann: Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Schweiz sind hervorragend

Im Bundeskanzleramt traf Widmer-Schlumpf mit Bundeskanzler Werner Faymann zusammen. Im Mittelpunkt der Unterhaltung standen wirtschaftliche Themen, das zwischen beiden Ländern abgeschlossene Steuerabkommen und Umweltthemen.

„Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Schweiz sind ausgezeichnet. Unsere beiden Länder verbindet seit langem eine enge Zusammenarbeit“, sagte Faymann. Im Hinblick auf das gemeinsame Steuerabkommen zeigte sich die Schweizerische Bundespräsidentin darüber zuversichtlich, daß der österreichische Zeitplan halten werde.

Weitere Themen des Gesprächs waren Umweltfragen. Diese betrafen etwa die Notwendigkeit von der Verstärkung europaweiter Maßnahmen im Bereich des Güterverkehrs, beispielsweise dessen forcierte Verlagerung auf die Schiene, sowie den Ausstieg aus der Kernenergie

Derzeit deckt die Schweiz noch 38 Prozent ihres Strombedarfs aus Atomenergie. Im Jahr 2011 wurde jedoch der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen, der beginnend mit 2019 im Jahr 2034 abgeschlossen sein soll. „Unser Ziel ist ein europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie. Wir begrüßen daher diese Entscheidung“, so Faymann.

Die Schweizer Bundespräsidentin bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und die freundschaftliche Verbundenheit. Sie betonte, daß sie die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen, welche die Schweiz und Österreich verbinden, weiter ausbauen möchte. ■

Europakonferenz des Bundesrates in Graz

EU-Beitritt Kroatiens im Mittelpunkt der hochkarätigen Veranstaltung – Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger betonte die Notwendigkeit, den Mehrwert der EU-Mitgliedschaft zu verdeutlichen – Bundesratspräsident Hammerl: Mit Nachbar Kroatien noch enger zusammenwachsen



Foto: Land Steiermark/Frankl

Bundesratspräsident Gregor Hammerl bei seiner Ansprache vor den zahlreichen Ehrengästen in der Grazer Landstube

Am 9. Mai hat in Graz die Europakonferenz des Bundesrates stattgefunden. Der steirische Bundesratspräsident Gregor Hammerl durfte zu diesem Anlaß gemeinsam mit den Landeshauptleuten Franz Voves und Hermann Schützenhöfer den kroatischen Staatspräsidenten Ivo Josipović im Grazer Landhaus begrüßen. Der kommende EU-Beitritt Kroatiens, das ab 1. Juli 2013 das 28. Mitglied in der Europäischen Union sein wird, stand thematisch im Mittelpunkt der Konferenz am heutigen Europatag.

Landtagspräsident und Hausherr Manfred Wegscheider durfte neben vielen anderen Ehrengästen auch Bundesministerin Beatrix Karl und Diözesanbischof Egon Kapellari in der Grazer Landstube begrüßen.

„Es ist mir eine große Ehre, daß es gelungen ist, anläßlich des Europatages 2012 hier

in Graz eine Europakonferenz des Bundesrates abzuhalten, die vor allem durch die Teilnahme der vielen hochkarätigen Gäste die Arbeit des Bundesrates in ihrer Bedeutung unterstreicht“, so Bundesratspräsident Hammerl in seiner Begrüßung. „Wenn wir uns heute gemeinsam mit unseren Gästen so intensiv mit dem Thema Europa, besonders mit dem bevorstehenden EU-Beitritt Kroatiens, auseinandersetzen, so ist dies – entgegen der öffentlichen Wahrnehmung – keinesfalls der einzige Anlaß für den Bundesrat, den Blick über die Grenzen Österreichs hinaus zu schärfen. Schließlich ist es der Bundesrat, der, gleichberechtigt mit dem Nationalrat, EU-Vorlagen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip prüft und sich so regelmäßig schützend vor Österreichs Regionen stellt. Mit „Anträgen auf

Mitteilung“ oder durch die weitreichende „Subsidiaritätsrüge“ sorgen wir Bundesrätinnen und Bundesräte regelmäßig dafür, daß das Recht der kleineren Einheiten – der Gemeinden, Regionen oder Länder – nicht durch EU-Regelungen verkürzt wird“, so Hammerl.

In seiner Rede führt der Präsident des Bundesrates aus, daß Zagreb von Graz ungefähr gleich weit entfernt sei wie Wien. Die Steiermark habe sich in den letzten Jahrzehnten stets als Anwalt und Dolmetsch Sloweniens und Kroatiens auf ihrem Weg zur Demokratie, zur Souveränität und nach Europa verstanden. „Die Steiermark am Schnittpunkt von vier großen europäischen Kulturkreisen – des deutschen, des slawischen, des romanischen und des pannonschen – hat sich immer als Brücke zu jenen Regionen im Südosten verstanden, die neu-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Land Steiermark/Frankl

v.l.: EU-Kommissar Johannes Hahn, Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann Franz Voves und Bundesratspräsident Hammerl begrüßen Präsident Ivo Josipović

erdings wieder ins Zentrum und Herz Europas rücken, wo sie ihren Platz eigentlich immer hatten. Dies gilt ganz besonders für Kroatien mit seiner mehr als tausendjährigen Geschichte.“ Das 20. Jahrhundert, lange gekennzeichnet durch Totalitarismen, Diktaturen und blutige Auseinandersetzungen sei zu Ende. „Im noch jungen 21. Jahrhundert können wir in einem vereinigten Europa, gekennzeichnet durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte, trotz aller schmerzlichen Rückschläge, schwierigen Probleme und Krisenerscheinungen gemeinsam an einer hoffnungsvollen und positiven Zukunft arbeiten. Es ist ein steiniger, aber imponierender Weg, den Kroatien mit aufrechtem Gang beschritten hat. Wir freuen uns darüber und wollen diesen Weg in Zukunft weiter und gemeinsam gehen. Daher möchte ich mit einem herzhaften und aufrichtigen ‚Dobrodošli Kroatien‘ schließen.“

Landeshauptmann Franz Voves gab sich euphorisch: „Ich bin begeisterter Steirer, begeisterter Österreicher und glühender Europäer. Das vereinte Europa muß noch viel stärker politische Wirklichkeit werden.“ Man werde die schrecklichen Bürgerkriegsbilder aus dem Ex-Jugoslawien wohl nie aus den Köpfen verlieren. „Aber der Beitritt Kroatiens zur EU kann da eine große Chance

sein, mit dieser fürchterlichen Zeit schneller fertig zu werden“, so Voves.

Sein Stellvertreter, Hermann Schützenhöfer, der selbst im Jahr 2010 in Zagreb war, um Josipović zu treffen, zeigte auch die steirische Solidarität auf: „Wir sind immer an der Seite Kroatiens gestanden und haben uns immer als Nachbarn verstanden. Den Weg zu Demokratie, Souveränität, Freiheit und Frieden haben wir immer von steirischer

Seite mitgetragen.“ Schützenhöfer mahnte aber auch: „Leider redet heute niemand mehr von 1989, 1990 und 1991. Da haben Millionen von ‚Mutbürgern‘ dafür gesorgt, daß Europa heute frei ist. Das ist leider schon selbstverständlich.“ Jedenfalls herrsche laut Schützenhöfer große Freude, daß Kroatien nun zur EU komme.

Der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn bekannte, „daß die gefühlte



Foto: Land Steiermark/Frankl

Für Ehrengast Präsident Ivo Josipović gab es Blumen.

Österreich, Europa und die Welt

Mitte Europas wirklich die Alpe-Adria-Region zu sein scheint, weil hier schon fast Jahrhunderte lange Bande bestehen.“ Der Beitritt Kroatiens zur EU könne, laut Hahn, nicht der Abschluß in der Integration Europas sein, aber es sei ein wichtiger Schritt. „Je größer desto stärker, desto sicherer wird Europa werden. Die Familie Europa wächst und gedeiht – wir freuen uns auf das neue Mitglied Kroatien und können den 1. Juli 2013 nicht mehr erwarten“, so Hahn.

Außenminister und Vizekanzler Michael Spindelegger sagte, „besonders in Zeiten, in denen die Bemühungen der Europäischen Union der Bewältigung der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise gilt, ist es notwendig, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU und in die Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten zu stärken.“

Auch im Rahmen des damals bevorstehenden, in Wien stattfindenden, informellen Treffens der Reflexionsgruppe zur Zukunft der EU, das elf EU-Außenminister zusammenbrachte, sollten Vorschläge erarbeitet werden, wie ein besseres Mitwirken der BürgerInnen in europäischen Entscheidungsprozessen erreicht werden kann. „Die Schaffung eines ‚Europas der Bürger‘ ist dabei eines der Kernanliegen“, verdeutlichte Spindelegger und führte fort: „Die neu geschaffene Europäische Bürgerinitiative ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung und eröffnet bisher ungeahnte Möglichkeiten. Wir müssen aber noch besser werden. So wäre für mich etwa die Direktwahl des Kommissionspräsidenten eine interessante Möglichkeit zur Stärkung der politischen Teilhabe auf EU-Ebene.“

Spindelegger merkte auch an, daß gemeinsame Werte wie „Freiheit“ und „Sicherheit“ den eigentlichen Mehrwert der Mitgliedschaft in der EU ausmachen. Es ist eine wichtige Aufgabe und Verantwortung den BürgerInnen diesen Mehrwert wieder bewußt zu machen, um das europäische Integrationsprojekt voranzutreiben. „Der Dialog mit den Österreichern und Österreicherinnen über Europa war mir von Beginn an ein Herzensanliegen. Im Rahmen einer Zuhörtour und regelmäßigen Dialog-Veranstaltungen in den Bundesländern hatte ich zahlreiche Gelegenheiten im direkten Gespräch über die Europäische Union zu diskutieren. Noch im Juni werde ich diese Diskussionsrunden in einem neuen Format führen“, kündigte Spindelegger den Start einer Reihe sogenannter „Townhall Meetings“ an.

Abschließend hob Spindelegger hervor: „Österreich war und ist es ein besonderes

Anliegen, die neuen Mitgliedsstaaten auf ihrem EU-Weg aktiv zu unterstützen. Mit Kroatien werden Freunde und Nachbarn als 28. EU Mitgliedsstaat willkommen geheißen. Eine gute Zusammenarbeit und Kooperation ist Zeichen der engen Verbundenheit der beiden Länder. „Ich bin überzeugt, daß Kroatien seine Expertise und Erfahrung mit seinen Nachbarn und der Region teilt, um auch deren Integration zu fördern.“

Kroatiens Staatspräsident Ivo Josipović bedankte sich für die Einladung nach Graz und die Initiative von Bundesratspräsident Hammerl: „Österreich war immer ein großer Freund Kroatiens.“ Der eigene Transformationsprozeß Kroatiens sei sehr schnell gegangen, aber auch noch nicht abgeschlossen. Man wolle jedenfalls die Erfahrungen dar-

über auch an andere Balkanländer weitergeben. „Kroatien tritt ohne Hintergedanken in die Europäische Union ein, weil die europäische Idee auch jene Kroatiens ist“, sagte Josipović.

In einer Podiumsdiskussion sind der steirische Europalandesrat Christian Buchmann, Styria-Vorstandsdirektor Klaus Schweighofer, Rektorin Christa Neuper und Verleger Lojze Wieser zu Wort gekommen und haben über Integrationsmaßnahmen, Netzwerke, Zusammenarbeit, Kooperationsmöglichkeiten und Gemeinsamkeiten zwischen der Steiermark und Kroatien gesprochen.

Abschließend sagte Bundesratspräsident Gregor Hammerl angesichts des bevorstehenden EU-Beitritts Kroatiens in Richtung aller Ehrengäste: „Dobro došli Kroatien!“ ■

Erstmals sprach eine NationalratspräsidentIn vor dem Mazedonischen Parlament

Mit einer Premiere begann am 23. Mai der offizielle Besuch von Präsidentin Barbara Prammer in der mazedonischen Hauptstadt Skopje: Zum ersten Mal sprach eine Präsidentin des österreichischen Nationalrates vor der Sobranje, dem Parlament der Republik Mazedonien. In den zweieinhalb Tagen stand eine Reihe von Gesprächen mit ParlamentarierInnen und Regierungsmitgliedern auf dem Programm. Den Abschluß bildete ein Treffen mit Staatspräsident Gjorge Ivanov am 25. Mai.

Zu Beginn des dreitägigen Besuchs der Nationalratspräsidentin gab es einen Informationsaustausch mit Prammers Amtskollegen Trajko Veljanoski. Von beiden Seiten wurden die guten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Mazedonien auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene betont. Breiten Raum nahm zudem die Annäherung der jungen Republik an die EU ein.

Fragen der europäischen Integration sprach Prammer auch in ihrer Rede vor dem Parlament an. Der im heurigen März eröffnete hochrangige Beitrittsdialog (High Level Accession Dialogue) wurde Anfang Mai fortgesetzt. Österreich sei von der Bedeutung und von der Nützlichkeit dieses Dialogs überzeugt, weil er eine Brücke zu den eigentlichen Beitrittsverhandlungen schlage, sagte Prammer. Sie begrüßte das Engagement, mit dem das mazedonische Parlament an die großen legislativen Aufgaben in diesem Zusammenhang herangehe. Konkret werden in besagtem Dialog die Themenblö-

cke Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Reform der öffentlichen Verwaltung, Wahlreform und Stärkung der Marktwirtschaft behandelt. Prammer bot Zusammenarbeit an und unterstrich die Notwendigkeit, in einer Zeit zunehmender globaler Verflechtung die internationale Perspektive der Parlamente zu stärken. Gerade parlamentarische Diplomatie ermögliche einen offenen und direkten Meinungsaustausch und sei deshalb „bestmöglicher Ersatz für direkten Kontakt zwischen Völkern“.

Auch zur Volksgruppenfrage, einem zentralen innenpolitischen Thema in Mazedonien, nahm die NR-Präsidentin Stellung. Sie begrüße die fortgesetzten politischen Bemühungen, die Rechte der Volksgruppen auf der Grundlage des „Ohrid-Abkommens“ zu fördern, so Prammer. Dieses im Verfassungsrang stehende Abkommen beendete 2001 die bewaffneten Konflikte zwischen der ethnisch-mazedonischen und ethnisch-albanischen Bevölkerung und bildet die Basis zur Durchsetzung von Minderheitsrechten.

In ihrer Funktion als Vorsitzende des Nationalfonds der Republik Österreich und des Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus sprach Prammer abschließend dem mazedonischen Parlament ihre Hochachtung für die vorbildliche Entschädigungsgesetzgebung sowie die Errichtung des einzigen Holocaustmuseums auf dem Balkan aus. Die Präsidentin hat dieses Museum im Rahmen ihres Besuchs ebenso besucht wie das Museum des mazedonischen Unabhängigkeitskampfes. ■

10 Jahre ACFNY

Das Kulturforum in New York feiert sein zehnjähriges Bestehen mit einer Jubiläumsausstellung mit dem Titel »OUR HAUS«. Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger und Kulturministerin Claudia Schmied gratulierten.



Das Portal des Österreichischen Kulturforums in New York mit dem Plakat zur Sonderausstellung »OUR HAUS«

Das Kulturforum in New York ist ein Aushängeschild für ein zeitgemäßes und innovatives Österreichbild in den USA“, so Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger anlässlich des Jubiläums. „In den letzten zehn Jahren erreichte nicht nur das extravagante Gebäude Aufsehen; das Kulturforum präsentierte auch in insgesamt rund 2000 Veranstaltungen zeitgenössische österreichische Künstler und Wissenschaftler.“

2002 wurde das neue, von Raimund Abraham entworfene Kulturforum offiziell eröffnet. Das architektonische Meisterwerk gibt mit seinem gewagten Äußeren vor, was innen Programm ist: österreichische Gegenwartskultur mit Ecken und Kanten, die sich sehen, hören und fühlen lassen kann, und die sich vor allem im Miteinander und in der Auseinandersetzung mit ihrem amerikanischen Umfeld ständig weiterentwickelt.

Höhepunkte der letzten zehn Jahre waren zum Beispiel die Ausstellungen „The Seen and the Hidden: [Dis]covering the Veil“ über den Schleier muslimischer Frauen und „Under Pain of Death“ über die Todesstrafe.

Im Bereich der Musik stellte man junge Interpreten und Komponisten wie Georg Friedrich Haas und Olga Neuwirth vor. Das Kulturforum organisiert jährlich das electronic music Festival „Moving Sounds“, das mittlerweile zu den etablierten Festivals in New York gehört. Zu den Gästen des Kulturforums zählten maschek, Willi Resetarits, Daniel Kehlmann, Wolf Haas und viele andere mehr.

Kulturministerin eröffnete die Jubiläumsausstellung

Kulturministerin Claudia Schmied, die zahlreiche Termine in New York wahrnahm, eröffnete am Abend des 16. Mai die Jubiläumsausstellung „OUR HAUS“. „Unbestritten sind es die Künstlerinnen und Künstler, die Österreich weltweit als geschätzte Kulturnation auszeichnen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, welchen bedeutenden Wert Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft hat, dann müssen wir alles daran setzen, Kunst und Kultur weiterhin zu stärken. Das Österreichische Kulturforum in New York leistet einen essentiellen Beitrag dazu,

das breite Spektrum des zeitgenössischen österreichischen Kunstschaffens zu vermitteln, die kulturelle Vielfalt lebendig zu präsentieren und den interkulturellen Dialog zu fördern“, so Schmied.

„Künstlerinnen und Künstler in und aus Österreich sind Botschafter, sie leben und arbeiten als Artist in Residence genauso in Peking wie in New York. Die junge Generation bewegt sich mit Leichtigkeit, sie bezieht ihre Anregungen aus der ‚globalen‘ Weltkultur und hält durch mediale Netzwerke weltweit Kontakte und Beziehungen aufrecht – so ist Österreich auch anderswo. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur bietet zahlreiche Programme an, um den internationalen Erfahrungsaustausch von KünstlerInnen zu fördern und Österreichs Kunst weltweit sichtbar zu machen“, so die Kulturministerin weiter.

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des ACFNY beauftragte das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur in Kooperation mit dem ACFNY zehn bedeutende zeitgenössische österreichische KomponistIn-

Österreich, Europa und die Welt

nen und junge elektronische MusikerInnen mit Kompositionen, die in der Konzertreihe „10 I ACFNY I 12“ in New York uraufgeführt wurden. Die Kulturministerin nahm am 17. Mai am „Anniversary Concert“, der Welturaufführung von Bernhard Lang (Komposition) und Silke Grabinger (Performance) mit dem Argento Chamber Ensemble im ACFNY teil und besuchte anschließend die Uraufführung des vom BMUKK in Auftrag gegebenen Live Acts von Dorian Concept in der Glasslands Gallery in Brooklyn, New York.

Neben den zahlreichen Auslandsstipendien und Auslandsateliers, den einzelnen Programmen, die die internationale Vernetzung des künstlerischen Nachwuchses fördern, organisiert und präsentiert das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur 2012 die Ausstellung „Desiring The Real Austrian Contemporary“. Diese Ausstellung ist derzeit in Belgrad/Serbien zu sehen, weitere Stationen sind Mexico City und Guanajuato/Mexico sowie Havanna/Kuba. Sie gibt einen aktuellen Einblick in die Kunstszene Österreichs und trägt damit sowohl zur Verbreiterung des Wissens über zeitgenössische österreichische Kunst, als auch zur Präsenz österreichischer Kunschtchaffender im Ausland bei.

<http://www.bmukk.gv.at/europa/desiring>



Foto: BMUKK / David Plakke

v.l.: Generalkonsul Ernst Brezovsky, Botschafter Martin Eichinger, Kuratorin Amanda McDonald Crowley, Direktor Andreas Stadler und BM Claudia Schmied

Kulturministerin Claudia Schmied: „Die internationale Vermittlung junger, österreichischer Kunst ist einer der Schwerpunkte und Zielsetzungen meiner Kulturpolitik. Vorrangig dabei ist es, junge österreichische Künstlerinnen und Künstler global zu positionieren und sie nachhaltig zu vernetzen.“

Jubiläumsausstellung »Our haus«

präsentiert Arbeiten und Auftragswerke von KünstlerInnen, die allesamt in den Vereinigten Staaten in der letzten Dekade starke künstlerische Eindrücke hinterlassen und kreative Netzwerke geschaffen haben. Die Ausstellung, die von der gebürtigen Australierin Amanda McDonald Crowley kuratiert wurde, ist dennoch keine „Best-Of“ Schau, sondern ein subjektiv und individuell erarbeiteter Überblick über transversale kreative Migration zwischen Österreich und den USA. Die Definition von „Haus“ spielt für die in New York lebende ehemalige Direktorin des Medienkunstzentrums „Eyebeam“ dabei eine tragende Rolle: „Ein Haus ist ein Gebäude, in dem Menschen leben oder arbeiten. Die Küche ist oft das Herz eines Zuhauses. Ich bin der Meinung, die besten Konversationen entstehen beim Essen.“

Diese Inspiration und die einzigartige Architektur des Hauses spiegeln sich daher in den einzelnen Arbeiten wider. Rainer Prohaska läßt sich beispielsweise für seine Installation „Cuisine sur toutes les étages“ von der schmalen Struktur und vertikalen Ausrichtung des Gebäudes leiten und entwickelt in einer Auftragsarbeit eine mehrstöckige Küche, die sich über die fünf Eta-

gen der Galerie des Kulturforums erstreckt. In diesem Zusammenhang wird das Künstlerkollektiv „WochenKlausur“ eine Büroumgebung in der Galerie installieren, für eine soziale Intervention nutzen und im für den weiteren Verlauf der Ausstellung einer Non-Profit Organisation zur Verfügung stellen.

Interaktion und Austausch liegt auch der Arbeit von Mathias Kessler zugrunde. Er lädt den Zuschauer dazu ein sich an einem Kühlschrank zu bedienen, der unter anderem ein dreidimensionales Modell von Caspar David Friedrichs Gemälde „Das Eismeer“ beinhaltet. Die Besucher sollen davor verweilen, um sich über seine „soziale Skulptur“, wie der Künstler seine Arbeit selbst bezeichnet, die Ausstellung sowie die Architektur der Stadt New York auszutauschen.

Die Thematik der transkulturellen Migration wird vom Linzer Künstlerkollektiv „TIME'S UP“ aufgegriffen. Das Thema New York als Stadt der Zuwanderer liegt diesem EU-geförderten Projekt mit dem Titel „Unattended Luggage“ zugrunde, das nun zum ersten Mal im Kulturforum gezeigt wird. Die Gepäckstücke, die die verschiedensten Reise Geschichten erzählen, können vom Publikum durchwühlt werden: Schubladen lassen sich öffnen, Tagebücher und Briefe lesen, Fotografien ansehen. Das Kunstwerk und seine Erzählungen werden so von den AusstellungsbesucherInnen selbst erarbeitet und schließlich zu Ende erzählt.

Judith Fegerl, die bereits 2010 eine Lichtintervention am gesamten Kulturforumsgebäude durchführte, bezieht sich in einer neuen Arbeit abermals auf die technische In-



Foto: Österreichisches Kulturforum New York / David Plakke

Das ACFNY in Manhattan

Österreich, Europa und die Welt

frastruktur des Gebäudes: Fegerl bricht diese auf, und gewährt dem Ausstellungsbesucher einen seltenen Einblick das Innenleben des Hauses.

Auch die Auftragsarbeit des Künstlerduos Sabine Bitter und Helmut Weber bezieht sich konkret auf die Architektur des Hauses. Ihre speziell angefertigte Tapete umspannt die gesamte Fläche der nördlichen Galeriewand.

Fabian Patzak setzt sich in seinen Gemälden mit typisch amerikanischen Stilelementen in österreichischer Architektur auseinander. Dabei konzentriert er sich ausschließlich auf die verschiedenen Ausprägungen von Fensteröffnungen.

Der seit 20 Jahren in New York lebende Österreicher Rainer Ganahl kreierte eine Videoarbeit in der er leer stehende und zugemauerte Wohnhäuser im Norden von Manhattan zeigt. Er vollzieht dabei den Verlauf der Third Avenue von der eher wohlhabenden Upper East Side zum verarmten Spanish Harlem nach. Der Aspekt der Verlassenheit findet sich auch in seinem zweiten Film wieder, der den kleinen Sohn des Künstlers am Tag des „Super Bowl Sunday“ im ausgestorbenen Museum of Modern Art zeigt. Das Kind läuft durch die leerstehenden Ausstellungsräume und verstößt damit gegen sämtliche etablierten Verhaltensnormen im Museumskontext.

In ihrer Videoarbeit „Brünnerstraße 165“ stellen Helmut und Johanna Kandl Filmausschnitte aus der Kindheit der Künstlerin aktuellen Aufnahmen gegenüber. Sie dokumentieren verschiedene Stadien der Belebtheit eines Ortes, der durch die intime Selbstdarstellung Kandls erst zu „ihrem Haus“ wird. Im Dialog zwischen Erinnerung und Gegenwart definiert sie das Haus als ihre Heimat.

Schließlich zeigt die Schau auch eine Arbeit des Künstlers Matthias Herrmann die vor ebenjenem eingangs erwähnten Hintergrund der transversalen kreative Migration entstanden ist: die fotografischen Arbeiten die dem Besucher in Form von Postkarten zur freien Entnahme angeboten werden, entstanden im Zuge eines Künstleraufenthaltes in New York. Sie konstituieren eine neue Schaffensperiode in seinem Werk, in der er sich auf sehr intime Art und Weise mit Vorbildern der Kunstgeschichte auseinandersetzt, und diese mit seiner persönlichen und örtlichen Erfahrung verbindet.

Die Ausstellung ist bis 26. August geöffnet.

<http://www.acfny.org>



Helmut & Johanna Kandl, »Still from Brünnerstraße 165« (2009), Video, 4:44 min



»TIME'S UP« – Unattended Luggage (2012), Installation, Dimension variable

Europäische Konferenz zur Chancengleichheit in Wien



Foto: VRE / Reinhard Ziegler

Von besonderem Interesse waren die Wiener Erfahrungen bei der Reintegration von SchulabbrecherInnen in den Ausbildungsweg.

Die „Versammlung der Regionen Europas (VRE)“ hielt vom 7. bis 9. Mai im Wiener Rathaus die gemeinsame Sitzung des Komitees für Kultur, Jugend, Bildung und internationale Zusammenarbeit und des Regionalen Jugendnetzwerkes ab. Stadtrat Christian Oxonitsch ging in seiner Eröffnungsrede auf die Schwerpunkte der Wiener Jugendarbeit ein, die von einem attraktiven Bildungsangebot der öffentlichen Bibliotheken im Bereich Neue Medien bis hin zur Freizeitpädagogik sowie der Parkbetreuung reicht. Von besonderem Interesse waren die Wiener Erfahrungen bei der Reintegration von SchulabbrecherInnen in den Ausbildungsweg, da sich im nächsten Jahr eine VRE-Konferenz schwerpunktmäßig mit diesem Thema befassen wird. Die rund 100 TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichsten Regionen Europas diskutierten zu Fragen der Chancengleichheit. Der Schwerpunkt lag auf Menschen mit Behinderungen, dem Thema sexuelle Orientierung sowie der Integration von Roma und MigrantInnen. Dazu wurden Best-Practice-Modelle aus europäischen Regionen vorge-

stellt, um die Implementierung dieser Projekte auch in anderen Ländern zu ermöglichen. Dieses europäische Lern- und Austauschnetzwerk ermöglicht es z.B. Erfah-

rungen bei der Integration von Menschen mit Behinderungen aus der Region Niederschlesien in Polen für Regionen wie die Wallonie in Belgien oder das deutsche Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nutzbar zu machen.



Foto: MA 13 / Media Wien

Stadtrat Christian Oxonitsch

Größtes europäisches Netzwerk

Die „Versammlung der Regionen Europas“ ist mit 250 Mitgliedern das größte Netzwerk des Kontinents. Die sich beteiligenden Regionen reichen von den Azoren im äußersten Westen Europas bis zur russischen Teilrepublik Tatarstan im Osten. Die VRE ist darüber hinaus auch mit der Umsetzung von ausgewählten EU-Projekten betraut. Zusätzlich zu den VRE-Kommissionen, in denen PolitikerInnen und BeamtenInnen den Know-how Transfer zwischen den europäischen Regionen betreiben, bemühen sich junge Erwachsene im Alter von 18 bis 30 Jahren im „Youth Regional Network“ innovative Projekte wie z.B. im Bereich Soziale Medien auf die Beine zu stellen. ■

<http://www.aer.eu/de/>

Auslandssteirer Polzler in Graz

Das Büro für Auslandssteirer organisiert mit Partnern interessante Vorträge.



Foto:

v.l.: Manfred Lind (Leiter Abt. 1 des Landes), Renate Metlar, Jürgen Roth, Frank Polzler, Peter Piffl-Percevic und Michael Harnisch

Das Büro für Auslandssteirer des Landes Steiermark, die Stadt Graz und der Wirtschaftsbund mit seinem Uni Management Club Steiermark laden im Rahmen einer Veranstaltungsreihe an der Karl-Franzens Universität Graz erfolgreiche Auslandssteirer zu Vorträgen ein in denen sie über ihren Werdegang, ihre Leistungen und ihren Tätigkeitsbereich berichten. Über den daraus resultierenden umfassenden Mehrwert für Studierende und für die heimische Wirtschaft wurde am 14. Mai in Graz im Zuge einer Pressekonferenz Resümee gezogen.

Derzeit gibt es etwa 35.000 bis 40.000 Steirer, die im Ausland leben und arbeiten. Renate Metlar, Leiterin des Büros für Auslandssteirer, sprach dabei über dessen Aufgaben und Serviceleistungen. Zudem berichtete sie von einem großen „Humankapital“, das so im Ausland in Form von den besten steirischen Köpfen schlummert. Als prominenten Ehrengast bei der Pressekonferenz durfte sie den Mitbegründer von RE/MAX-Immobilien Europa und Kanada, den gebürtigen Oststeirer Frank Polzler, begrüßen. Er habe den Traum „vom Bäcker zum Millionär“ in Nordamerika realisiert.

Polzler wurde im Bezirk Weiz in der Oststeiermark geboren und ist als 20-jähriger nach Kanada ausgewandert. Mit 40 Dollar in der Tasche hat er zuerst in seinem Lehrberuf als Bäcker gearbeitet und später als Verkäu-

fer und Makler im Immobiliensektor angefangen. 1980 ist er in das RE/MAX-Konzept eingestiegen, dieses ist heute – auch dank Polzler – in 90 Ländern mit 2500 Büros und 26.000 selbständigen Mitarbeitern tätig.

Polzler berichtete über seine umfassenden Erfahrungen aus mehr als 50 Jahren Geschäftstätigkeit und darüber, daß er aus vielen Fehlern auch viel gelernt hat: „Ich rate jedem, man soll sich nicht mehr borgen, wie man zurückzahlen kann!“ Allerdings müsse man Risiko auch leben. So machte der Immobilienexperte junge Steirern auch Mut den Sprung ins Ausland zu wagen. Zur Finanz- und Wirtschaftskrise hat Polzler eine klare Meinung: „Es geht vorbei! Ich hab schon ein paar Krisen mitgemacht – das ist vergleichbar mit einem Unwetter. Da schlägt einmal der Blitz ein, aber dann scheint auch wieder die Sonne. Man muß einfach positiv bleiben, sonst hätte ich zum Beispiel schon längst aufgeben müssen.“

Der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Steiermark, Jürgen Roth, unterstrich die Wichtigkeit des Blickes über den Tellerrand: „Ein kleines Land wie die Steiermark oder Österreich muß einsehen, daß der heimische Markt meistens nicht groß genug ist. Man muß daher über die Grenzen schauen.“ In der Steiermark gäbe es schon 7000 Unternehmen, die im Export tätig sind. Die Wirtschaftskammer Steiermark habe mit dem

Internationalisierungszentrum Steiermark (ICS) ein eigenes Vehikel geschaffen, um es heimischen Betrieben zu erleichtern im Ausland Fuß zu fassen. Michael Harnisch vom Uni Management Club zeigte sich froh über diese Kooperation mit der Kammer und dem Land Steiermark: „Diese Zusammenarbeit öffnet vielen Studierenden das Tor in ein internationales Netzwerk.“

Weitere prominente Gäste und Persönlichkeiten im Zuge dieses Know-How Transfers von den besten steirischen Köpfen im Ausland zurück an die Grazer Hochschulen waren: Der CEO von Volkswagen in Mexiko, Otto Lindner, Rudolf Schmidt von der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA), Robert Holzmann von der Weltbank, der Vizepräsident von Morgan Stanley Hongkong, Thomas Ochensberger oder Pankl Gründer, Gerold Pankl.

Für die Stadt Graz war Klubobmann Peter Piffl-Percevic vertreten. Auch er kennt die Wichtigkeit der Internationalisierung: „Graz verfügt über viele Netzwerke und gute Kontakte im Ausland, aber diese Kontakte müssen auch gepflegt werden und mit lebendigem Inhalt gefüllt werden.“

Im September werde so heuer zum Beispiel der Auslandsösterreicher Weltbund in Graz tagen – dabei werden 700 Gäste aus aller Welt erwartet. ■

<http://www.weltbund.at>

China trifft Hallstatt

Für AsiatenInnen ist die Welterberegion Hallstatt-Dachstein-Salzkammergut der Inbegriff landschaftlicher Schönheit.

Während eine Delegation aus Hallstatt zur Eröffnung der Replika am 28. Mai nach China reiste, hat die Welterberegion Hallstatt/Dachstein-Salzkammergut mit der Umkehrsituation alle Hände voll zu tun.

Es ist ein Dialog der besonderen Art, der die Welterberegion Hallstatt-Dachstein-Salzkammergut seit rund einem Jahr mit China verbindet. Bald werden alle Mutmaßungen zur Umsetzung des Hallstatt-Nachbaus in der Provinz Guang Dong ein Ende haben. Zur Eröffnung des viel diskutierten Wohnprojektes am 2. Juni 2012 luden die Errichter auch eine kleine Delegation aus Hallstatt ein – eine Reise, die der regionale Tourismusverband gerne finanziell unterstützt: „Für den Tourismus ist dieses Projekt ein weiterer Impulsgeber. Wir pflegen die Kontakte mit Asien intensiv, sei es über die gute Zusammenarbeit mit dem dortigen Büro der Österreichwerbung, die Reiseveranstalter oder die Medien“, erklärt Tourismusdirektorin Pamela Binder. Seit Jahresbeginn begrüßten die Touristiker und regionalen Leitbetriebe bereits mehr als 20 Reisebüros aus China in der Welterberegion, hinzu kamen unzählige Journalisten.

Welterbe trifft exakt den Geschmack Asiens

Was den interkulturellen Austausch so fruchtbar macht, ist vor allem die gegenseitige Wertschätzung der grundverschiedenen Kulturen: „Für Asiaten ist unsere Welterberegion sowohl landschaftlich als auch kulturell der Inbegriff von Schönheit. Sie sind außerordentlich interessiert und nehmen unsere Ausflugsangebote intensiv an“, freut sich Binder.

Für Tourismusangebote wie die Salzwelten, die Dachstein-Höhlen oder das Handwerkhäus sind die typischen Sightseeing-Kleingruppen (max. 10 Personen) willkommene Gäste. Den Umgang mit asiatischen Gästen erlernen die Mitarbeiter des Tourismusverbandes Dachstein-Salzkammergut sogar in entsprechenden Schulungen. Für Binder ist das eine Frage der Wertschätzung: „Unsere Delegation wird bei der Eröffnung der Replika einen Ausschnitt dessen repräsentieren, was in der Welterberegion tagtäglich stattfindet.“



Foto: MTV

Für AsiatenInnen ist die Welterberegion Hallstatt-Dachstein Salzkammergut der Inbegriff landschaftlicher Schönheit



Foto: Ferienregion Dachstein-Salzkammergut / Double-M Madeleine Mitrovic

Für 2012 rechnet die Welterberegion mit einem Buchungsanstieg von 50 Prozent, wovon ein wachsender Anteil auf asiatische Gäste entfällt.

Für 2012 rechnet die Welterberegion mit einem Buchungsanstieg von 50 Prozent, wovon ein wachsender Anteil auf asiatische Gäste entfällt. Die Region hat in den letzten

fünf Jahren unglaubliche 1000 Prozent Steigerung bei den Ankünften und Nächtigungen chinesischer Reisender erreicht.

<http://www.dachstein-salzkammergut.at>

OÖ unterstützt Vorzeigeprojekte im Kongo

Leiter der Caritas Kongo, Bruno Miteyo Nyenge, auf Österreichbesuch bei Landeshauptmann Josef Pühringer.

Die Zusammenarbeit der Caritas Oberösterreich mit dem Land OÖ im Bereich der Entwicklungshilfe ist beispielhaft. In der Demokratischen Republik Kongo, dem laut Human Development Index ärmsten Land der Welt werden gemeinsam seit Jahren einzigartige Vorzeigeprojekte umgesetzt“, bedankte sich Landeshauptmann und Entwicklungshilfebeauftragter Josef Pühringer bei Bruno Miteyo Nyenge, dem Leiter der Caritas der DR Kongo bei seinem Österreichbesuch in Linz für seinen Einsatz. Miteyo koordiniert die gemeinsamen Hilfsprojekte vor Ort.

Die Caritas Oberösterreich ist seit 1999 im Kongo aktiv. Zu den wichtigsten Schwerpunkten der Arbeit zählen Projekte zur Ernährungssicherung sowie Hilfe für Kinder in Form von Ausbildung, der Betreuung von Straßenkindern etc. Mit dem Programm „Sicherung der Lebensgrundlagen“ trägt die Caritas dazu bei, daß Menschen mehr als nur das Existenzlimit haben: saubere Trinkwasserversorgung, ausreichend zu Essen und ein Einkommen, von dem die ganze Familie leben kann.

Mit Hilfe des Landes Oberösterreich wurden folgende Projekte investiert: Frauenförderungsprogramme, eine Schule sowie das Ausbildungsprojekt „Konditorei“ für Straßenkinder, Ernährungsprogramme für arme Bauern, die Versorgung von Kriegsflüchtlingen, der Bau einer Berufsschule, die Errichtung eines Schlafsaales für SchülerInnen einer Gehörlosenschule sowie die Anschaffung eines Krankenwagens für ein Gesundheitszentrum.

Seit 25 Jahren ist der Kongolese Miteyo für die Caritas in seinem Heimatland tätig. Er ist auch Mitglied des Administration Councils der Caritas Internationalis, im Nothilfeteam der Caritas Afrika sowie Vizepräsident der Caritas Afrika und Koordinator der ACEAC (Vereinigung der Bischofskonferenzen Zentralafrikas). Miteyo hat Agrartechnik und Veterinärmedizin studiert.

Bruno Miteyo Nyenge hat nach seinem Besuch in Oberösterreich am 1. und 2. Juni beim Caritas-Kongreß „Zukunft ohne Hunger“ in Wien gemeinsam mit vielen weiteren



Foto: Land OÖ / Stinglmayr

v.l.: Josef Geißler (Leiter Auslandshilfe Caritas Linz), Gerhard Reischl (Direktor Stellvertreter Caritas Linz), LH Josef Pühringer, Bruno Miteyo Nyenge (Direktor Caritas Kongo) und Andrea Fellner (Projektreferentin Kongo)

internationalen ExpertInnen wirksame Strategien gegen den Hunger in der Welt beraten.

„Wir bitten auch die OberösterreicherInnen weiterhin um ihre Mithilfe, um die Menschen in der DR Kongo und anderen Län-

dern der Welt dabei zu unterstützen, dem Hunger zu entkommen“, so Mathias Mühlberger, Direktor der Caritas in Oberösterreich. Im Sommer sammelt die Caritas wieder für die Hilfe in den ärmsten Ländern der Welt. ■

OÖ: Grenzüberschreitende medizinische Zusammenarbeit mit Kinderklinik Passau

Als zusätzliches Service für die Bevölkerung im Bezirk Schärding wurde nun eine neue Vereinbarung zwischen Land OÖ und der OÖGKK namens der Sozialversicherung ausverhandelt. „Kinder aus dem Bezirk Schärding können somit auch bei planbaren Eingriffen jederzeit an der Kinderklinik in Passau behandelt werden. Damit sind wir dem Wunsch vieler Eltern aus der Region nachgekommen, ihre Kinder so wohnortnahe wie möglich bestens medizinisch versorgt zu wissen“, so Landeshauptmann und Gesundheitsreferent Josef Pühringer.

Diese zusätzliche Versorgungsmöglichkeit wird nicht geschaffen, weil sonst die hochqualitative Versorgung für Kinder im Raum Schärding nicht gewährleistet werden

könnte, sondern ist ein zusätzliches Angebot, das bisher von einigen genutzt wurde. Mit der neuen rechtlichen Regelung kann es von allen Kindern des Bezirks Schärding im Sinne eines freien Zugangs zum Gesundheitssystem in Anspruch genommen werden.

„Schon immer galt unsere Forderung: Für die Versichertengemeinschaft soll es stets zu Verbesserungen kommen - und keinesfalls zu Verschlechterungen. Die vorliegende Vereinbarung ist ein wichtiger Beitrag dazu. Entscheidend ist, daß bei neuen Lösungen immer auch die Auswirkungen auf das Gesamtsystem mitgedacht werden – insbesondere für die PatientenInnen und BeitragszahlerInnen“, so OÖGKK-Direktorin Andrea Wesenauer. ■

Korea Kulturhaus Österreich

Anlässlich des 120jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehung zwischen Österreich und Korea wurde das im Wiener Donaupark unter Denkmalschutz stehende ehemalige Seerestaurant renoviert und zum Korea Kulturhaus umgebaut.

Am 3. Mai wurde das neue Korea Kulturhaus Österreich im Rahmen einer grossen Jubiläumsfeier unter der Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer feierlich eröffnet. Heinrich Neisser, Nationalratspräsident a.D. und ehem. Präsident der österreich-koreanischen Gesellschaft, erklärte in seiner Rede, daß dieses Korea Kulturhaus Ausdruck koreanischer Kultur und Leben sein soll. Zukünftig wird dieses Juwel am Irissee im Donaupark allen offen stehen und ein Ort der Begegnung der Kulturen sein. Im Rahmen des 120jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehung zwischen Österreich und Korea präsentiert sich Korea aber auch modern, energiegeladen und hipp. So bringt der Verein der Koreaner gemeinsam mit World Culture Networks Koreas erfolgreichste Bühnenshow nach Wien: „Cookon’ Nanta“.

»Cookon’ Nanta« energiegeladene Koch-Rhythmusshow

Rhythmische Beats, jede Menge Power und atemberaubende Tanz- und Kampfsporteinlagen verpackt in einer witzigen Showgeschichte: das erwartet das Publikum vom koreanischen „Stomp“, auch bekannt unter der Koch- und Rhythmusshow „Cookon’ Nanta“. Ähnlich wie „Stomp“ werden auch von den „Köchen“ von „Cookon’ Nanta“ Alltagsgegenstände zu Musikinstrumenten umfunktioniert. Doch wie der Name verrät, verwenden die Performancekünstler der koreanischen Rhythmusshow ausschließlich Kochutensilien wie Messer, Töpfe und Schneidbretter. Und da in einer Küche auch Lebensmittel nicht fehlen dürfen, wird während der Show aus Gemüse ein Menü zum Verkosten gekocht. Mit Tempo, viel Humor und perfekt einstudierten akrobatischen Tanz- und Trommeleinlagen entführen die Köche ihr Publikum in eine atemberaubende Welt der asiatischen Performancekunst und zeigen wie unterhaltsam Kochen eigentlich sein kann.

Unberechenbare Köche bereiten in ihrer Küche auf der Bühne ein Hochzeitsbankett vor. Dabei fliegen Messer, Töpfe und Schneidbretter durch die Luft und das Gemüse wird artistisch in kleinste Stücke gehackt – auch die Gäste bekommen Ge-



v.l.: Bundespräsident Heinz Fischer, Mija Chon (Obfrau Korea Kulturhaus) und Jong-Bum Park (Präsident des Vereins der Koreaner in Österreich und Aufsichtsratsvorsitzender Korea Kulturhaus)



v.l.: Young Jin Kwak (Vizeminister des Kulturministeriums Korea), Jong-Bum Park (Präsident des Vereins der Koreaner in Österreich, Aufsichtsratsvorsitzender Korea Kulturhaus), Bundespräsident Heinz Fischer und S.E. Hyun Cho (Botschafter der Republik Korea in Wien)

müestücke ab. Zugleich werden Töpfe, Pfannen, Deckel und Siebe als Schlagzeug benutzt. Jonglagen mit dem Küchenwerkzeug, Slapstick-Tanzeinlagen und andere witzige Cookin’-Elemente sorgen für ein unvergeßliches Erlebnis der neuen Art. Auch

Fans von asiatischen Kampfsportarten kommen dabei auf ihre Kosten. ■

„Cookon’ Nanta“

23. und 24. Juni 2012. 16:30 und 20:30 Uhr
Halle E, MuseumsQuartier Wien
<http://koreakulturhaus.at>

Kunst mit (Fahrrad)Profil

Österreichischer Künstler auf Extremradtour durch 19 Länder im Iran eingetroffen

Eine außergewöhnliche Radtour führt den österreichischen Künstler Wolfgang Burtscher (51) bis Februar 2013 quer durch 19 Länder. Von seiner Heimatstadt Innsbruck nach Thailand bewältigt er im Zuge des Kunst- und Wissenschafts-Projektes „Trip Marks“ eine Strecke von 20.000 Kilometern, auf der es insgesamt 200.000 Höhenmeter zu überwinden gilt. Wie das österreichische Kulturforum Teheran (ÖKFT) am 14. Mai mitteilte, ist der sportive Künstler in der iranischen Hauptstadt eingetroffen und wurde vom österreichischen Botschafter, Thomas M. Buchsbaum, persönlich begrüßt.

„Mit dem plangemäßen Erreichen seines Etappenzieles im Iran hat Wolfgang Burtscher ein Viertel seiner Reise hinter sich. Wir freuen uns, ihn und die neuesten Originalwerke seiner Reise hier zu sehen, trifft sich doch sein Projekt ‚Trip Marks‘ mit dem Ziel einer Reisedokumentation der anderen Art, die jeder über Grenzen hinweg verstehen kann, mit unserer langjährig erfolgreichen Arbeit zu interkulturellem Dialog“, Botschafter Buchsbaum und Ulrike Wieländer, stellvertretende Direktorin des ÖKFT, uni sono. Der Künstler wurde vom Botschafter in der Österreichischen Residenz in Teheran zu einem Abendessen mit iranischen KünstlerInnen und GaleristInnen und auch zur Übernachtung eingeladen. Am Kulturforum und der Teheraner Shahid Beheshti University traf Burtscher weiters mit interessierten iranischen Wissenschaftlern und Studierenden zusammen.

Dem Reisen eine erfahrbare Form

Mit dabei hatte der österreichische Künstler die jüngsten Arbeiten seiner Reise, zugleich deren Impetus und Namensgeber des Gesamtprojektes: „Trip Marks“. Das sind 21 mal 21 Zentimeter große, durchlaufend nummerierte Papierbögen. Sein Reifenprofil ist darauf vorgeprägt. Jeweils auf einem dieser Bögen hinterläßt der Künstler mit seinem Rad alle 24 Stunden während seines einjährigen „Trips“ eine Reifenspur. Die geografischen Koordinationen sowie weitere Informationen werden auf den Blättern vermerkt. „Die Fahrradprofilabdrücke als ‚Marks‘ stehen bildhaft für die Eindrücke eines Tages. Kein Zeitabschnitt gleicht einem anderen. So sind auch die durch das Rad als Fort-



Foto: Copyright Wolfgang Burtscher

Der Österreichische Botschafter im Iran, Thomas M. Buchsbaum (l.), mit Wolfgang Burtscher vor der Residenz in Teheran



Foto: Copyright Wolfgang Burtscher

»Trip Marks«

bewegungs- damit als Erfahrungsmittel entstehenden ‚Trip Marks‘ individuelle Spurenbilder von Zeiträumen. Sie stehen in Zeiten von Globalisierung und Virtualisierung übergeordnet für eine erfahrbare Form des Reisens, für eine direkte Erfahrbarkeit der Welt“, so Burtscher.

Als Reisedokumentation der anderen Art werden die 365 Spurenbilder von „Trip Marks“ in Österreich und weiteren Ausstellungen international präsentiert werden. Angesichts der weltweit großen Bedeutung des einfachen Fortbewegungsmittels Fahrrad wurde das Projekt bewußt praktisch so konzipiert, daß es über Grenzen hinweg verstehbar ist. Ebenso direkt und praktisch verortet ist die wissenschaftliche Begleitung der „Trip Marks“. Burtscher schickt zusätzlich gesammelte Bodenproben einmal monatlich ans Institut für Mikrobiologie der Universität Innsbruck. Dort wird unter Leitung von Univ.-Prof. Heribert Insam der Frage nachgegangen, welche Mikroorganismen sich als unsichtbare Passagiere im Reifenprofil eines Fahrrades tummeln. ■

<http://www.tripmarks.at>

Auf nach Innsbruck!

Kaiserwetter herrschte bei der Dachverbandsreise der österreichischen Vereinigungen in Deutschland in die Tiroler Landeshauptstadt.

Von Erna Weimann*)



Alle Fotos: Österreichisch-Deutschen Gesellschaft e.V. Berlin-Brandenburg

»Gruppenbild mit Damen« am Bergisel im Kaiserjägermuseum. In der Bildmitte (stehend v.l.): Gustav Chlestil (Präsident des Auslandsösterreicher-Weltbunds AÖWB) Werner Götz (u.a. Vizepräsident des AÖWB und Dachverbandspräsident), Landtagspräsident Herwig van Staa und Jürgen Em (Vizepräsident des AÖWB) und die TeilnehmerInnen der Dachverbandsreise

Traditionell unternahmen Mitglieder und Freunde der Österreichischen Vereinigungen in Deutschland ihre alljährliche gemeinsame Reise. Heuer führte uns diese nach Innsbruck und ins schöne Land Tirol. Am 17. Mai versammelten sich viele der TeilnehmerInnen in Nürnberg, wo ein Bus für die Fahrt nach Innsbruck und die nächsten Tage bereit stand.

Von bestem Kaiserwetter wurden alle Reisenden am Nachmittag in Innsbruck empfangen. Nach einem gegenseitigen herzlichen „Grüß Gott“ der Bus- und Individualreisenden und dem Einchecken im Hotel ging es zu Fuß in die Altstadt. Dort begrüßte uns unser Dachverbandspräsident, Werner Götz, gleichzeitig Präsident der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft Berlin-Brandenburg und Vizepräsident des Weltbundes der Auslandsösterreicher, und freute sich über die

große Anzahl der TeilnehmerInnen. Im historischen Stiftskeller mischten sich bereits die Gruppen zum gegenseitigen Austausch. Wir speisten hervorragend und bekamen als besonderes „Schmankerl“ vom Pächter der Gaststätte eine Einführung in die Historie des Hauses: Maria Theresia ließ das Theresianische Stift bereits 1765 gründen nach dem plötzlichen Tod ihres Mannes Franz I. für zwölf adelige alleinstehende Damen, die Trauerkleidung tragen und täglich für den verstorbenen Kaiser beten sollten. Bereits seit 1930 besteht der Stiftskeller. Die Edith-Haberland-Stiftung hat sich mit der Augustiner-Brauerei aus München verpflichtet, dieses geschichtsträchtige Haus zu erhalten, das in verschiedenen Räumen für insgesamt 750 Personen Platz bietet. Auch heute noch leben drei betagte adelige Damen hier, die ledig und allein bleiben müssen. Der Pächter führte uns u. a. in die Rauchkuchl und den prunkvollen Stiftssaal mit wertvoll restaurierter Tapete, ausgestattet mit modernster Technik,

dezent angebracht. Nach unserem Verdauungsspaziergang zurück ins Hotel ließen wir den Abend u. a. musikalisch ausklingen, begleitet durch unser Berliner Mitglied Freddy Trügler auf der Zither. Auch Texthefte zum gemeinsamen Singen standen zur Verfügung.

Der zweite Tag

Nach einer viel zu kurzen Nacht brachte uns der Bus am nächsten Morgen kurz nach 8 Uhr bereits zur Hofburg. Von kompetenten Führern wurden wir über die vielen Räumlichkeiten informiert und durchgeführt, von denen der sogenannte „Riesensaal“ am meisten beeindruckte. In dieser Familiengedenkstätte ist Maria Theresia mit allen 16 Kindern verewigt und auch Tirol mit seinen Schätzen bildlich dargestellt – die verschiedenen Wirtschaftszweige wie Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe. Maria Theresia führte die Schulpflicht ein, ihr jüngster Sohn Maximilian I. wurde bereits als 15 Jähriger

*) Erna Weimann ist bei der ÖDG Berlin-Brandenburg für Presse und Information verantwortlich.

Österreich, Europa und die Welt

in den Deutschen Orden aufgenommen. Im Wappenturm, der nur noch als Bild erhalten ist, werden mit den 54 Wappen die Ländereien und damit der Reichtum dargestellt, der u. a. auf den Silberabbau aus Schwaz und die Münzprägestätte Hall zurückzuführen ist.

Innsbruck war bereits unter Maximilian I. eine Stadt der Kunst und Wissenschaft, es war das europäische Zentrum der Harnischmacher. Eine Passion Maximilians war die Jagd im Hochgebirge, warum er auch „Vater des Alpinismus“ genannt wurde. Innsbruck galt oft als Zwischenstation auf dem Weg zu Kuraufenthalten von Wien nach Meran.

Anschließend besichtigten wir die Hofkirche, die sogenannte „Schwarzmander-Kirche“. Diese ist mit dem Riesengrabmal Kaiser Maximilians I. das bedeutendste Denkmal Tirols und dies auch das prunkvollste aller Kaisergräber in Europa. In der Hofkirche sind 28 überlebensgroße 2,40 m hohe Bronzestatuen, die „Schwarzmander“ aufgestellt, die die Verwandten und Vorbilder Kaiser Maximilians darstellen. Da das Grabmal noch nicht fertig gestellt war, als Kaiser Maximilian auf dem Weg nach Wien verstarb, blieb das Grabmal bis heute leer und Maximilian I. ist in der Burgkapelle der Wiener Neustädter Burg beigesetzt. Weiter bekannt ist die Hofkirche durch das Grab des Tiroler Freiheitskämpfers Andreas Hofer.

Eins, zwei, drei im Sauseschritt ging es noch vor dem Mittagessen weiter in das Museum des „Goldenen Dachl“, wo jeder individuell eine Audioführung machte. Seit langem schon ist das „Goldene Dachl“ mit seinen 2657 feuervergoldeten Kupferschindeln das Wahrzeichen der Stadt Innsbruck und weltweit bekannt. Im Museum wird das Leben und Wirken des Kaisers Maximilian dargestellt. Maximilian ließ sich mit dem „Goldenen Dachl“ ein Denkmal setzen, auf dem er mit seinen beiden Frauen auch abgebildet ist. Leider wird es derzeit restauriert und ist nur auf einer Fotoplane zu sehen.

Beim Mittagessen konnten wir noch den Präsidenten des Weltbundes der Auslandsösterreicher, Gustav Chlestil, begrüßen, der uns nachmittags begleiten wollte, ebenso den Vizepräsidenten der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft in München, Kurt Bauer.

Nach der kurzen Mittagsrast ging es weiter mit dem Bus zum Bergisel, dem Highlight der ganzen Reise. Dort angekommen gab es eine große Überraschung für alle Reisenden. Wir wurden von Landtagspräsident Herwig van Staa empfangen und durch den ganzen Nachmittag geführt. Diese besondere



v.l.: Landtagspräsident Herwig van Staa und die (Vize-)Präsidenten Werner Götz, Gustav Chlestil und Jürgen Em in der Station der »Hungerburgbahn«

Ehre wurde bis jetzt nur dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer und dem deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler zuteil. Die exklusive Betreuung haben wir dem Umstand zu verdanken, daß unser Präsident, Werner Götz, van Staa anlässlich dessen Aufenthaltes 2010 durch Berlin gefahren und geführt hat bis zu seiner Abreise am Flughafen. Damals war, anlässlich des Nationalfeiertags die Blasmusik aus Gnadenswald in Berlin aufgetreten. Bereits zu dem Zeitpunkt erhielt Götz als Dankeschön für diesen individuellen Service die Zusage einer persönlichen Einladung in Innsbruck während der Dachverbandsreise 2012.

Am Bergisel ist im Kaiserjägermuseum die gesamte Militärgeschichte Tirols vom 18.-20. Jahrhundert dargestellt, von der historischen Sammlung von Gemälden, Waffen und Rüstungen bis hin zur multimedialen Show der Gegenwart. Als große Besonderheit ist das 360-Grad-Tirol-Panorama auf einem 1000 qm großen Rundgemälde aufgebaut, das bereits 1896 in nur drei Monaten angefertigt wurde. Darauf ist der Tiroler Freiheitskampf so realitätsnah festgehalten, daß man davor steht und sich mitten ins Geschehen versetzt fühlt – unbeschreiblich schön ist das Bergpanorama der Wirklichkeit nachempfunden.

Im modernen, sehr dezent gehaltenen „Schauplatz Tirol“ erläuterte uns van Staa viele Bereiche Tirols aus Religion, Politik, Natur und von Tiroler Menschen. Im Anschluß an die sehr abwechslungsreiche Führung, die der Landtagspräsident mit kleinen

Anekdoten und spritzigen Worten aufbereitete, waren wir alle in den Landtag eingeladen. Werner Götz überreichte bei diesem Empfang als Dankeschön für die tolle und individuelle Führung und die persönliche Betreuung einen Bildband über die deutsche Hauptstadt Berlin, der von allen Teilnehmern der Reise signiert war. Ebenso dankte der Vizepräsident der Nürnberger Österreichischen Gesellschaft, Franz Dania, den beiden Sekretärinnen des Landtagspräsidenten – sie hatten ihn bei der Vorbereitung zur Reise unterstützt – mit kleinen Aufmerksamkeiten. Eine besondere Freude hatten wir – wie bereits am Vorabend – durch unser Berliner Mitglied Freddy Trügler, der immer und überall von seine Zither bei sich hat. In einem schönen musikalischen Rahmen konnten wir viele harmonische Stunden erleben, die auch der Landtagspräsident sichtlich genoß und an die wir uns gerne und lang erinnern werden.

Nach einem langen und ereignisreichen Tag gingen wir zu Fuß zurück ins Hotel, wo wir das Erlebte u. a. mit gemeinsamem Singen ausklingen ließen.

Der dritte Tag

Am nächsten Morgen ging es bereits wieder um 8 Uhr los mit dem Bus ins Zillertal. Dort fuhren wir mit der Zillertalbahn von Jenbach nach Mayerhofen und dann mit dem Bus nach Stumm. Dort besichtigten wir in zwei Gruppen jeweils eine Dogginherstellung (handgemachte Wollschuhe für drinnen und draußen) und eine Ranzentstickerei

Österreich, Europa und die Welt

(breite Ledergürtel, die mit geschlitzten Kielen von Pfauenfedern bestickt sind). Nach einer kurzen Mittagsrast brachte uns der Bus zurück nach Innsbruck. Dort fuhren wir mit der modernen Hungerburgbahn der weltbekannten Architektin Zaha Hadid zum Alpenzoo, Europas höchstgelegenen Zoo und weiter zur Station Hungerburg. Das Wetter war wieder – wenn Engel reisen – einmalig schön mit herrlichem föhnigem Alpenblick. Auf dieser Höhe genossen viele Teilnehmer die Ruhe des Alpenzoos und einige hatten noch das Vergnügen, einem wirklich einmaligen Heulkonzert von Wölfen zu lauschen. Da am späten Nachmittag eine Weiterfahrt zum Gipfel nicht mehr möglich war, besichtigten einige die Theresienkirche auf Hungerburghöhe mit den berühmten Fresken von Max Weiler. Die junge Karmeliterin Theresia verstarb bereits mit 24 Jahren und wurde schon 28 Jahre später heilig gesprochen. Ihr zu Ehren wurde diese Wallfahrtskirche in den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts erbaut, wozu 60.000 Ziegel per Rucksack 300 Meter bergauf getragen wurden.

Manche Teilnehmer wagten sich mit der Seilbahn gleich hoch hinauf in den Schnee zur Seegrube bzw. mit der nächsten Seilbahn zum Hafelekar. Nach der letzten Talfahrt gab es noch einige Verabredungen zum „public viewing“ des schicksalsträchtigen Champions League Spiels des FC Bayern gegen Chelsea London. Es durfte keine Müdigkeit vorgetäuscht werden – erst zu Fuß zurück ins Hotel, dann wieder los, auf in die nächste Sportbar quer durch die Altstadt. Leider end-



v.l.: Landtagspräsident Herwig van Staa, die (Vizepräsident Jürgen Em, Präsident Gustav Chlestil, Erna Weimann, und die Präsidenten Franz Dania und Werner Götz

ete dieser Abend nicht so angenehm. Alle saßen nach dem Fußballspiel noch betroffen in der Hotelbar, unser letzter gemeinsamer Abend endete nicht mit einer Siegesfeier.

Am Sonntag Morgen fuhren wir zum Abschluß noch gemeinsam in die Swarovski-Kristallwelten nach Wattens. Nach einer Einführung konnte jeder im eigenen Tempo die Kristalle und Klänge auf sich wirken lassen und anschließend noch Souvenirs als Erinnerungstücke an die schöne Reise einkaufen.

Nun hieß es Abschied nehmen. Schöne, erlebnisreiche Tage und Abende gingen zu

Ende, viele angenehme Gespräche wurden geführt, Interessantes zwischen den einzelnen Österreichischen Vereinigungen ausgetauscht.

Es bleibt zu sagen: Ein ganz besonderer Dank gilt vor allem dem Landtagspräsidenten und vormaligen Landeshauptmann, Herwig van Staa, persönlich. An diesen Empfang werden wir uns lange und gerne zurück erinnern. Einen lieben Dank an unseren Vorsitzenden Werner Götz, der durch die Gründung des Dachverbandes in Deutschland solche Zusammenkünfte neben den Weltbundtreffen im kleineren Rahmen erst möglich macht, besten Dank an die Reiseleiter, die Herren Dania und Kunz aus Nürnberg, ebenso ein Dankeschön an den Vizepräsidenten des Auslandsösterreicher-Weltbundes und des Dachverbandes, Jürgen Em, der den Landtagspräsidenten bereits aus der gemeinsamen Schulzeit kennt. Last but not least „a Busserl“ für unseren Zitherspieler Freddy Trügler, der uns mit seinen Klängen zum gemeinsamen Singen begleitet und angeregt hat.

Wir freuen uns schon jetzt auf ein Wiedersehen anlässlich der Weltbundtagung der Auslandsösterreicher vom 6. bis 9. September 2012 in Graz, spätestens bei der nächsten Dachverbandsreise im Mai 2013 nach Vorarlberg – oder, besser noch, zur Feier des Nationalfeiertages in Berlin am 27. Oktober 2012 und beim Wiener Ball in Berlin am 9. Februar 2013. ■

<http://www.oesterreichisch-deutsche-ges.de>

Hier sehen Sie Fotos von Innsbruck:

<http://www.oesterreichfotos.at/galerien/innsbruck/>



Er hat seine Zither immer dabei und spielt sie auch im Reisenbus: ÖDG-Berlin-Mitglied Freddy Trügler.

Gelebtes Europa in Brüssel

Ein Auslandsösterreicher zu Gast und viele Auslandsösterreicher unterwegs

Fotos: Österreichische Vereinigung in Belgien



Die Reisegruppe der Österreichischen Vereinigung bei ihrem Ausflug in den Haden von Rotterdam

Im Anschluß an die diesjährige Generalversammlung der österreichischen Vereinigung in Belgien (OeVB) konnte ein ganz besonderer Auslandsösterreicher über die EU und Österreich sprechen: EU-Kommissar Johannes Hahn spannte einen weiten Bogen über die wirtschaftliche, politische und kulturelle Stellung Österreichs in der EU. Insbesondere die „Kommunikation der Experten“ in Brüssel ist sehr wichtig. Daher ist die Aktion „Europa an deiner Schule“ (österreichische Bedienstete in den europäischen Institutionen diskutieren mit SchülerInnen in Österreich über die EU) sehr zu begrüßen.

Einige Tage zuvor gab es den traditionellen Jahresausflug der Vereinigung gemeinsam mit dem Wirtschaftsforum der OeVB. Das Ziel war Rotterdam auf Einladung der STRABAG, dem großen österreichischen Baukonzern. Bei der Ankunft wurde die 40köpfige Gruppe von drei STRABAG-Ingenieuren in Empfang genommen. Nach einer Stärkung mit Kaffee und guten Croissants ging es in zwei Gruppen zur Baustelle und in den Sitzungsraum zur Präsentation des STRABAG-Konzerns. Marc Moutschen mit seinem Team stellte den Aufbau der STRABAG dar während die andere Gruppe dank des Baufortschritts bereits bis auf mehr als 60 Meter über dem Meer den Rohbau hinauffahren konnte. Es handelt sich dabei



OeVB-Vorstandsmitglied Stephan Matyk, EU-Kommissar Johannes Hahn, Christian Macek, Botschafter Walter Grahammer und OeVB-Vorstandsmitglied Peter Ketzer

nicht um ein gewöhnliche Baustelle, sondern das größte Hochbauprojekt in Benelux mit 160.000 m² und einer Höhe 150 Metern! Mit diesem Bau fügt sich ein weiterer Wolkenkratzer neben Hochhäusern von bedeutenden Architekten wie Renzo Piano, Sir Norman Foster oder Rem Koolhaas in diesen Stadtteil ein, der auch „Maashattan“ genannt wird.

Nach den schwindelnden Höhen gab es ein stärkendes Mittagessen im legendären

Hotel New York, der früheren Anlegestelle der Holland-Amerika-Line nach Übersee. Dort stellte der österreichische Handelsdelegierte in den Niederlanden, Karl Schmidt, seinen Tätigkeitsbereich vor. Abschließend ging es zur obligaten Hafenrundfahrt im größten Hafen Europas. Beeindruckend das weitläufige Gelände wobei natürlich nur ein kleiner Ausschnitt der riesigen Anlage besichtigt werden konnte. ■

18. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

4. bis 6. September 2012 im NÖ Landhaus

St. Pölten – Generalthema: »jung und alt – ZUSAMMENhalt!«

Dienstag, 4. September

bis 16.00 Uhr Eintreffen in St. Pölten - Check-in im Hotel Metropol
3100 St. Pölten, Schillerplatz 1
Telefon: ++43 / (0)2742-70700/132
16.15 Uhr Rahmenprogramm
Besichtigung der Firma Egger in 3105 Unterradlberg,
Tiroler Straße 16
anschließend gemütliches Beisammensein bei einem Heurigen

Mittwoch, 5. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus
9.30 Uhr Eröffnungsveranstaltung im Ostarrichisaal,
Haus 1A, 2. Stock
Vorträge und Berichte
Moderation: Tom Bläumauer
10.40 Uhr Kaffeepause
10.50 Uhr Beginn der Arbeitskreise/Workshops – 1. Teil
○ Wirtschaft & Technologie/Umwelttechnik
(Ostarrichisaal)
„Demografischer Wandel – Chancen für alle
Generationen“
Impulsreferat: Prof. Dir. Mag. Kolarz-Lakenbacher,
Siemens AG Österreich, Niederlassungsleitung
St. Pölten
Moderation: Mag. Herbert Halbwild
○ Kunst, Kultur & Wissenschaft
(Industrierviertelsaal)
Thema: „„Schule, Medien, Vereine: Kultur heute
und morgen““
Impulsreferat: Mag. Dr. Hans Magenschab
Chefredakteur der NÖ Kulturzeitschrift „morgen“
Moderation: Dr. Ilona Slawinski
○ Bildung & Jugend (Mostviertelsaal), Thema:
Die NÖ Jugendstudie 2012 – und ergänzende
Daten aus weiteren Studien zum Thema
Generationen“
Impulsreferat: Dr. Erich Brunmayr,
Institut für strategische Zukunftsentwicklung,
NÖ Landesakademie
Moderation: Landesjugendreferent
Wolfgang Juterschnig

12.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen - 1. Teil
anschl. Mittagsbuffet, NÖ Saal I und II, 2. Stock
14.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitskreise/Workshops – 2. Teil
17.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen – 2. Teil
anschl. Vernissage „NÖ Kunstschaffende im Ausland“,
Haus 1A, Ausstellungsbrücke:
Christa Gattringer Schottland
Gisela W. Adler Deutschland
18.45 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus zum Hotel Metropol
19.00 Uhr Abendessen im Hotel Metropol

Donnerstag, 6. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus
9.30 Uhr Fortsetzung und gemeinsamer Abschluß aller
Arbeitskreise im NÖ Landhaus, Landtagssitzungssaal,
Haus 1b, 2. Stock
Impulsreferat
Moderation: Tom Bläumauer
10.20 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen
Kaffeepause im Foyer des Landtagsschiffes
10.45 Uhr Abschlußveranstaltung mit Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, im Landtagssitzungssaal
Moderation: Tom Bläumauer
Musik - Ensemble der Militärmusik Niederösterreich
Begrüßung und Kurzbericht: Peter de Martin
Präsentation der Ergebnisse der drei Workshops
○ Festansprache von LH Dr. Erwin Pröll
○ Überreichung der ANÖ-Nadel an die erstmaligen
ANÖ-Teilnehmer
○ Schlußworte: Peter de Martin
anschl. Mittagsempfang gegeben von Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, Foyer des Landtagsschiffes
14.00 Uhr Transfer für die TeilnehmerInnen zum Hotel Metropol
bzw. Bahnhof St. Pölten. Evtl. Weiterreise zum
AuslandsösterreicherInnen-Weltbundtreffen nach
Graz (6. bis 9. September)

<http://www.noel.gv.at/aoe>

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2012

6. bis 9. September 2012 in Graz

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden.

Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

Donnerstag, 6. September 2011

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz
- 14.00 - 16.00 Uhr **Stadtrundgänge**
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
- 14.00 - 16.00 Uhr **Altstadtführung „UNESCO Weltkulturerbe Graz“** – entführt in längst vergangene Jahrhunderte, wo sich Renaissance, Gotik und Barock die Hände reichen. 2003 war Graz die Kulturhauptstadt Europas. Das Kunsthaus oder die Insel in der Mur sind spektakuläre Zeugen.
- 14.00 - 16.00 Uhr **Schloßbergführung „Über den Dächern der Stadt“** Der Schloßberg ist ein bewaldeter, wanderbarer Berg in der Altstadt. Eine Burg, die vor über 1000 Jahren auf einem Felsvorsprung des Hügels stand, gab der Stadt ihren Namen. Aus dem slawischen Gradec für „kleine Burg“ wurde später Graz. Und aus der kleinen Burg eine mächtige Festung, die Napoleon 1809 sprengen ließ. Geblieben sind der Glockenturm und der Uhrturm.
- 14.00 - 16.00 Uhr **Stadtrundfahrt mit dem Cabriobus** vorbei an Grazer Hotspots, moderiert von einem kompetenten Guide.
Beschränkte Teilnehmeranzahl
- 19.00 Uhr **Empfang durch Landeshauptmann Mag. Franz Voves,**
in der Alten Universität Graz, Hofgasse 14
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!

Freitag, 7. September 2011

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz
- Rahmenprogramm:** *Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!*
Treffpunkt für alle Veranstaltungen:
Landhaushof, Herrengasse 16
- 09.00 - 11.00 h **„Hof halten - die Innenhöfe der Grazer Altstadt“** Spaziergang durch repräsentative Höfe für den Adel, stimmungsvolle Klosterhöfe, Arkadenhöfe, mit Sgraffito-Malerei oder versteckte Gärten und urige Gaststätten.
- 09.00 - 11.00 h **„Universalium Joanneum“**
Ältestes öffentlich zugängliches Museum Österreichs und größtes Universalium in der Mitte Europas. Seit 2011 ist das Joanneumsviertel Herzstück des zweitgrößten Museums Österreichs und setzt einen wichti-

gen städtebaulichen Akzent in der Grazer Innenstadt.

- 09.00 - 12.00 h **„Schloß Eggenberg“** Bustransfer und Führung
Schloß Eggenberg wurde ab 1625 errichtet. 365 Fenster, 31 Räume pro Stockwerk, 24 Prunkräume mit 52 Türen und insgesamt 60 Fenstern, 4 Ecktürme – alles Anspielungen auf die Zeit, auf Jahreszeiten, Wochen, Tage, Stunden, Minuten. Im Zeichen der Astronomie steht auch das Bildprogramm des ab 1678 vom Maler Hans Adam Weissenkircher ausgestatteten Planetensaals.
- 14.00 - 18.00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Ort: Congress Graz, Saal Steiermark, Eingang Sparkassenplatz
- 19.30 - 23.00 Uhr Empfang des **Bürgermeisters der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl**, im Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz

Samstag, 8. September 2011

- 10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2012“**
Ort: Congress Graz, Stefaniensaal, Eingang Sparkassenplatz
- 12.15 Uhr Festessen auf Einladung von **Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Dr. Michael Spindelegger**, Ort: Congress Graz
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Ort: Congress Graz, Saal Steiermark, Eingang Sparkassenplatz
- 20.30 Uhr **Abschlußball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**,
Ort: Congress Graz, Stefaniensaal und angrenzende Säle, Eingang Sparkassenplatz

Sonntag, 8. September 2011

- 09.30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** in der Heilandskirche am Kaiser-Josef-Platz
- 10.00 Uhr **Katholischer Gottesdienst** im Grazer Dom, Burggasse 3
- 12.00 Uhr **Abschlußmittagessen**
Ort: Brauhaus Puntigam, Triesterstraße 361, Essen € 20,- auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB.
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
Änderungen vorbehalten!

Kooperation mit den Nachbarn

LH Hans Niessl auf Arbeitsbesuch in der slowakischen Selbstverwaltungsregion Trnava und in der Republik Kroatien – Internationalisierung und Erschließung neuer Märkte für burgenländische Delegation im Vordergrund

Die im Oktober des Vorjahres geschlossene und per Memorandum im Eisenstädter Landhaus besiegelte Partnerschaft zwischen dem Land Burgenland und der slowakischen Selbstverwaltungsregion Trnava nimmt konkrete Formen an: Bei einem Arbeitsbesuches einer von Landeshauptmann Hans Niessl angeführten burgenländischen Delegation in Trnava wurde am 10. Mai die weitere Vorgangsweise abgesteckt. „Wir müssen jetzt abklären, welche grenzüberschreitenden Projekte wir umsetzen können, um noch in der aktuellen EU-Förderperiode bis 2013 möglichst viele Mittel abzuschöpfen. Aber wir müssen auch schon an die Förderperiode 2014 bis 2020 denken und Projekte auf die Beine stellen.“ Hauptziel der Partnerschaft ist es, gemeinsame Aktivitäten zu schaffen, die zur Unterstützung und Weiterentwicklung der beiden Regionen beitragen. In einem nächsten Schritt werden Fachgruppen eingesetzt, um auf Expertenebene konkrete Projekte auszuarbeiten. Bis Jahresende könnten bereits erste Ergebnisse am Tisch liegen. Als mögliche Bereiche für Kooperationen nannten Niessl und Mikuš unter anderem Erneuerbare Energie, Gesundheit, Kultur und Tourismus, Katastrophenschutz und Feuerwehr, Reiseverkehr sowie Bildung und Ausbildung, Sport, Forschung und Verwaltung.

„Die Slowakei ist für das Burgenland das sechstgrößte Urlauber-Herkunftsland und damit ein wichtiger Markt für uns. Dieses Potential wollen wir nutzen und ausbauen. Aber es gibt noch viele Anknüpfungspunkte mehr. Sehr wichtig ist die Erneuerbare Energie, oder die Sicherheit. Das Burgenland und Trnava sind auch Partnerregion im Projekt Centrope. Es ist eine Herausforderung für die Politik, daß diese Region zusammenwächst und Möglichkeiten für eine noch engere Zusammenarbeit schafft“, so Niessl. Es gebe eine ganze Reihe an Themen, die in den nächsten Wochen und Monaten auf Expertenebene intensiv besprochen werden, zeigt sich Niessl zuversichtlich, „daß wir bald konkrete Ergebnisse vorlegen können.



Foto: Bgld. LandesmedienService

Treiben eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Burgenland und Trnava voran: Landeshauptmann Hans Niessl (l.) und der Präsident der slowakischen Selbstverwaltungsregion Trnava, Tibor Mikuš.

Wir tun das zum Wohl der Bevölkerung in der Region“.

Die Zusammenarbeit soll sich nicht nur auf bilaterale Ebene beschränken, so der Landeshauptmann: „Ich kann mir gut vorstellen, in einigen Bereichen Ungarn miteinzubeziehen und trilateral zu kooperieren. Das wäre zum Beispiel im Katastrophenschutz denkbar. Katastrophen machen nicht vor Grenzen halt, wenn etwas passiert, muß die Region zusammenhalten.“

Neben dem Landeshauptmann haben auf burgenländischer Seite auch Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber, WHR Georg Pehm, Leiter Stabsstelle Europabüro und Statistik, und HR Johannes Pinczolics, Protokollchef im Amt der Burgenländischen Landesregierung am Arbeitsbesuch in Trnava teilgenommen.

Bilaterale Kontakte mit Kroatien

Bei einem Besuch in der Republik Kroatien präsentierte Landeshauptmann Hans Niessl am 15. Mai gemeinsam mit Wirtschaftskammerpräsident Honorarkonsul Peter Nemeth, Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber und Stabsstellenleiter WHR Georg Pehm im Rahmen eines Zusammentreffens mit hochrangigen Politikern Kroatiens das

Burgenland. Die sehr guten Beziehungen zwischen Kroatien und dem Burgenland haben sich bereits beim Staatsbesuch mit dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer Anfang des Jahres gezeigt. Bei diesem erneuten Besuch in Kroatien konnten diese wertvollen Kontakte für die Wirtschaft und den Tourismus auf internationalem Parkett weiter intensiviert, neue Märkte und Möglichkeiten erschlossen, aber auch für Kroatien neue Optionen geboten werden.

Sowohl für Niessl als auch für Nemeth standen die Gespräche mit hochrangigen Entscheidungsträgern im Vordergrund, um Kooperationsmöglichkeiten in den Themenbereichen Erneuerbare Energie, Tourismus und Weinwirtschaft auszuloten. Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei dem Fußballtourismus eingeräumt, da die kroatische Nationalmannschaft im AVITA-Ressort in Bad Tatzmannsdorf bereits zum zweiten Mal für eine Europameisterschaft trainieren wird.

Wie bereits im Vorjahr in Brüssel, Berlin und Moskau, konnten auch in Kroatien Verbindungen geknüpft und Möglichkeiten geschaffen werden, daß burgenländische Firmen Exportchancen vermehrt nutzen können. „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es notwendig, aktiv Werbung in

»Burgenland Journal«

anderen Ländern zu machen und die Internationalisierung unserer Betriebe zu forcieren. Durch diese Internationalisierung können wir auch in Zukunft weitere Arbeitsplätze schaffen und bestehende absichern. Für die burgenländische Wirtschaft eröffnet sich in Kroatien ein neuer und attraktiver Markt, der genützt werden muß“, betonte der Landeshauptmann.

Radimir Cacic, stellvertretender Premierminister und Wirtschaftsminister Kroatiens, lobte die exzellente Zusammenarbeit zwischen seinem Land und dem Burgenland: „Es gibt aber noch genügend Spielräume für Synergien, die sich nach dem EU-Beitritt von Kroatien sicherlich noch vertiefen werden. Dennoch können wir jetzt bereits die entsprechenden Weichen stellen. Wind und Biomasse als Quellen für unsere Stromerzeugung sind unsere primären Ziele. In den nächsten fünf Jahren werden wir 2,5 Milliarden Euro in die Erneuerbare Energie investieren. Hier könnte das Burgenland als Vorzeigeregion sehr viel an Erfahrung einbringen. Dieses Know-How würden wir gerne nutzen, denn Windkraft und Biomasse stehen für uns im Vordergrund. Dementsprechend gibt es auch Veränderungen innerhalb der kroatischen Verwaltungsstrukturen, wo beispielsweise die Fristen der Genehmigungsverfahren – speziell im Bereich der Erneuerbaren Energie – von den Behörden gestrafft und stark verkürzt wurden.“

Die österreichische Wirtschaft hat von 1993 bis Ende 2011 mit rund 6,4 Milliarden Euro ein Viertel aller Auslandsinvestitionen in Kroatien getätigt. Etwa 750 österreichische Firmen verfügen über Niederlassungen in fast allen Sektoren, 174 burgenländische Betriebe haben bereits enge wirtschaftliche Kontakte. Dazu Wirtschaftskammerpräsident Nemeth: „Österreich hat mit Kroatien zwar keine gemeinsame Grenze, ist mit dem künftigen EU-Mitgliedsstaat aber historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verbunden. Auch die kommenden Schwerpunkte der kroatischen Regierung – wie Infrastrukturausbau, Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz – werden die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen beflügeln, da Österreich, vor allem aber gerade das Burgenland, in diesen Bereichen über viele Möglichkeiten verfügt.“

An den Arbeitsgesprächen nahmen auch die Vizepräsidentin der kroatischen Wirtschaftskammer, Vesna Trnokop-Tanta, der Minister für Unternehmen und Gewerbe, Gordan Maras, und der stellvertretende Tourismusminister, Oleg Valjalom, teil.



Botschafterin Andrea Ikic-Böhm, LH Hans Niessl, Gordan Maras, Minister für Unternehmen und Gewerbe, und WK-Präsident Peter Nemeth (v.l.)



WK-Präsident Peter Nemeth, LH Hans Niessl, Radimir Cacic, stv. Premierminister und Wirtschaftsminister, und Botschafterin Andrea Ikic-Böhm (v.l.)



LH Hans Niessl, Vesna Trnokop-Tanta, Vizepräsidentin der kroatischen Wirtschaftskammer, Botschafterin Andrea Ikic-Böhm und WK-Präsident Peter Nemeth (v.l.)

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

LRH-Direktor: sechs Bewerber sind noch im Rennen

LT-Präsident Steier und Personalberater Arthur Hunt präsentieren Ergebnisse des Bewertungsverfahrens

Am 2. April endete die vierwöchige Bewerbungsfrist für die Funktion des burgenländischen Landesrechnungshofdirektors. Sechs BewerberInnen sind noch im Rennen um die Nachfolge von Direktor Franz Katzmann per 1. August. Das gaben Landtagspräsident Gerhard Steier und Jaques André Mertzanopoulos vom Personalberater Arthur Hunt am 30. Mai in Eisenstadt im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt.

Von ursprünglich neun Bewerberinnen und Bewerbern haben es sechs in das Prüfverfahren von Arthur Hunt geschafft. „Eine Bewerbung ist erst am 5. April und damit nicht fristgerecht eingelangt. Ein Bewerber hat seine Bewerbung zurückgezogen, eine Kandidatin hat die fachlichen Kriterien nicht erfüllt“, so Steier. „Die Mitglieder des Landeskontrollausschusses sind über die Bewertungsergebnisse von Arthur Hunt informiert worden.“ Die Präsidialkonferenz des Burgenländischen Landtages hat am 1. März einstimmig beschlossen, den international renommierten Personalberater mit der begleitenden Personalberatung zu beauftragen.

Hearing am 4. Juni

Die sechs verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber müssen sich am 4. Juni einem Hearing im Landeskontrollausschuß stellen. Dieser fällt letztendlich mit einfacher Mehrheit einen Beschluß samt Empfehlung für eine Kandidatin oder einen Kandidaten und gibt die Empfehlung an den Landtag weiter. Die Bestellung der Direktorin oder des Direktors ist Aufgabe des Landtages. Bei der Wahl ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten sowie eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Der Landeskontrollausschuß setzt sich aus vier Mitgliedern der SPÖ und zwei Mitgliedern der ÖVP zusammen, FPÖ Grüne und LBL stellen je ein Mitglied.

Objektive Prüfung

„Wir haben die Kandidaten in einem klassischem Assessment-Center für Führungskräfte und Top-Positionen geprüft. Wir haben genau jene Qualifikationen unter die



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LT-Präsident Gerhard Steier (l.) und Jaques André Mertzanopoulos

Lupe genommen, die man für eine Führungsposition braucht wie Führungsqualität, analytisches und genaues Arbeiten oder Belastbarkeit“, erklärt Mertzanopoulos, der auf eine 25jährige Branchenerfahrung verweisen kann. Ein Assessment-Center ist das Gremium in einem Personalauswahlverfahren, das unter mehreren Bewerbern diejenigen ermittelt, die den Anforderungen eines Unternehmens und einer zu besetzenden Stelle entsprechen. Die Bewerber werden vor verschiedene Probleme gestellt und im Umgang mit diesen bewertet.

Ein Kernstück in der Bewertung von Arthur Hunt war der sogenannte „Postkasten“. „Ein Bewerber bekommt dabei 50 teils private teils berufliche Nachrichten. Dabei wichtig ist: erkennt er die Wichtigkeit von Nachrichten, wie geht er mit Details um, wie geht er mit Fehlern um, versucht er diese zu vertuschen. Unter Zeitdruck passieren immer Fehler“, erklärt Mertzanopoulos. Über etwaige politische Naheverhältnisse der Bewerber habe er sich im Vorfeld nicht informiert, so der Experte.

Arthur Hunt hat auch eine Reihung der Kandidaten vorgenommen. Bekanntgegeben wird die Reihung nicht, und zwar auf Wunsch der Mitglieder des Landeskontrollausschusses,

so Steier. Deshalb beschränke man sich darauf, mit Ronald Gangol, Birgit Martinek sowie Andreas Mihalits die drei Top-Kandidaten aus dem unabhängigen Prüfverfahren bekanntzugeben. Auch diese Reihung ist nicht als Wertung zu verstehen. Mertzanopoulos: „Eine alphabetische Reihenfolge.“

Landesrechnungshof unterstützt Landtag

Eingerichtet wurde der Landesrechnungshof auf Grundlage des burgenländischen Landes-Rechnungshof-Gesetzes am 7. Februar 2002. Die Funktion des Direktors wurde damals auf zehn Jahre beschränkt, das bedeutet, daß sich Franz Katzmann, seit 2002 Direktor des burgenländischen Landesrechnungshofes, nicht noch einmal um diese Funktion bewerben kann.

Aufgabe des Landes-Rechnungshofes ist es, mit seinen Prüfberichten und Empfehlungen den Landtag bei der ihm übertragenen Kontrolle des Landes zu unterstützen. Der Rechnungshof kann nicht nur auf Auftrag prüfen, sondern er hat auch die Möglichkeit zu Eigeninitiativ-Prüfungen. Überprüft werden können Unternehmen, an denen das Land mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist. ■

Ein Vertrag für das Burgenland

Wirtschaftsparlament 2012 in Oberwart

Mehr Wirtschaftsverständnis seitens der Politik, weniger Klassenkampf und eine „Aktion scharf“ auf Burgenlands Baustellen kündigte Wirtschaftskammerpräsident Honorarkonsul Peter Nemeth am 11. Mai beim Wirtschaftsparlament in Oberwart an. Die Rolle des Unternehmers im Burgenland, aber auch die Bereiche Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum, fairer Wettbewerb, Verwaltung und regionales Gleichgewicht sind wichtige Inhalte, die im neuen „Burgenland-Vertrag“ vorgestellt wurden. „Leider orten wir jedoch in den vergangenen Jahren auch immer wieder Tendenzen, die einer positiven Entwicklung der regionalen Wirtschaft entgegenstehen“, erklärte Nemeth. Konkret nannte er unbegründete „klassenkämpferische Parolen“ seitens Arbeiterkammer und ÖGB aber auch mangelndes Wirtschaftsverständnis bei so manchem Politiker.

Nemeth thematisierte weiters den zunehmenden Druck auf die burgenländischen Unternehmen, speziell im Bau- und Baunebengewerbe. „Hier muß ganz einfach die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen noch strenger kontrolliert werden“, so Nemeth, der einen neuerlichen Kontroll-Gipfel mit den zuständigen Behördenvertretern für Juni ankündigte, sich aber auch ein „Aktion scharf“ mit dem Einsatz von Detektiven auf burgenländischen Baustellen vorstellen kann.

In diesem Burgenland-Vertrag soll ebenso die Vergabe von Aufträgen an die regionalen Unternehmen, die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und die Bereiche Raumordnung und Nahversorgung geregelt werden. „Die Einhaltung dieses Vertrags wollen wir bei einem jährlich stattfindenden Wirtschaftslandtag diskutieren“, so Nemeth.

Strategiepapier vorgestellt

Der Burgenland-Vertrag ist auch Kernstück des Strategiepapiers der Wirtschaftskammer Burgenland, das Direktor Anton Bubits den Delegierten präsentierte. Dieses Positionspapier bildet die Arbeitsschwerpunkte der Wirtschaftskammer Burgenland für die kommenden Jahre ab und wurde von Spitzenfunktionären und Mitarbeitern erarbeitet. Basis war die Leistungsbilanz 2011 und die Ergebnisse einer Mitgliederbefra-



Präsident Peter Nemeth und das Präsidium der Wirtschaftskammer Burgenland



Delegierte zum Wirtschaftsparlament 2012 bei der Abstimmung

gung. „Herausgekommen sind drei thematische Schwerpunkte“, erklärte Bubits, „und zwar die Bereiche regionale Wirtschaft-Unternehmertum, Lehre-Bildung-Fachkräfte sowie Generationengerechtigkeit-Gesundheit.“

Zu diesen drei Themenfeldern wurden jeweils konkrete Serviceprodukte, Veranstaltungsformate bzw. interessenspolitische Forderungen erarbeitet. Bubits: „So wird es zum Beispiel noch heuer Geschäftskontaktemessen für alle Bezirke im Land geben. Und

auch den Burgenland-Vertrag wollen wir bis zum Herbst von den Vertragspartner unterzeichnen lassen.“

Anträge

Im Rahmen des Wirtschaftsparlaments wurden auch einige Anträge behandelt. So diskutierten Wirtschaftsparlamentarier u.a. zu den Themen Berufsorientierung, faire Rahmenbedingungen für das Güterbeförderungsgewerbe, Pfusch und Basel III. ■

<http://wko.at/bgld>

Schutzschirm gegen Jugendarbeitslosigkeit

LH Hans Niessl: »Wir lassen keinen Jugendlichen zurück«

Mit der Gründung des Vereins „Koordinationsstelle für Bildungs- und Berufsorientierung“ am 30. Mai wurde im Burgenland eine wirkungsvolle Plattform geschaffen, um bestehende Angebote im Bereich der Bildungs- und Berufsorientierung optimal zu vernetzen. Die Jugendförderungsinitiative wurde gemeinsam mit den Sozialpartnern installiert, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. „Die passende schulische Ausbildung und der nahtlose Übergang in eine den Fähigkeiten und Neigungen gut entsprechende Berufslaufbahn sind wichtige gesamtgesellschaftliche Anliegen. Wir wollen möglichst jedem Jugendlichen eine angemessene Berufs- oder Weiterbildungsperspektive geben. Die Jugend ist unser Kapital“, so LH Hans Niessl.

Aktive Beschäftigungspolitik hat höchste Priorität

„Unsere Jugend ist unser Kapital für die Zukunft – wir müssen jetzt auf Qualifizierung schauen und niemand darf im Bildungs- und Qualifizierungssystem auf der Strecke bleiben“, betont Niessl bei der Vorstellung des neuen Vereins. Deshalb müsse eine aktive Beschäftigungspolitik für Jugendliche höchste Priorität haben.

»Wir lassen keinen Jugendlichen zurück«

Im Vorfeld der Gründung fand bereits eine Reihe von Arbeitsgesprächen statt, bei denen auch in diesem Bereich tätige Institutionen wie Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und etwa Industriellenvereinigung einbezogen wurden. Bei diesen Beratungen lag der Focus insbesondere auf der Übergangsphase der Jugendlichen von der Schule ins Berufsleben. „Gerade in diesem wichtigen Lebensabschnitt zeigt sich, daß Jugendliche nicht immer gut darauf vorbereitet sind und vielfach das große Angebot der verschiedenen Institutionen nicht oder nicht ausreichend kennen, in diesem Falle können sie daher keine optimale Entscheidung bezüglich ihrer Berufslaufbahn treffen“, der weist Landeshauptmann auf die Wichtigkeit einer umfassenden Berufsorientierung und -beratung. „Wir lassen keinen Jugendlichen



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Tina Parits, WiBAG, Klubobmann LABg. Christian Illedits, AK-Präsident Alfred Schreiner, LH Hans Niessl und Landesschulratspräsident Gerhard Resch

zurück“, so Niessl. Er will gemeinsam mit dem künftigen Vereinsobmann Arbeiterkammer-Präsident Alfred Schreiner mit dem neuen Angebot einen Schutzschirm gegen Jugendarbeitslosigkeit aufspannen. „Berufsorientierung sollte möglichst früh und auf allen Ebenen ansetzen, das heißt von der Schule bis zum Elternhaus“, betont Schreiner. Die Berufswahl sei die Grundlage für die nächsten 45 Arbeitsjahre. Ziel müsse es daher sein, daß junge Menschen einen Beruf wählen, der ihnen Spaß macht und den sie mit Überzeugung ausfüllen. „Das vielfältige Angebot an Orientierungshilfen soll nicht zusätzliche Verwirrung stiften, sondern muß einander ergänzen und so die optimale Entscheidungsgrundlage für junge Menschen bilden“, ist der AK-Präsident überzeugt und bringt es so auf den Punkt: „Heutzutage muß man sich schon orientieren, wo man sich orientieren kann.“

Schulen als Partner

Im Burgenland gibt es eine Vielzahl an Institutionen, die sich dem Thema Bildungs- und Berufsorientierung (BBO) widmen, allerdings sind diese Institutionen nicht gut

miteinander vernetzt und viele dieser Angebote sind Jugendlichen, Eltern, aber auch LehrerInnen nicht bekannt. Der neue Verein bündelt und koordiniert die Angebote, weiters geht es um Vernetzung und abgestimmte Vorgangsweisen, um ein optimales Ergebnis sicherzustellen. Eine große Rolle dabei werden die Schulen spielen. PädagogInnen sollen hinsichtlich Berufsorientierung geschult werden und SchülerInnen beratend zur Seite stehen. „Es geht darum, daß die Schüler oft nicht wissen, was sie brauchen, um den einen oder anderen Beruf auszuüben. Nun wird den LehrerInnen dieses Know-How zur Verfügung gestellt, damit kein Jugendlicher auf seinem Weg zurückgelassen wird“, zeigt sich der Amtsführende Landesschulratspräsident, Gerhard Resch, mit dem neuen Projekt und dem aktiven Herantragen der Beratungs- und Betreuungsleistungen an die Jugendlichen sehr zufrieden. Zum Einsatz werden auch mobile Bildungs- und BerufsberaterInnen kommen, weiters wird eine Internetplattform eingerichtet. Das Projekt erstreckt sich über eine Laufzeit von zwei Jahren – die Projektkosten belaufen sich auf rund 790.000 €.

Elektromobilität für jedermann

Modellregion Eisenstadt e-mobilisiert

Der Elektromobilität gehört die Zukunft – davon ist man in der Modellregion Eisenstadt überzeugt. Als Vordenker für künftige Mobilitätsformen wird intensiv an zahlreichen Projekten und Initiativen gearbeitet. Davon profitieren Unternehmen und Kommunen, aber auch Privatkunden. Und gerade für letztgenannte wird E-Mobility immer spannender.

„Nachhaltigkeit und Innovation sind für uns keine reinen Schlagworte“, sagt Leopold Buchmayer, Vorstandsdirektor der BEWAG. „Im Burgenland ist E-Mobilität besonders sinnvoll. Denn Strom aus Windenergie ist die sauberste Antriebskraft, die man sich vorstellen kann – das ist Mobilität der Zukunft!“

„Unsere große Vision ist Elektromobilität massentauglich zu machen. Wir unterstützen dies in der Modellregion durch maßgeschneiderte Mobilitätskonzepte, umfassende Kunden-Informationen und Unterstützung bei der Förderabwicklung. Und das macht Elektromobilität nicht nur für Unternehmen und Kommunen immer interessanter, sondern auch für Privatpersonen“, sagt Bürgermeister LAbg. Thomas Steiner.

„Stimmt genau“, sagt Rudolf Machtinger, der sich als Finanzberater für Fahrten zu Kundenterminen in der Modellregion zum Kauf eines Renault Fluence Z.E. und für eine Finanzierung durch Raiffeisen-Leasing entschieden hat. „Bereits vor einiger Zeit haben wir auf unserem Hausdach eine Photovoltaikanlage errichtet, damit rückte dann auch das Thema E-Mobility immer mehr in den Vordergrund. Die Idee war den selbst produzierten Strom auch gleich dafür zu nutzen und quasi gratis zu tanken“, so Machtinger.

Nach intensiver Recherche fiel dann die Entscheidung auf den Renault Fluence Z.E. „Dieser wird an der eigenen Photovoltaik-Anlage geladen und hat bisher rund 2000 km CO₂-neutral zurückgelegt.“ Die Anschaffung und Förderabwicklung wurde gemeinsam mit der Eisenstadt e-mobilisiert GmbH als Betreibergesellschaft der Modellregion durchgeführt. Die Fördermittel werden seitens des Klima- und Energiefonds zur Verfügung gestellt.

„Die ersten 2000 Kilometer sind gefahren und mein Fazit ist sehr positiv: Das Auto übertrifft bisher alle Erwartungen und be-



Leopold Buchmayer (Vorstandsdirektor BEWAG), Bgm. LAbg. Thomas Steiner, Umweltstadtrat Erwin Tinhof, Rudolf Machtinger, Gerhard Skrbetz (Verkaufsleiter Koinegg Eisenstadt) und Christa Machtinger-Weber.

züglich Fahrkultur und Laufruhe werden Elektro-Autos neue Maßstäbe setzen“, ist Machtinger überzeugt.

Übrigens kann Rudolf Machtinger mit seinem Elektroauto in der Eisenstädter Kurzparkzone gratis parken! Denn Fahrzeuge mit Elektroantrieb bzw. Gasmotoren sind in der burgenländischen Landeshauptstadt von den Parkgebühren befreit. Bei diesen umweltfreundlichen Autos ersetzen eine amtliche Bestätigung und eine Parkuhr den Parkschein. Die amtliche Bestätigung wird in der Bürgerservicestelle im Eisenstädter Rathaus ausgestellt.

Wichtige Erkenntnisse in der Modellregion

„Dieser spezielle Fall ist für uns in der Modellregion ein wichtiger Show-Case: Das übergeordnete Ziel des Projekts ‚Eisenstadt e-mobilisiert‘ ist die Substitution fossiler Verkehrsmittel. Herr Machtinger ist als Finanzberater rund 19.000 Kilometer im Jahr in der Modellregion mit dem PKW unterwegs. Wir können anhand seiner Fahrtbücher Erfahrungen darüber gewinnen, ob die zurzeit am Markt erhältlichen Elektrofahrzeuge für Personen geeignet sind, die am Tag rund 100 Kilometer beruflich zurückzulegen haben, und zwar bei allen Witterungsverhältnissen. Und wir werden uns ansehen,

ob das ÖV-Angebot für weitere Strecken aufgrund der eingeschränkten Reichweite des Fahrzeugs angenommen wird. Auch welche konkreten Ersparnisse im Bereich der Betriebskosten erzielt werden können ist für uns eine wichtige Erkenntnis“, erklären die beiden Geschäftsführer der Eisenstadt e-mobilisiert GmbH, Anton Gartner und Maximilian Schulyok.

Erfolgreiche Kooperation mit Autohaus Koinegg in Eisenstadt

Mit einer kompletten Palette von zunehmend erschwinglicheren Elektroautos möchte der französische Fahrzeughersteller Renault heuer weltweit den Übergang zur elektrischen Mobilität beschleunigen. Die Modellregion Eisenstadt kooperiert mit dem in Eisenstadt ansässigen Autohaus Koinegg, das zu den neun „Z.E. Experten“ in Österreich zählt, die sich auf Verkauf, Service und Reparatur von E-Fahrzeugen spezialisiert haben. „Der Renault Fluence ZE ist ein mit Lithium-Ionen-Akkus betriebenes Fahrzeug und damit absolut emissionsfrei. Es entstehen während der Fahrt keine schädlichen Abgase. Das E-Car schafft im Idealfall eine Reichweite von 170 km und ist somit das ideale Fahrzeug für Fahrten im städtischen Bereich und im näheren Umfeld“, erklärte Koinegg-Verkaufsleiter Gerhard Skrbetz. ■

Irrwitz mit rasch wechselnden Szenen

Shakespeares »Was ihr wollt« bei den Schloß-Spielen Kobersdorf



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Intendant Wolfgang Böck (3. v.l. stehend) und Kulturlandesrat Helmut Bieler (r.) mit dem gesamten Festspiel-Team

Es wird nicht lange überlegt, sondern gehandelt, auch wenn es im nächsten Augenblick bereut wird. Entschlüsse werden plötzlich gefaßt, Situationen, die Raum und Zeit vergessen lassen, irrwitzig mit Tempo bewältigt. Pläne fürs Leben werden geschmiedet, doch es kommt, wie es kommt. Die Rede ist von William Shakespeares Verwechslungskomödie „Was ihr wollt“, die in der Zeit von 5. bis 29. Juli 2012, jeweils von Donnerstag bis Sonntag, bei den Schloß-Spielen Kobersdorf auf dem Spielplan steht. Neue optische Signale und rasch wechselnde Szenen auf der Drehbühne lassen die Hafenlandschaft mit dem einzigartigen Ambiente des Renaissanceschlusses verschmelzen.

Um die Medienvertreter nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch auf die Handlung und Gegebenheiten des Geschehens einzustimmen, präsentierten Kulturlandesrat Helmut Bieler, der Intendant der Schloß-Spiele Kobersdorf, Wolfgang Böck, Geschäftsführer Wolfgang Kuzmits und die Mitglieder des Ensembles im Rahmen einer Ausfahrt der DDSG entlang des Donaukanals Einzelheiten zu diesem Meisterstück um verschwimmende Identitäten und verun-

sichertes Empfinden, das am 3. Juli 2012 Premiere hat.

„Shakespeare kommt in Kobersdorf immer gut an. Mit Unterstützung des Landes und durch die Kooperationen mit namhaften Sponsoren wird den Schloß-Spielen als eines der Aushängeschilder auf dem vielfältigen kulturtouristischen Kalender des Burgenlandes auch in dieser Saison die Möglichkeit geboten, mit einem aktuell witzigen Klassiker den qualitativen Höhenflug der vergangenen Jahre zu prolongieren und hochwertiges Sommersprechtheater auf höchstem Niveau zu bieten“, betonte Kulturlandesrat Helmut Bieler.

Bei dieser wohl einer der berühmtesten Komödien William Shakespeares voller Unzulänglichkeiten, so Intendant Wolfgang Böck, zeichnet Werner Prinz für die Inszenierung, Erich Uiberlacker für das Bühnenbild und die Lichtgestaltung, Gerti Rindler-Schantl für die Kostüme, Hans Zinkl für die Musikalische Einrichtung, Oliver Binder für die Dramaturgie und Karin Gollowitsch für die Produktionsleitung verantwortlich. Für das Schauspielensemble konnte Intendant Wolfgang Böck, der selbst die Rolle des

Malvolino übernehmen wird, u.a. Wolf Bachofner, Sophie Berger, Philipp Bernhard, Doris Hindinger, Alexander Jagsch, Andrea Köhler, Ronald Kuste, Walter Ludwig, Alexander Strömer und Dessi Urumova gewinnen.

Das Bühnenbild zeigt einen Hafen als „Sehnsuchtsort des Kommens und Gehens“. Die natürliche Schloßfassade wird mit Projektionen aufgewertet und schafft so die Verbindung zu den höfischen Innenräumen, die im Stück vorkommen. Der shakespeare-sche Originalschauplatz Illyrien, der am heutigen Balkan liegt und den alten österreichischen Kronländern zu Zeiten Maria Theresias entspricht, wird beibehalten und durch Musik im Stile der rumänischen Blechbläser-Gruppe Fanfare Ciocărlia unterstrichen.

Als Hauptsponsor fungiert bereits gewohnt partnerschaftlich die Burgenländische Erdgasversorgungs-AG (BEGAS). Auch der burgenländische Getränkehersteller „Waldquelle“ rührt mit 4 Millionen Etiketten auf seinen Mineralwasserflaschen kräftig die Werbetrommel.

<http://www.kobersdorf.at>

»Silvius-Magnago-Platz«

Im Beisein von Landeshauptmann Luis Durnwalder, Bozens Bürgermeister Luigi Spagnolli und Vizebürgermeister Klaus Ladinser erfolgte am 25. Mai die offizielle Benennung des Platzes vor dem Palais Widmann in Bozen.



Fotos: Landespresseamt

Der Platz vor dem Palais Widmann in Bozen trägt nun den Namen von Südtirols Altlandeshauptmann Silvius Magnago.

Am 25. Mai vor zwei Jahren ist Altlandeshauptmann Silvius Magnago verstorben, am 25. Mai 1957 war er im Alter von 43 Jahren Obmann der Südtiroler Volkspartei geworden. „Wir haben diesen heutigen 25. Mai daher bewußt gewählt, um für Altlandeshauptmann Silvius Magnago ein Zeichen der Erinnerung an seine Verdienste für Südtirol zu setzen“, betonte Landeshauptmann Luis Durnwalder. Gerade weil Dankbarkeit und Erinnerung in der heutigen Zeit nicht mehr selbstverständlich seien, sei diese gemeinsame Entscheidung gefallen. „Ich danke der Gemeinde Bozen, daß sie dem Antrag der Platzbenennung, der aufgrund zahlreicher Initiatoren erfolgt ist, so rasch stattgegeben hat“, so Durnwalder.

In Anwesenheit der Familie Magnagos sowie zahlreicher Vertreter der Gemeinde Bozen, des Landtages, der Landesregierung, der Euregio sowie des öffentlichen Lebens unterstrich der Landeshauptmann, daß Silvius Magnago immer im Interesse aller drei Volksgruppen in Südtirol gearbeitet habe. „Mit großer Kraft und Begeisterung und unter Überwindung zahlreicher Hindernisse



LH Luis Durnwalder, Bozens Bürgermeister Luigi Spagnolli und Vizebürgermeister Klaus Ladinser (v.l.) nach der Enthüllung der Straßentafel

hat er die politische Richtung vorgegeben und dabei immer die Zukunft Südtirols fest im Blick behalten“, erklärte Durnwalder. Aus diesem Grund sei ein zentraler, symbolträchtiger Platz im Herzen der Landeshauptstadt, an dem der Landtag und die Landesregierung ihren Sitz haben, gewählt worden, um ihn nach Silvius Magnago zu benennen. „Ich hoffe, daß dieser Geist der Zusammenarbeit und die Erinnerung an einen großen Mann dadurch weiterleben werden“, so Durnwalder.

Auch Bürgermeister Luigi Spagnolli und Vizebürgermeister Klaus Ladinser unterstrichen, daß der gewählte Platz gebührend für eine Persönlichkeit wie Silvius Magnago sei. „Magnago hat die Südtiroler Nachkriegsgeschichte stark geprägt und ist uns ein großes Vorbild“, so Spagnolli und Ladinser. Der heutige Tag könne daher mit Recht auch als großer Tag für Bozen bezeichnet werden.

Im Anschluß enthüllten Durnwalder, Spagnolli und Ladinser symbolisch eine der neuen marmornen Straßentafeln, die künftig auf die Benennung „Silvius-Magnago-Platz“ hinweisen. ■

Haushaltsentlastung für Großteil der EU-Ausgaben 2010

Im Rahmen des Entlastungsverfahrens hat das Europaparlament am 10. Mai den Haushalt der Europäischen Kommission für 2010 akzeptiert.

Auch die Haushalte fast aller EU-Institutionen und Agenturen, einschließlich des Parlaments und des Europäischen Entwicklungsfonds entsprechen demnach den EU-Haushaltsregeln. Vertagt wurde allerdings die Entlastung des Haushalts des Ministerrates und der Europäischen Behörden für Lebensmittelsicherheit, Arzneimittelsicherheit und Umweltschutz.

Entlastung der Kommission

Die Abgeordneten wiederholten ihre Kritik an der geringen Anzahl von Sanktionen, die die Kommission gegen Mitgliedsstaaten ausgesprochen hatte, die EU-Gelder schlecht verwaltet haben. Algirdas Šemeta, der EU-Kommissar für Audit und Betrugsbekämpfung, versicherte den Abgeordneten, hier nachzubessern.

Ein immer wiederkehrendes Problem sei auch die Kontrolle von EU-Geldern unter sogenannter „gemeinsamer Verwaltung“, rund 80 Prozent des gesamten EU-Haushalts. Zwar werden diese Gelder von den nationalen oder regionalen Behörden verwaltet, fallen aber letztendlich unter die Verantwortung der EU-Kommission.

Die Abgeordneten wollen, daß die Regierungen in den Mitgliedsstaaten mehr Verantwortung für die Verwaltung dieser Gelder übernehmen. Die letztendliche Entscheidungsgewalt solle aber bei der Kommission verbleiben. Das ließe sich etwa durch „nationale Verwaltungsabkommen“ erreichen, die von Politikern in den einzelnen EU-Staaten unterzeichnet würden. Kommissar Šemeta sicherte dem Parlament in diesem Punkt die Unterstützung der Kommission zu. Die Forderung ist Teil der derzeit laufenden Verhandlungen über den EU-Haushaltsrahmen 2014-2020.

Andere EU-Institutionen

Außer dem Ministerrat gewährten die Abgeordneten allen EU-Institutionen eine Haushaltsentlastung. Parlament und Ministerrat diskutieren seit längerem darüber, ob das Parlament für den Haushalt des Ministerrates zuständig ist und wie dieser zu bewerten sei. Da der Streit bisher noch nicht bei-



Foto: European Union 2012 PE-EP / Sebastian Bozon

Algirdas Šemeta, der EU-Kommissar für Audit und Betrugsbekämpfung

gelegt wurde, beschlossen die Abgeordneten, die Haushaltsentlastung zu verschieben.

Agenturen

Akzeptiert wurden auch die Haushalte fast aller EU-Agenturen. Mit knapper Mehrheit wurde hingegen die Entlastung der Haushalte der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in Parma, der Europäischen Arzneimittelagentur in London und der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen vertagt.

Eine Mehrheit der Abgeordneten hielt die Ausgaben für die 15köpfige EFSA-Führungsspitze (92.630 Euro oder 6.175 Euro pro Mitglied) für überzogen und verlangte „drastische Einschnitte“.

Kritisiert wurden auch Interessenkonflikte innerhalb der EFSA. So habe etwa die Vorsitzende des Verwaltungsrates direkte Kontakte zur Nahrungsmittelindustrie. Auch sei sie Mitglied des Vorstands des europäischen Ablegers des International Life Science Institute. Die EFSA Vorsitzende war

bereits einen Tag vor der Abstimmung im Parlament zurückgetreten.

Für die Arzneimittelagentur forderten die Abgeordneten einen Aktionsplan, um Einkauf und Management externer Aufträge zu verbessern. Außerdem drängten sie darauf, daß die Unabhängigkeit der Mitarbeiter der Agentur und abgestellter Experten aus den EU-Staaten zu gewährleisten ist. Die Weigerung des Vorstandes der Agentur, ein neues Abrechnungssystem einzuführen, sorgte ebenfalls für Unmut.

Die Kritik an der Umweltagentur bezog sich vor allem auf die beratende Arbeit der Vorstandsvorsitzenden für die Nichtregierungsorganisation Earthwatch. Mitarbeiter der Agentur, unter ihnen auch die Leiterin der Agentur, hatten auch an „Forschungsreisen“ in die Karibik und den Mittelmeerraum teilgenommen. Earthwatch habe dafür 33.791 Euro von der Agentur erhalten. Die Abgeordneten verlangten detaillierte Informationen über diese Reisen und entstandene Kosten.

Genauere Erklärungen wurden auch für das Einstellungsprozedere der Umweltagentur gefordert. Die Parlamentarier verlangten Nachweise der Qualifikation externer Wissenschaftler, die für die Agentur arbeiteten.

Über das Entlastungsverfahren

Das Parlament entlastet den Haushalt einer Institution oder Agentur nur dann, wenn die Ausgaben den EU-Richtlinien für gute Haushaltsführung entsprechen. Erfolgt die Entlastung, wird der Budgetprozeß für ein Jahr offiziell abgeschlossen. Das Parlament kann einen Haushalt entweder annehmen oder die Entlastung vertagen.

Die Abgeordneten berufen sich dabei auf eine Empfehlung des Ministerrates und auf das Gutachten des Europäischen Rechnungshofes. Gegebenfalls sprechen sie sich auch für weitere Maßnahmen durch die Kommission aus. Die Kommission antwortet auf die Position des Parlaments mit einem Bericht und einem Aktionsplan, der sowohl dem Ministerrat als auch dem Parlament vorgelegt wird. ■

<http://www.europarl.europa.eu>

Agrarstrukturerhebung

Tendenz zu größeren und weniger Betrieben setzt sich fort – Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich will mit starker Agrarpolitik Trend entschleunigen

Der allgemeine Trend hin zu größeren landwirtschaftlichen Betrieben setzt sich in Österreich fort. Wie die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung zum Stichtag 31. Oktober 2010 ergeben haben, ist die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe seit 1999 um 20 % auf 173.317 gesunken. Das teilte die Statistik Austria am 31. Mai in einem Pressegespräch mit. Während Betriebe mit einer Kulturläche kleiner als 30 ha deutlich zurückgingen, stieg die Anzahl jener, die Flächen zwischen 50 und 200 ha bewirtschaften. „Die österreichische Landwirtschaft ist nach wie vor – verglichen mit anderen EU-Ländern – klein strukturiert. Das macht unsere Besonderheit aus. Allerdings gibt es auch bei uns einen moderaten Strukturwandel. Es ist uns aber seit dem EU-Beitritt gelungen, den Rückgang der Betriebe zu verlangsamen. Um diesen Trend nicht wieder zu beschleunigen, brauchen wir eine starke gemeinsame Agrarpolitik mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung“, so Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich.

Eine Konzentrationstendenz zeichnet sich auch bei viehhaltenden Betrieben ab. So nahm der durchschnittliche Viehbestand je Betrieb in den Jahren 1999 bis 2010 vor allem im Schweinesektor zu, die Anzahl der viehhaltenden Betriebe war jedoch rückläufig. Deutliche Verschiebungen ergaben sich für den Bereich Nebentätigkeiten. Rückgänge um 36% beim Tourismus stehen deutlichen Zuwächsen bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien gegenüber. Insgesamt gibt es in Österreich 14% Biobetriebe mit einem auffallend hohen Anteil von 40% in Salzburg, gefolgt von Tirol (19%) sowie Ober- und Niederösterreich mit jeweils 13%.

Trend zu größeren Betrieben

Die österreichische Landwirtschaft ist nach wie vor auch im EU-Vergleich klein strukturiert. Dennoch hält der Trend zu größeren Betriebseinheiten ungebrochen an: Wurde 1995 von einem Betrieb im Durch-

schnitt eine Fläche von mehr als 100 ha ermittelt werden. Die stärkste Zunahme von Betrieben verzeichneten die Klassen von 50 bis unter 100 ha mit 38% (1995: 11.716; 2010: 16.118) beziehungsweise von 100 bis unter 200 ha mit 39% (1995: 3.668; 2010:

5.108). Hingegen wurde in der Klasse von unter 5 ha der stärkste Rückgang (-47%) festgestellt. Nach politischen Bezirken betrachtet, reduzierte sich die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den östlichen Bundesländern Burgenland, Wien, und Niederösterreich am stärksten.

Haupterwerb nimmt zu

In Relation zur Gesamtanzahl wurden 2010 mehr Betriebe im Haupterwerb geführt. Lag der Anteil im Jahr 1995 bei 34%,

wurden 2010 von den 173.317 Betrieben 39% im Haupterwerb bewirtschaftet. Der Nebenerwerbs-Anteil (gesamte Arbeitszeit des Betriebsinhaberehepaars über beziehungsweise unter 50%) sank von 63% in 1995 auf 54% im Jahr 2010. Bei den restlichen 3% (1995) beziehungsweise 7% (2010) handelte es sich um Personengemeinschaften beziehungsweise Betriebe juristischer Personen.

Bio hat an Attraktivität nicht verloren

Die Zahl der Biobetriebe hat sich im Zeitraum 2007 bis 2010 von 19.500 auf 21.180 Bewirtschafter (13,8%) erhöht. Im Durchschnitt bewirtschaftete ein heimischer Biobetrieb 21 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Die meisten der nach biologisch anerkannten Kriterien geführten Landwirtschaften liegen in Niederösterreich, gefolgt von Oberösterreich und Salzburg. Diese drei Bundesländer liegen auch im Spitzenfeld,



Die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Betrieb seit Beginn der 2000er-Jahre.

schnitt eine Gesamtfläche (landwirtschaftliche Nutzfläche, Forst und unproduktive Flächen) von 31,5 ha bewirtschaftet, so waren es 2010 bereits 42,4 ha. Ähnlich verlief die Entwicklung bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche, wo eine Steigerung von 15,3 ha auf 18,8 ha festgestellt werden konnte. Obwohl die Gesamtfläche pro Betrieb seit 1951 kontinuierlich zunimmt, stagniert die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Betrieb seit Beginn der 2000er-Jahre bei rund 18 ha. Im EU-Vergleich liegt Österreich mit 19,5 ha durchschnittlicher landwirtschaftlicher Nutzfläche je Betrieb etwas über dem EU-27-Schnitt von 14,1 ha. An der Spitze rangiert Tschechien mit 152,4 ha, gefolgt von Großbritannien, Dänemark Luxemburg und Deutschland (55,8 ha).

Betrachtet man die Kulturläche gegliedert nach Größenklassen, zeigt sich, daß 124.797 Betriebe (72,0%) weniger als 30 ha bewirtschafteten. Bei lediglich 7.617 (4,4%)

Wirtschaft

wenn es um den Anteil von Biobetrieben gemessen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche geht. Räumlich betrachtet herrscht die biologische Wirtschaftsweise besonders im Norden von Nieder- und Oberösterreich vor.

Die Produktionsschwerpunkte liegen in Österreich, verglichen mit dem Jahr 2007, nach wie vor im Futterbau (37% oder 64.102 Betriebe), in der Forstwirtschaft (27% oder 46.564) und im Marktfruchtbau (12% oder 21.390). Der Anteil von Dauerkultur- und landwirtschaftlichen Gemischtbetrieben lag bei jeweils 8%. Die Betriebsformen Veredelung (5%), Agrargemeinschaften (2%) und Gartenbau (1%) nehmen eine eher untergeordnete Rolle ein.

Für die 172.650 Betriebe mit Flächenbewirtschaftung (667 davon waren ohne Fläche) wurde eine Gesamtfläche von 7.347.535 ha ermittelt. 46,4% entfielen auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen, 19,6% auf Dauergrünland und 18,7% auf Ackerland. Während Tirol das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Dauergrünland ist, bildet in Niederösterreich und der Steiermark die Forstwirtschaft einen Schwerpunkt.

Tierhaltende Betriebe werden größer

Im Jahr 2010 hielten 109.118 Betriebe (63,0%) Nutztiere. Auch in diesem Bereich ist der Konzentrationstrend gegeben. Demnach sinkt zwar die Anzahl viehhaltender Betriebe, der durchschnittliche Viehbestand aber wächst. Bemerkenswert ist der Anstieg gehaltener Schweine je Betrieb von 35 auf 85 Tiere, bei Schafen von 18 auf 27 und bei den Ziegen von 4 auf 8 Tiere. Insgesamt wurden 2010 in Österreich 3 Mio. Schweine gehalten, wovon Oberösterreich mit 1,2 Mio. an der Spitze liegt. Die Schafproduktion hatte in Tirol und Niederösterreich mit jeweils rund 80.000 Stück den größten Anteil. Heimische Rinderbauern hielten im Jahr 2010 im Durchschnitt 28 Rinder, während 1995 die durchschnittliche Herdengröße noch bei 20 Tieren lag. Im Bundesländervergleich dominiert die Rinderproduktion in Oberösterreich (30%), gefolgt von Niederösterreich (22%) und der Steiermark (17%).

Betriebe überwiegend mit familien-eigenen Arbeitskräften geführt

Insgesamt waren 420.805 Personen (-29,0% gegenüber 1995) in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, darunter 349.593 oder 83,1% familieneigene Arbeitskräfte. Bei den familienfremden Beschäftig-



Foto: BMLFUW / Strasser

Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich: »Die österreichische Landwirtschaft ist nach wie vor – verglichen mit anderen EU-Ländern – klein strukturiert. Das macht unsere Besonderheit aus.«

ten wurden sowohl ständig als auch fallweise angestellte Personen berücksichtigt. Ein Drittel der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wurde von Frauen geleitet; 1995 lag der Anteil lediglich bei 27%. Nur 10% der Betriebsleiter war jünger als 35 Jahre.

Verschiebung bei Nebentätigkeiten

37,2% der Betriebe erwirtschafteten ein zusätzliches Einkommen aus Nebentätigkeiten wie Urlaub am Bauernhof, Verarbeitung und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte, etc. Davon meinen 17%, ihren wirtschaftlichen Erfolg verbessern zu können. Während die Verarbeitung und der Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (1999: 15.413 Betriebe; 2010: 10.549) sowie Fremdenverkehrsaktivitäten (1999: 13.236; 2010: 10.293) an Attraktivität verlor, hat die Erzeugung und Vermarktung von Erneuerbarer Energie (1999: 926; 2010: 6.411) deutlich an Bedeutung gewonnen. Hier herrscht die Energiegewinnung aus Biomasse mit 4.622 Anlagen in 2010 vor, gefolgt von 2.245 „Sonnenkraft-Einrichtungen“. Auch vertragliche Arbeiten, wie zum Beispiel diverse Maschinenleistungen, sind deutlich angestiegen. Waren es 1999 noch 4.330 Betriebe die einer solchen Tätigkeit nachgingen, belief sich die Anzahl 2010 auf 7.007.

70% der Betriebe beanspruchten Fördermaßnahmen

70% aller Betriebe nehmen Fördermaß-

nahmen in Anspruch. Mehr als ein Drittel hat eine Fördermaßnahme beantragt, ein Drittel schöpft zwei oder mehrere Beihilfen aus und rund ein Drittel nimmt keine finanzielle Unterstützung dieser Art in Anspruch. Die meisten Betriebe (117.859) haben Anträge für Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen gestellt. 37.990 beanspruchen Beihilfen für Tierschutzmaßnahmen, 22.407 für die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe und 22.003 für die Teilnahme an Lebensmittelqualitäts-Regelungen.

Wlodkowski: Starker Rückgang bei Betrieben in Ackerbaugebieten

„Die nun veröffentlichten Zahlen der Agrarstrukturerhebung 2010 zeigen, daß die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe seit dem EU-Beitritt um 27,5% und seit 2007, dem Jahr der letzten Stichproben-Erhebung, um 7,3% gesunken ist. Besonders betroffen vom Rückgang sind die Betriebe in den Bundesländern Wien (-20,2%), Burgenland (-12,3%) und Niederösterreich (-9,2%). Betrachtet man die Betriebsarten, so sind Wein- und Obstbaubetriebe mit -20,2% am meisten zurückgegangen, gefolgt von Marktfrucht-, also Getreide erzeugenden Betrieben, mit -9,4% und Futterbaubetrieben mit -8,8%. Die geringsten Rückgänge seit 2007 verzeichneten die Bundesländer Salzburg (-2,4%), Kärnten (-3,9%) und Tirol (-4,2%). Während es also im Berg- und benachteiligten Gebiet gelang, die Betriebe mit Hilfe des Bergbauern- und des Umweltprogrammes

Wirtschaft

Foto: LK Steiermark



oben: Gerhard Wlodkowski, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

rechts: Jakob Auer, Präsident des Österreichischen Bauernbundes

relativ konstant zu halten, führten Marktdruck und technischer Fortschritt im Ackerbaubereich zu einem verstärkten Strukturwandel“, stellte Gerhard Wlodkowski, Präsident der LK Österreich, zu den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2010 fest.

Auer: EU-Gelder verhindern in Österreich großes Höfesterben

Österreichische Bauern bewirtschaften durchschnittlich 18,8 ha landwirtschaftliche Fläche, im Vergleich zu den EU-Mitgliedsstaaten eine sehr kleine und überschaubare Struktur. „Der größte Vorteil für unsere Konsumenten liegt hierbei in höchster Lebensmittelqualität, optimaler regionaler Versorgung und nachvollziehbarer Herkunft der Produkte“, zieht Bauernbund-Präsident Jakob Auer Schlüsse aus der Agrarstrukturerhebung, wonach lediglich 4,4% der heimischen Betriebe über 100 ha liegen. Verglichen mit den EU-Mitgliedsstaaten sei die österreichische Landwirtschaft sehr kleinstrukturiert. „Ein Hof in Österreich bewirtschaftet knapp 20 ha, in Deutschland sind es hingegen rund 50 ha, in Tschechien gut 90 ha“, verweist Auer auf den Größenunterschied, der es den heimischen Bauern zunehmend erschwere, im europäischen Wettbewerb zu bestehen.

Österreich weist zudem mit 18,5% den höchsten Flächenanteil an Biolandwirtschaft in der EU aus. In den Agrarnationen Deutschland betrug das Ausmaß 2011 laut Eurostat 5,6% der Gesamtfläche, in Frankreich gar



Foto: Österreichischer Bauernbund

nur 1,9%. „Trotz dieser Vorzüge haben der Druck und das Preisdiktat im Binnen- und Weltmarkt seit dem EU-Beitritt eine starke Konsolidierungswelle in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft ausgelöst“, erklärte der Bauernbund-Präsident. Besonderer Druck lastete in der Vergangenheit auf den heimischen Schweinebauern, denen die Konkurrenz aus dem Ausland besonders zugesetzt hat. Insgesamt stehen aber kleine wie große Betriebe in Österreich unter der starken Last immer größerer Flächen zu bewirtschaften, damit sich die Produktion lohnt. Selbst in Gunstlagen seien durchschnittlich große Höfe oft nicht mehr rentabel. „Viele Bauern kommen nicht umhin, weitere Flächen zu pachten, weil sie sonst kein existenzsicherndes Einkommen mehr erwirtschaften können“, verwies Auer auf die seit dem EU-Beitritt angespannte Ertragsituation.

Österreich hat europaweit die geringste Zahl an Betriebsschließungen

Die Rate der Betriebsaufgaben ist in den anderen Alpenländern, wie Frankreich und Italien, fast doppelt so hoch wie hierzulande. Umso wichtiger ist es gerade für Österreich, die Programme der Ländlichen Entwicklung zu erhalten. „Bergbauern- und Umweltprogramm bremsen den Strukturwandel und dämpfen den Trend zu immer größeren Produktionseinheiten“, so Auer. Bei Streichung der Mittel verliert Österreich 1,4 Mrd. Euro an Wertschöpfung. Rund 100.000 Arbeitsplätze werden durch die Programme gesichert. „Wenn das Geld aus Brüssel kommt, brummt dieser Wachstumsmotor in Österreich auch weiterhin“, verweist Auer nachdrücklich auf die positiven Effekte für die heimische Betriebsstruktur.

Methodische Informationen

Gemäß EU-VO (EG) Nr. 1166/2008 sowie nationaler VO BGBl. II Nr. 122/2010 mußte eine Agrarstrukturerhebung mit Stichtag 31. Oktober 2010 als Vollerhebung durchgeführt werden. Die Erhebung wurde ausschließlich über einen personalisierten elektronischen Fragebogen abgewickelt. RespondentInnen hatten die Möglichkeit, entweder den Fragebogen direkt auszufüllen oder die Hilfe der Gemeinden in Anspruch zu nehmen. Auskunftspflichtig waren all jene Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von mind. 1 ha, forstwirtschaftlichen Nutzfläche von mind. 3 ha oder einer bestimmten Anzahl von Tieren wie z.B. 3 Rinder, 5 Schweine. Die Daten sind gemäß EU-VO an das Europäische Statistische Amt zu übermitteln. ■

<http://www.statistik.at>

Quellen: bmlfuw/aiz.info, Statistik Austria

Zwischen Konsolidierung und Wachstum

Bundesfinanzrahmen 2013-2016, »Konsolidierungspaket II« und Stabilitätsprogramm

In Österreich haben die quantifizierbaren Kosten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in Form von Bankenhilfen, Konjunkturpaketen und Maßnahmen im Rahmen des Krisenmanagements in der Eurozone die Staatsschuldenquote bis 2012 um gut 7 3/4 Prozentpunkte erhöht. Weitere diskretionäre Maßnahmen („Anti-Teuerungspaket“ und Nationalratsbeschlüsse 2008) sowie statistische Revisionen tragen mit 6 Prozentpunkten zur Schuldenquote bei, die 2012 gut 74 % des BIP erreichen wird. Vor dem Hintergrund der Verschärfung der EU-Vorgaben zur Senkung von Budgetdefizit und Verschuldung sowie der Herabstufung der Bonität österreichischer Staatsanleihen durch die Ratingagentur Standard & Poor's wurde im Frühjahr 2012 ein zweites Konsolidierungspaket im Umfang von kumuliert knapp 28 Mrd. Euro bis 2016 beschlossen. Damit soll bis 2016 ein ausgeglichener Haushalt des Gesamtstaates nach Maastricht-Definition erreicht werden. Das strukturelle Defizit soll gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm auf 0,4 % des BIP und die Schuldenquote auf 70,6 % des BIP gesenkt werden.

Auch in Österreich hat die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die öffentlichen Haushalte erheblich belastet. Die Schuldenquote war bis zum Vorkrisenjahr 2007 von ihrem bisherigen Höchststand von 68 % des BIP Mitte der 1990er-Jahre auf gut 60 % gesunken. Ihr jüngster deutlicher Anstieg auf 74 % 2012 ist zum großen Teil auf die budgetären Kosten der Krise zurückzuführen.

Die quantifizierbaren Krisenkosten in Form von Bankenhilfen, Konjunkturpaketen sowie Maßnahmen im Rahmen des Krisenmanagements in der Eurozone erhöhten die Schuldenquote bis 2012 um gut 7 3/4 Prozentpunkte. Die öffentlichen Haushalte werden darüber hinaus durch weitere Krisenkosten belastet, die jedoch nicht exakt beziffert werden können. Sie werden insbesondere durch den rezessionsbedingten Rückgang der öffentlichen Einnahmen und Anstieg der Ausgaben (automatische Stabilisatoren) sowie durch die zusätzlichen Zins-

ausgaben aufgrund der zunehmenden Verschuldung verursacht.

Die bisherigen Bankenhilfen machen mit Stand Frühjahr 2012 21,35 Mrd. Euro aus. Davon sind 9,7 Mrd. Euro Garantien für Wertpapieremissionen der Banken, die allmählich auslaufen und schuldenstandneutral sind. An Partizipationskapital, das der Bund den Banken gegen die Zahlung von Dividenden zur Stärkung der Eigenkapitalbasis temporär zur Verfügung stellt, stehen 4,1 Mrd. Euro aus. Bis zu seiner Rückzahlung durch die Banken erhöht das Partizipationskapital den Schuldenstand vorübergehend. Aus Sicht des Bundes verlorene Kapitalzuschüsse an Banken, die das Bundesbudget endgültig belasten (abzüglich allfälliger künftiger Verkaufserlöse aus Beteiligungen) und den Schuldenstand entsprechend erhöhen, stehen in Höhe von 3,48 Mrd. Euro fest. Weitere 4,1 Mrd. Euro hat der Bund an Garantien, Haftungen und Bürgschaften für Aktiva oder Passiva der (teilweise) notverstaatlichten Banken übernommen. Insgesamt sind in der Schuldenquote Bankenhilfen im Umfang von etwa 3 % des BIP enthalten. In Form von Dividenden für das Partizipationskapital, Haftungsentgelten und gegebenenfalls Verkaufserlösen aus Beteiligungen fließen dem Bund auch Einnahmen aus dem Bankenpaket zu. Aus heutiger Sicht werden jedoch die Auszahlungen im Zusammenhang mit den Bankenhilfen (Kapitalzuschüsse an Banken, Refinanzierungskosten) wahrscheinlich die Einnahmen übersteigen, sodaß die verschiedenen Maßnahmen das Bundesbudget per Saldo endgültig belasten dürften.

Weitere diskretionäre Maßnahmen (Anti-Teuerungspaket und Nationalratsbeschlüsse 2008) sowie statistische Revisionen tragen mit 6 Prozentpunkten zur Schuldenquote bei.

Vor dem Hintergrund der Verschärfung der EU-Vorgaben zur Verringerung von Budgetdefizit und Verschuldung sowie der Herabstufung der österreichischen Bonität durch die Ratingagentur Standard & Poor's wurde im Frühjahr 2012 ein zweites „Konsolidierungspaket“ beschlossen. Die Maßnahmen dieses „Konsolidierungspaketes II“ errei-

chen zwischen 2012 und 2016 kumuliert 27,87 Mrd. Euro und damit etwas mehr als jene des „Konsolidierungspaketes I“ (2011 bis 2016 kumuliert 25,06 Mrd. Euro). Beide Pakete zusammen entsprechen, ausgehend von knapp 0,9 % des BIP 2011, im Jahr 2016 3,9 % der Wirtschaftsleistung. Insgesamt erreichen in der Periode 2011/2016 die Einsparungen einen Anteil von gut 57 % und die Einnahmenerhöhungen einen Anteil von knapp 43 %. Der Anteil des Bundes beträgt zwischen 2011 und 2016 knapp 80 %, jener der Länder und Gemeinden 18 % und der Sozialversicherungsträger knapp 3 %. Mit Hilfe des „Konsolidierungspaketes II“ soll bis 2016 ein gesamtstaatlich ausgeglichener Haushalt laut Maastricht-Definition erreicht werden. Das strukturelle Defizit soll gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm auf 0,4 % des BIP und die Schuldenquote auf 70,6 % des BIP gesenkt werden.

Die geplanten Einsparungsmaßnahmen des „Konsolidierungspaketes II“ betreffen eine Reihe von Ausgabenbereichen, für die seit längerem umfangreiche Effizienzsteigerungspotentiale festgestellt werden. Der Bereich Pensionen trägt mit einem Drittel des gesamten Einsparungsvolumens am meisten bei. Der zweitgrößte Einsparungsbereich auf Bundesebene ist mit gut 2,5 Mrd. Euro (etwa 15 % der Einsparungen) die öffentliche Verwaltung: Hier kommen knapp zwei Drittel der angestrebten Einsparungen aus nicht-strukturellen Maßnahmen (Nulllohnrunde 2013, mäßige Gehaltsanpassung 2014, Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst auf Bundesebene bis Ende 2014). Gut 1,4 Mrd. Euro werden aus Einsparungen im Bereich der ÖBB erzielt, 1 Mrd. Euro an Einsparungen soll aus einer ab 2014 wirkenden Förderreform realisiert werden. Darüber hinaus sollen Länder und Gemeinden bis 2016 kumuliert gut 2,6 Mrd. Euro (gut 15 % der gesamten Einsparungen) einsparen, die Sozialversicherungsträger (Gesundheitsbereich) knapp 1,4 Mrd. Euro (8 % der Einsparungen). Während die Maßnahmen im Pensionsbereich und die damit verbundenen Einsparungen ebenso wie jene für die

Wirtschaft

ÖBB insgesamt sehr konkret spezifiziert sind, sind die angestrebten Einsparungsziele im Bereich der Förderungen so wie jene für Länder und Gemeinden sowie Sozialversicherungsträger noch nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Erneut wurde – wie bereits im „Konsolidierungspaket I“ – die Möglichkeit vergeben, den Anteil der Länder an den konsolidierungsbedingten Steuererhöhungen an die Verpflichtung zur Mitwirkung an Strukturreformen sowie an konkrete Maßnahmen und Umsetzungsschritte zu koppeln. Grundsätzlich wäre die Einbettung der verschiedenen Strukturreformen, die großteils Bereiche mit gemeinsamer Zuständigkeit von Bund und Ländern betreffen (Förderungen, Verwaltung, Gesundheit), in eine Föderalismusreform sinnvoll gewesen.

Die vorgesehenen Einnahmenerhöhungen bestehen zum weit überwiegenden Teil aus der Anhebung bestehender oder der Einführung neuer Steuern. Hinzu kommen weitere einnahmenseitige Maßnahmen, zum größten Teil die Anhebung verschiedener (Sozialversicherungs-)Beiträge. Bezüglich der Struktur der einnahmenseitigen Maßnahmen fällt Folgendes auf:

Auf eine weitere Ökologisierung des Abgabensystems, ausgehend von den Umweltsteuererhöhungen des „Konsolidierungspaketes I“ (z. B. Mineralölsteuererhöhung, Einführung der Flugticketabgabe), wurde de facto verzichtet.

Zudem hätte die Option des Abbaus von Steuerbegünstigungen (insbesondere in der Umsatz- und Einkommensteuer) noch intensiver genutzt werden können.

Auch wenn sie vorwiegend die vergleichsweise wenig steuerreagiblen höheren Einkommensbereiche betreffen, erhöht die Anhebung von Sozialversicherungsbeiträgen die in Österreich ohnehin sehr hohe Abgabenlast auf Arbeitseinkommen weiter.

Mit wenigen Ausnahmen gelten die Steuererhöhungen unbefristet, ohne daß sich die Regierung etwa verpflichtet hätte, die zusätzlichen Einnahmen mittelfristig zur Senkung verzerrender Abgaben (vor allem der hohen arbeitsbezogenen Abgaben) und damit für eine Abgabenstrukturreform zu verwenden.

Schließlich fehlt die Einbettung der steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen in eine begleitende Abgabenstrukturreform, die relativ wachstumsverträgliche Steuern (gegebenenfalls mit positiven Lenkungseffekten) stärken (vor allem Grundsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Umweltsteuern) und

im Gegenzug die wachstums- und beschäftigungsfeindlichen hohen Abgaben auf die Arbeit senken würde.

Begleitend zum „Konsolidierungspaket II“ wurde die Fortführung bzw. Aufstockung der Offensivmaßnahmen in den Bereichen Nachmittagsbetreuung sowie Schulen und Unterricht, Hochschulen, Forschungsförderung und thermische Sanierung

beschlossen. Das Offensivprogramm erreicht kumuliert zwischen 2012 und 2016 knapp 6,2 Mrd. Euro. Dennoch nehmen gemäß aktuellem Bundesfinanzrahmen die Ausgaben des Bundes für Bildung, Forschung, Kunst und Kultur zwischen 2013 und 2016 im Jahresdurchschnitt um nur 0,3 % zu. Ein weiterer Ausbau der Zukunftsausgaben ist daher zu forcieren. ■

Europas Schuldenkrise

...im Fokus der 40. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB

Bei der 40. Volkswirtschaftlichen Tagung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) lag der Fokus auf den wirtschaftspolitischen Implikationen der aktuellen europäischen Staatsschuldenkrise. „Die jüngsten Entwicklungen an den europäischen Anleihemärkten zeigen, daß die Haushaltsprobleme im Euroraum bedauerlicherweise noch nicht als vollständig gelöst betrachtet werden können“, stellte Gouverneur Univ.-Prof. Nowotny in seiner Eröffnungsrede fest.

Mehrere Staaten des Euroraums seien derzeit mit einem Glaubwürdigkeitsproblem konfrontiert, welches zu hohen Risikoprämien führe. Sehr hohe Verschuldungsniveaus, die zum Teil auf die Folgen der Rezession zurückzuführen sind, machen in einem solchen Umfeld signifikante Konsolidierungsprogramme notwendig. Die daraus resultierende soziale und politische Instabilität und das abgeschwächte Wirtschaftswachstum führen ihrerseits wiederum zur Verunsicherung der internationalen Kreditgeber. Die positive Wirkung der Konsolidierung wird somit abgeschwächt. Eine Lektion aus den jüngsten Konsolidierungen sollte, so Gouverneur Nowotny, sein, daß „Konsolidierungen immer im Zusammenhang mit ihren Wachstumsauswirkungen betrachtet werden müssen“. Im Speziellen seien die zeitlichen Wirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen, die kurzfristig wachstumsdämpfend, langfristig jedoch wachstumserhöhend wirken, zu berücksichtigen. Diese zeitliche Verzögerung führe zur Notwendigkeit von „externen Politikinterventionen“.

Hilfen von außen – durch die europäische und internationale Staatengemeinschaft – erscheinen somit unerlässlich. Dabei ist es aber gleichzeitig wichtig, geeignete Anreize zu schaffen, sodaß die notwendigen tiefgreifenden strukturellen Wirtschaftsreformen in den betroffenen Ländern in Angriff genommen und umgesetzt werden. Es müsse dabei ein

optimaler Reformpfad gewählt werden, der die politische Durchführbarkeit der Reformen sichere, um neuerlich potenziell entstehenden negativen Vertrauenseffekten entgegenzuwirken.

Die Entscheidungsprozesse der Europäischen Union (EU) zur Krisenbekämpfung werden oft als langwierig und schwerfällig kritisiert. Dies vernachlässige jedoch, so Nowotny, die Tatsache, daß es sich bei den Mitgliedsländern des Euroraums bzw. der EU letztendlich um souveräne Demokratien handle. Sowohl in den Krisenländern als auch in den Geberländern erfordern die Reform- und Hilfsprogramme letztlich die Akzeptanz und Unterstützung der nationalen Parlamente und der Bevölkerung. Darüber hinaus vernachlässige diese Kritik auch, daß die EU sowohl im Bereich der Krisenbekämpfung als auch bei der Reform des wirtschaftspolitischen Rahmens weitreichende Schritte gesetzt hat. Die Antworten der europäischen Wirtschaftspolitik auf die Krise haben – das sei jetzt schon klar – die europäische Integration wesentlich vorangetrieben. „Die Schuldenkrise läutet eine neue Ära in der europäischen Wirtschafts- und Finanzarchitektur ein“, betont Gouverneur Nowotny. Die aus der Krise resultierenden gegenwärtigen Probleme seien schwierig zu lösen, deren Bewältigung impliziere aber ein enormes Potenzial für ein aus der Krise wirtschaftlich und politisch gestärkt hervorgehendes Europa. „Die Krise könnte genutzt werden, um die einzelnen, nationalen Interessen zu überwinden und eine tiefere Integration der EU zu erreichen“, sagte Nowotny.

Die Staatsschuldenkrise erinnere schließlich auch daran, daß Bankenrisiken die Realwirtschaft schwer und über längere Zeiträume beeinträchtigen. In Zukunft müsse daher verstärktes Augenmerk auf die Ausgestaltung der Finanzmarktregulierung gelegt werden. ■

Noch wächst die Industrie

... verliert jedoch erkennbar an Schwung.

Der europäische Gegenwind bläst der heimischen Industrie immer stärker ins Gesicht. Dennoch bleibt der österreichische Produktionssektor weiter auf Wachstumskurs. „Der Bank Austria EinkaufsManager Index ist im Mai das dritte Mal in Folge auf aktuell nur noch 50,2 Punkte gesunken. Allerdings blieb der Indikator auch im fünften Monat des Jahres trotz ungünstiger Vorgaben aus dem europäischen Umfeld knapp im Wachstumsbereich von über 50 Punkten“, so Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Die Industrieerholung, die um den Jahreswechsel 2011/2012 einsetzte, hat in den vergangenen Monaten kontinuierlich an Rückhalt verloren. „Die Produktionsleistung wurde im Mai noch erhöht, was im Sektor zusätzliche Beschäftigung geschaffen hat. Allerdings sind die Neuaufträge gleichzeitig zurückgegangen, die Auftragspolster haben abgenommen und die steigende Verunsicherung veranlaßt die Betriebe zu einer vorsichtigeren Lagerpolitik“, zählt Bruckbauer die wichtigsten Ergebnisse der monatlichen Befragung der österreichischen Industrieunternehmen auf.

Maßgeblich für den Rückgang des Bank Austria EinkaufsManagerIndex im Mai war vor allem die ungünstige Nachfrageentwicklung. „Bereits seit zwei Monaten gehen bei den heimischen Sachgütererzeugern weniger Neuaufträge ein. Vor allem das Exportauftragsvolumen hat sich im Mai deutlich verringert. Ein Hinweis, daß der europäische Produktionssektor angesichts der Verunsicherung im Euroraum zunehmend eine abwartende Haltung einnimmt“, meint Bruckbauer.

Ungeachtet der sinkenden Nachfrage hat die heimische Industrie ihre Produktionsleistung sogar erhöht. „Der Produktionsindex stieg im Mai auf 52,8 Punkte. Damit wird seit fünf Monaten ununterbrochen der Output erhöht. Um die erhöhten Produktionserfordernisse erfüllen zu können, wurden auch im Mai neue Mitarbeiter in der Industrie aufgenommen“, so Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Im ersten Jahresdrittel 2012 waren in der Sachgütererzeugung insgesamt fast um 10.000 mehr Menschen beschäftigt, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das entspricht einem Anstieg um durchschnittlich 1,7 Prozent, sogar leicht über dem Beschäftigungsplus in der Ge-



samtwirtschaft. Mit der sich abzeichnenden Verlangsamung der Industriekonjunktur ist nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria nicht davon auszugehen, daß sich die aktuell günstige Beschäftigungsentwicklung in der heimischen Industrie in den kommenden Monaten fortsetzen wird.

Zunehmende Konjunktursorgen aufgrund des fordernden wirtschaftlichen Umfelds veranlassen die heimischen Sachgütererzeuger zu einer vorsichtigen Lagerpolitik. „Um mögliche weitere Nachfragerückgänge zu antizipieren, haben die österreichischen Industriebetriebe im Mai die Einkaufsmenge deutlich reduziert und die Lagerbestände an Vormaterialien zurückgeführt. Die Bestände in den Verkaufslagern wurden nur noch sehr geringfügig ausgeweitet, um die Kosten in Griff zu halten“, sagt Pudschedl. Erstmals seit fast drei Jahren verkürzten sich aufgrund der gemächlicheren Nachfragesituation die durchschnittlichen Lieferzeiten in der heimischen Industrie.

Nach der ermutigenden Belebung der Industriekonjunktur zur Jahreswende geht den heimischen Sachgüterherstellern im zweiten Quartal 2012 zunehmend der Schwung der vergangenen Monate verloren. Anders als in den meisten europäischen Ländern zeigt sich der österreichische Produktionssektor im Mai zwar widerstandsfähig und befindet sich weiter auf Expansionskurs, allerdings hat das Wachstumstempo spürbar nachgelassen. Wie der aktuelle Rückgang des Einkaufsmanagerindex verdeutlicht, befindet sich die heimische Industrie – beeinflusst von den politischen und wirtschaftlichen Trends in Europa – derzeit nahe einer Stagnation. Die Verschlechterung des Auftrags-

umfelds im Mai macht deutlich, daß sich die heimische Industrie auch in den kommenden Monaten auf schwierigem Terrain bewegen wird. Das aktuelle Verhältnis des Index für Neuaufträge zu jenem der Lagerbestände liegt an der Neutralitätsgrenze und weist somit derzeit auf eine bevorstehende Periode mit nur stabiler Produktionsleistung hin.

Nachdem die Industrieproduktion in den ersten drei Monaten erkennbar gestiegen ist, deutet der Bank Austria EinkaufsManager Index in den kommenden Monaten auf eine Stagnation hin. „Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen in Europa bleiben die Wachstumsaussichten für die heimische Industrie in der zweiten Jahreshälfte gedämpft. Dennoch wird die Industrieproduktion eine wichtige Stütze des Wachstums der österreichischen Wirtschaft von erwarteten 0,8 Prozent sein“, so Bruckbauer.

Die Wachstumserwartungen für das kommende Jahr haben sich nach Ansicht der Ökonomen der Bank Austria in den vergangenen Wochen eingetrübt. Da sich weiterhin keine endgültige Lösung oder zumindest Beruhigung der Eurokrise abzeichnet, ist eine spürbare Belebung der Konjunktur vorerst außer Reichweite. „Für 2013 gehen wir nur noch von einem Anstieg des BIP in Österreich um 1,5 Prozent aus. Die erhöhte Budgetdisziplin und die damit in Zusammenhang stehende vorübergehende Wachstumsschwäche vieler Länder, aber vor allem die Verunsicherung über den weiteren Weg der Eurozone, haben deutlich negative Folgen für die heimische Wirtschaft“, erklärt Bruckbauer die Anpassung der BIP-Prognose der Bank Austria für das kommende Jahr, die bislang bei 2,0 Prozent lag. ■

Mangelberufsliste für 2012

25 Berufe sind erfaßt - es wird mit Zuzug von 500 Fachkräften gerechnet - Aufwertung der »Rot-Weiß-Rot-Karte« wirkt Fachkräftemangel entgegen

Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat am 31. Mai die Fachkräfteverordnung für 2012 in Begutachtung geschickt. Insgesamt 25 Berufe sind in diesem Verordnungsentwurf angeführt.

Hundstorfer: Dem Fachkräftemangel kann entgegengewirkt werden

„Mit dieser Mangelberufsliste können wir einem länger bestehenden Fachkräftemangel entgegen wirken. Wir rechnen für 2012 mit ca. 500 Fachkräften, die über diese Schiene zu uns kommen“, unterstrich Hundstorfer.

Es können nur Fachkräfte zugelassen werden, die eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem Mangelberuf nachweisen, die mindestens mit einem Lehrabschluß vergleichbar ist. Als abgeschlossene Berufsausbildung gilt insbesondere eine schulische Ausbildung, die dem Abschluß einer berufsbildenden höheren Schule in Österreich entspricht oder ein einschlägiges Universitätsstudium. Neben der Qualifikation zählen ausbildungsadäquate Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und Alter zu den Kriterien bei der Zulassung.

Mit der Mangelberufsliste wird der letzte Teil der im Juli 2011 in Kraft getretenen Rot-Weiß-Rot-Karte umgesetzt. Bisher konnten bereits besonders hochqualifizierten und Schlüsselkräfte zugelassen werden. „Mit der Fachkräfteverordnung für Mangelberufe sind die Voraussetzungen für ein funktionierendes kriteriengeleitetes Zuwanderungssystem erfüllt“, so Hundstorfer.

Mitterlehner: Aufwertung der »Rot-Weiß-Rot-Karte« wirkt dem Fachkräftemangel entgegen

Die neue Fachkräfteverordnung, die im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium und nach Abstimmung mit den Sozialpartnern in die Begutachtung geschickt wurde, vervollständigt die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ und wertet damit den Standort Österreich auf. „Qualifizierte Zuwanderung bringt volkswirtschaftliche Vorteile und ist gerade angesichts des demographischen Wandels wichtiger denn je. Mit Instrumenten wie der nun ausgeweiteten ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ sind unsere Unternehmen im internationalen Werben um gut ausgebildete Fachkräfte noch

wettbewerbsfähiger“, betont Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Das neue Modell ergänze die laufenden Maßnahmen zur Qualifizierung der Jugend im Rahmen der Lehre.

„Die Rot-Weiß-Rot-Karte entwickelt sich gut, hat aber noch mehr Potential, das jetzt stärker genutzt werden kann“, so Mitterlehner.

Seit dem Inkrafttreten der „Rot-Weiß-Rot-Karte“ vor zehn Monaten hat sich die Zahl der qualifizierten Zuwanderer aus Drittstaaten auf 1311 verdoppelt. Im Rahmen des neuen Modells gibt es ein flexibles Punktesystem für drei Zuwanderer-Gruppen, um den Bedarf der Wirtschaft in alle Richtungen – besonders Hochqualifizierte, Fachkräfte in Mangelberufen und Schlüsselkräfte – abdecken zu können.

Neumayer: Mangelberufsliste möglichst rasch in Kraft setzen

Die Industriellenvereinigung begrüßt den Entwurf zur Mangelberufsliste. „Erfreulich ist, daß viele für die Industrie zentrale Mangelberufe wie etwa Dreher, Fräser, Schweißer, Schlosser und diverse Techniker erfaßt sind“, betonte der Generalsekretär der Indu-

striellenvereinigung, Christoph Neumayer. Mit der „Rot-Weiß-Rot-Karte“ für Nicht-EU-Bürger, die seit Juli des Vorjahres existiere, seien bislang zu wenige Fachkräfte für Österreich gewonnen worden – umso dringender sei nunmehr eine rasche Erlassung der Fachkräfteverordnung, die eigentlich schon seit 1. Mai 2012 vorliegen sollte, so Neumayer. „Nun gilt es, mit Hilfe der ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ die Attraktivität Österreichs für Nicht-EU-Bürger als Zuwanderungsland zu steigern und die Zuwanderungsmöglichkeiten nach Österreich im Ausland viel stärker zu bewerben“, forderte Neumayer. „Wir müssen dafür sorgen, daß jene Menschen nach Österreich kommen, die von den Unternehmen dringend gebraucht werden, um zusätzliches Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen.“ Für Österreichs Industrie seien die Fähigkeiten und Fertigkeiten gut ausgebildeter MitarbeiterInnen von zentraler Bedeutung. Dies zeige sich nicht zuletzt am intensiven Ausbildungsengagement des produzierenden Sektors. „Wo gegenwärtig Mangel an qualifizierten Fachkräften herrscht, muß darüber hinaus das Instrument der ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ gezielt genutzt werden.“ ■

Im Jahr 2012 dürfen Ausländer in folgenden Mangelberufen zu einer Beschäftigung als Fachkraft zugelassen werden

FräserInnen	TechnikerInnen mit höherer Ausbildung (Ing.) für Starkstromtechnik
DreherInnen	RohrinstallateurInnen, -monteurInnen
DachdeckerInnen	Bau- und MöbeltischlerInnen
TechnikerInnen mit höherer Ausbildung (Ing.) für Maschinenbau	ZimmerInnen
SchweißerInnen, SchneidbrennerInnen	Sonstige BodenlegerInnen
BautischlerInnen	Platten-, FliesenlegerInnen
TechnikerInnen mit höherer Ausbildung (Ing.) für Feuerungs- und Gastechnik	TechnikerInnen mit höherer Ausbildung (Ing.) für Datenverarbeitung
BauspenglerInnen	HolzmaschinenarbeiterInnen
ElektroinstallateurInnen, -monteurInnen	TechnikerInnen mit höherer Ausbildung (Ing.), soweit nicht anderweitig eingeordnet
LandmaschinenbauerInnen	Werkzeug-, Schnitt- und StanzenmacherInnen
DiplomingenieurInnen für Maschinenbau	DiplomingenieurInnen, soweit nicht anderweitig eingeordnet
Sonstige SchlosserInnen	
Sonstige SpenglerInnen	
Sonstige TechnikerInnen für Maschinenbau	

30 Jahre erfolgreiche Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsagentur Wien: 633 Mio. Euro Förderungen, 21.500 geförderte Projekte, 100.000 gesicherte und neu geschaffene Arbeitsplätze

30 Jahre Wirtschaftsagentur Wien und ein großes Ziel: die wirtschaftliche Rolle Wiens im Herzen Europas zu stärken und die Zukunftschancen der Wiener Wirtschaft weiter auszubauen. Dieses Ziel wurde erreicht“, ist Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Vizebürgermeisterin Renate Brauner überzeugt: „Die Stadt hat vor 30 Jahren mit der Gründung der Wirtschaftsagentur Wien, damals noch Wirtschaftsförderungsfonds, eine weitsichtige und nachhaltig wirksame Entscheidung getroffen. In den vergangenen drei Jahrzehnten hat die Wirtschaftsagentur Wien Wiener Unternehmen mit rund 633 Millionen Euro gefördert und damit 21.500 Projekte unterstützt und oft erst ermöglicht. Mit diesen Aktivitäten wurden in Wiener Unternehmen über 100.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen. Und wir werden diesen Weg weiter verfolgen – gerade jetzt, wo die globale Wirtschaftskrise noch nicht überwunden ist, unterstützen wir die Wiener Wirtschaft gezielt und investieren in die Zukunft der Stadt.“

Die Tätigkeiten und Angebote der Wirtschaftsagentur Wien für die derzeit rund 100.000 Wiener Unternehmen konzentrieren sich auf drei Bereiche der Wirtschaftsförderung: Förderung von Unternehmen, Immobilienbereitstellung und Stadtentwicklung sowie ein umfangreiches Service- und Beratungsangebot.

„Als Wirtschaftsagentur Gruppe – inklusive unserer ‚Töchter ZIT – Die Technologieagentur‘ und ‚departure – Die Kreativagentur‘, unterstützen wir die Wiener Unternehmen heuer mit insgesamt 33 Millionen Euro Förderungen. Unsere Förderangebote sind genauso breit aufgestellt wie die Wiener Wirtschaft, wobei wir natürlich auch auf die immer größer werdenden globalen Herausforderungen reagieren müssen und ganz gezielt Akzente setzen, um Innovation und Fortschritt voranzutreiben. Einen Schwerpunkt setzen wir im Bereich der Nachhaltigkeit und fördern heuer Ideen für eine Smart City, eröffnen mit Aspern IQ unser energieeffizientes Technologiezentrum in der Seestadt Aspern und starten einen eigenen



Foto: David Bohmann / PID

v.l.: GF der Wirtschaftsagentur Wien, Gerhard Hirczi, Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Bürgermeister Michael Häupl

Umweltcluster“, erklärt Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Renate Brauner mit einem Ausblick auf die kommenden Schwerpunkte: „Noch dieses Jahr setzt die Wirtschaftsagentur Wien weitere Schritte in Richtung nachhaltige Stadtentwicklung. So konzentrieren sich die Aktivitäten der Tochtergesellschaft ZIT im 2. Halbjahr 2012 auf den Schwerpunkt Smart Vienna. Ein eigener Call startet dazu mit 19. Juni, bei dem innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen im Fokus stehen. Wir suchen Projekte, die das Leben in Wien nachhaltig verbessern, damit wir weiterhin die ‚smarteste‘ Stadt der Welt bleiben. Mit der Eröffnung von Aspern IQ im Herbst wertet die Wirtschaftsagentur Wien zudem den Forschungsstandort Wien weiter auf. Die moderne Infrastruktur bietet gerade jungen Unternehmen sowie forschungs- und entwicklungsorientierten Einrichtungen aus dem Bereich der nachhaltigen Technologieentwicklung beste Voraussetzungen. Die Stadt Wien wird nachhaltig auf dem Umweltsektor vertreten sein und langfristig neue ‚Öko Jobs‘ schaffen.“

Studie belegt: Wiener Wirtschaftsförderung wirkt und macht krisensicher

Um zielgerichtet und auch zukunftsorien-

tiert zu unterstützen, paßte die Wirtschaftsagentur Wien ihre Förderstrukturen nicht nur kontinuierlich den Erfordernissen der heimischen Wirtschaftsentwicklung an, vielmehr setzte sie wesentliche Impulse für Innovationen. Anlässlich des 30jährigen Bestehens unterzog sich die Wirtschaftsagentur Wien einer externen Prüfung, um selbstkritisch zu überprüfen, welche wesentlichen Effekte die Förderungen ergeben haben. Diese Studie, durchgeführt vom Forschungsinstitut Synthesis, belegt die positiven Effekte monetärer Förderungen der Wirtschaftsagentur Wien über die letzten 30 Jahre. Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner zu den Resultaten: „Es zeigt sich, daß die Zahl der Beschäftigten in geförderten Betrieben jährlich um rund 60 Prozent stärker wächst als bei nicht geförderten Unternehmen. Ebenso ist die Wertsteigerung eines geförderten Unternehmens über das Jahr durchschnittlich um 14 Prozent höher. Die Studie zeigt auch, daß die geförderten Unternehmen gerade im Krisenjahr 2010 mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen haben und ihren Beitrag dazu geleistet haben, daß Wien heute als besonders krisensicher gilt – was, wie wir wissen, wiederum ein wichtiges Argument für internationale Unternehmen ist.“

Wirtschaft

In Summe haben die Förderungen der Wirtschaftsagentur Wien in den vergangenen drei Jahrzehnten eine zusätzliche Wertschöpfung in Höhe von 2,6 Milliarden Euro am Standort Wien ausgelöst. Allein durch Förderungen wurden damit 55.000 Arbeitsplätze gesichert oder von den Unternehmen neu geschaffen.

Mehr als 1000 angesiedelte Unternehmen auf sechs Mio. m² Betriebsfläche

Als wesentliches Aufgabenfeld erschließt und stellt die Wirtschaftsagentur Wien Grundstücke für Unternehmen bereit. Seit Bestehen wurde eine Fläche von insgesamt sechs Millionen Quadratmeter verwertet, das entspricht in etwa der Gesamtfläche der Bezirke Neubau, Josefstadt und Alsergrund zusammen genommen.

Insgesamt konnten mehr als 1000 Unternehmen angesiedelt werden, die fast 50.000 MitarbeiterInnen beschäftigen. In Summe konnten durch die Aktivitäten der Wirtschaftsagentur Wien insgesamt über 100.000 Arbeitsplätze in Wien gesichert und neu geschaffen werden. Damit lösten diese Ansiedlungen Investitionen von rund vier Milliarden Euro am Standort Wien aus.

Aktuell stellt die Wirtschaftsagentur Wien rund 750.000 m² Liegenschaften für die kurz- oder mittelfristige Um- oder Ansiedlung von Unternehmen zur Verfügung. Zusätzlich entstehen in der Seestadt Aspern, dem größten Stadtentwicklungsprojekt Europas, bis 2015 weitere rund 350.000 m² Fläche. Das zukünftige, multifunktionale Stadtgebiet bietet Platz für unterschiedlichste Branchen, von Wissenschaft und Forschung bis hin zu Gewerbebetrieben mit Fokus auf Produktion.

Pionierleistungen in der Immobilienentwicklung

Eine wichtige Rolle für die internationale Attraktivität eines Standortes spielt eine entsprechend gut ausgebaute Infrastruktur. Die Wirtschaftsagentur Wien stellt nicht nur Liegenschaften zur Verfügung, sie entwickelt und errichtet auch Technologie- und Spezialimmobilien für Wirtschaft und Forschung in Wien. Bestes Beispiel dafür ist der Campus Vienna Biocenter im Stadtentwicklungsgebiet „Neu Marx“ (3. Wiener Gemeindebezirk). Mit nahezu 1400 WissenschaftlerInnen und StudentInnen ist der Campus Vienna Biocenter Österreichs bedeutendster Life-Science Standort. In Neu Marx entsteht zudem der größte Medienstandort des Landes – Media Quarter Marx 1-3 (MQM). Rund 40

Medienunternehmen – darunter der Privatfernsehsender Puls4, der gesamte Echo Medienhaus-Verlag und die Wiener Zeitung – sind bereits im MQM eingemietet. Das MQM ist ausvermietet.

Die Wirtschaftsagentur Wien setzt auf energieeffizientes Bauen: Mit dem Technologiezentrum „Aspern IQ“ eröffnet im Herbst das erste Gebäude in der Seestadt Aspern. Als eine der energieschonendsten Gewerbeimmobilien der Stadt wird Aspern IQ mehr Energie produzieren als es verbraucht und 250 Arbeitsplätze schaffen. Bereits 2008 wurde mit dem Energybase das damals innovativste Passivbürohaus eröffnet und von der Europäischen Kommission als „Green Building“ zertifiziert.

Top-Standort für internationale Unternehmen

Auch im internationalen Standortwettbewerb punktet Wien. Bei der internationalen Betriebsansiedlung arbeitet die Wirtschaftsagentur Wien eng mit der Bundes-Ansiedlungsagentur ABA-Invest in Austria zusammen. Seit 2004 haben beide Einrichtungen gemeinsam rund 800 internationale Unternehmen in Wien angesiedelt, die meisten kommen aus Deutschland, der Schweiz und den USA. In Summe wurden dadurch rund 7500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Wirtschaftsagentur Wien stärkt damit auch Wien als Headquarter-Standort. So gibt es etwa neben Henkel CEE rund 200 weitere Unternehmen, die von Wien aus die ausländischen Märkte betreuen.

Strukturwandel verändert Förderstruktur

In den letzten 30 Jahren hat sich die Förderpolitik weg vom Gießkannenprinzip hin zu einer zielgerichteten und leistungsorientierten Vergabe von Fördermitteln entwickelt. So stand zu Beginn die betriebliche Ausrüstung vor allem kleiner Unternehmen im Vordergrund. Mit Förderprogrammen wie der „Wassersparaktion“ ist es den Wiener Unternehmen gelungen, den jährlichen Wasserverbrauch um etwa vier Millionen Kubikmeter zu reduzieren. Durch die „Strukturverbesserungsaktion“ wurden mehr als 1000 Unternehmen angeregt, ihre Betriebe aus und nach höchsten Umweltstandards umzubauen.

Seit dem Jahrtausendwechsel entwickelte sich der Bereich Forschung, Technologie und Innovation (FTI) schrittweise zum wichtigsten Bereich der Förderungen der Wirtschaftsagentur Wien. Damit vollzog sich der

Wandel weg von der Unternehmensförderung hin zur Projektförderung.

Serviceleistungen für alle Wiener Unternehmen

Die Wirtschaftsagentur Wien ist Anlauf- und Servicestelle für alle Wiener Unternehmen – vom Start-up bis hin zum High-tech-Betrieb mit hochqualifizierten MitarbeiterInnen. Auch bei Internationalisierungsvorhaben bietet die Wirtschaftsagentur Wien Unterstützung. Seit 1994 betreibt sie ein eigenes Büro in Brüssel.

ZIT

Der Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation hat sich zu einem wesentlichen Förderschwerpunkt der Wirtschaftsagentur Wien entwickelt. 2001 gründete die Wirtschaftsagentur Wien das Tochterunternehmen ZIT – Die Technologieagentur der Stadt Wien für technologie- und forschungsaffine Unternehmen sowie die Medienwirtschaft. Seit ihrer Gründung hat die ZIT insgesamt 933 Projekte unterstützt. Dadurch wurden Gesamtinvestitionen von über 500 Millionen Euro am Standort ausgelöst.

departure

Mit ihrem zweiten Tochterunternehmen departure – Die Kreativagentur der Stadt Wien hat die Wirtschaftsagentur Wien auf das Potential der Kreativwirtschaft für die Stadtentwicklung reagiert. Seit ihrer Gründung 2003 hat departure rund 360 Projekte aus der Kreativszene gefördert. Umgerechnet bedeutet diese Zahl an die 1500 neue Arbeitsplätze in der Stadt und Investitionen von rund 80 Millionen Euro.

Gründerservice

Mit dem Serviceangebot Mingo unterstützt die Stadt über die Wirtschaftsagentur Wien seit 2007 gezielt Gründerinnen und Gründer, Start-ups, Ein-Personen-Unternehmen, Kleinstbetriebe und sogenannte Neue Selbstständige. Im Vordergrund steht die nachhaltige Unternehmensgründung mit Angeboten wie kostenlosen Coachings oder günstigen Büroflächen.

Rund ein Drittel der Wiener UnternehmerInnen haben Migrationshintergrund. Die Wirtschaftsagentur Wien hat auf diese wichtige Wirtschaftsgruppe reagiert und mit Mingo Migrant Enterprises eine eigene Stelle eingerichtet. Das besondere Service der Einrichtung ist die zehnsprachige Beratung zu Themen rund um Firmengründung und Fördermöglichkeiten. ■

<http://wirtschaftsagentur.at>

Erstes Unternehmen im neuen Wirtschaftspark Perg-Machland

Spatenstich für neues Dämmstoffwerk der Synthesa Gruppe

Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl nahm die Synthesa Gruppe am 22. Mai den Spatenstich für ihr neues Dämmstoffwerk „Dalmatherm Dämmtechnik“ im neuen Wirtschaftspark Perg-Machland vor. Es ist damit auch das erste Unternehmen, das im Wirtschaftspark investiert.

„Wirtschaftlicher Erfolg ist kein Zufall. Wirtschaftsparks sind daher neben den interkommunalen Betriebsansiedlungsgebieten mit ihrer Infrastruktur für die Wettbewerbsfähigkeit Oberösterreichs mitentscheidend. Bei den Betriebsansiedlungen aus dem Ausland ist Oberösterreich mit 233 Ansiedlungen in den vergangenen fünf Jahren österreichweit an zweiter Stelle“, sagt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. „Der Bau der neuen Produktionsstätte von Dalmatherm bringt zusätzliche Investitionen und Wertschöpfung in die Region und trägt mit innovativen Materialien zum weiteren Ausbau der thermischen Sanierung bei, die der Bund jährlich mit 100 Millionen Euro fördert.“

Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl betont die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: „Mit dem Wirtschaftspark Perg-Machland sind die besten Voraussetzungen gegeben, unserem Ziel, Arbeit zu den Menschen zu bringen, näherzukommen. Die Ansiedlung und Millioneninvestition von ‚Dalmatherm Dämmtechnik‘ der Synthesa Gruppe ist ein starker wirtschaftlicher Impuls für die gesamte Region. Und, was besonders wertvoll ist: zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen. Es freut mich sehr, daß mit der Synthesa ein starkes, traditionsreiches Unternehmen aus dem Bezirk sich hier positiv weiterentwickeln kann“, so Sigl.

Wirtschaftsparks und Inkobas in Oberösterreich

Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl plant in Oberösterreich die Errichtung von mindestens fünf großen Wirtschaftsparks, die auch in der Champions-League der Betriebsansiedlung mitspielen können. Ziel ist es, bis 2015 in jedem Viertel Oberösterreichs sowie im Umfeld Linz/Linz-Land einen Wirt-



Foto: Schenk

(v. l.): Bezirkshauptmann Werner Kreisl, LR Viktor Sigl, Peter Meraviglia-Crivelli und Wilhelm Bergsleitner (Synthesa), Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Vbgm. Peter Ganglberger (Perg) beim Spatenstich

schaftspark in einer Dimension zu schaffen, die nicht nur regionalen, sondern insbesondere internationalen Ansprüchen für die Ansiedlung von Unternehmen entsprechen. Damit will Sigl ein großes Ziel weiter verfolgen: „Arbeit zu den Menschen bringen.“ Bereits realisiert wurde 2011 der „Wirtschaftspark Perg-Machland“, heuer laufen die Arbeiten für den „Wirtschaftspark Voralpenland“ im Bereich Wels/Wels-Land auf Hochtouren. Jedes Jahr soll ein Wirtschaftspark realisiert werden. Neben den geplanten bis zu fünf großen Wirtschaftsparks setzt Oberösterreich auch weiter auf gemeindeübergreifende so genannte Interkommunale Betriebsbaugebiete (Inkoba). Insgesamt verfügt OÖ derzeit im ganzen Land über 22 solcher Interkommunaler Betriebsbaugebiete unterschiedlicher Größe, die sich auf insgesamt 275 Hektar entwickelter Flächen. Mehr als die Hälfte ist bereits vergeben und verbaut.

„Unser klares Ziel ist: Hat ein Unternehmen, egal welcher Größe, Interesse an einer Ansiedlung bzw. sucht eine Firma oder ein

Konzern einen neuen Standort, dann wollen wir auf Knopfdruck mindestens drei Top-Standorte in Oberösterreich vorschlagen können. Nur so können wir im internationalen Wettbewerb der Regionen vielleicht ein Stück schneller oder besser sein. Denn Geschwindigkeit, Professionalität und optimales Service sowie hürdenfreie Kooperation sind entscheidende Faktoren im Bereich der Betriebsansiedlung“, weiß Sigl nicht zuletzt aus zahlreichen Projekten der jüngeren Vergangenheit: Benteler in Ort im Innkreis, Google in Kronstorf, Borealis in Linz, Bäckerei Bachmeier im Innviertel oder Greiner Bio-One im Mühlviertel.

Wirtschaftspark Perg-Machland

2011 wurde mit dem Wirtschaftspark Perg-Machland der erste Wirtschaftspark im Bezirk Perg im Mühlviertel verwirklicht. Der Wirtschaftspark Machland Perg erstreckt sich zum größten Teil entlang der B3 auf der Achse Baumgartenberg – Arbing – Perg – Schwerberg. Zurzeit sind mehr als 120 Hektar Flächen für den Wirtschaftspark vorgese-

Wirtschaft

hen, weitere können die Gemeinden beisteuern. Im September wurde dafür ein eigener Gemeindeverband gegründet. „Der Wirtschaftspark Perg-Machland ist auch ein Musterbeispiel für gelebte Gemeindekooperation: 25 Gemeinden des Bezirkes Perg arbeiten hier eng für die Menschen in der Region zusammen“, betont Sigl. Als einzige Gemeinde ist nur Mauthausen nicht dabei.

Der Vorstand des neuen Gemeindeverbandes für den Wirtschaftspark Perg-Machland wurde einstimmig gewählt: Obmann ist Bgm. Anton Froschauer aus Perg, seine Obmann-Stv. sind Bgm. Erwin Kastner aus Baumgartenberg und Bgm. Marianne Gusenbauer aus Schwertberg. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Bgm. Manfred Nening aus Bad Kreuzen, Vbgm. Wolfgang Greil aus Katsdorf, Bgm. Anton Aichinger aus Mitterkirchen und Bgm. Erich Wahl aus St. Georgen/Gusen.

Die Geschäftsstelle des Gemeindeverbandes wurde im Technologiezentrum Perg (TZ) eingerichtet, personell wird auf die Kapazitäten des TZ Perg zurückgegriffen, um auch hier sparsam zu wirtschaften und Synergien zu nützen. Die professionelle nationale und internationale Vermarktung wird federführend von der OÖ. Technologie- und Marketinggesellschaft (TMG) abgewickelt. Auch von der Infrastruktur erfüllt der Wirtschaftspark Perg-Machland die Voraussetzungen perfekt: Bundesstraße B3 und Westautobahn A1 in unmittelbarer Nähe, Schiene mit der Donauuferbahn sowie Westbahn-Anschluß, Wasserstraße mit Ennshafen in unmittelbarer Nähe, Breitband-Versorgung, eigenes Umspannwerk für Top-Stromversorgung, Erdgas...

Dalmatiner kommen schon bald aus Perg

Die Synthesa Gruppe aus Perg/OÖ, Hersteller von Baufarben, WDVS, Korrosionsschutz und Holzschutzlasuren, steigt nun auch in die Dämmstoffproduktion ein. Dafür wird im neuen Perger Wirtschaftspark Machland an der B3 eine völlig neue Produktionsstätte errichtet. Insgesamt 12 Millionen Euro werden in das entstehende Werk investiert. Es trägt die Bezeichnung „Dalmatherm Dämmtechnik“. Hergestellt werden Dalmatiner-Fassadendämmplatten aus EPS-F (Styropor). Die Fertigstellung der Produktionsanlage ist für Ende 2012 geplant.

Innovation und technische Entwicklung

Durch die Inanspruchnahme der derzeit

fortschrittlichsten Produktionstechnologie wird man in der Lage sein, über den gesamten Produktionsprozeß optimale Qualitäten zu erzielen. Auch der Einsatz neuartiger, in älteren Anlagen nicht verwendbarer Rohstoffe wird dabei ermöglicht und bisher unerreichte Qualitäten gestatten. Die Verwendung nachwachsender und bezüglich Leitfähigkeit optimierter Rohstoffe wird die bekannte hohe Innovationskraft der Synthesa Gruppe weiter unter Beweis stellen. In bezug auf Maßgenauigkeit, der Möglichkeit für Sonderzuschnitte als auch in der erreichbaren Wärmeleitfähigkeit entsteht damit in Perg das derzeit modernste Werk Europas.

Mehr Wertschöpfung, Reduzierung des Frachtaufwandes

Vom eigenen Dämmstoffwerk erwartet sich die Synthesa Gruppe eine deutliche Steigerung der Wertschöpfung im Bereich Wärmedämm-Verbundsysteme. Einen wei-

teren Vorteil bringt die eigene Produktion in Perg auch hinsichtlich der Logistik. Der österreichische Zentralraum kann nun direkt aus Perg beliefert werden. Damit werden der Frachtaufwand und die Umweltbelastung reduziert.

Solides Wachstum

Im Jahr 2006 wurde der Welser Bautenbeschichtungs- und Korrosionsschutzhersteller Avenarius-Agro erworben. Mit der eigenen Produktion für EPS-Dämmstoffe setzt die Unternehmensgruppe den soliden Wachstumskurs fort. Wie das gerade in Fertigstellung begriffene neue Wiener Vertriebszentrum Ost wird auch dieses Projekt im wesentlichen aus eigenen Mitteln errichtet. Allein in den letzten sechs Jahren ist der Umsatz der Synthesa Gruppe um 40 Prozent auf 172 Millionen Euro gewachsen und die Anzahl der Mitarbeiter hat sich um 60 auf 700 erhöht. ■

Kongresse, Firmentagungen und Seminare in Oberösterreich boomen

Exakt 1068 Kongresse, Firmentagungen und Seminare wurden im Jahr 2011 in Oberösterreich erfaßt. Oberösterreich liegt hinter Wien, Salzburg und Tirol auf den vorderen Plätzen der bundesweiten Kongreßstatistik und belegt damit die Bedeutung der Tagungsindustrie für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Oberösterreich.

114.000 der gut 1,3 Millionen TeilnehmerInnen von Kongressen, Tagungen und Seminaren in Österreich gehen auf das Konto von Oberösterreich. Sie sorgten für knapp 150.000 Nächtigungen in den heimischen Betrieben. „Diesen Anteil“, so Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Viktor Sigl, „wollen wir in den nächsten Jahren steigern und künftig noch mehr internationale Veranstaltungen für Oberösterreich gewinnen.“

Im Vergleich zum Jahr 2010 ist die Anzahl der Kongresse, der KongreßteilnehmerInnen sowie der Nächtigungen um jeweils ein Viertel gestiegen. Neben der stärkeren Meldemoral der Betriebe – viele Veranstalter haben den Nutzen der österreichischen Kongreßstatistik für sich erkannt und melden nun häufiger – läßt sich aus diesen Zuwächsen ein Aufschwung der Wirtschaft orten. „Geht's den heimischen Betrieben gut, wird auch wieder mehr in den Wissensaustausch und die Fortbildung investiert, das spüren die Seminar- und Tagungshäuser

meist unmittelbar“, ist Sigl überzeugt. Gleichzeitig sind die Zuwächse sichtbares Zeichen der erfolgreichen Zusammenarbeit im Convention Bureau Oberösterreich. Hier werden unter Federführung des OÖ. Tourismus heimische Kongreß-, Tagungs- und Seminaranbieter optimal vernetzt und aktiv in Werbung und Akquise unterstützt. Gleichzeitig bietet das Convention Bureau professionelle Unterstützung für internationale Firmen und wissenschaftliche Einrichtungen, die ihre Tagung in Oberösterreich abhalten wollen. „Die Kongreßstatistik demonstriert unsere Kompetenz als Kongreßdestination, damit können wir Trends und Entwicklungen einschätzen und so unsere Position am internationalen Kongreßmarkt gezielt vorantreiben“ ergänzt Karl Pramendorfer, Vorstand des OÖ. Tourismus.

Details am Rande:

- Jeder vierte Kongreß in Österreich wird dem Thema Humanmedizin gewidmet.
- Der beliebteste Monat für Kongresse ist November.
- 93 % der Kongresse haben 10 bis 500 TeilnehmerInnen.
- 35 % der Kongresse entfielen auf Wien, 65 % auf die restlichen Bundesländer.
- Statistisch betrachtet finden jeden Tag 1,8 Kongresse in Oberösterreich statt. ■

<http://www.tagung.info>

Demographische Trends 2011

Positive Geburtenbilanz (+1.630), weniger Eheschließungen (-3,0%)
und weiterhin steigende Lebenserwartung (rund +0,3 Jahre)

Im Jahr 2011 erblickten insgesamt 78.109 Neugeborene das Licht der Welt, um 0,8 % bzw. 633 Babys weniger als im vorangegangenen Jahr. Gleichzeitig wurden laut Statistik Austria 76.479 Sterbefälle verzeichnet, um 0,9 % bzw. 720 weniger als im Jahr davor. Damit fiel der Saldo aus Lebendgeborenen und Sterbefällen (Geburtenbilanz) mit +1.630 zum zweiten Mal in Folge positiv aus (2010: +1.543). Bereits das sechste Mal in Folge lag die Säuglingssterberate mit 3,6 ‰ unter der 4 ‰-Marke, der Rückgang der Zahl der Sterbefälle insgesamt ließ die Lebenserwartung dem langjährigen Trend entsprechend weiter ansteigen (Frauen: +0,3 Jahre; Männer: +0,4 Jahre). Die Unehelichenquote (Anteil der unehelich geborenen Kinder an allen Lebendgeborenen) stieg auf 40,4 % (2010: 40,1 %). Standesamtliche Eheschließungen erfolgten 2011 von insgesamt 36.426 Paaren, um 3,0 % bzw. 1.119 Paare weniger als im Jahr davor.

Lebendgeborene

In Österreich kamen im Jahr 2011 insgesamt 78.109 Babys zur Welt, um 633 weniger als im Jahr 2010 (-0,8 %). In sechs Bundesländern wurden sinkende Geburtenzahlen verzeichnet: Die Geburtenrückgänge fielen am deutlichsten in Kärnten (-2,7 %) und in Vorarlberg (-2,4 %) aus, gefolgt von der Steiermark (-2,0 %), Oberösterreich (-1,9 %) und Tirol (-1,4 %). In Salzburg lag der Rückgang der Geburten im Bundesdurchschnitt (-0,8 %). In den übrigen drei Bundesländern wurden jeweils steigende bzw. gleichbleibende Zahlen der Geburten verzeichnet: Wien (+1,0 %), Burgenland (+0,4 %) und Niederösterreich (0,0 %). Die Unehelichenquote (Anteil der unehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen) stieg im Jahresabstand von 40,1 % auf 40,4 % und war traditionell in den südlichen Bundesländern Kärnten (52,9 %) und in der Steiermark (48,6 %) am höchsten; in Wien (32,6 %), in Niederösterreich (35,9 %) und in Vorarlberg (36,2 %) lag sie dagegen deutlich unter dem Bundesschnitt.

Bei der Gesamtfertilitätsrate waren 2011 erneut Vorarlberg und Oberösterreich mit je 1,52 Kindern pro Frau Spitzenreiter. Über dem Bundesmittel von 1,43 Kindern pro

Frau (2010: 1,44) lagen zudem Niederösterreich und Salzburg. Geringer war die Gesamtfertilitätsrate 2011 in Wien, Tirol, Kärnten sowie insbesondere in der Steiermark und im Burgenland, wo sie bei nur etwa 1,3 Kindern pro Frau lag. Das durchschnittliche Fertilitätsalter lag 2011 in ganz Österreich bei 30,0 Jahren bzw. bei 28,5 Jahren beim ersten Kind (je um rund 0,2 Jahre höher als 2010). Es zeigten sich traditionell überdurchschnittlich hohe Werte in Tirol (30,4 Jahre) und Vorarlberg sowie in Salzburg und auch in der Bundeshauptstadt. Am niedrigsten lag das durchschnittliche Fertilitätsalter 2011 mit 29,7 Jahren in Kärnten.

Eheschließungen

Die endgültige Zahl der 2011 in Österreich geschlossenen Ehen war mit 36.426 um 1.119 oder 3,0 % unter jener vom Jahr 2010. Zwischen den Bundesländern gibt es aber deutliche Unterschiede: Den größten Rückgang gab es in Vorarlberg (-7,1 %) und im Burgenland (-6,3 %), gefolgt von Niederösterreich (-4,9 %) und Wien (-3,1 %). Auch der Rückgang der Eheschließungen lag in Salzburg (-3,0 %) im Bundesdurchschnitt. Unterdurchschnittlich sinkende Eheschließungszahlen wurden in Tirol (-2,4 %), in der Steiermark (-1,9 %), in Kärnten (-1,8 %) und in Oberösterreich (-0,5 %) verzeichnet.

Sterbefälle

Die endgültige Zahl der Gestorbenen betrug 2011 bundesweit 76.479 und war damit um 720 oder 0,9 % niedriger als im Jahr 2010. Ein jeweils über dem Durchschnitt liegender Rückgang der Zahl der Todesfälle wurde von den Standesämtern in Wien (-2,3 %), in Tirol (-2,2 %), in Kärnten (-2,0 %) sowie in der Steiermark (-1,6 %) gemeldet. In Oberösterreich (-0,7 %), im Burgenland (-0,5 %) und in Vorarlberg (-0,4 %) wurden jeweils unterdurchschnittlich Rückgänge der Sterbefälle registriert. Nur in Salzburg (+2,9 %) und in Niederösterreich (+0,4 %) wurden 2011 mehr Sterbefälle verzeichnet als im Jahr 2010.

Zusammen mit der gleichzeitig gestiegenen Zahl älterer Menschen bewirkte das ein kräftiges Plus bei der Lebenserwartung um 0,4 Jahre auf 78,1 Jahre bei den Männern

und um 0,3 Jahre auf 83,4 Jahre bei den Frauen. Das traditionelle West-Ost-Gefälle bei der Lebenserwartung war auch 2011 zu beobachten: Die Lebenserwartung der Männer lag in Tirol, Vorarlberg und Salzburg über 79 Jahre. In Kärnten, Oberösterreich und der Steiermark lag die Lebenserwartung der Männer zwischen 78 und 79 Jahren, während die östlichen Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Wien Werte von 77 bis 78 Jahren aufwiesen. Bei der Lebenserwartung der Frauen waren ebenfalls Vorarlberg, Tirol und Salzburg mit über 84 Jahren führend. Alle übrigen Bundesländer wiesen Werte von 83 bis 84 Jahren auf, mit Ausnahme von Wien, wo Frauen entsprechend den Mortalitätsverhältnissen des Jahres 2011 eine Lebenserwartung von 82,4 Jahren haben.

Im Jahr 2011 starben in Österreich 281 Säuglinge im 1. Lebensjahr, das war um 8,5 % weniger als im Jahr 2010. Die Säuglingssterberate (im 1. Lebensjahr Gestorbene bezogen auf 1.000 Lebendgeborene) lag bei 3,6 ‰ und somit zum sechsten Mal in Folge unter der 4 ‰-Marke.

Geburtenbilanz

Die Zahl der Lebendgeborenen war im Jahr 2011 um 0,8 % unter jener des Vorjahres und im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Gestorbenen um 0,9 % zurück. Damit fiel die Geburtenbilanz (Lebendgeborene minus Gestorbene) mit +1.630 erneut positiv aus. Wien (+2.252), Tirol (+1.396), Vorarlberg (+1.168), Oberösterreich (+1.158) und Salzburg (+771) konnten – wie schon in den Vorjahren – Geburtenüberschüsse erzielen. Unverändert negativ blieben die Geburtenbilanzen in Niederösterreich (-1.854), in der Steiermark (-1.477), in Kärnten (-894) und im Burgenland (-890).

Die Erhebung und Aufarbeitung der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle erfolgt auf Basis der Meldungen der rund 1400 Standesämter monatlich nach dem Ereignisort, die Veröffentlichung nach dem Wohnort. Geburten werden nach dem Wohnort der Mutter, Eheschließungen nach dem gemeinsamen Wohnort des Paares, bei Fehlen eines solchen nach dem Wohnort des Bräutigams und Sterbefälle nach dem letzten Wohnort des Verstorbenen veröffentlicht. ■

Time Travel Vienna

Wiens Geschichte in nur einer Stunde – Virtuelle Reise in die Vergangenheit auf 1300 m² Fläche



Foto: Time Travel in Vienna Betriebs GmbH / Michele Pauty

Time Travel Vienna: Die neue Erlebniswelt im Herzen von Wien lädt zu einer 5D-Zeitreise durch die Geschichte Wiens.

Mit Time Travel Vienna entsteht eine neue Sehenswürdigkeit inmitten von Wien, die am 1. Juni 2012 ihren Betrieb aufnahm und dabei das touristische Angebot der österreichischen Hauptstadt um eine Innovation bereichert: Eine „Zeitreise“ durch die Geschichte Wiens, in der Entertainment und Information auf modernste Weise kombiniert werden und dem Besucher ein packendes Erlebnis für alle Sinne bietet. Verdichtet auf eine einstündige Show mit 5D-Kino, Animatronic, diversen Rides, außergewöhnlichen Soundeffekten und Lichttechnik, bis hin zu Geruchs-Effekten macht Time Travel die bewegte Historie Wiens auf eine einzigartig plastische Weise spür- und erlebbar. Hier wird Geschichte durch den Einsatz modernster Entertainment-Technologie im wahrsten Sinne des Wortes „lebendig“.

Untergebracht in den weitläufigen Keller gewölben des Salvatorianer Klosters in der Habsburgergasse im Herzen der Wiener Innenstadt wird in Kürze diese außergewöhnli-

che Touristenattraktion entstehen, die in Österreich einzigartig ist und völlig neue Maßstäbe setzt.

Time Travel Vienna ist für Jung und Alt, für Einheimische und Touristen, für alle, die etwas über die Geschichte Wiens erfahren wollen. Eine praktische erste Anlaufstelle mit einem kompakten Überblick zur Geschichte Wiens und allen Sehenswürdigkeiten, auf humorvolle, leicht verständliche Weise multimedial erzählt.

Katakomben des Klosters St. Michael als stimmungsvoller Schauplatz

Die Erlebniswelt befindet sich im Keller gewölbe des Kollegs St. Michael, in der Habsburgergasse 10a, 1010 Wien. Das Gewölbe hat eine Gesamtfläche von 1300m² mit Raumhöhen von 4 bis 5 Meter. Es wurde bisher als Weinkeller genutzt und war im Krieg ein Zufluchtsort bei Bombenangriffen.

Das Kolleg St. Michael wurde im 17. Jahrhundert errichtet, beherbergte über 300

Jahre lang den Barnabiten-Orden und wurde im Jahre 1922 von den Salvatorianern übernommen.

Das Kloster mit dem Gewölbe und anschließender Michaelerkirche ist ein historischer Ort. Die Michaelerkirche war nahe zur Hofburg und so besuchten Kaiser Franz Josef und seine Sisi dort des öfteren Messen. In der Habsburgergasse gab es einen separaten Eingang den der Kaiser gerne nutzte, um ungestört in die Kirche zu kommen. Im 18. Jahrhundert wurde auch ein Requiem von W. A. Mozart im Refektorium des Klosters uraufgeführt. Unter dem Kloster – unmittelbar neben der unterirdischen Erlebniswelt – befindet sich die Michaelergruft mit ca. 4000 Särgen.

Die Kloster gewölbe sind ein mystischer Ort mit unglaublicher Stimmung, altem Ziegelmauerwerk und viel Geschichte. Es gibt auch Verbindungsgänge zu anderen Keller gewölben deren Netze sich bis hin zur Stephanskirche erstrecken.

Chronik

Der Show-Ablauf

Die Erlebniswelt ist auf sieben Räume aufgeteilt, in jedem Raum läuft eine Show oder ein Ride. Der gesamte Durchlauf dauert ca. 50 Minuten. Ca. alle 7 Minuten können 32 Personen starten. Die Kapazität liegt bei max. 240 Personen pro Stunde.

Die Zeitreise

Nach einer kurzen Preshow mit einer Einführung in die Geschichte Wiens durch einen Mönch nehmen die Besucher im 5D-Kino Platz und erleben in beweglichen Sitzen einen sanften Rollercoaster-Ride, den „Timeride“, bei dem sie in die Zeit des römischen Wiens, 200 nach Christus, zurückversetzt werden. Damals war Wien Vindobona, ein Römerlager, und Kaiser Marcus Aurelius verbrachte hier seine letzten Jahre. Die Zeitreisenden erleben sein Feuerbegräbnis mit tollen 3D-Effekten, Wind und vielem mehr. Weitere Szenen sind die Pest in Wien mit einer lebhaften Rattenplage und Schlachtszenen der Türkenbelagerung im Jahr 1683, bei der Wien fast eingenommen wurde, wenn nicht ein Bäckergeselle Alarm geschlagen hätte...!

Die nächste Station behandelt das imperiale Wien. Auf einer dem Schloßtheater Schönbrunn nachempfundenen Bühne sind Sisi, Franz Josef, Maria Theresia und Kaiser Maximilian als Animatronic-Figuren platziert (sprechende Wachsfiguren, Roboter). Zwischen den vier Personen (mit einem Screen im Hintergrund) entsteht eine humorvolle Konversation ergänzt durch eine Multimediashow, die den kaiserlichen Alltag aber auch die Geschichte der Habsburgerfamilie mit Witz und Verve erzählt.

Das nächste Thema ist die Wiener Musik und das Ball-Leben der kaiserlichen Hochblüte zur Zeit des Wiener Kongresses - die Lust und Freude der Wiener Gesellschaft. Im Vorraum des Ballsaales sind Fotopoints aufgestellt, wo die „Time Traveller“ Erinnerungsfotos von sich selbst teilnehmend am Kaiserball schießen können. W. A. Mozart und Johann Strauß plaudern hier als Animatronic-Figuren. Im Ballsaal befinden sich zwei Drekarusselle, die den Betrachter ein „fliegendes“ Walzergefühl erleben lassen. Gespielt wird ein Medley von Wiener Musik mit den bekanntesten Werken von Mozart, Strauß und weiteren Wiener Komponisten.

Die Kaiserzeit geht zu Ende und im nächsten Raum sind die Kriegsjahre das Thema. Erzählt wird vom Attentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo und dem Begräbnis von Kaiser Franz Josef. In einem



Reise durch die Musikgeschichte – z.B. mit Mozart, Schubert und Beethoven



Ein Blick in eines der Kellergewölbe zeigt läßt die technischen Effekte erahnen.



Timetravel-Geschäftsführer Paul Rankine mit Kaiserin Elisabeth

Fotos: Time Travel in Vienna Betriebs GmbH / Michele Pauty

Chronik

original Luftschutzbunker erlebt man den Anschluß an das Deutsche Reich 1938 und hautnah einen Fliegeralarm im Jahr 1945. Das ist einer der dramaturgischen Höhepunkte der Zeitreise. Nach dem Bunker werden die Jahre 1945 bis 1955 (besetztes Wien, die 4 Zonen) behandelt, sowie die Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Außenminister Leopold Figl im Jahr 1955 gefeiert. „Österreich ist frei“, der legendäre Satz Figls, löste große Begeisterung in der Bevölkerung aus.

Den Abschluß bildet eine heiter-gemütliche Kutschenfahrt durch Wien. Je sechs Personen nehmen Platz in einer Kutsche, die über Hofburg, Heldenplatz, Stadtpark, Staatsoper bis nach Schönbrunn und in den Wiener Prater fährt, teilweise auch fliegt.

Die Shows laufen in Deutsch, es gibt Audio Guides für zehn weitere Sprachen. Über Kopfhörer können BesucherInnen jede Show in ihrer Landessprache hören.

Technische Effekte

Für die Bühnenshows und technischen Effekte wurden zahlreiche Firmen aus Europa und den USA engagiert, welche auch bereits für namhafte Unternehmen wie die Walt Disney Corporation oder die Merlin Gruppe gearbeitet haben.

Die Experten

Das Konzept wurde in enger Zusammenarbeit mit den beiden Wiener Historikern Univ.Prof. Manfred Rauchensteiner und Katharina Unterreiner entwickelt. Beide haben die Kernthemen und Schlüsselpersonen der Wiener Geschichte für Time Travel erarbeitet.

Die Zielgruppen

Time Travel Vienna ist ein idealer Starting-Point für den Wien-Touristen, der einen Überblick über die Stadt bekommen will.

Aber auch Einheimische – speziell Familien – können in dieser Erlebniswelt Wien neu entdecken und vieles über die Hauptstadt erfahren. Die einzelnen Szenen sind für alle Altersgruppen geeignet, von Kindern bis Senioren. Die Besucher werden durch den partizipativen Charakter der Shows selbst zum Teil der Handlung und Geschichte.

Wirtschaftliche Daten

Die Gesamtinvestition für Time Travel Vienna lag bei mehr als 7 Mio. Euro. Geplant sind mittelfristig ca. 300.000 Besucher pro Jahr

<http://www.timetravel-vienna.at>



Kaiser Franz Joseph I. mit seiner Kaiserin Elisabeth



Fliegeralarm im Jahr 1945



Eine heiter-gemütliche Kutschenfahrt bildet den Abschluß der Zeitreise.

Fotos: Time Travel in Vienna Betriebs GmbH / Michele Pauty

Gauder Fest 2012

Österreichs größter Trachtenumzug als farbenprächtiges Finale



Foto: Zillertal Bier

Bei der Feldmesse, umrahmt durch die Original Tiroler Kaiserjägermusik, bildete der Festzug ein wunderschönes Bild.

Vier Tage lang stand das Zillertal ganz im Zeichen des Gauder Festes und damit seiner seit Jahrhunderten gelebten Tradition. Am 6. Mai ging das legendäre, wichtigste Frühlingsfest Österreichs mit dem prächtigen Trachtenumzug zu Ende. Reichlich verzierte Festwägen, aufwendig geschmückte Kutschen und Trachten in den verschiedensten Ausführungen säumten das Ortszentrum von Zell am Ziller. Mit dem größten Trachtenumzug im Alpenraum klangen vier erfolgreiche Tage aus, während derer sich mehr als 30.000 Besucher in Zell am Ziller einfanden, um gelebtes Brauchtum zu zelebrieren.

Es war ein Fest für alle Sinne, als zum Finale rund 2700 Trachtler in ihren farbenprächtigen Gewändern unter Begleitung zahlreicher Blasmusikkapellen durch die Straßen von Zell am Ziller zogen. Ein farbenfrohes Bild prägte den Ort, das zeigte, wie schön und mit welchem Engagement Brauchtum und Volkskultur auch heute noch gelebt werden. Dieser Umzug, der als unbestrittener Höhepunkt jedes Gauder Festes gilt, lockte erneut tausende Zuschauer ins

Zillertal. Diesmal standen vor allem die Gäste aus Südtirol im Fokus, die mit mehreren Musikkapellen und rund als 700 Schützen ins Zillertal gereist waren. „Der große Trachtenumzug zeigt Jahr für Jahr aufs Neue, daß im Zillertal das Brauchtum gelebt wird. Diese über Generationen überlieferte Form der alpenländischen Kultur hat hier Zukunft, wie die aktive Teilnahme hunderter Kinder und Jugendlicher beweist. Für die Institution Gauder Fest ist diese lebendige Verbindung zwischen Vergangenheit und Zukunft die schönste Form der Bestätigung“, resümierte Robert Pramstrahler, Bürgermeister von Zell am Ziller und Veranstalter des Gauder Festes im Namen aller Organisatoren.

Die angenehmen Frühlingstemperaturen und das wechselhafte, doch meist schöne Wetter boten den perfekten Rahmen für das Fest. Auch Prominenz aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur ließ es sich nicht nehmen, einer der wichtigsten Brauchtumsveranstaltungen der Alpen ihre Aufwartung zu machen. Landeshauptmann Günther Platter

hat das Gauder Fest mit dem offiziellen Bieranstich eröffnet. Als oberster Vertreter der Tiroler Trachtengilden begleitete er dann am Samstag den Trachtlernachwuchs bei seinem großen Aufmarsch.

Caritativer Auftakt mit der Gauder Fest-Gala für Licht ins Dunkel

Ausverkauft startete das Gauder Fest mit der inoffiziellen Auftaktveranstaltung, der ORF Radio Tirol „Licht ins Dunkel“-Gala. Mehr als 2000 Gäste kamen am Abend des 3. Mai nach Zell am Ziller, um den guten Zweck zu unterstützen und die Stars der Volksmusikszene zu bewundern. Im vollen Zelt sorgten Monika Martin, Marc Pircher, Luis aus Südtirol, die Zillertaler Haderlumpen, die Zellberg Buam, die Schürzenjäger, die Pfundskerle, die Juzi's und Jonny Hill für gute Stimmung.

Prominenz und Parodie zur offiziellen Eröffnung am zweiten Tag

Viele prominente Gäste waren am 4. Mai zur offiziellen Eröffnung des Gauder Festes

Chronik

nach Zell am Ziller gekommen. Nach dem offiziellen Bieranstich durch Landeshauptmann Günther Platter lauschten die gut 4000 Gäste im bis auf den letzten Platz gefüllten Zillertal Bier Festzelt den satirischen Ausführungen von Andreas Hofer, alias Franz Eberharder, im Zuge seiner traditionellen Gambrinus-Rede. Unter den Gästen waren auch zahlreiche Prominente, die von „Hofer“ ordentlich den Kopf gewaschen bekamen: Mit Verkehrsministerin Doris Bures war am Abend die Bundespolitik beim diesjährigen Gauder Fest hochrangig vertreten. Zudem machten die Nationalräte Gisela Wurm, Carmen Gartelgruber, Hermann Gahr und Franz Hörl Bierkönig Gambrinus und Andreas Hofer am Eröffnungsabend ihre Aufwartung. Mit den Landesräten Beate Palfrader, Anton Steixner, Hannes Gschwentner und Gerhard Reheis waren die Mitglieder der Landesregierung in beschlußfähiger Anzahl anwesend. Zudem durften in Zell am Ziller die Sportlerlegenden nicht fehlen, allen voran die Lokalmatadore Leo Stock und Stefan Eberharder sowie die Linger-Brüder. Mit Entertainer Alfons Haider war auch die Showbiz-Prominenz mit von der Partie.

Der Gauder Hogmoar kommt 2012 aus Salzburg

Am 5. Mai wurde der Gauder Hogmoar bei den traditionellen Ranggl-Kämpfen gekürt. Dabei konnte sich mit Hermann Höllwart ein Salzburger durchsetzen und den begehrtesten Rangglertitel im Alpenraum für sich gewinnen. Höllwart siegte vor seinem Teamkollegen Christoph Mayer und dem Bayern Christian Pribil. Titelverteidiger und Lokalmatador Simon Schweinberger schied in der Vorrunde im Kampf um den Gauder Hogmoar aus, konnte aber den Sieg in der Klasse 1 für sich verbuchen. Die beim Teilnehmer des Wettbewerbs kamen aus Tirol, Salzburg, Deutschland, Vorarlberg, Italien und der Schweiz.

Ein weiteres Highlight am Gauder Samstag war der Gauder-Sechskampf, der heuer zum dritten Mal stattfand und wieder für Furore sorgte. Spannende Kämpfe um Kraft, Geschicklichkeit, Ausdauer und Schnelligkeit begeisterten das Publikum. Insgesamt galt es für die Teilnehmer sechs verschiedene Bewerbe zu meistern. So mußten sie einen vier Meter langen Baumstamm werfen, ein mit 225 Litern gefülltes Bierfaß über Hindernisse rollen, einen Heuballen werfen, Baumstämme möglichst schnell durchsägen, einen Bierkistenturm bauen und diesen erklimmen sowie sich im Seilziehen mit den



Der Schutzpatron »Gambrinus« hält die schützende Hand über das Gauder Fest.



Die zahlreichen Brauchtums- und Volksgruppen sorgten für ein farbenfrohes Bild.

Gegnern messen. Den Sieg errang auch hier ein Team aus Salzburg, vor einem Schweizer und einem Südtiroler Trio.

Den Besuchern wurde beim Gauder Fest 2012 ein abwechslungsreiches und kurzweiliges Programm geboten. So wurden im Rahmen der großen Grauvieh-Bezirksschau die schönsten Tiere der Region prämiert und auch, ganz der Tradition verpflichtet, die vierbeinige „Miss Zillertal“ unter den teilnehmenden Tieren ermittelt. Handwerk stand am Gauder Markt im Mittelpunkt. Die Besucher erhielten Einblicke in die alten Kunstfertigkeiten verschiedener Zünfte und konnten deren Erzeugnisse auch vor Ort erstehen.

Gauder Bock und Gauder Steinbock

Der „Zillertal Bier Gauder Bock“ ist mit 7,8 Volumsprozent Österreichs stärkstes

Festbier und wird ausschließlich zu Gauder Festzeiten ausgeschenkt. Heuer erhielt die Bierspezialität aus Tirols ältester Privatbrauerei erstmals einen großen Bruder zur Seite gestellt: den „Zillertal Bier Gauder Steinbock“. Mit 10,4 Volumsprozent Alkohol und 22 Grad Stammwürze eine hochprozentiges Vergnügen, gebraut nach einem Originalrezept aus den 1920er-Jahre. Bereits im Herbst werden diese schön gereiften Starkbiere für das Gauder Fest in der ältesten Tiroler Privatbrauerei, Zillertal Bier, gebraut. Der „Gauder Bock“, der „Gauder Steinbock“ und Zillertal Bier sind daher seit jeher mit dem Gauder Fest verbunden. Die 500 Hektoliter eingebrauter „Gauder Bock“ sowie die 80 Hektoliter „Gauder Steinbock“ fanden auch in diesem Jahr reißenden Absatz unter den Festbesuchern. ■

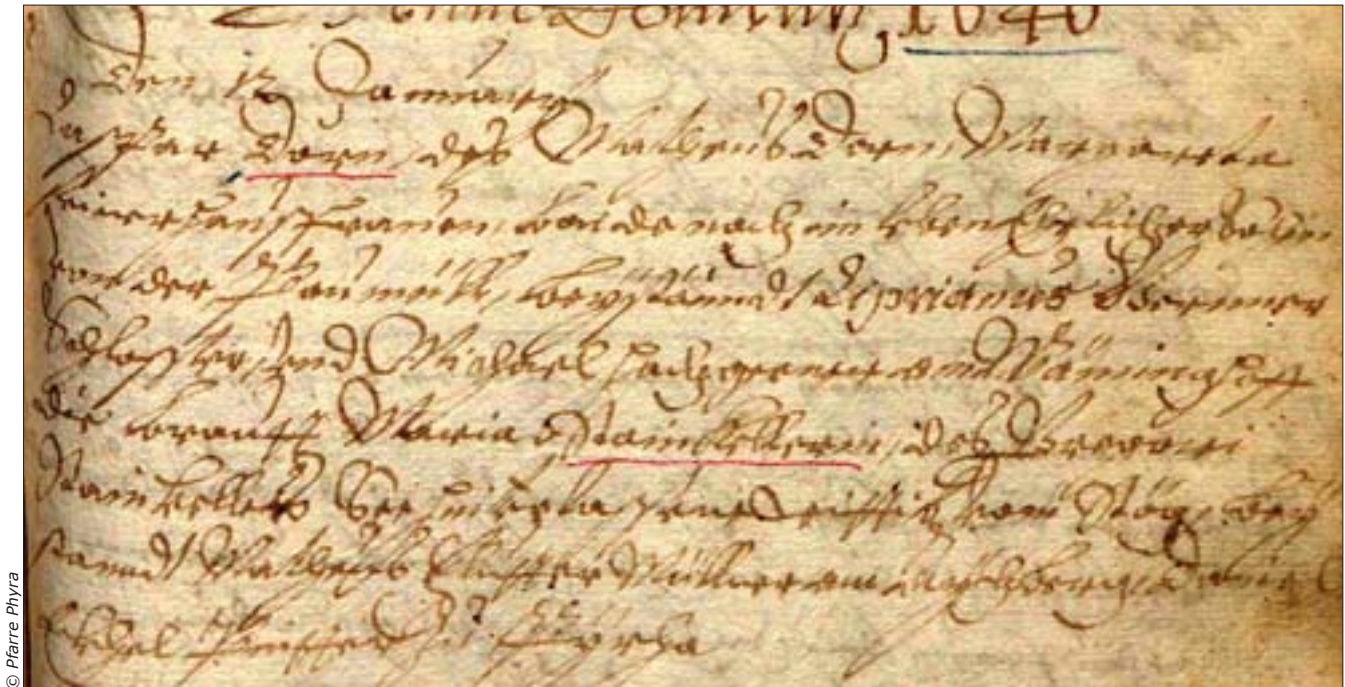
<http://www.gauderfest.at>

Ahnen- und Familienforschung

Der Verein »FAMILIA AUSTRIA« hat sich zum Ziel gesetzt, die Ahnen- und Familienforschung auf dem Gebiet der alten Habsburgermonarchie zu fördern, bestehende Initiativen auf diesem Gebiet zu vernetzen und ganz allgemein historisch-genealogisches Wissen zu erarbeiten und zu publizieren.

Teil 4: Die Kirchenmatriken (2)

Von Günter Ofner*)



Trauung des Caspar Dorn und der Maria Stainkellner im niederösterreichischen Phyr 1646

Im 3. Teil habe ich die einzelnen Arten von Matriken vorgestellt. Nun geht es darum, wo man die gesuchten Bücher auch findet. Das ist leider je nach Staat und Bundesland verschieden. Hier eine Übersicht für Österreich sowie seine Nachbarstaaten Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Italien.

1. Österreich

In Österreich hängt das von der Konfession und bei den Katholiken auch von der jeweiligen Diözese ab.

a) Burgenland

In der Diözese Eisenstadt liegen die kath. Matriken noch in den jeweiligen Pfarrämtern oder im Diözesanarchiv in Eisenstadt.

Einige Pfarren wurden auch schon digitalisiert und sollen ins Internet gestellt werden.

Die Zivilmatriken ab 1895 stehen bei Familysearch (Mormonen) im Internet:

<https://familysearch.org/search/image/index.html?i=341&cat=1452460&waypoints>

Im Staatsarchiv in Budapest (dt. Offenpest) gibt es Mikrofilme der kirchlichen Originalmatriken oder Zweitschriften

b) Kärnten

In der Diözese Gurk-Klagenfurt liegen die kath. Matriken noch in den jeweiligen Pfarrämtern, den Stiftsarchiven oder im Diözesanarchiv.

c) Niederösterreich

Niederösterreich ist zweigeteilt.

Der Osten (Weinviertel und Industrieviertel) gehört zur Erzdiözese Wien (Vikariat unter dem Manhartsberg sowie Vikariat unter dem Wienerwald), der Westen (Mostviertel und Waldviertel) bildet die Diözese St. Pölten. In der Diözese St. Pölten liegen die meisten kath. Matriken im Diözesanarchiv, einige in den Stiftsarchiven und manche noch in den Pfarrämtern.

In der Erzdiözese Wien liegen alle kath. Matriken noch in den Pfarrämtern, einige in den Stiftsarchiven. Der Großteil der kath. Matriken der Diözese St. Pölten steht bei Matricula im Internet, ebenso ein wachsender Teil des Weinviertels.

<http://www.matricula-online.eu>

d) Oberösterreich

In der Diözese Linz liegen die kath. Matriken noch in den jeweiligen Pfarrämtern.

Der Großteil der kath. Matriken (Matrikenbeginn bis ca. 1820) steht bei Matricula im Internet, ebenso 43 evangelische Pfarren.

<http://www.matricula-online.eu>

e) Salzburg

In der Diözese Salzburg liegen die kath. Matriken noch in den jeweiligen Pfarrämtern, manche auch im Diözesanarchiv. Dort gibt es auch Mikrofiches aller kath. Matriken.

f) Steiermark

In der Diözese Graz-Seckau liegen die kath. Matriken noch in den jeweiligen

*) Günter Ofner ist Präsident der FAMILIA AUSTRIA Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte mit Sitz in 1180 Wien.

Chronik

Pfarrämtern, den Stiftsarchiven oder im Diözesanarchiv.

Die Diözese ist dabei alle Matriken zu digitalisieren, ob sie auch ins Internet kommen, ist noch ungewiß.

g) Tirol

Auch Tirol ist zweigeteilt, das Zillertal und die Region Kufstein gehört zur Erzdiözese Salzburg, der übrige Landesteil zur Diözese Innsbruck.

In der Diözese Innsbruck liegen die kath. Matriken noch in den jeweiligen Pfarrämtern. Im Diözesanarchiv und im Landesarchiv Innsbruck gibt es Mikrofilme von Originalen und Zweitschriften.

h) Vorarlberg

In der Diözese Feldkirch liegen die kath. Matriken noch in den jeweiligen Pfarrämtern. Im Diözesanarchiv Feldkirch und im Landesarchiv Bregenz gibt es Mikrofilme der Originale.

Alle Originalmatriken stehen beim Landesarchiv im Internet.

http://www.vla.findbuch.net/php/main.php?ar_id=3711

i) Wien

Alle kath. Matriken liegen noch in den Pfarrämtern bzw. im Archiv des Schottenstiftes.

Die Matriken des Schottenstiftes steht bei Matricula im Internet.

<http://www.matricula-online.eu>

j) Zweitschriften

Die Zweitschriften der kath. Matriken liegen in den jeweiligen Diözesanarchiven.

Begonnen wurden sie in den Diözesen Wien und St. Pölten jeweils 1797, in Linz und Salzburg 1819, in Eisenstadt (Diözese ab 1960, auch die der Vorgängerdiozesen Raab (ung. Győr) und Steinamanger (Szombathely) 1821, in Feldkirch (Diözese ab 1968, auch die der Vorgängerbistümer Brixen bzw. Innsbruck) 1830, in Graz-Seckau Klagenfurt (auch des tw. Vorgängerbistums Leoben) 1835, in Innsbruck (Diözese ab 1964, auch des Vorgängerbistums Brixen) 1839, in Gurk-Klagenfurt (auch des tw. Vorgängerbistums Lavant) 1846.

Manche sind für Ahnenforscher zugänglich.

k) Evangelische Matriken

Die evangelischen Matriken (A.B. - lutherisch und H. B.-reformiert) liegen in den jeweiligen Pfarren, die Zweitschriften im Archiv der Evangelischen Superintendentur in Wien.

Familysearch (Mormonen) hat viele davon bereits ins Netz gestellt:

<https://familysearch.org/search/image/index?i=https://34/api.familysearch.org/records/collection/1391793/wapitons>

l) Jüdische Matriken

Die erhaltenen jüdischen Matriken liegen im Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Die Zweitschriften 1828-1938 im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Familysearch (Mormonen) hat viele davon bereits ins Netz gestellt:

<https://familysearch.org/search/image/index?i=https://34/api.familysearch.org/records/collection/2028320/wapitons>

m) Altkatholische Matriken

Die Matriken der Altkatholiken liegen im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

n) Militärmatriken

Die erhaltenen Militärmatriken liegen im Kriegsarchiv in Wien.

o) Zivilmatriken

Die erhaltenen Zivilmatriken ab 1870 liegen in den Archiven der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften bzw. der Magistrate der Statutarstädte.

Die Zivilmatriken des Burgenlandes ab 1895 liegen in den Standesämtern.

p) Kleine Kirchen

Die Matriken kleinerer christlicher Kirchen (Anglikaner, Methodisten, Adventisten usw.) liegen in den jeweiligen Pfarren.

Bei unserer FAMILIA AUSTRIA gibt es eine stets aktuelle Übersicht, was wo zu finden ist.

http://familia-austria.net/forschung/index.php?title=%C3%96STERREICH_Matriken_im_Netz

2. Tschechien

In Tschechien wurden die Kirchenmatriken und Matriken der israelitischen Kultusgemeinden 1948 verstaatlicht und in staatliche Archive gebracht.

Sie liegen heute in den Stadtarchiven von Prag (tsch. Praha), Pilsen (tsch. Plzeň, Leitmeritz (tsch. Litoměřice), Wittingau (tsch. Třebíč), Samrák (tsch. Zámbrk), Troppau (tsch. Opava), Olmütz (tsch. Olomouc) und Brünn (tsch. Brno), die der Stadt Prag im Stadtarchiv dort.

Sie sind zum Großteil bereits im Internet lesbar – gegliedert nach Staatsarchiven.

Bei unserer FAMILIA AUSTRIA gibt es eine stets aktuelle Übersicht, was wo zu finden ist.

http://familia-austria.net/forschung/index.php?title=TSSCHECHIEN_Matriken_im_Netz

Die jüdischen Matriken liegen im Nationalarchiv in Prag und stehen ebenfalls schon großteils im Internet

<http://www.badatelna.cz/fond/1073/?wicket:pageMapName=wicket-0>

Die jüngeren Kirchenbücher ab etwa 1900 liegen in den staatlichen Standesämtern, ebenso wie die Standesamtsbücher ab 1938/39.

3. Slowakei

In der Slowakei wurden die Kirchenmatriken und Matriken der israelitischen Kultusgemeinden 1948 verstaatlicht und in staatliche Archive gebracht.

Sie liegen heute in den Staatarchiven von Preßburg (slow. Bratislava), Neutra (slow. Nitra), Großbitsch bei Sillein (slow. Bytča bei Ľilina), Neusohl (slow. Banská Bystrica), Leutschau (slow. Levoca), Kaschau (slow. Košice) und Preschau/Eperies (slow. Prešov).

Sie sind zum Großteil bereits im Internet lesbar – gegliedert nach Konfessionen und Regionen bei Familysearch (Mormonen):

<https://familysearch.org/search/image/index?i=https://34/api.familysearch.org/records/collection/1554443/wapitons>

Mikrofilme der Zweitschriften liegen auch im Ungarischen Staatsarchiv in Budapest (dt. Ofenpest).

Ab 1895 gibt es zusätzlich staatliche Zivilmatriken, die in den Standesämtern zu finden sind.

Die jüngeren Kirchenbücher ab etwa 1900 liegen ebenfalls in den staatlichen Standesämtern.

Bei unserer FAMILIA AUSTRIA gibt es eine stets aktuelle Übersicht, was wo zu finden ist:

http://familia-austria.net/forschung/index.php?title=SLOWAKEI_Matriken_im_Netz

4. Ungarn

In Ungarn liegen die Originalmatriken noch in den jeweiligen Pfarren.

Die Zweitschriften ab 1821 liegen in den Archiven der Gespanschaften (Komitaten).

Im Staatsarchiv in Budapest (dt. Ofenpest) gibt es Mikrofilme der kirchlichen Originalmatriken oder Zweitschriften aus dem ganzen Staat – sowie aus vielen früher ungarischen Gebieten.

Die Mormonen haben die meisten dieser Filme ebenfalls – man kann sie in jeder Forschungsstelle weltweit gegen eine geringe Gebühr einsehen. Das gilt für alle Forscher, egal welcher Konfession sie angehören, sowie auch für Konfessionslose.

Die Zivilmatriken der Standesämter ab 1895 stehen bei Familysearch (Mormonen) im Internet:

<https://familysearch.org/search/image/index?i=https://34/api.familysearch.org/records/collection/1452460/wapitons>

Bei unserer FAMILIA AUSTRIA gibt es eine stets aktuelle Übersicht, was wo zu finden ist:

http://familia-austria.net/forschung/index.php?title=UNGARN_Matriken_im_Netz

5. Slowenien

Wie in der Tschechoslowakei wurden nach 1945 auch in Jugoslawien die Matriken vom kommunistischen Regime verstaatlicht.

Chronik

Deshalb liegen die jüngeren Kirchenbücher heute in den staatlichen Standesämtern, die älteren in den Diözesanarchiven von Laibach (slow. Ljubljana), Marburg an der Drau (Maribor) und Koper (ital. Capodistria, dt. Gafers) oder in den Pfarrämtern.

Die Erzdiözese Marburg ist derzeit dabei alle Matriken ihres Gebietes zu digitalisieren, ob sie auch ins Internet kommen ist noch ungewiß.

Die Zweitschriften ab 1835 liegen in den Diözesanarchiven von Laibach, Marburg und Koper, teilweise (aus historischen Gründen) auch in denen von Graz, Triest, (ital. Trieste, slow. Trst), Görz (ital. Gorizia, slow. Gorica) und Rijeka (ital. Fiume, slow. Reka, dt. St. Veit am Flaum).

Im Staatsarchiv in Budapest (dt. Ofenpest) gibt es Mikrofilme der kirchlichen Originalmatriken oder Zweitschriften des früher zu Ungarn gehörigen Übermurgebietes.

Im Übermurgebiet gab es, als damaliger Teil Ungarns, bereits ab 1895 Standesämter, in der Krain ab 1924, in der Untersteiermark und dem Küstenland ab 1938. Deren Bücher sind dort zu finden.

6. Italien

In Italien liegen die Originalmatriken noch in den jeweiligen Pfarren

Die Zweitschriften liegen in den Diözesanarchiven.

In manchen Landesarchiven, wie z.B. Bozen (ital. Bolzano) gibt es Mikrofilme der Originalmatriken, ebenso in manchen Diözesanarchiven, wie Trient (ital. Trento), Triest, und Görz.

Standesämter gibt es seit 1923/24.

Staatsübergreifend

Eine stets aktuelle Gesamtübersicht über Originalmatriken, Zweitschriften und Zivilmatriken aus allen Nachfolgestaaten der alten Monarchie gibt es bei unserer FAMILIA AUSTRIA: Matriken im Netz

http://familia-austria.net/forschung/index.php?title=Matriken_im_Netz
Gepflegt wird sie von Renate Fennes. Sollten Sie über Neuerungen „stolpern“, bitte um Nachricht an sie unter <mailto:forschung@familia-austria.at>

Eine weitere wichtige Übersicht bei FAMILIA AUSTRIA ist die der Matrikenverzeichnisse im Internet:

<http://familia-austria.net/forschung/index.php?title=Matrikenverzeichnisse>

Dort erfährt man, welche Pfarren zu welcher Diözese bzw. zu welchem Archiv gehören, wann in den einzelnen Pfarren die Matriken beginnen, bzw. welche Bücher vorhanden sind.

Die Genealogische Gesellschaft von Utah (Mormonen) hat viele Matriken verfilmt und auch bereits bei Familysearch ins Internet gestellt. Diese Filme sind in den Forschungsstellen für jeden Interessierten einsehbar

http://www.familysearch.org/Eng/Library/filmcatalog/supermainframeset.asp?display=localitysearch&columns=*,0,0

Originale im Internet

Weltweit

<https://www.familysearch.org/> (weltweit)

Kontinentaleuropa

<https://familysearch.org/search/collection/list#page=1®ion=EUROPE>

In der Deutschen Zentralstelle für Genealogie (DZfG) in Leipzig gibt es Kirchenbuchverfilmungen aus Westpreußen, Ostpreußen, Pommern, Posen und Schlesien bis 1875.

Neuere Unterlagen gibt es nur bei den Auslandsdeutschen (bis 1940, in Siebenbürgen bis 1944).

http://wiki-de.genealogy.net/Deutsche_Zentralstelle_f%ac3%ber_Genealogie

Matriken-Datenbanken

Natürlich gibt es auch Datenbanken im Internet, wo schon viele Pfarr- und andere Matriken ausgewertet wurden. Hier eine Auswahl:

FAMILIA AUSTRIA (Österreich-Ungarn)

http://www.familia-austria.at/projekte/matriken/hdb_abfrage.php

Macse (Ungarn)

<http://www.macse.org/society/cs fakbolbevezeto.php>

Trentinocultura (Südtirol)

http://www.trentinocultura.net/frame_ext.asp?IDLink=2276201

Friulinprin (Friaul)

<http://www.friulinprin.beniculturali.it/eng/WebAsud/>

Stammbaum-Datenbanken

gibt es bei

FAMILIA AUSTRIA (Österreich-Ungarn)

http://familia-austria.at/projekte/stammbaeume/stammbaeume_abfrage.php

Gedbas (Deutschland)

<http://gedbas.genealogy.net/>

Familysearch (Mormonen, weltweit)

http://www.familysearch.org/eng/search/frameet_search.asp?PAGE=eng/search/ancestorssearchresults.asp

Diese Artikelserie soll keine Einbahnstraße sein. Schreiben Sie mir Ihre Fragen und Probleme und ich will versuchen, diese dann in späteren Folgen zu beantworten.

siehe hier >

Die Serie hat mit „Genealogie damals und heute“ in der Ausgabe 105 vom 5. März 2012 begonnen.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_105.htm

In der Ausgabe 106 vom 4. April 2012 lesen Sie über „Die ersten Schritte“.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_106.htm

In der Ausgabe 107 vom 3. Mai 2012 lesen Sie über „Die Kirchenmatriken“ (Teil 1).

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_107.htm

Familia Austria

Der 2008 gegründete ehrenamtliche wissenschaftliche Verein Familia Austria Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte (ZVR-Zahl: 42788 6617) hat sich zum Ziel gesetzt, die Ahnen- und Familienforschung auf dem Gebiet der alten Habsburgermonarchie zu fördern, bestehende Initiativen auf diesem Gebiet zu vernetzen und ganz allgemein historisch-genealogisches Wissen zu erarbeiten und zu publizieren.

Wir beschäftigen uns mit dem gesamten Spektrum der genealogischen Wissenspalette, von der Familienforschung über die Geschichte bis zur Geographie (Erdkunde), Landeskunde, Heimatkunde usw. Vor allem aber sind wir dabei, mit vereinten Kräften große Datenbanken aufzubauen und für Benutzer über das Netz zugänglich zu machen. Damit sollen auch Familienforscher, die nicht im Bereich des alten Österreich wohnen, die Chance haben hier zu forschen.

Familia Austria sieht sich sowohl als Service-, wie als Forschungseinrichtung.

Details zu den Zielen

http://www.familia-austria.at/ziele_fa.php

Derzeit hat der Verein bereits etwa 500 Mitglieder und Mitarbeiter in der ganzen Welt. Er ist ehrenamtlich und gemeinnützig organisiert, nicht auf Gewinn ausgerichtet, von keiner Firma abhängig und Mitglied im Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs (VWGÖ)

<http://www.vwgoe.at>

Hunderte kostenlose Forschungsseiten und die Datenbanken des Vereins finden Sie hier:

<http://familia-austria.net/forschung>

Fragen & Auskünfte

Egal ob Sie Anfänger sind oder schon jahrzehntelang forschen, immer wieder ergeben sich Fragen und Probleme. Ich lade Sie ein, mir diese Fragen zu schicken und will versuchen, Ihnen im Rahmen dieser Artikelserie Antworten oder zumindest Hilfestellung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Ofner

Präsident von Familia Austria
Österreichische Gesellschaft für
Genealogie und Geschichte
Gentzgasse 59/9

A-1180 Wien

Telefon.: ++43 / (0)1 / 478 01 70

guenter.ofner@chello.at

»Goldener Kochlöffel«

Oö. Schulküchen mit ausgezeichnet - Bewußtsein für Frische, Qualität und Regionalität in Oberösterreich stärken

Nur durch die Gemeinschaftsküche haben viele Kinder ein regelmäßiges warmes Mittagessen. Die Kinder lernen bereits früh, den wertvollen Umgang mit Lebensmitteln. Darum spielt in den Schulküchen die Begeisterung für gesunde qualitätsvolle Nahrungsmittel eine so große Rolle. Die Schulküchen in Oberösterreich übernehmen dabei eine wichtige Vorbildwirkung und sensibilisieren die Kinder und Jugendlichen sehr früh für regelmäßiges, gesundes und nahrhaftes Essen. Darum ist die Qualität der Nahrungsmittel so wichtig“, sagen Landeshauptmann Josef Pühringer und Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger zum zweiten Wettbewerb „Beste Schulküche“ Oberösterreichs, der gemeinsam von „Gesundheitsland OÖ“ und „Genussland OÖ“ verliehen wird.

„Mit dem Wettbewerb wollen wir die bereits erreichte Sensibilisierung in diesem Bereich weiter forcieren“, so Pühringer und Hiegelsberger unisono und erinnern an zahlreiche Aktionen und Projekte für eine gesunde und regionale Ernährung in Oberösterreich.

Im Mittelpunkt des neuen Qualitätsbewußtseins in Oberösterreich stehen die Küchenverantwortlichen, die täglich Kindergartenkinder, SchülerInnen sowie Hortkinder mit einem Mittagessen versorgen. „Letztendlich sollen mit der Aktion ‚Beste Schulküche‘ und der Prämierung mit dem ‚Goldenen Kochlöffel‘ die Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Köchinnen und Köche in den heimischen Schulküchen für die Wichtigkeit gesunder, regionaler Lebensmittel sensibilisiert werden“, betont Hiegelsberger.

Eingeladen am Wettbewerb teilzunehmen waren alle Küchen der Horte, Kindergärten und Pflichtschulen in Oberösterreich. „Mit der Auszeichnung werden jene Schulküchen vor den Vorhang geholt, die ein abwechslungsreiches, ausgewogenes und an den Bedarf von Kindern angepasstes Essen zubereiten und anbieten. Denn Kinder sind von Anfang an Persönlichkeiten, die auch beim Essen ihre Vorlieben und Abneigungen haben“, erklären Pühringer und Hiegelsberger.

„Eine ausgewogene Ernährung ist für das Wohlbefinden und für die Gesundheit unse-



Foto: Land OÖ

Oberösterreich-Kochbuchautorin und Wirtin Ingrid Pernkopf hat bei der Preisverleihung für die Köch/innen aufgeköcht. v.l. Ingrid Pernkopf, Erstplatzierte Theresia Koch und Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

rer Jüngsten von großer Bedeutung. Auch eine positive Wandlung der Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit hat oftmals mit einer ausgewogenen und hochwertigen Ernährung zu tun. Dem muß der Mittagstisch in den Horten, Kindergärten und Schulen auch Rechnung tragen – gesundheitsbewußt und kindgerecht. Sie brauchen Nährstoffe und Energie, um gesund zu bleiben, zu wachsen und sich zu entwickeln“, so der Landeshauptmann.

„Das Eßverhalten wird uns im Kindesalter aneignet. Umso wichtiger ist es, die Kinder und Jugendlichen früh für regelmäßiges, gesundes und nahrhaftes Essen zu sensibilisieren“, so der Landeshauptmann und der Agrar-Landesrat weiter.

Von Kindesbeinen an: bewußt kochen und essen

56 von oberösterreichweit rund 250 Küchen haben sich am Wettbewerb beteiligt und Fragebögen sowie Speisepläne eingereicht. Dies zeigt, daß viele KüchenleiterInnen bemüht sind, gesund und vielseitig mit regional hergestellten und saisonalen Lebensmitteln Kinder und Jugendliche in der Gemeinschaftsverpflegung zu versorgen. Ausgezeichnet werden jene Schul- bzw. Kindergartenküchen, die am bestmöglich-

sten und ideenreichsten regionale und saisonale Produkte auswählen und zubereiten.

„Im Sinne der gesunden Ernährung und des Umweltschutzes ist die Einbindung von Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung und Biobetrieben ein wesentlicher Faktor. Saisonal eingesetzte heimische Lebensmittel sind nicht nur gesund, sondern schaffen auch Wertschöpfung für die Region“, so der Landeshauptmann und der Landesrat. „Wir wissen, dass eine regionale Küche nicht automatisch teurer sein muß – dafür wollen wir werben und sensibilisieren!“

Die Sieger werden mit dem „Goldenen Kochlöffel“ ausgezeichnet und erhalten Lebensmittelgutscheine von „Genussland“-Partnern aus der jeweiligen Region.

Die Preisträger

1. Platz: Bad Kreuzen
Köchin: Theresia Koch
2. Platz: Windischgarsten
Köchin: Maria Mayr
3. Platz: Eberstalzell
Köchin: Anna Weiermair

Eine fachkundige Jury hat die Sieger-Schulküchen anhand der ausgefüllten Fragebögen und Speisepläne ausgewählt.

<http://www.gesundes-oberoesterreich.at>
<http://www.genussland.at>

Feinschmeckerin des Jahres

Der von Underberg und Gault Millau vergebene Titel ging 2012 an die TV-Köchin und Top-Gastronomin Sarah Wiener.

Unter der Patronanz des Kräuter-Digestifs Underberg und auf Vorschlag von Gault Millau wurde am 4. Mai bereits zum 26. Mal die Auszeichnung „Feinschmecker des Jahres“ vergeben. Mit diesem Titel darf sich die TV-Köchin Sarah Wiener schmücken. Im Rahmen eines Gala-Diners im Restaurant Steirereck nahm die gebürtige Wienerin die Auszeichnung von Familie Underberg und dem Ehepaar Hohenlohe entgegen.

In der Laudatio – gehalten von Schauspieler Tobias Moretti – wurden Wieners Verdienste um die Verbreitung von Spaß am Kochen und der Lust an gesundem Essen hervorgehoben. Sie hat neben ihren erfolgreichen Gastronomiebetrieben in Deutschland vor allem mit erfolgreichen Fernsehauftritten und Magazinkolumnen viel für das Bewußtsein und die Verbreitung von gutem und gesundem Essen geleistet. Die leidenschaftliche Köchin verwendet Zutaten aus saisonalem und regionalem Anbau sowie Fleisch und Fisch aus artgerechter Zucht. Ende November 2007 wurde die Sarah Wiener Stiftung „Für gesunde Kinder und was Vernünftiges zu essen“ ins Leben gerufen. Ziel der Stiftung ist es, Kindern und Jugendlichen Appetit auf gesunde Ernährung zu machen und ihnen zu zeigen wie einfach, gut und vielseitig diese sein kann. Auch das Gala-Diner stand heuer neben dem lukullischen Genuß im Zeichen eines sozialen Gedankens.

Die Feinschmecker des Jahres haben seit vielen Jahren guten Geschmack bewiesen. In diesem Jahr wurden die „Geschmacksensorien“ erweitert und gemeinsam mit Pater Georg Sporschill SJ dachten die Gäste des Gala-Diners beim Verkosten an jene, die das Brot für die Kinder in dem Projekt von Pater Georg Sporschill „Concordia Stadt der Kinder“ in Rumänien backen. Jugendliche, die einmal auf der Straße waren, haben bei Concordia eine Familie gefunden. Die Unterstützung der Berufsschule für die Bäckerlehrlinge soll diesen Kindern auf ihrem Weg in die Selbständigkeit helfen. „Es entspricht unserer unternehmerischen Verantwortung und unserer christlichen Weltanschauung, diese Veranstaltung auch für die Unterstützung eines sozialen Projektes zu nutzen. Wenn wir im Steirereck die hohe Kochkunst



Foto: Schlumberger / Markus Wache

v.l.: Ehepaar Martina und Karl Hohenlohe, »Feinschmeckerin des Jahres 2012« Sarah Wiener, Gastgeberin Christiane Underberg, die Mutter von Sarah Wiener, Lore Heuermann, und Hubertine Underberg-Ruder.

genießen dürfen, dann wollen wir zumindest einen kleinen Beitrag für die Kinder des Concordia Projekts von Pater Sporschill leisten“, begründet Gastgeberin Christiane Underberg die Spendenaktion.

Unter den Gästen und Spendern waren neben Sarah Wiener und Tobias Moretti auch die Nationalratsabgeordneten Maria Rauch-Kallat und Ferry Maier, Sacher-Chefin Elisabeth Gürtler, Raiffeisen-Generalanwalt Christian Konrad, Staatsoperndirektor Dominique Meyer, Casino-Boß Karl Stoss, Schlumberger-Vorstand Eduard Kranebitter sowie die Gault Millau-Herausgeber Karl und Martina Hohenlohe. Die gastgebende Unternehmerfamilie war durch Christiane Underberg und Hubertine Underberg-Ruder vertreten.

Die Auszeichnung „Feinschmecker des Jahres“ wird bereits seit 26 Jahren an Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben (Kultur, Politik, Wirtschaft) für deren besondere Verdienste um Österreichs Kultur in erster Linie in Küche und Keller vergeben. „Die Kür zum ‚Feinschmecker des Jahres‘ ist uns ein besonderes Anliegen, da wir damit Persönlichkeiten in den Mittelpunkt

rücken, die sich in den Dienst des guten Geschmacks stellen. Erfreulich ist heuer, daß es nicht nur um gutes Essen und Trinken, sondern ab sofort auch um gute Taten geht“, betont Martina Hohenlohe, Chefredakteurin und Herausgeberin des Gault Millau.

Underberg, Österreich und Wiener

Sarah Wiener durfte sich nicht nur über die Auszeichnung freuen, sondern auch über ein kleines Geschenk des Gastgebers: ein graviertes Underberg-Mobil „für eine erfolgreiche Frau, die im Dienste des guten Geschmacks in ganz Europa unterwegs ist“, wie Christiane Underberg bei der Geschenkübergabe mit einem Augenzwinkern unterstrich.

Der Abend im Steirereck stand ganz im Zeichen bester österreichischer Küche. Es wurden typische Spezialitäten aus den Regionen passend zur Jahreszeit wie beispielsweise grüner Spargel oder Maibock serviert – und als Abschluß wurde mit dem weltbekannten Underberg Kräuter-Digestif angestoßen. ■

<http://www.schlumberger.at>

<http://www.gaultmillau.at>

Landeshauptleute geehrt

Landeshauptleute Durnwalder, Häupl, Pröll und Sausgruber mit
»Großem Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich« ausgezeichnet



Foto: Land OÖ / Cerpjak

Landeshauptmann Josef Pühringer (2. Reihe rechts) mit den geehrten Landeshauptleuten sowie Ehrengästen

Mit dem „Großen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich“ wurden am 22. Mai Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder, der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Häupl, Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll sowie der ehemalige Landeshauptmann von Vorarlberg, Herbert Sausgruber, von ihrem oberösterreichischen Kollegen, Josef Pühringer, ausgezeichnet.

In seiner Laudatio für Landeshauptmann Durnwalder würdigte Pühringer dessen Förderung der engen Beziehungen zwischen Südtirol und Oberösterreich. Neben dem regelmäßigen Austausch auf politischer Ebene gibt es zwischen beiden Ländern auch eine enge Zusammenarbeit der Cluster, wie etwa im Bereich Möbel-Holzbau oder Gesundheit, intensiven Kulturaustausch und Jugendkontakte. Pühringer verwies aber auch auf die Zusammenarbeit zwischen Südtirol und Oberösterreich auf europäischer Ebene wie etwa im Netzwerk der gentechnikfreien Regionen oder bei der Initiative zur Stärkung der deutschen Sprache auf EU-Ebene.

In seiner Laudatio für den Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Häupl verwies Pühringer darauf, daß dieser als Bür-

germeister der zweitgrößten Stadt Oberösterreichs vorstehe: Nicht weniger als 70.000 Menschen mit oberösterreichischen Wurzeln leben und arbeiten heute in Wien – darunter viele StudentInnen.

Pühringer würdigte aber auch die Arbeit Häupls als Präsident des Städtebundes. Durch seine Personalunion als Landeshauptmann und Präsident des Städtebundes wurden viele Lösungen in diesem Bereich vom Finanzausgleich bis zur Krankenanstaltenfinanzierung auf den Weg gebracht. „Auch die Städte und Gemeinden Oberösterreichs profitieren von seinen Verhandlungsergebnissen und haben in ihm einen verlässlichen Partner.“

In seiner Laudatio für Landeshauptmann Pröll stellte Pühringer die gute Nachbarschaft zwischen Nieder- und Oberösterreich in den Mittelpunkt. Aus dieser guten Nachbarschaft ergeben sich eine Reihe von Berührungspunkten, etwa durch den Ennshafen – für beide Länder ein wichtiges Tor zur Welt. Der Ennshafen verbindet auf beiden Seiten der Enns heute Wasser, Schiene und Straße und ist damit eine Exportdrehscheibe für beide Bundesländer.

Nieder- und Oberösterreich arbeiten auch seit vielen Jahren im Bereich der Verwaltung

eng zusammen. Etwa mit einem gemeinsamen Großrechner oder durch Kooperationen bei der Beschaffung. Nicht nur in der Wirtschaft und Verwaltung sondern auch in der Kultur gibt es gute Kontakte zwischen Nieder- und Oberösterreich. Pühringer nannte in diesem Zusammenhang das Ausstellungsprojekt „Leben im Vierkanter“ im Stift Seitenstetten und im Sumerauerhof in St. Florian oder die Ausstellung „Donau – Fluch und Segen“ in Ardagger und Enns.

Dem ehemaligen Vorarlberger Landeshauptmann Herbert Sausgruber dankte Pühringer für seine Leistungen als Verhandler für die Interessen der Länder, womit „nicht nur Vorarlberg sondern jedes österreichische Bundesland Herbert Sausgruber vieles verdankt. Egal ob Finanzausgleich oder andere Bund-Länder-Verhandlungen – Sausgruber trat immer mit Sachverstand, Kenntnisreichtum und der notwendigen Beharrlichkeit für die Interessen der Länder ein.“ Pühringer dankte Sausgruber aber auch für seine Funktion als „guter Schutzherr für die vielen Oberösterreicher in Vorarlberg“. Der 1983 (wieder-)gegründete Verein der Oberösterreicher in Vorarlberg wird im nächsten Jahr sein 30jähriges Jubiläum feiern. ■

Verdienste um die Stadt Wien

Jürgen Habermas, Thomas Haffner und Hiroo Okabe im Wiener Rathaus ausgezeichnet

Dem international renommierten Philosophen und Soziologen Univ.-Prof. Jürgen Habermas wurde am 23. Mai im Wiener Rathaus der Ehrenpreis des Viktor Frankl-Fonds für sinnorientierte humanistische Psychotherapie und der „Erwin-Chargaff-Preis für Ethik und Wissenschaft im Dialog“ überreicht. Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny würdigte Habermas als „innovativsten, produktivsten und nachhaltig wirksamsten Denker unserer Zeit. Habermas hat zu den Themen der Zeit immer Stellung bezogen. Ganz gleich ob es sich um den Historikerstreit, den Kosovo, die EU oder Positionen zur Gentechnologie handelt.“

In seinen Begrüßungsworten erinnerte sich Wiens Kulturstadtrat auch an den Einfluß, den Habermas in seiner Studentenzeit ausübte: „Wir wollten damals nichts weniger als die uns umgebende Welt zu verstehen. Dabei halfen uns die Werke Habermas'. Meine Generation verdankt ihm die Grundlagen für ein kritisches Weltbild. Dadurch hat er uns kritikfähiger und die Gesellschaft lernfähiger gemacht“, so Mailath.

Univ.-Prof. Hubert Christian Ehalt bezeichnete Habermas in seiner Laudatio als „umfassend gebildeten, originellen Gesellschaftsdenker, dessen Werke eine gleichermaßen große Wirkung in der akademischen Welt und in die Öffentlichkeit haben“. Ehalt unterstrich vor allem Habermas' Einsatz für eine kritische europäische Öffentlichkeit. Seit den 70er Jahren sei Jürgen Habermas für die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften „eine unabdingbare Sozialisierungsinstanz“.

Habermas zeigte sich bei der Verleihung sichtlich bewegt: „Es bedarf eines starken Ichs, um bei so viel Lobrede einen kühlen Kopf zu bewahren. Es macht mich beklommen, im Namen von Viktor Frankl, der ein Todeslager überlebt hat, und im Namen von Erwin Chargaff, der 1933 als Jude Berlin verlassen mußte und dessen Mutter in Treblinka ermordet wurde, Auszeichnungen entgegenzunehmen.“ Wien tue gut daran, das Andenken an diese prägenden Wissenschaftler zu bewahren.

Zwei Mal Gold

„Zwei Persönlichkeiten, die sich dem Wiener Klang und der Wiener Kreativität



Foto: Rudolf Handl

Wissenschaftsstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (l.) und Uni-Wien Rektor Hein Engl (r.) bei der Überreichung der Preise an Jürgen Habermas



Foto: Anton Weber / media wien

Hiroo Okabe, Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny und Thomas Haffner (v.l.) bei der Verleihung der Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien

widmen“, wurden am 30. Mai im Wiener Rathaus von Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny ausgezeichnet: Thomas Haffner, Patentanwalt und Mäzen, sowie Hiroo Okabe, Manager und Vorstandsmitglied des Yamaha-Konzerns, erhielten das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

„Hiroo Okabe ist für die Überführung der Firma Bösendorfer in den Yamaha-Konzern und damit in eine sichere und gute Zukunft verantwortlich. Thomas Haffner hat mit dem

„Brick-5“ einen kulturellen Hotspot und mit dem Umbau der ehemaligen Turnhalle in der Herklotzgasse einen Bereich des würdigen Gedenkens geschaffen“, betonte Mailath-Pokorny im Rahmen der Feierstunde.

Thomas Haffner wurde 1946 in Wien geboren. Er studierte Chemie und Physik an der philosophischen Fakultät der Universität Wien. Heute ist Haffner Patentanwalt, Allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für das Patentwesen

Personalia

sowie Laienrichter am Oberlandesgericht Wien.

Thomas Haffner engagiert sich im „Brick-5“, Verein zur Förderung der medialen Kunst und Technik, im 15. Wiener Gemeindebezirk. Der Verein verfügt über zwei Ausstellungsräume und es sind dort „Salon-5“, „Medup“, „basis wien“ und „Die 8“ angesiedelt. Der „Salon-5“ ist das Konzept einer Gruppe renommierter Theater-schaffender um die Regisseurin und Autorin Anna Maria Krassnigg. „Medup“ (Medical Update) ist ein von Jungärzten gegründeter

Verein zur Förderung medizinischer Aus- und Weiterbildung.

Die „basis wien“ ist Dokumentationszentrum, Archiv und umfangreichste Datenbank zu zeitgenössischer Kunst in und aus Österreich, im nationalen sowie internationalen Kontext. „Die 8 Werbegroup International“ versteht sich als eine Kommunikations-Fullserviceagentur, ein Spezialistennetzwerk mit schlanken Strukturen und Synergien. Haffners Initiative ist es auch zu verdanken, daß das Haus Herklotzgasse 21 revitalisiert wurde und damit die ehemalige Turnhalle

des Maccabi Turnvereins vor dem Verfall gerettet werden konnte. Heute ist dieses Haus Ausgangspunkt und Namensgeber des Projektes „Herklotzgasse 21 und die jüdischen Räume in einem Wiener Grätzl“.

Hiroo Okabe wurde 1951 in Hitachi-City, Ibaraki-Prefecture, Japan, geboren. Er studierte an der Universität in Tokyo Maschinenteknik und schloß dieses Studium 1974 ab. 1974 trat er in den Yamaha-Konzern ein, dem er seit fast 40 Jahren als hochrangiger Manager und mittlerweile auch als eines der Vorstandsmitglieder angehört. ■

Harnoncourt-Unverzagt geehrt

Am 16. Mai haben die Landeshauptleute Franz Voves und Hermann Schützenhöfer in der Aula der Alten Universität in Graz den Ehrenring des Landes Steiermark an Franz Harnoncourt-Unverzagt verliehen. Unter den vielen Ehrengästen haben sich unter anderen auch Bischof Egon Kapellari, Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser und Caritas-Präsident Franz Küberl zu diesem Festakt eingefunden. Der Vorstand der Grazer Wechselseitigen Versicherung, Othmar Ederer hatte zur Feier geladen und sprach in seinen Grußworten von einem „Dank- und Abschiedsfest“ für den scheidenden Präsidenten des Aufsichtsrates, Franz Harnoncourt-Unverzagt.

Landeshauptmann Franz Voves dankte in seiner Rede dem Geehrten: „Präsident Harnoncourt ist einer der größten Steirer – er hat unermüdliche Leistungen und Verdienste zum Wohle unseres Landes erbracht. In seinem Handeln steht immer der Mensch im Mittelpunkt.“ Dieses Eintreten für soziale Zusammenarbeit sei sowohl den Unternehmen als auch den Kunden, aber insbesondere immer den Mitarbeitern zugute gekommen.

Heutzutage seien die Mitglieder der Familie Harnoncourt nicht mehr aus dem öffentlichen Leben der Steiermark und Österreichs wegzudenken – sie haben sich in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Theologie große und berühmte Namen gemacht. Neben seinem Bruder Nikolaus überreicht die steirische Heimat mit Präsident Franz Harnoncourt-Unverzagt nunmehr die höchste sichtbare Ehren-Bezeugung an ein weiteres Mitglied der bekannten Dynastie.

Landeshauptfrau a. D. Waltraud Klasnic hielt eine Laudatio auf Harnoncourt und gratulierte ihm dabei zu seinem Lebenswerk und dankte für seinen Lebensweg: „Franz ist



Foto: Land Steiermark/Wolff

LH Franz Voves, Franz Harnoncourt-Unverzagt und LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer (v.l.) bei der Überreichung des Ehrenringes in Graz

nicht nur der Ururgroßenkel von Erzherzog Johann sondern er führt und entwickelt sein Erbe auch weiter und versucht in dessen Fußstapfen zu treten.“ Der steirische Prinz wäre demnach heute stolz auf seinen Nachfahren.

Harnoncourt war 30 Jahre lang im traditionellen Grazer Kaufhaus „Kastner & Öhler“ tätig, arbeitete sich vom Verkäufer und Lagerarbeiter über alle Führungsebenen bis in die Direktion hinauf und wurde in dieser Zeit immer wieder mit speziellen Aufgaben betraut, so etwa mit der Neu-Errichtung des Post-Versandes in Graz-Puntigam. Als Nachkomme Erzherzog Johanns, sowie auf Grund seiner umfassenden kaufmännischen Erfahrung war Harnoncourt schließlich prädestiniert für die Funktion des Auf-

sichtsratspräsidenten der „Grazer Wechselseitigen Versicherung“. Diesem Gremium ist er seit 1984 vorgestanden und verläßt es nun.

Franz Harnoncourt-Unverzagt selbst hob in seinen Dankesworten hervor, daß es ihm nicht leicht falle nun den Hut zu nehmen: „In so vielen schönen Jahren sind mir so viele Menschen im Unternehmen ans Herz gewachsen.“ Auch in seiner Familie hatte und hat der sechsfache Vater und 14fache Großvater ein klares Ziel: „Ich will allen meinen Kindern und Enkelkindern immer ein Beispiel von Anstand geben.“ Für den Ehrenring des Landes Steiermark bedankte sich Harnoncourt abschließend, fügte aber hinzu: „Das ist auch ein Rucksack für mich. Ich werde versuchen dieser Wertschätzung und Ehre auch gerecht zu werden!“ ■

JKU unter den 100 besten jungen Unis der Welt

Forschungs-Landesrätin Doris Hummer: »Bund muß die Qualitätsoffensive der JKU unterstützen und eine bedarfsgerechte Finanzierung sicherstellen!«

Die Johannes Kepler Universität (JKU) Linz ist der Youngster unter Österreichs Hochschulen. Und doch hat sich die JKU in nur 50 Jahren einen Platz in der wissenschaftlichen Landschaft gemacht – weltweit! Das bestätigt nun auch ein Rating der renommierten britischen Zeitung „Times“. Im „Times Higher Education 100 Under 50“ der besten jungen Universitäten ist die JKU auf Rang 41 gelistet.

Dieses „Times“-Rating richtet den Blick nicht auf die alten Universitäten, die herkömmliche Ratings schon aus Tradition dominieren, sondern hat sich gezielt auf jene Einrichtungen konzentriert, die in kürzester Zeit neue Strukturen aufgebaut und durch Einsatz und Innovationsgeist binnen weniger Jahrzehnte zu den alten Universitäten aufgeschlossen haben. Unter allen Universitäten, die weltweit erst in den letzten 50 Jahren aufgebaut wurden, darf sich die JKU über den 41. Platz freuen. „Eine Bestätigung der Arbeit, die mit so viel Hingabe in Oberösterreich und Linz geleistet wird“, freut sich die JKU-Vizerektorin für Forschung, Prof. Gabriele Kotsis, über das Ergebnis.

Internationale Anerkennung

Dabei ist es gerade für neue Bildungs- und Forschungseinrichtungen oft schwer, Fußzufassen. „Immerhin hat die JKU 6,11 Prozent der Studierenden und 4,97 Prozent des wissenschaftlichen Personals. Dennoch bekommt unsere Universität nur 4,13 Prozent der Finanzmittel des österreichischen Hochschulbudgets. Das zeigt, daß wir nach wie vor etwas stiefmütterlich behandelt werden.“ Um diesen Mißstand zu beheben, laufen derzeit die Verhandlungen über die neue Leistungsvereinbarung mit dem Bund. „Internationale Anerkennung wie dieses Rating, aber auch die vielen Preise und Auszeichnungen, die unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhalten, zeigen deutlich, wie stark die JKU bereits als Schrittmacher für Innovation und Fortschritt etabliert ist. Wer auf einer solchen Liste auf Rang 41 landet, dessen hervorragender Ruf ist schon weit über die Landesgrenzen hinaus gedrungen“, betont Kotsis. Eines ist sicher: „Dieses



Foto: JKU

»Eine Bestätigung der Arbeit, die mit so viel Hingabe in Oberösterreich und Linz geleistet wird«, freut sich die JKU-Vizerektorin für Forschung, Prof. Gabriele Kotsis.



Foto: Land OÖ / Andreas Hroß

Forschungs-Landesrätin Doris Hummer: »Bund muß die Qualitätsoffensive der JKU unterstützen und eine bedarfsgerechte Finanzierung sicherstellen!«

tolle Ergebnis motiviert uns zusätzlich, weiterhin mit aller Kraft an der Entwicklung unserer Universität zu arbeiten. Gemeinsam haben wir schon viel erreicht, und mit dem geplanten Ausbau der Exzellenschwerpunkte wird die JKU auch in Zukunft ihren Platz in der weltweiten Forschung einnehmen.“

Hummer: Auch international vorne mit dabei

„Das ist eine sehr gute Platzierung, die unterstreicht, wie qualitativ Forschung und Lehre an unserer JKU ausgerichtet sind. Es zeigt auch, daß wir international vorne dabei sind“, freut sich Forschungs- und Bildungs-Landesrätin Doris Hummer.

Wissenschaft, Technik und Bildung



Foto: JKU

Die Johannes Kepler Universität in Linz zählt zu den jüngeren Universitäten in Österreich – und zu den besten der Welt.

„Mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung, kann die JKU ihre Qualitätsoffensive fortsetzen und in künftigen Rankings noch weiter vorne mitspielen“, sagt Hummer in Hinblick auf die derzeit mit dem Bund laufende Leistungsvereinbarung für die Jahre 2013 bis 2015. Die JKU strebt darin eine Erhöhung der Bundesmittel an um ihre Exzellenzschwerpunkte ausbauen zu können. Das erklärte Ziel ist 385 Millionen Euro zu erhalten. Das entspricht knapp sechs Prozent des Gesamtbudgets der österreichischen Universitäten, wobei die JKU über sechs Prozent der Studierenden ausbildet.

Die Top-Platzierung ist ein starkes Signal mit einer klaren Botschaft an das zuständige Wissenschaftsministerium, die Verteilungsschlüssel bei der Uni-Finanzierung neu zu überdenken und die JKU finanziell gerechter auszustatten. Denn Oberösterreich ist zwar Spitzenreiter bei der Wirtschaftsleistung, bei der Zuteilung von Bundesmitteln im Bildungsbereich aber weit abgeschlagen.

„Ich bin überzeugt, daß sich diese Top-Platzierung und die ausgezeichnete Forschungs- und Lehrtätigkeit an der JKU positiv auf das Ergebnis der Leistungsvereinbarung auswirken wird“, so die Landesrätin.

Unterstützt wird Hummer von der JKU-Offensive: In dieser Plattform haben sich alle maßgeblichen Kräfte wie Wirtschaft, Industrie oder Sozialpartner in OÖ zusammengeschlossen, um die JKU auf Bundes-

ebene zu unterstützen. Alle Interessierten können die JKU-Offensive mit einem Eintrag auf <http://www.ooe2010plus.at/plattform> unterstützen.

Eine junge Universität der anderen Art

Die JKU in Linz zählt zu den jüngeren Universitäten in Österreich. 1966 nahm sie als „Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“ mit einer Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät den Betrieb in Lehre und Forschung mit ca. 600 Studierenden auf. 1969 konstituierte sich die Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät und 1975 folgte die Konstituierung der rechtswissenschaftlichen Fächer als eigene Rechtswissenschaftliche Fakultät. Zugleich erfolgte die Umbenennung der Hochschule in Johannes Kepler Universität in Erinnerung an den weltberühmten Mathematiker und Astronomen Johannes Kepler.

Neu war für Österreich das Konzept einer „Campus-Universität“ am nordöstlichen Stadtrand der Landeshauptstadt Linz. Der Campus beherbergt gegenwärtig mehr als 18.000 Studierende und 2500 MitarbeiterInnen. Insgesamt werden derzeit an der JKU 59 Bachelor-, Master- und Doktoratsstudien an 118 Instituten angeboten. Kooperationen mit mehr als 250 Partneruniversitäten in über 50 Ländern unterstreichen den hohen Anspruch einer zukunftsorientierten und internationalen Universität.

Die JKU stellte von Anbeginn an eine Universität neuen Typus dar, in der eine enge interdisziplinäre Verknüpfung wirtschafts-, sozial-, rechts-, naturwissenschaftlicher und technischer Fächer sowie eine klare Orientierung auf aktuelle Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft geplant war. Heute ist die JKU nicht nur in der Grundlagenforschung, sondern auch in der anwendungsorientierten Forschung die größte Forschungsstätte des Bundeslandes.

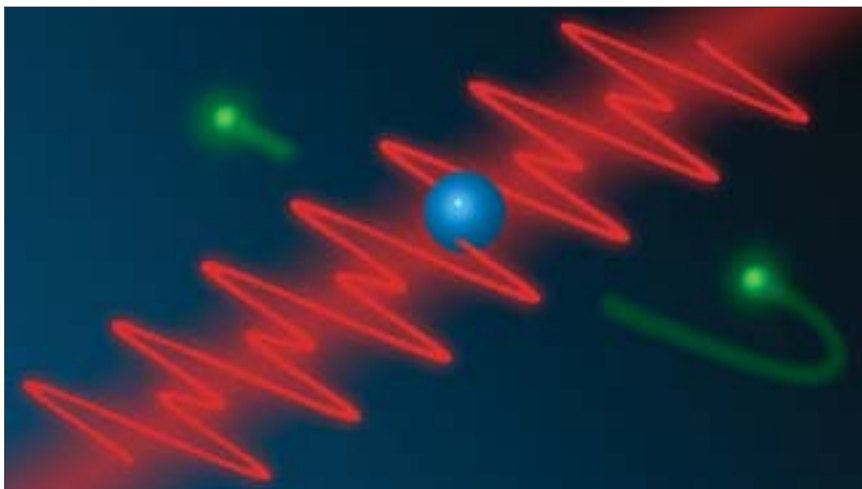
Neben den „klassischen“ Universitätsinstituten haben sich auch immer mehr sogenannte Drittmittelinstitute aber auch Kompetenzzentren, Firmen und andere assoziierte Institutionen, die zeigen, welche Bedeutung die JKU in Oberösterreichs Wirtschaftsleben hat, entwickelt. Stellvertretend stehen hier etwa das „Research Institute für Symbolic Computation (RISC)“ und das „Software Competence Center Hagenberg“, das Institut für Anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) und der Spezialforschungsbereich „Numerical and Symbolic Scientific Computing“. In den Kompetenzzentren, dazu zählen neben dem SCCH Hagenberg noch das ACCM (Austrian Competence Center in Mechatronik) und das Kompetenzzentrum Holz, arbeiten Universitätsinstitute mit Unternehmen der Großindustrie ebenso wie mit herausragenden kleineren und mittleren Unternehmen zusammen. ■

<http://www.jku.at>

Zusehen bei der Geburt eines Elektrons

Elektronische Prozesse in Atomen finden auf unvorstellbar kurzen Zeitskalen statt – Messungen an der TU Wien machen diese Vorgänge nun sichtbar.

Ein starker Laserstrahl kann einem Atom ein Elektron entreißen – ein Prozeß, der auf einer ungeheuer kurzen Zeitskala abläuft. An der Technischen Universität Wien ist es nun gelungen, diesen Vorgang zeitlich aufgelöst zu untersuchen. Mit einer Genauigkeit von weniger als zehn Attosekunden (zehn Milliardstel einer Milliardstelsekunde) läßt sich beobachten, wie der Laser ein Atom ionisiert und ein freies Elektron „geboren“ wird. Dadurch kann man Informationen über die Elektronen des Atoms erhalten, die bisher völlig unmeßbar waren, etwa die zeitliche Entwicklung der Quanten-Phase des Elektrons – der Takt, in dem die Quanten-Wellen schwingen. Die Forschungsergebnisse wurden nun im Fachjournal „Physical Review Letters“ veröffentlicht.



Durch Tunnelionisation von Atomen (blau) in einem Laserfeld (rot) erzeugte Elektronenpaare (grün) sind durch die Lichtoszillationen auf einer Attosekunden Zeitskala zueinander synchronisiert.

Wellenartige Quanten-Interferenz

Bei den Experimenten werden kurze Laserpulse auf Atome geschossen. Jeder Laserpuls läßt sich als Lichtwelle beschreiben: Die Wellentäler und Wellenberge des Laserpulses fegen über das Atom hinweg, am Ort des Atoms ändert sich daher ständig die Stärke des elektrischen Feldes. Dadurch wird ein Elektron aus dem Atom entfernt, doch wann das geschieht, läßt sich nicht exakt definieren: „Das Elektron wird nicht an einem Zeitpunkt während des Kontaktes mit dem Laserlicht aus dem Atom gerissen – wie in der Quantenmechanik üblich kommt es hier zur Überlagerung verschiedener Vorgänge“, sagt Markus Kitzler vom Institut für Photonik der TU Wien. Ein einzelnes Elektron verläßt das Atom gewissermaßen zu verschiedenen Zeitpunkten – und diese Vorgänge kombinieren sich zu einem Gesamteffekt, ähnlich wie sich einzelne Wellen im Wasser zu einem Wellenmuster überlagern.

„Durch diese quantenmechanischen Wellen-Überlagerungen erhalten wir Information über den Anfangszustand des Elektrons, den es während des Ionisationsprozesses eingenommen hat“, erklärt Joachim Burgdörfer (Institut für Theoretische Physik, TU Wien), dessen Forschungsgruppe bei dem Forschungsprojekt eng mit dem Institut für Photonik zusammenarbeitete.

Wenn sich, wie in diesem Experiment, Teilchen wellenartig mit sich selbst überlagern, können sich die einzelnen Wellen gegenseitig verstärken oder auch auslöschen. Es kommt auf die Phase der Welle an – auf den Punkt im Verlauf des rasend schnell ablaufenden Wellenzyklus, an dem sich die Welle gerade befindet. „Diese Quanten-Phase ist einer Messung normalerweise kaum zugänglich“, sagt Markus Kitzler. Durch eine Kombination aus hochpräzisen Messungen und aufwändigen theoretischen Berechnungen konnte nun aber Information über die Quanten-Phase des Elektrons gewonnen werden.

Ein Laserstrahl mit zwei Farben

Entscheidend dafür war ein ganz besonderer Laserstrahl, der zwei verschiedene Lichtwellenlängen beinhaltet. Der Laserpuls, der auf das Atom einwirkt, kann genau maßgeschneidert werden. Dadurch läßt sich messen, welche Schwingungsphase (bezogen auf den Takt, den das Laserlicht vorgibt) das Elektron im Atom hatte, bevor es dem Atom entrissen wurde. „Diese Quanten-Phase, die wir nun messen können, liefert auch Information darüber, welche Energie-Zustände das Elektron vor seiner Entfernung aus dem Atom eingenommen hat und wo genau es zur Ionisation kam“, erklärt Markus Kitzler.

Dazu war es nötig, die Quanten-Phase mit einer unvorstellbaren Genauigkeit von weniger als 10 Attosekunden zu messen.

Die Zeitspanne von zehn Attosekunden ($10 \cdot 10^{-18}$ Sekunden) ist so kurz, daß es kaum möglich ist, sie durch Vergleiche nachvollziehbar zu machen. Der Zeitraum von zehn Jahren verhält sich zu einer Sekunde ungefähr wie dreihundert Millionen zu eins. Wenn man eine Sekunde um den selben Faktor verkürzt, kommt man beim bereits unvorstellbar kurzen Zeitraum von drei Nanosekunden an – in dieser Zeit legt Licht etwa einen Meter zurück. Das ist die Skala, auf der Prozesse in der Mikroelektronik ablaufen. Verkürzt man diesen winzigen Zeitraum noch einmal um einen Faktor von dreihundert Millionen, kommt man bei etwa zehn Attosekunden an.

Auf dieser Zeitskala finden viele atomare Prozesse statt – es ist etwa die Größenordnung der Umlaufdauer eines Elektrons, das um den Atomkern kreist. Will man solche Prozesse abbilden oder steuern, muß man daher auch technologisch auf diese Zeitskalen vordringen. An der TU Wien forschen experimentelle sowie theoretische Arbeitsgruppen seit Jahren mit großem Erfolg daran, den Bereich der Femto- und Attosekundenphysik technologisch zugänglich zu machen. ■

Rätsel um kaltes Wasser gelöst

Unterkühlte Flüssigkeit existiert in zwei Formen unterschiedlicher Dichte.

Was in der Forschung lange als unergründliches Rätsel galt, haben Wissenschaftler der Universität Innsbruck um Prof. Thomas Lörting jetzt mit theoretischen und experimentellen Arbeiten belegt: stark unterkühltes Wasser setzt sich aus zwei unterschiedlich dichten Flüssigkeiten zusammen.

Es bedeckt über zwei Drittel unserer Erde und bildet den Grundstoff des menschlichen Körpers. Wasser ist der „Urstoff“, der Leben auf der Erde möglich macht. Es ist allgegenwärtig und birgt doch viele Geheimnisse. Die Wissenschaft kennt heute über 60 Eigenschaften, in denen sich Wasser von fast allen anderen Flüssigkeiten unterscheidet. Während etwa fast alle Festkörper in der eigenen Schmelze untergehen, schwimmt Eis auf dem Wasser. Sein Gefrierpunkt liegt bei null Grad Celsius, doch kann Wasser auch stark unterkühlt werden. „Je tiefer es unterkühlt wird, desto ausgeprägter werden seine anomalen Eigenschaften“, erzählt Thomas Lörting vom Institut für Physikalische Chemie der Universität Innsbruck. Daß Wasser bei sehr tiefen Temperaturen aus zwei unterschiedlichen Flüssigkeiten bestehen könnte, wurde aufgrund experimenteller Beobachtungen bereits in den 1980-er Jahren vermutet. Lange Zeit blieb diese Theorie allerdings äußerst umstritten, weil sie in der Praxis nicht direkt nachweisbar war. „Unterkühltes Wasser hat eine starke Tendenz zu kristallisieren und kann deshalb nur sehr schwer untersucht werden“, erklärt der Physikochemiker Lörting. Wichtige Hinweise lieferte aber die Untersuchung der festen Form von Wasser. Diese besteht nicht aus Eiskristallen, sondern behält die molekulare Struktur der flüssigen Form – Wasser das fest, aber nicht gefroren ist. „Dabei zeigte sich, daß es abhängig vom Umgebungsdruck zwei unterschiedliche Formen von festem Wasser – oder amorphem Eis – gibt, eine mit niedriger Dichte und eine hochdichte Form.“ Die Vermutung lag nun nahe, daß beim Übergang von diesen festen in flüssige Phasen ebenfalls zwei unterschiedlich dichte Flüssigkeiten entstehen.

Bisher nicht direkt gemessen

Es konnte bereits gezeigt werden, daß sich festes Wasser niedriger Dichte bei -137 Grad Celsius verflüssigt. In einer in der Fachzeit-



Foto: Eva Fessler / Uni Innsbruck

In einem Druckzylinder kühlen die Innsbrucker Forscher Wasser auf sehr tiefe Temperaturen ab.

schrift „Physical Review Letters“ veröffentlichten Forschungsarbeit haben Thomas Lörting und sein Team nun erstmals auch für hochdichtes Wasser bestimmt, daß das Relaxationsverhalten bei steigender Temperatur tatsächlich flüssigkeitsartig wird. „Bei einem Druck zwischen 1000 und 2000 bar verflüssigt sich das Wasser zwischen circa -138 und -133 Grad Celsius“, sagt Lörting. Da das Wasser in einem kleinen Zylinder unter einer Hochdruckpresse gekühlt wird und nicht direkt beobachtet werden kann, mußten die Forscher ein neues Verfahren für ihre Messung entwickeln. Sie beobachteten, wie lange es dauert, bis das hochdichte Wasser bei einer bestimmten Temperatur ins Gleichgewicht kommt und einen Ruhezustand einnimmt. Substanzen gelten dann als flüssig, wenn dies innerhalb von 100 Sekunden geschieht. Während dies bei -163°C viele Tage dauert, so sind es bei -138°C nur mehr wenige Minuten. „Dieser Phasenübergang wurde bisher noch von niemandem direkt gemessen. Gemeinsam mit früheren Ergebnissen liefert uns dies einen klaren Hinweis auf die Existenz von zwei unterschiedlichen Flüssigkeiten von Wasser“, ist Lörting stolz.

Die Daten aus dem Experiment decken sich mit einer theoretischen Arbeit, die

Thomas Lörting gemeinsam mit amerikanischen Kollegen vor kurzem in „Nature Scientific Reports“ veröffentlicht hat. Mit Computermodellen wurde darin gezeigt, daß die nun gemessenen Ergebnisse nur durch die Existenz von zwei Flüssigkeiten erklärt werden können. Bereits im vergangenen Jahre haben die Innsbrucker Forscher die zwei Flüssigkeiten experimentell erzeugt und wieder eingefroren. „Die niedrig- und hochdichten Formen verhalten sich wie Wasser und Öl. Sie entmischen sich und bilden zwei Schichten“, erläutert Thomas Lörting das Experiment. Die Wissenschaftler entnahmen die gefrorene Probe dem Druckzylinder und lösten die beiden Eisformen voneinander. „Bei höheren Temperaturen expandiert die hochdichte Eisform und geht in die niedrigdichte Form über“, erzählt der Chemiker, „ein weiterer Beweis für die Existenz von zwei flüssigen Formen von Wasser.“

Diese Arbeiten entstanden im Rahmen der Forschungsplattform Material- und Nanowissenschaften an der Universität Innsbruck und wurden vom Europäischen Forschungsrat (ERC), dem österreichischen Forschungsförderungsfonds (FWF) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) finanziell unterstützt. ■

Keramische Herzpumpe

Eine an der TU Wien in Zusammenarbeit mit der MU Wien entwickelte Herzpumpe mit überragenden Materialeigenschaften wird dank eines innovativen 3D-Druckverfahrens Realität.

Eine an der TU Wien in Zusammenarbeit mit der MU Wien entwickelte Herzpumpe mit überragenden Materialeigenschaften wird dank eines innovativen 3D-Druckverfahrens Realität. Erstmals ermöglicht dieses Verfahren die Verarbeitung keramischer Werkstoffe in einer auch als Rapid Prototyping bezeichneten Methode. Das Verfahren, das zahlreiche weitere Anwendungen in der Elektrotechnik- und Maschinenbaubranche finden wird, wurde von den Gründern des Wiener Unternehmens Lithoz entwickelt. Das Unternehmen ist ein Spin-Off der Technischen Universität Wien, das mit Unterstützung des INiTS Universitäres Gründerservice diese kommerziell wertvolle Entwicklung marktreif macht.

Wenn das Herz versagt

Das Herz ist ein biomechanisches Meisterwerk – das leider auch mal versagt. Dann können mechanische Herzpumpen helfen. Unter hoher Belastung funktionieren sie präzise und tadellos. Doch mit zunehmender Miniaturisierung stoßen bisher verwendete Materialien und Fertigungstechniken an ihre Grenzen. Nun bieten keramische Materialien neue Möglichkeiten – aber die konstruktionsbedingte Komplexität der Herzpumpen läßt bestehende Fertigungstechniken an den Anforderungen an Präzision und Widerstandskraft scheitern.

Prototypen aus Keramik

Eine Lösung für diese Herausforderung könnten 3D-Druckverfahren (auch als Rapid Prototyping bezeichnet) sein: Eine Technik, bei der formbare Materialien Schicht für Schicht aufeinander aufgetragen und durch Belichtung ausgehärtet werden. So können selbst hochkomplexe, dreidimensionale Gebilde „gedruckt“ werden. Obwohl für Kunststoffe und Metalle bereits etabliert, war die Verwendung des Rapid Prototypings jedoch für die Verarbeitung keramischer Werkstoffe nicht möglich. Dies scheiterte bisher an den zu geringen Festigkeiten der gedruckten Bauteile. „Während unserer Forschungstätigkeit an der TU Wien ist es uns gelungen, gleiche Festigkeitswerte wie bei anderen keramischen Formgebungsmethoden zu errei-



Antriebsturbine der Herzpumpe

Foto: Manfred Spitzbart

chen“, so Johannes Homa, Mitgründer von Lithoz. „Mit einer derartigen Weiterentwicklung der 3D-Drucktechnologie ermöglichen wir nun auch der keramischen Industrie erstmals den Einsatz des 3D-Drucks für die Herstellung von Prototypen.“ Für die innovativen Lösungsansätze, die sowohl das Material, die Maschine als auch die Belichtungsstrategien betreffen, wurden inzwischen fünf Patentanmeldungen eingereicht. Das Unternehmen Lithoz hat das Verfahren nun marktreif gemacht und den internationalen Vertrieb gestartet.

Enormes Marktpotential

Tatsächlich ist der Markt für technische Keramiken ein sehr stark wachsender, welcher bereits seit einigen Jahren einen weltweiten Umsatz in Milliardenhöhe erzielt. „Mit der innovativen Technologie von Lithoz eröffnen sich gerade in den Märkten der Elektrotechnik sowie des Maschinenbaus erhebliche Optimierungs- und somit Einsparungsmöglichkeiten“, so Michael Rauhofer, Geschäftsführer von INiTS Universitäres Gründerservice Wien GmbH. „Vor dem Hintergrund des enormen Marktpotentials freu-

en wir uns, dem Team von Lithoz mit finanzieller Unterstützung und Beratung den Markteintritt möglichst rasch zu ermöglichen.“

Insgesamt kann die innovative Entwicklung von Lithoz einen neuen Technologieschub im Markt für keramische Materialien einläuten. Dank seines Vorsprungs ist das Unternehmen dabei auf dem besten Weg, eine Pole-Position in diesem Milliarden-Euro-Markt einzunehmen. Dabei zeigt die keramische Herzpumpe noch weiteres Potential für den Bereich der Medizintechnik. Vor dessen Eroberung steht noch dieses Jahr der Funktionstest der Herzpumpe. Bis dahin schlägt das Herz des Unternehmens für die Märkte Elektrotechnik und Maschinenbau.

Über Lithoz (Stand Mai 2012)

Lithoz beschäftigt sich seit 2011 mit der Entwicklung und Vermarktung von neuartigen generativen Fertigungssystemen. Der Fokus des Unternehmens liegt auf 3D-Druckern für keramische Materialien, mit denen funktionelle Bauteile für Industrie und Forschung hergestellt werden können. Mit dem marktreifen Verfahren können zudem Prototypen und Kleinserien aus Keramik kostengünstig und schnell gefertigt werden. Seit Anfang 2011 wird das Unternehmen vom Universitären Gründerservice INiTS unterstützt und wird durch JITU – PreSeed des BMWFJ, abgewickelt durch die aws, gefördert. Das Unternehmen hat seinen Sitz in Wien.

<http://www.lithoz.com>

Über INiTS (Stand Mai 2012)

INiTS berät und unterstützt seit dem Jahr 2002 JungunternehmerInnen mit innovativen Ideen und bietet über 18 Monate lang persönliche und individuelle Betreuung. Das Service richtet sich an AbsolventInnen, MitarbeiterInnen und StudentInnen der Wiener Universitäten und Fachhochschulen, die durch eine Unternehmensgründung ihre Geschäftsidee verwerten möchten. INiTS fördert Innovationen aus den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnik, Life Science und anderen Forschungsbereichen. ■

<http://www.inits.at>

Physiker entwerfen kreative Maschine

Neues Konzept für künstliche Intelligenz ermöglicht Quantenroboter

Roboter und autonome Maschinen übernehmen in vielen Lebensbereichen immer neue Aufgabe. Der Quantenphysiker Hans Briegel präsentiert nun ein neues Modell für künstliche Intelligenz, das Maschinen kreatives Handeln ermöglicht und im Prinzip mit heutigen Technologien umgesetzt werden kann. Das theoretische Konzept dafür wurde nun in der Fachzeitschrift „Nature Scientific Reports“ veröffentlicht.

Aus Industrie und Wirtschaft sind Roboter heute längst nicht mehr wegzudenken, und auch in Haushalten haben sie – etwa mit Staubsaugerrobotern – bereits Einzug gehalten. Während solche Maschinen meist nur starr vorgegebenen Regeln folgen, suchen Wissenschaftler in aller Welt seit Jahrzehnten nach Formen von künstlicher Intelligenz, die Maschinen einen intelligenteren Umgang mit ihrer Umwelt ermöglichen sollen. Hans Briegel vom Institut für Theoretische Physik der Universität Innsbruck und dem Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften schlägt nun gemeinsam mit der Doktorandin Gemma De las Cuevas ein neues physikalisches Modell für eine Form von künstlicher Intelligenz vor. Dieses kann in unterschiedlicher Weise umgesetzt werden und soll Maschinen einen kreativ-spielerischen Umgang mit ihrer Umgebung erlauben. „Roboter könnten damit flexibler und in ihrem Verhalten natürlicher werden, letztendlich auch im Umgang mit Menschen“, ist Hans Briegel überzeugt.

Handlungsspielraum für Maschinen

Briegel und De las Cuevas entwerfen dazu ein abstraktes Modell, in dem ein Agent Eindrücke aus der Umwelt aufnimmt, diese in einem künstlichen Gedächtnis verarbeitet und Handlungsoptionen durchspielt. In Anlehnung an psychologische Theorien sprechen sie dabei von einem episodisch-kompositorischen Gedächtnis, in dem viele einzelne Erfahrungsfragmente (Clips) gespeichert und netzwerkartig miteinander verbunden sind. Ist der Agent mit einem bestimmten Ereignis konfrontiert, werden in einer Zufallsbewegung damit zusammenhängende Clips abgerufen. Der Erinnerungsweg durch das



Foto: IQOQI

Der Quantentheoretiker Hans Briegel vom Institut für Theoretische Physik der Universität Innsbruck und dem Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Gedächtnis wird durch Übergangswahrscheinlichkeiten bestimmt, die vom Agenten aufgrund früherer Erfahrungen selbst modifiziert werden. So lernt die Maschine aus Erfolg und Mißerfolg und kann auch selbst fiktive Clips erzeugen, die in der Folge wie reale Erfahrungen behandelt werden. „Der Agent kann damit auf Basis früherer Erfahrungen plausible zukünftige Szenarien entwerfen und über das hinausgehen, was er selbst bisher erfahren hat“, erklärt Briegel. „Dies ist ein stochastischer Prozeß: Der Weg durch die Erinnerungen wird durch Wahrscheinlichkeiten bestimmt, denen ein Moment irreduziblen Zufalls zugrunde liegen kann. Durch die Existenz einer Simulationsplattform, auf der solche Zufallsprozesse ablaufen, gewinnt der Agent einen gewissen Spielraum, der – in einer sehr rudimentären Form – kreatives Verhalten hervorbringt.“ Das episodische Gedächtnis wird somit zu einer Plattform für die spielerische Auseinandersetzung mit Umwelteindrücken. Aus früheren Erfahrungen können so plausible zukünftige Szenarien entworfen und getestet werden. Briegel und De las Cuevas sprechen deshalb von projektiver Simulation. „Dabei geht es nicht um Bewußtsein oder höhere Formen von kognitiven Fähigkeiten, sondern

um ein grundlegendes stochastisches Modell der Informationsverarbeitung, das Grundzüge kreativen und entwerfenden Verhaltens generiert und im Prinzip in Maschinen umgesetzt werden kann“, betont Briegel. Das abstrakte Modell kann auf verschiedene Weise implementiert werden, möglicherweise bereits mit heute existierenden Technologien.

Quantenroboter denkbar

In der vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF geförderten und nun in der Fachzeitschrift Scientific Reports der Nature Publishing Group veröffentlichten Arbeit erweitern Briegel und De las Cuevas den Vorschlag darüber hinaus in Richtung Quantenphysik. Das physikalisch formulierte Modell erlaubt erstmals eine sinnvolle Verbindung von Konzepten der künstlichen Intelligenz mit den Prinzipien der Quanteninformationsverarbeitung. „Unser Modell läßt sich auf natürliche Weise auf Agenten verallgemeinern, die die Quantenmechanik für die projektive Simulation verwenden“, sagt Briegel. „Auf diese Weise könnten Quanteneffekte wie die Interferenz nutzbar gemacht werden, was ein großes Potential für noch leistungsfähigere künstliche Agenten erwarten läßt.“ ■

Neue Sehprothese hilft Blinden

Ein winziger Chip, Argus II genannt, verspricht für viele blinde Menschen die Hoffnung, zumindest einen Teil ihrer Sehkraft wiederzuerlangen.

Am Uniklinikum Aachen wird er seit kurzem in das menschliche Auge implantiert. Argus II ersetzt dabei einen Teil der Netzhaut und kommt bei einer Augenerkrankung zum Einsatz, bei der die menschliche Netzhaut ihre Funktion verloren hat. An der Retinitis pigmentosa (RP) genannten, erblich bedingten Netzhautdegeneration leiden allein in Deutschland etwa 30.000 bis 40.000 Menschen, weltweit sind es drei Millionen. Die Krankheit zerstört die Photorezeptoren in der Netzhaut – die Patienten erblinden schließlich vollständig.

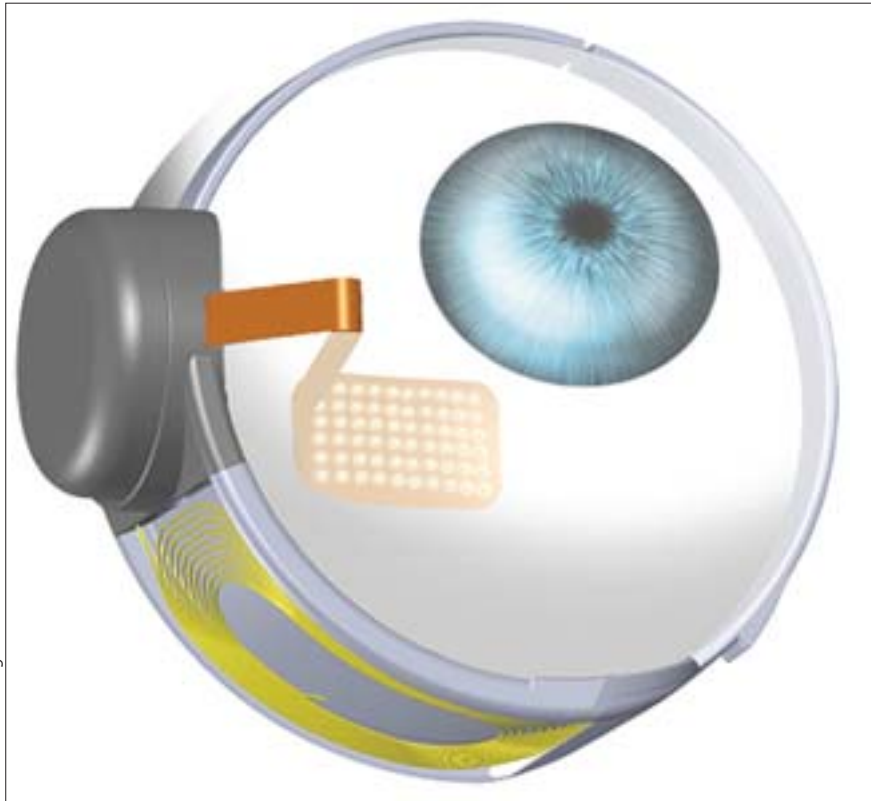
Argus II, ein Produkt der Firma Second Sight, funktioniert, indem es Videobilder, die durch eine Miniaturkamera in der Brille des Patienten erfaßt werden, in elektrische Impulse konvertiert. Diese werden drahtlos an die Elektroden auf der Oberfläche der Netzhaut verbliebene Nervenzellen der Netzhaut stimulieren. Die Unikliniken Aachen und Köln sind die ersten Kliniken in Deutschland, die die künstliche Netzhaut (Retina Implant) für Pigmentosa-Patienten auf Kosten der Krankenkassen implantieren können.

Das Resultat: Der Patient erkennt nach meist jahrelanger absoluter Dunkelheit wieder Lichtmuster und lernt mit Hilfe eines Experten, diese zu interpretieren. So gewinnt er in erheblichem Maß an Freiheit und Lebensqualität.

Bei RP-Patient Günter P. führte die Erkrankung zu einer fortschreitenden Erblindung. Erst benötigte er eine Brille, dann entwickelte er Nachtblindheit, dann einen „Tunnel-Blick“ – bis er vor fünf Jahren vollständig das Sehvermögen verlor. Seit Dezember 2011 lebt er mit einer Netzhautprothese und schildert, was seitdem passiert ist: „Mein Gehirn reagiert wieder auf Licht.“

Zurzeit arbeitet er mit einem Rehabilitationsexperten: „Ich will meine Ziele für mein wiedererlangtes Sehvermögens erreichen.“ Dazu gehört für ihn beispielsweise, Orientierung und Mobilität im Freien zu verbessern. „Meine große Hoffnung ist, in naher Zukunft unabhängiger zu leben – und das ich alles, was ich sehen möchte, sehen kann.“

Auch wenn Argus total erblindeten Menschen das Augenlicht wiedergibt, bleibt zu



Grafik: Second Sight

Das Argus II-System funktioniert, indem es Videobilder, die durch eine Miniaturkamera in der Brille des Patienten erfaßt werden, in elektrische Impulse konvertiert. Diese werden drahtlos an die Elektroden auf der Oberfläche der Netzhaut (epiretinal) übermittelt. Die Nervenzellen (Ganglienzellen) der Netzhaut werden stimuliert, wodurch Lichtmuster wahrgenommen werden. Patienten lernen, diese Lichtmuster zu interpretieren.

bedenken: Einen vollwertigen Ersatz stellt es nicht dar. Prof. Peter Walter, Leiter der Aachener Augenklinik und selber Forscher mit dem Schwerpunkt Retina-Prothesen, erläutert die Funktionsweise der Technik im menschlichen Auge. „Das Sehfeld, in dem mit dem Chip Licht wahrgenommen wird, umfaßt im Zentrum etwa 10 Grad. Deshalb ist es sicherlich weiter nötig, einen Blindenstock zu nutzen.“ Der Punkt sei aber: „Menschen, deren Lichtwahrnehmung erloschen war, können sich Hoffnung machen, nach erfolgreicher Operation und mehrmonatiger Reha- und Lern-Phase große Buchstaben und Objekte erkennen zu können.“

Für Patienten, die unter Umständen noch einen Rest Sehkraft besitzen, stellt sich die Frage, ob es sich lohnt, auf die nächste Generation künstlicher Netzhäute zu warten, die möglicherweise ein schärferes Bild und

ein größeres Sehfeld ermöglichen. Aktuelle Forschungen zielen allerdings weniger darauf ab, die Anzahl der Elektroden auf der Netzhaut zu steigern. Vielmehr werde der Fortschritt künftig in der Modulation der elektrischen Reize der Kamera liegen, sagt Peter Walter. „Das Ziel ist, daß die künstlichen Impulse die natürlichen Impulse, die die Netzhaut von den eigentlichen Photorezeptoren im Auge gewöhnt ist, noch besser nachahmen.“

Positiv für Patienten: Der Entwicklungsfortschritt bei der Impulsmodulation steht im Rahmen eines Software-Updates allen Argus-Versionen zur Verfügung. Es wird also nicht nötig sein, die Implantate auszutauschen, um am Entwicklungsfortschritt teilzuhaben. ■

<http://2-sight.eu>

<http://www.ukaachen.de>

Wasserkraft aus Molln

Wien Energie baut Wasserspeicherkraftwerk in Oberösterreich.



Grafik über Funktionsweise des geplanten Pumpspeicherkraftwerks auf den Bernegger-Gründen im oberösterreichischen Molln

Das Wasserspeicherkraftwerk Pfaffenbodern im oberösterreichischen Molln, wird von Wien Energie errichtet. Damit geht das Projekt vom Initiator – der Bernegger Gruppe – auf den größten heimischen Energiedienstleister über. Mit 300 Megawatt Leistung sichert das Kraftwerk den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarkraft in Österreich und Europa.

Für Wien Energie ist das Wasserspeicherkraftwerk eine optimale Ergänzung in seinem Kraftwerkspark: Denn Wien Energie forciert den Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem aus Wind und Sonne, stark.

Für das Land Oberösterreich stellt das Kraftwerk Pfaffenboden im Molln ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einer nachhaltigen und klimaverträglichen Energiezukunft dar. Der Spatenstich für das Projekt erfolgt im Herbst 2012, die Inbetriebnahme ist im Jahr 2017 geplant. Derzeit wird die Beteiligung Oberösterreichischer Energieversorger geprüft.

Wien Energie-Geschäftsführerin Susanna Zapreva: „Das gegenständliche Kraftwerksprojekt paßt optimal in unsere Energiestrategie. Bis 2030 werden 50 Prozent des von uns erzeugten Stroms aus erneuerbaren Quellen – insbesondere Wind- und Solarkraft – kommen. Erneuerbare Energien ohne Speichermöglichkeiten sind aber nicht denkbar.

Daher investieren wir in dieses Projekt, denn wir wollen ein nachhaltig funktionierendes System mit erneuerbare Energien für unsere Kundinnen und Kunden schaffen. Neben dem Windpark Glinzendorf in Niederösterreich und unsere Photovoltaikinitiative in Wien ist der Baubeginn des Wasserspeicherkraftwerks Pfaffenbodern in Oberösterreich ein weiteres Leuchtturmprojekt in diesem Jahr.“ Der Mollner Bauunternehmer Kurt Bernegger: „Wir freuen uns, daß wir einen verlässlichen Partner für unser Projekt gefunden haben. Das Projekt ist ein Vorzeigeprojekt punkto Umweltschonung. Durch unterirdisch in Hohlräumen angeordnete Speicher und Anlagenteile gibt es kaum sichtbare Eingriffe in die Umwelt. Für die Anbindung an das Stromnetz greifen wir auf die bestehende Netzinfrastruktur zurück, und das Aushubmaterial wird recycled – nämlich als Rohstoff für die Kalk- und Betonherstellung.“

Das Kraftwerk in Molln wird auf dem bestehenden Gelände des Kalkbergwerks Bernegger gebaut. Es besteht aus einem Speichersee mit 1,34 Millionen Kubikmetern Fassungsvermögen, der auf dem Areal der ehemaligen Kiesgrube entsteht. Hinter dem Steinbruch Pfaffenboden werden vier Speichertunnel ohne Umweltbeeinträchtigung im Berg gebaut: 1,5 Kilometer lang und 16 Meter im Durchmesser.

Wenn andere Kraftwerke zu viel Energie produzieren, wird das Wasser aus dem Speichersee im Tal in die Kavernen im Berg gepumpt und der Energieüberschuß so gespeichert. Bei Stromengpässen läßt man das Wasser über eine unterirdische Turbine wieder zur Energieerzeugung ab. Die Einspeisung in das Stromnetz erfolgt über eine bestehende 220-kV-Leitung, die sich ebenfalls direkt am künftigen Kraftwerksgelände der Firma Bernegger befindet. Ist die Speicheranlage in Vollbetrieb können bis zu 150.000 Haushalte über sechs Stunden lang mit elektrischer Energie versorgt werden. Das sind rund eine Fünftel der oberösterreichischen Haushalte.

Wien Energie-Geschäftsführerin Susanna Zapreva: „Das Projekt ist nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Errichtung besonders umweltfreundlich und nachhaltig. Mit dieser Investition von ca. 320 Millionen Euro schafft Wien Energie eine beträchtliche Wertschöpfung vor Ort. Beispielsweise bringt jeder von Wien Energie in den Bau eines Wasserspeicherkraftwerks investierte Euro zusätzlich 1,21 Euro an Wertschöpfung in anderen Wirtschaftsbereichen.“

Das Wasserspeicherkraftwerk ist bereits energie-, natur- und wasserrechtlich genehmigt – so kann mit dem Bau begonnen werden. ■

Höchste Auszeichnung für MODUL University Vienna

Als erste Universität Österreichs erhält die MODUL University Vienna die renommierte UNWTO.TedQual Akkreditierung der Welttourismusorganisation.

Als erste Universität Österreichs erhält die MODUL University Vienna die renommierte UNWTO.TedQual Akkreditierung der Welttourismusorganisation – sie unterstreicht die herausragende Ausbildungs- und Forschungsqualität im Tourismus und stärkt das internationale Profil der Privatuniversität am Kahlenberg. Damit reiht sich die MODUL University Vienna in die Riege der besten Tourismushochschulen weltweit ein.

„Wir freuen uns sehr über die Akkreditierung der Welttourismusorganisation“, so Rektor Prof. Karl Wöber. „Die Auszeichnung ist ein eindrucksvoller Beweis für die herausragende Qualität der Tourismusausbildung am Kahlenberg und unterstreicht die führende Rolle der MODUL University Vienna in diesem Bereich – nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Vergleich. Die Akkreditierung von allen unseren Studienangeboten betont zudem noch stärker die internationale Ausrichtung und Positionierung der MODUL University und unterstützt uns bei unseren weiteren Expansionsplänen.“

Qualitätssiegel mit zahlreichen Kriterien

Bei der UNWTO.TedQual Akkreditierung handelt es sich um die höchste internationale Auszeichnung im Bereich der Tourismusausbildung, die von der Welttourismusorganisation UNWTO der Vereinten Nationen vergeben wird. Um für eine Akkreditierung in Frage zu kommen, müssen zahlreiche Qualitätskriterien erfüllt werden. So sind beispielsweise ein hoher Praxisbezug der Ausbildung, die Verankerung und die Förderung des Nachhaltigkeitsgedankens in den Studienprogrammen oder etwa die individuelle Betreuung der Studierenden wichtige Voraussetzungen. Mit der Akkreditierung der MODUL University Vienna wurde die Auszeichnung nun erstmals in der Geschichte auch an eine österreichische Universität verliehen.

Über die Auszeichnung

Das Qualitätssiegel UNWTO.TedQual wurde 1998 durch die Welttourismusorga-



Rektor Prof. Karl Wöber

nisation UNWTO der Vereinten Nationen ins Leben gerufen und würdigt die besonders hohe Qualität von Ausbildungs- und

Forschungsprogrammen im Tourismus weltweit. Die UNWTO wurde 1925 als Sonderorganisation der Vereinten Nationen gegründet und hat die Förderung eines nachhaltigen und ethischen Tourismus zum Ziel.

Während die Marke MODUL im Bereich Tourismus- und Hospitality Management für die längste Tradition, nämlich für mehr als 100 Jahre hervorragende Ausbildung steht, wurden seit 2007 weitere zeitgemäße Studienprogramme entwickelt. Die MODUL University Vienna, die internationale Privatuniversität der Wirtschaftskammer Wien, bietet zahlreiche Bachelor und Masterprogramme (BBA, MSc, und MBA Programme) aus den Bereichen Neue Medientechnologie, öffentliche Verwaltung und nachhaltige Entwicklung sowie Tourismus & Hospitality Management an. Die Studienprogramme erfüllen strenge Akkreditierungsrichtlinien und werden aufgrund der internationalen Ausrichtung in Englisch abgehalten. Der Campus der Universität befindet sich am Kahlenberg im 19. Wiener Gemeindebezirk, mit einer spektakulären Aussicht auf die Hauptstadt Österreichs und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen. ■

<http://www.modul.ac.at>



Fotos: MODUL University Vienna

Der Campus der Universität befindet sich am Kahlenberg im 19. Wiener Gemeindebezirk, mit einer spektakulären Aussicht auf die Hauptstadt Österreichs

Schloß Kaiserebersdorf

Archäologische und bauhistorische Untersuchungen von 1994 bis 2001

Kaiserebersdorf liegt südlich der Donau in der Ebene des Wiener Beckens. Wie sah hier die Umwelt im Mittelalter und in der frühen Neuzeit aus? Das Areal, auf dem im Mittelalter die Burg gegründet wurde, war eine Niederungswiese, die von zwei in die Donau mündenden Armen der Schwechat eingeschlossen wurde. Diese kleinen Flüsse und die Donau suchten sich immer wieder andere Wege. Inseln und Sandbänke verschwanden bzw. entstanden, sodaß sich das Aussehen der Landschaft ständig änderte. Für die tiefer gelegenen Zonen läßt sich in Donaunähe Auwald rekonstruieren.

Aufgrund dieser Lage war Kaiserebersdorf jährlich von mehr oder weniger starken Überschwemmungen betroffen, denen man durch Regulierungen der Flußläufe Einhalt zu gebieten versuchte. Letztlich verschwand die Schwechat hier oberirdisch ganz. Die Landschaft wurde schließlich durch menschliche Eingriffe derart stark verändert, so daß ihre permanenten Umformungen in der Vergangenheit durch historische Überlieferungen und Pläne heute nur begrenzt rekonstruierbar sind.

Nicht nur den Archäologen gelang der Nachweis einer mittelalterlichen Burg anstelle des heutigen Schlosses. Sie ist auch aus der schriftlichen Überlieferung als Sitz der Herren von Himberg-Ebersdorf bekannt, die ihre Burg schließlich 1499 an den Habsburger Maximilian I. abtreten mußten. In der Folge wurde die Anlage zu einem prächtigen Jagdschloß ausgebaut, bis sie im 18. Jahrhundert an Bedeutung verlor und durch Maria Theresia in ein Armen- und Waisenhaus umgewidmet wurde. Später nutzte man das Schloß unter anderem als Kaserne, Militärspital, Monturdepot. Nun ist es eine Strafanstalt.

Der Gebäudekomplex ist in seiner heutigen Form das Ergebnis einer Jahrhunderte andauernden Bautätigkeit. Die Burg wurde ab dem 13./14. Jahrhundert allmählich erweitert, verändert und repariert, seit dem 16. Jahrhundert zu einem Schloß mit größerem Wohnkomfort umgebaut und in jüngerer Zeit für die „zweckentfremdeten“ Nutzungen adaptiert. Baumaßnahmen in unterschiedlichen Epochen ließen sich durch verschiedenartige Mauerstrukturen, Baumaterialien und Bauformen sowie durch historische Bild- und Schriftquellen ermitteln.



Foto: Christine Ranseder/Stadtarchäologie Wien

Einer der beeindruckenden Funde der Stadtarchäologie Wien auf dem Areal des Schlosses Kaiserebersdorf: ein wunderschöner (nun restaurierter) Kannenausguß

Aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts sind Bau- und Reparaturarbeiten am Schloß überliefert. In dieser Zeit dürften Mauern im Innenhof des repräsentativen Wohnbaus (Uhrtrakt) sowie Binnenmauern für neue gewölbte Räume entstanden sein. Die Umfassungsmauer wurde durch Anlegen einer Palisade sowie durch eine zusätzliche, vorgelagerte Mauer im Westen verstärkt. Charakteristisch für diese Bauphase ist ein Mauerwerk, das aus Bruchsteinen und vereinzelt Ziegeln besteht. Zahlreiche Keramik-Fragmente des 15. und 16. Jahrhunderts fanden sich in den unteren Schichten des Wassergrabens sowie vor der Umfassungsmauer.

Das erste Tiergehege in Ebersdorf war ein Wolfsgarten. Die Tiere wurden vermutlich gehalten, um Wolfsjagden veranstalten zu können. In welchem Jahr des 16. Jahrhunderts der Wolfsgarten in eine Menagerie umgewandelt wurde, ist nicht bekannt. Exotische Tiere zu halten, sie zu erwerben oder zu verschenken verlieh Prestige – schließlich handelte es sich um teure Vergnügen. Besonders begehrt waren Raubtiere, denn mit ihrer Unterwerfung konnte der eigene Machtanspruch betont werden.

In der Menagerie von Schloß Ebersdorf wurden neben Löwen auch Luchse und Bären sowie Vögel gehalten. Auch ein Elefant, der mit Maximilian II. 1552 in Wien eintraf, war hier untergebracht. Der Bestand an Tieren änderte sich laufend. 1607 wurde die Menagerie aus Kostengründen aufgelassen.

Von Tieren aus einer Menagerie stammen nur wenige Knochenfunde, die wurden archäozoologisch erforscht. Einzig die Reste eines männlichen Pfaues können im Zusammenhang mit der einstmaligen Menagerie gesehen werden. Pfaue waren seit der Römerzeit bekannt und wurden im Mittelalter in adeligen Kreisen als Ziervögel gehalten. Die Knochenfunde von Braunbär und Kamel stehen leider in keinem direkten archäologischen Kontext und können daher bestenfalls in diesen Zusammenhang vermutet werden.

Buchtip

„Schloß Kaiserebersdorf. Vom Adelssitz zur Justizanstalt“, „Wien Archäologisch 7“, Wien 2011. 128 Seiten mit zahlreichen farbigen Abb. ISBN 978-3-85161-048-2

<http://www.wien.at/archaeologie>

Startschuß für Reform der Musikausbildung in Wien

Ab 2015 soll ein Netzwerk an Musikausbildungsangeboten allen Kindern individuelle und auf ihre Wünsche abgestimmte Angebote zum Musizieren bieten.



Foto: Pressefoto Votava / PID

Musik- und Singschule Wien: Einstieg in die Musik leicht gemacht. StR Oxonitsch zu Besuch in der Musikschule Landstraße.

Die Musikausbildung in Wien wird derzeit reformiert und soll, so das Ziel, ab 2015 allen interessierten Kindern einen Zugang zur Musikausbildung ermöglichen. Musikschulen und -institutionen, aber auch etablierte Wiener Orchester arbeiten derzeit an Strategien, den Stellenwert der Musikstadt Wien weiter auszubauen und auch den Anteil der musizierenden Kinder, der derzeit bei rund einem Viertel liegt, zu erhöhen.

„Musik hat in Wien traditionell einen hohen Stellenwert. Durch Veränderungen, wie zum Beispiel durch den kontinuierlichen Ausbau der Ganztagschulen und Ganztagesbetreuung, ist es dringend notwendig, Musikausbildung in Wien neu zu überdenken und zu positionieren. Erste Schritte haben wir bereits gesetzt“, erklärt Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch am 14. Mai. In den letzten beiden Jahren wurden bereits die Angebote an den Schulstandorten verstärkt. Von den 11.356 SchülerInnen der Musik- und Singschule Wien werden derzeit 4845 an der Schule bzw. im Rahmen von Kooperations-

projekten in der Unterrichtszeit unterrichtet. Oxonitsch: „Es ist mir aber auch wichtig, daß ein strukturierter Reformprozeß unter Einbindung aller Beteiligten durchgeführt wird. Ich bin mir sicher, daß durch die bessere Nutzung von Synergien und einheitlicheren Qualitätskriterien SchülerInnen, Schulen, Anbieter und letztlich auch die Wiener Orchester davon profitieren.“

Zentrale Steuerung bringt mehr Flexibilität

Unter dem Titel „Zukunftsbild Musik in Wien 2015+“ arbeiten seit Oktober 2011 unter Federführung der MA 13 – Bildung und Jugend Wiener Musikschulen und -institutionen an einer neuen Strategie zur Reformierung der Musikausbildung in Wien. Nach Abschluß der ersten Phase liegen nun wesentliche Zielsetzungen vor. Dazu gehören die Schaffung eines abgestimmten und attraktiven Gesamtangebots mit Schwerpunktsetzungen, mehr Flexibilität in der Angebotspalette, die Einbindung der Musikschulen in

den Schulbetrieb sowie in die Nachmittagsbetreuung aber auch die Erhöhung des Versorgungsgrades, um auch mehr Kindern das „Hineinschnuppern“ und den Einstieg in die Musik zu erleichtern.

Durch eine zentrale Steuerung der Ressourcen und Qualitätssicherungsmaßnahmen soll ein Netzwerk der Musikausbildungs-Anbieter etabliert werden. „Als Fördergeberin vieler musikausbildender Stellen sind wir daran interessiert, zukünftig ein gemeinsames Dach öffentlicher und privater Anbieter zu schaffen. Daher soll eine zentrale Ansprech- und Beratungsstelle für das gesamte Musikausbildungsangebot in Wien installiert werden. Diese Ansprechstelle stellt eine wichtige Serviceeinrichtung für Eltern und Kinder dar. Solcherart können passende Angebote von qualifizierten Anbietern vermittelt werden“, stellt Martina Schmied, Leiterin der MA 13 – Bildung und Jugend, fest.

An der Erarbeitung des „Zukunftsbild Musik in Wien 2015+“ sind private Anbieter

Wissenschaft, Technik und Bildung

Foto: Pressefoto Votava / PID



»Jazz Connections 22« – die Big Band aus der Musikschule Donaustadt bei einem Konzert am Riesenradplatz

genauso wie die Musik- und Singschulen Wien, die Wiener Volkshochschulen, der Stadtschulrat für Wien, die Universität für Musik- und darstellende Kunst Wien und die Konservatorium Wien Privatuniversität beteiligt. Aber auch die Wiener Philharmoniker, die Wiener Symphoniker oder das Radiosymphonieorchester sind eingebunden, da sie natürlich an einer verstärkten Förderung des Orchesternachwuchses interessiert sind. „Aufgrund der massiven gesellschaftlichen Veränderungen ist es dringend notwendig, die Strukturen zu verändern. Wir wollen eine zeitgemäße, beispielhafte Musikausbildung schaffen. Einerseits ist dies eine große Chance, andererseits eine immense Herausforderung. Mit der Hilfe unserer engagierten Lehrkräfte stellen wir uns optimistisch und zuversichtlich diesen Aufgaben. Musik ist ganz generell ein überaus wichtiger Teil der menschlichen Existenz“, so Swea Hieltscher, Leiterin der Musik- und Singschule Wien. Das Projektteam wird bis Ende 2013 an der konkreten Umsetzungsplanung arbeiten. Danach startet die Umsetzungsphase.

Rund ein Viertel der Wiener Kinder musiziert

Bereits abgeschlossen ist unter anderem die Erhebung des Ist-Standes. Im Zuge dessen wurde Anfang 2012 in Kooperation mit dem Wiener Stadtschulrat in insgesamt 107 Schulen eine repräsentative Befragung zur Musikausbildung durchgeführt. Die Befragung umfaßte alle Schultypen. Es wurden insgesamt 10.000 Fragebögen ausgegeben, der Rücklauf betrug 7900. „Die Ergebnisse haben uns überrascht“, betont Oxonitsch.

„Musikausbildung ist in Wien ein wettbewerbsintensiver Markt. Die Musik- und Singschule Wien ist nur eine Anbieterin von vielen und der Versorgungsgrad der Wiener Kinder und Jugendlichen ist gegenüber der langläufigen Meinung höher als wir bisher vermutet haben.“

Musikausbildung muß alle Kinder erreichen

Insgesamt 26 Prozent der SchülerInnen erlernen ein Instrument und Singunterricht wird von 11 Prozent aller Befragten in Anspruch genommen. Nach Schultypen geordnet, entfallen auf VolksschülerInnen 27 Prozent, die ein Instrument erlernen. In Allgemein Höherbildenden Schulen (AHS) beträgt der Prozentsatz knapp 35 Prozent. Darunter liegen Neue Mittelschulen mit 24,4 Prozent, Hauptschulen mit 19,1 Prozent und Polytechnische Schulen mit 14,1 Prozent. Somit läßt sich auf höhere Anteile bei höheren Schulabschlüssen schließen. „Wie die Ergebnisse klar zeigen, müssen wir verstärkt an der Niederschwelligkeit der Angebote und der sukzessiven Integration in den Unterricht arbeiten. Wir bekennen uns klar dazu, den Wienerinnen und Wienern mit geförderten Angeboten sowohl einen Zugang zur Musik, als auch eine vertiefende Musikausbildung zu ermöglichen. Durch gezielte Begabtenförderung soll – unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten der Eltern – jedem Kind in dieser Stadt der Weg bis hin zum Studium ermöglicht werden“, so Oxonitsch.

Der Anteil der SchülerInnen, die ein Instrument lernen, beginnt bei knapp 20 Prozent bei den 6jährigen und steigt auf etwa 30

Prozent bei den 11- und 12jährigen. Erst bei den 16jährigen sind es deutlich weniger, die Instrumentalunterricht erhalten. Bei den 20jährigen sind es nur mehr 13 Prozent.

Privatunterricht und Gitarre am Beliebtesten

Die Verteilung nach Anbietern gestaltet sich folgendermaßen: Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, die Instrumental- und/oder Singunterricht nehmen, werden privat unterrichtet (53,1 Prozent). 41 Prozent gehen in eine private oder öffentliche Musikschule. 6 Prozent der Kinder nützen die Angebote der Wiener Volkshochschulen.

Gitarre und Klavier sind die beliebtesten Instrumente und decken zusammen mehr als 50 Prozent ab (27,8 und 22,8). Die beiden Lieblingsinstrumente werden gefolgt von Blockflöte (8,7), Keyboard (6,5), E-Gitarre (6), Schlagzeug (4,9), Violine (4,2) und Querflöte (2,4). Andere Holz- und Blechblasin-



Foto: Pressefoto Votava / PID

Musikschule Favoriten ist gutes Beispiel für die Verbindung von Traditionellem und Neuem

strumente, tiefe Streichinstrumente, Harfe, Zither und Cembalo liegen zum Teil über 1 Prozent, zum Teil darunter.

Anmeldung für die Musik- und Singschule ab sofort möglich

Die Anmeldung für die Musik- und Singschule für das Wintersemester 2012/2013 ist ab sofort in der gewünschten Musikschule möglich. ■

<http://www.musikundsingschule.wien.at>



Von 27. April bis 4. November 2012 wird an drei historisch bedeutenden Orten die grenzüberschreitende Landesausstellung 2012 gezeigt: in der Burg zu Burghausen an der Salzach, im ehemaligen Augustiner-Chorherrenstift Ranshofen sowie im Schloß Mattighofen.

Ein weiteres Mal kooperiert Oberösterreich im Rahmen der oberösterreichischen Landesausstellungen mit Partnern aus Bayern. 2004, bei der Ausstellung „grenzenlos“, waren dies die Stadt und der Landkreis Passau. Die Landesausstellung war mit mehr als 300.000 BesucherInnen ein großer Erfolg. Bei der Landesausstellung 2012 ist der Freistaat Bayern der Partner, vertreten durch das Haus der Bayerischen Geschichte. Weiters gibt es eine enge Kooperation mit der Stadtgemeinde Burghausen und, auf oberösterreichischer Seite, mit den beiden Städten Braunau und Mattighofen.

Unter dem Titel „Verbündet – Verfeindet – Verschwägert. Bayern und Österreich“ werden die vielschichtigen Beziehungen zwischen Bayern und Österreich, mit besonderer Berücksichtigung der Herrscherhäuser Habsburg und Wittelsbach dokumentiert.

Die Standorte der Landesausstellung 2012, in Oberösterreich das ehemalige Augustiner Chorherren Stift Ranshofen und die ehemalige Habsburgische Forstverwaltung

Mattighofen, landläufig „Schloß Mattighofen“ genannt, in Bayern die Burg zu Burghausen, verfügen über eine besondere kulturgeschichtliche und denkmalhistorische Qualität und sind für sich alleine schon lohnende Ausflugsziele.

Alle drei Standorte sind, historisch betrachtet, auf das Engste mit der Besiedelung der Region beiderseits von Inn und Salzach verbunden und somit gleichsam in Stein gemeißelte Zeugen der Jahrhunderte währenden Beziehungen zwischen Bayern und Österreich.

Die Zielsetzung des Konzepts

In dieser grenzübergreifenden Ausstellung wird das über viele Jahrhunderte gewachsene Verhältnis zwischen Bayern und Österreich vor dem Hintergrund historischer und alltagskultureller Parameter dokumentiert; gibt es doch mit den Bajuwaren gemeinsame Vorfahren.

Konzept und Gestaltung sind deduktiv angelegt, leiten also von den großen histori-

schen und politischen Ereignissen auf die lokale und regionale Ebene ab.

In Burghausen

beschäftigt sich das Haus der Bayerischen Geschichte mit der Epoche „Als Österreich noch bei Bayern war“. Bis 1156 gehörten Ober- und Niederösterreich zum Herzogtum Bayern, das vom Lech bis nach Wien reichte. Bestimmende Raumachsen und wirtschaftliche Schlagadern waren die Flüsse. Donau, Salzach und Inn stellten die Verbindung zu den europäischen Nachbarn her. Die handelnden Personen – von Herzog Tassilo bis zum hl. Wolfgang, von Rudolf von Habsburg bis zu Margarethe Maultasch – sind in der Ausstellung ebenso präsent wie die herausragenden Zeugnisse der Zeit – von der Ostarichi-Urkunde, dem „Taufschein“ Österreichs, bis zur Budapester Liederhandschrift, vom fast ein Kilogramm schweren awarenzeitlichen Goldkrug bis zur einzigen illustrierten Nibelungenhandschrift. Erstmals ist auch das im 8. Jahrhundert angelegte Ver-

Kultur

Foto: TV Burghausen



Burghausen, die längste Burganlage der Welt, ist Schauplatz einer außergewöhnlichen Mittelalter-Ausstellung mit einer Vielzahl herausragender Exponate, eindrucksvoller Inszenierungen und rund 30 Aktivstationen zum Mitmachen.

brüderungsbuch von St. Peter, in dem die Namen der agilolfingischen Herzöge in Bayern vermerkt sind, für eine Ausstellung auf Reisen gegangen. Von den Handschriftenschatzen, die im Zuge der Säkularisation

nach München gelangten, sind unter anderem das Orationale und das Perikopenbuch von St. Erentrud aus dem Salzburger Kloster Nonnberg zu sehen. Die bayerischen Gründungen, die das heutige „Klösterreich“ aus-

machen, stellten kostbare Leihgaben aus ihren Handschriften- und liturgischen Schätzen zur Verfügung.

Die längste Burganlage der Welt ist Schauplatz einer außergewöhnlichen Mittelalter-

Foto: Flying Pictures C. Berghammer



Im ehemaligen Augustiner-Chorherrenstift Ranshofen mit seiner sehenswerten Barockkirche steht mit der Barockzeit ein Höhepunkt des Kunst- und Kulturschaffens in Österreich und Bayern im Mittelpunkt.

Kultur

Foto: ÖÖ Tourismus / Röbl



In Mattighofen, wo das Schloß einst Sitz der Grafen von Ortenburg war, stehen die Konflikte im Vordergrund, die Bayern und Österreich im 18. Jahrhundert entzweiten.

Ausstellung mit einer Vielzahl herausragender Exponate, eindrucksvoller Inszenierungen und rund 30 Aktivstationen, die zum Mitmachen einladen, wie zum Beispiel dem Nachbau eines mittelalterlichen Tretradkrans, in dem die BesucherInnen ins sprichwörtliche Rotieren kommen können.

In Ranshofen

Unweit von Burghausen im heute österreichischen Innviertel liegen die beiden weiteren Ausstellungsorte, die früheren Königspfalzen Mattighofen und Ranshofen, das heute zu Braunau gehört. Im ehemaligen Augustiner-Chorherrenstift Ranshofen mit seiner sehenswerten Barockkirche steht mit der Barockzeit ein Höhepunkt des Kunst- und Kulturschaffens in Österreich und Bayern im Mittelpunkt. Die prachtvollen Kirchen-, Kloster-, und Schloßbauten dieser Epoche zeichnen die Donauländer aus, die Barockkultur mit ihren Festen, Prozessionen, Wallfahrten gilt als bis heute prägend für die Mentalität der Bayern und Österreicher. Das herausragendste Exponat der Ausstellung ist die berühmte Kaisermonstranz Kaiser Karls VI.

Im Schloß Mattighofen

einst Sitz der Grafen von Ortenburg, stehen die Konflikte im Vordergrund, die Bayern und Österreich im 18. Jahrhundert entzweiten. Trotz ihrer nahen verwandtschaftlichen

Beziehungen gerieten die Herrscherdynastien Habsburg und Wittelsbach im Spanischen Erbfolgekrieg und in den napoleonischen Kriegen in Gegensatz zueinander. Den zweiten Themenschwerpunkt bildet die Kultur an den Herrscherhöfen in der Zeit der Aufklärung, kontrastiert mit den sehr viel bescheidenen und häufig genug entbehrungsreichen Lebensverhältnissen der Bauern und Bürger. Mit der Möglichkeit, damals beliebte Spiele wie das „Paume“, ein Vorläufer des

Tennis, das Bölzelschießen, das Jeu de Passes, Schaukeln und Federballspielen auszuprobieren, kommt auch das Vergnügen für die Besucherinnen und Besucher nicht zu kurz.

Seehofer: Beziehung der beiden Länder könnte heute enger nicht sein

„Der bisherige große Erfolg der Landesausstellungen bestätigt: Die Menschen in Bayern interessieren sich sehr für die Ge-

Foto: Landesausstellung 2012



Ausstellungsansicht im Schloß Mattighofen

schichte ihres Landes, für ihre Heimat. In Bayern ist Geschichte lebendig und ein wesentlicher Teil unserer kulturellen Identität. Thema der Landesausstellung 2012 sind die gemeinsamen Wurzeln von Bayern und Österreich. „Verbündet – Verfeindet – Verschwägert“ – allein der Titel macht neugierig auf historische Hintergründe und „Schmankei“ einer Beziehung zwischen zwei Ländern, die heute enger nicht sein könnte. Bayern und Österreich sind heute starke Partner in einem vereinten Europa. Mit dem Land Oberösterreich, das die Landesausstellung 2012 mit Exponaten in Braunau-Ranshofen und Mattighofen fortsetzt und ergänzt, arbeitet Bayern intensiv zusammen nicht nur für ein Europa der Regionen, sondern auch in einem weltweiten Netzwerk der ‚Powerregionen‘. Als Standort für die gemeinsame Landesausstellung ist das Land an Inn und Salzach daher bestens geeignet. Ich wünsche den Besuchern der Landesausstellung viele interessante Einblicke in die bayerisch-österreichische Geschichte und danke allen, diesseits und jenseits von Inn und Salzach, die an ihrem Zustandekommen beteiligt waren“, sagte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer bei der Eröffnung der länderübergreifenden Landesausstellung 2012.

Heubisch: Bayern und Österreich – zwei Länder, viele Gemeinsamkeiten

„Es freut uns, daß wir offensichtlich nicht ganz ‚drauß‘ sind – wie der Österreicher das Ausland bezeichnet. Jedenfalls sind nur die Norddeutschen ‚Piefkes‘ – wir Bayern dagegen nicht“, betonte der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Wolfgang Heubisch. Als wesentliches grenzübergreifendes Merkmal identifiziert er die Vielfalt: „Regionale Identitäten wie in Franken und Schwaben gibt es genauso in Tirol oder Kärnten, doch gerade diese Eigenarten der Menschen sind es, die uns diesseits und jenseits der bayerisch-österreichischen Grenze so unverwechselbar und stark machen.“

Loibl: In den Exponaten wird gemeinsame Kulturlandschaft wieder greifbar

Als letzter Redner führt Richard Loibl, der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, das Publikum im Parforceritt durch 1000 Jahre bayerisch-österreichische Geschichte. In Burghausen erwarte die Besucher eine Fülle hochkarätiger Ausstellungstücke: Der österreichische Tauschein – die Ostarrichi-Urkunde – und die einzig illustrierte Fassung des Nibelungenlieds ebenso

Foto: Landesausstellung 2012



Die Urkunde aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv ist der erste schriftliche Beleg des Namens »Österreich«, ausgestellt am 1. November 996. Auf dem Rückweg von seiner Kaiserkrönung in Rom schenkte Kaiser Otto III. seinem Vertrauten Bischof Gottschalk von Freising den Königshof in Neuhausen an der Ybbs im heutigen Niederösterreich sowie angrenzende Ländereien in einer Ausdehnung von 30 Königshufen; das entsprach 30 großen landwirtschaftlichen Anwesen mit Ackerland und Wald – also eine stattliche Schenkung, die der Bischof möglicherweise der Tatsache verdankte, daß er mit seinen Rittern den Kaiser nach Italien begleitet hatte. Lokalisiert wird das geschenkte Land »in regione vulgari vocabulo ostarrichi in marcha et in comitatu Heinrici comitis«; zu deutsch: »in der Gegend, die in der Volkssprache Ostarrichi heißt, in der Mark und Grafschaft des Grafen Heinrich«. Erstmals scheint hier Österreich in der alt-hochdeutschen Form auf. In den Urkunden, die in der europäischen Rechtssprache Latein verfaßt wurden, bleibt »regio orientalis« vorherrschend, also der östliche Teil des Herzogtums Bayern. 1147 findet sich dann zum ersten Mal ein Begriff, der noch heute in vielen Ländern für Österreich steht: »Austria«.

wie zahlreiche mittelalterliche Zimelien. Sie zeigen, wie lebendig das Bewußtsein der bayerisch-österreichischen Gemeinsamkeiten ist: „In den Exponaten wird die gemeinsame Kulturlandschaft wieder greifbar. Sie endete auch nicht, als Österreich zunehmend

selbständiger wurde.“ Burghausen, Braunau und Mattighofen seien bestens für das grenzübergreifende Projekt geeignet: „Für die Landesausstellung ‚Bayern und Österreich‘ konnte nur eine Region in Frage kommen: die Landschaft für den weiten Blick an den

Kultur

Foto: Land OÖ



50.000 innerhalb nur eines knappen Monats: »Das ist ein großartiger Erfolg. Die Idee, daß sich bei dieser Landesausstellung Bayern und Österreicher ob ihrer gemeinsamen Geschichte gegenseitig besuchen, ist voll aufgegangen«, erklärte Landeshauptmann Josef Pühringer, der gemeinsam mit den Bürgermeistern von Burghausen, Hans Steindl, von Braunau, Johannes Waidbacher und von Mattighofen, Friedrich Schwarzenhofer sowie dem Vertreter des Hauses der Bayerischen Geschichte, Wolfgang Jahn am 23. Mai die Ehrung der Jubiläumsbesucherin Elisabeth Simmet aus Burghausen vornahm, die mit ihrem Mann Bernhard anlässlich ihres Hochzeitstages einen Ausflug zur Landesausstellung gemacht hat.

fließenden Grenzen Salzach und Inn. Wir freuen uns, daß wir in Burghausen zu Gast sein dürfen und danken unseren Partnern ‚drent‘ und ‚herent‘ für die gute Zusammenarbeit.“

<http://www.landesaustellung.at>

<http://www.hdbg.eu>

Wo Sauerkraut und Bier zur Kultur gehören

Nach der Kultur fehlt zum perfekten Ausflug nur mehr die gemütliche Einkehr im

Wirtshaus. Das oberösterreichische Innviertel ist für seine Wirtshauskultur weithin bekannt und genau diese Tradition haben sich die „InnWirtler“ auf die Fahnen geheftet. Die InnWirtler, das sind 18 Gastronomiebetriebe aus dem Bezirk Braunau, die den Besuchern der Landesausstellung die typischen Schmanckl der Region aufstischen werden. Das gilt selbstverständlich auch und ganz besonders für jene Radler, die auf der „Genußbradtour“ unterwegs sind. 16 „InnWirtler“, quer durchs Land, werden durch diese Route verbunden.

Was wären aber das klassische Bratl oder der weithin gerühmte Innviertler Surspeckknödel ohne die passenden Beilagen? Das haben sich auch die InnWirtler gedacht und sind bereits im vergangenen Oktober gemeinsam in den Sauerkrautkeller gestiegen. Nach einem Tag des Hobelns, Stampfens und Tretens waren nach altem Rezept aus dem Jahr 1938 ganze sieben Tonnen Sauerkraut eingelagert. Vom Kraut bis zu den Gewürzen stammen die Ausgangsprodukte unmittelbar aus der Region. Das beweist: Im Innviertel hat auch die Beilagenkultur eine Tradition, die sich sehen lassen kann.

Zur klassischen Innviertler Kost servieren die InnWirtler selbstverständlich ein typisches Bier aus der Region. In den Kellern von vier Brauereien mit langer Familientradition – Schnaitl, Raschhofer, Wurmhöninger und Uttendorfer – reifen jene Spezialitäten aus Hopfen, Wasser und Malz heran, die zum Bratl in der Rein oder zu den unterschiedlich gefüllten kleinen Innviertler Knödeln kredenzt werden. Weil die „InnWirtler“ neben Tradition und Regionalität auch auf originelle Ideen setzen, gibt's das Bier im Landesausstellungsjahr 2012 auch in Form eines Likörs. Wohl bekomm's!

Natur und Kultur für Ausflugsgäste

Das Ibmer Moor zum Beispiel wird 2012 als Teil von „naturschauspiel.at“ mit kreativen Natur-Erlebnisprogrammen bespielt. In Franking sprechen Bauerngolf-Runden vor allem Familien an. Braunau punktet mit Kultur-Angeboten: Stadtrundgänge führen zu Kleinen wie der Stephanskirche oder dem historischen Badhaus. Der Stadterlebnisweg erzählt an acht Stationen die Geschichte Braunaus an Originalschauplätzen. In Mattighofen wird die Geschichte anhand des 1000-Schritte-Weges aufbereitet: Er verbindet zwölf Sehenswürdigkeiten und wird mittels 36 Audio-Beiträgen zum Erlebnis. Eine Audio-Tour und Smartphone Apps sind ebenfalls Bestandteile des Projekts. Darüber hinaus positioniert sich Braunau als Friedensbezirk. Das Geburtshaus Franz Jägerstätters in St. Radeburg weist als Ausflugsziel ebenso in diese Richtung wie der Franz-Xaver-Gruber-Weg in Hochburg-Ach. Der Wanderweg auf den Spuren des Komponisten von „Stille Nacht“ wird im Juni eröffnet.

Zahlreiche Veranstaltungen bilden den festlichen Rahmen der Landesausstellung und unterstreichen den grenzüberschreitenden Gedanken. ■

<http://www.oberoesterreich.at>

<http://www.naturschauspiel.at>

Foto: OÖ Tourismus / Röbl



Nach der Kultur das Kulinarische: klassisches Bratl oder weithin gerühmte Innviertler Surspeckknödel, serviert von den 18 »InnWirtlern«

Ein Land im Zeitraffer

Niederösterreich seit 1848 – von 11. Mai 2012 bis 27. Jänner 2013
im Niederösterreichischen Landesmuseum in St. Pölten

Die von Elisabeth Loinig, Stefan Eminger und Willibald Rosner kuratierte Sonderausstellung zur Landeskunde im Niederösterreichischen Landesmuseum im Kulturbezirk St. Pölten zeigt in sechs Kapiteln die wechselvolle Geschichte Niederösterreichs, beginnend mit der 1848er-Revolution.

Exemplarisch und gerafft werden die Ereignisse dargestellt: vom Neoabsolutismus, über Gründerzeit und Weltkrieg, Umbruch und Zwischenkriegszeit, Nationalsozialismus und Krieg, Wiederaufbau und Konsolidierung bis hin zur Identitätsfindung und Perspektiven für die Zukunft als Streifzug durch mehr als 150 Jahre. Gezeigt wird das Bundesland als Kernland, Grenzland und Europa-region. Als inszenierter Hintergrund dienen das alte Landhaus in der Herrengasse, das neue im Regierungsviertel St. Pölten, Plätze, Bahnhöfe, Kasernen...

Revolution und Konstitution

Von 1848 bis 1916 regierte Kaiser Franz Joseph. Niederösterreich mit der Reichshauptstadt Wien war das zentrale Kronland seines Reiches. Als Symbol einer nostalgisch verklärten „guten alten Zeit“ verkörperte der Kaiser Stabilität und Ordnung. Tatsächlich aber waren diese 68 langen Jahre eine Zeit stürmischer politischer und wirtschaftlicher Entwicklung. Die von den Revolutionären 1848 erkämpften Rechte nahm der junge Kaiser im Neoabsolutismus wieder zurück. Die Aufhebung der bauerlichen Untertänigkeit blieb erhalten, erforderte jedoch einen grundlegenden Neuaufbau von Gemeinde-, Verwaltungs- und Gerichtswesen. Erst nach den verlustreichen Kriegen von 1859 und 1866 verließ der Kaiser den Weg des Neoabsolutismus. Das „Februarpatent“ 1861 schuf neue gewählte Landtage. Die Dezemberverfassung verwandelte 1867 Österreich in eine konstitutionelle Monarchie und garantierte einen bis heute gültigen Grundrechtskatalog. Zahllose Vereine entstanden, die Menschen wurden politisch aktiv. Die neuen Massenparteien und ein neuer Berufsstand, die Politiker, kämpften um Wählerstimmen – bis 1918 vor allem um die Stimmen der Männer. Denn der Zugang zu Politik, Bildung und Beruf war für Frauen und Männer noch ungleich geregelt.



Foto: Stadtmuseum St. Pölten

»Szene am 13ten März 1848 beim Landhaus in Wien«, Lithographie von Albrecht

Revolution

1848 erfaßte eine Welle der Unzufriedenheit Teile Europas. In Wien stürmten am 13. März 1848 Studenten die Sitzung der Stände im Landhaus in der Herrengasse, um Bürgerrechte und politische Mitsprache zu fordern. Bürger, Handwerker und Arbeiter füllten die Straßen. Als das Militär eingriff und Menschen getötet wurden, ergriff der Aufstand

die ganze Stadt und ihre Umgebung. Schon am nächsten Tag hob Kaiser Ferdinand die Zensur auf, versprach eine Verfassung und die Bildung von Nationalgarden. Flugblätter und Zeitungen verkündeten die Neuigkeiten und lösten im ganzen Land Begeisterung und Hoffnung aus. Die Bürger der Städte bildeten eilig Nationalgarden, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die Bauernbefreiung

In der Ständegesellschaft waren die Bauern Untertanen, die ihren Besitz von den Grundherren zur Leihe hatten. Dafür leisteten sie Abgaben und unentgeltliche Arbeit, die Robot. 1848 setzten sie ihre Hoffnung auf die Bauernabgeordneten, die sie in den ersten Reichstag gewählt hatten. Einer von ihnen, Hans Kudlich, ein junger Revolutionär und Sohn eines Bauern, forderte die Aufhebung der bäuerlichen Untertänigkeit. Obwohl sein Antrag nur in veränderter Form in Kraft trat, feiern ihn seither die Bauern als ihren „Befreier“.

Auch nach der Niederwerfung der Revolution blieb das Gesetz unangetastet: Die Bauern waren frei, doch sie mußten die frühere Grundherrschaft entschädigen: verschuldet und auf den freien Markt nicht vorbereitet wanderten viele in die neuen Industriezonen ab.

Neoabsolutismus und staatliche Verwaltung

Nach der blutigen Niederschlagung der Revolution in Wien übergab Kaiser Ferdinand am 2. Dezember 1848 die Regierung an seinen erst 18jährigen Neffen Franz Joseph. Der junge Kaiser rückte bald von den Erregenschaften der Revolution ab. Mit dem „Silvesterpatent“ 1851 verkündete er eine absolute Regierungsform. Im Neoabsolutismus regierte er ohne Volksvertretung und ohne Landtage. Gesetze erließ allein der Kaiser. Der Statthalter und die niederösterreichische Statthalterei leiteten die Landesverwaltung im kaiserlichen Auftrag. Nach der Aufhebung der Grundherrschaft schuf man eine neue Territorialeinteilung mit modernen Gemeinden, Bezirksbehörden und Gerichten. Dieses Organisationsprinzip blieb in seinen Grundzügen bis heute erhalten.

Der Weg zur Verfassung

Das militärische Scheitern in Italien zwang den Kaiser, die Regierungsgewalt zu teilen: Das „Oktoberdiplom“ 1860 und das „Februarpatent“ 1861 verankerten einen Reichsrat und gewählte Landtage. Im Krieg mit Preußen erlitt Österreich 1866 in der Schlacht von Königgrätz (Böhmen) eine vernichtende Niederlage. Preussische Truppen fielen in Niederösterreich ein – mit ihnen kam die Cholera, die mehr als 12.000 Todesopfer forderte.

Der Sieg verschaffte Preußen die Vormacht in Deutschland. Aus dem Habsburgerreich wurde 1867 im Ausgleich mit Ungarn eine Doppelmonarchie. Österreich erhielt



Foto: Landesmuseum Niederösterreich

Rudolf von Alt, »Das Niederösterreichische Landhaus« um 1850

die „Dezemberverfassung“. Sie garantierte die Grundrechte und band den Kaiser bei der Gesetzgebung an die Verfassung und den gewählten Reichstag.

Landtag und Selbstverwaltung

Im Landhaus in Wien, im alten Sitzungssaal der Stände, trat am 6. April 1861 der

erste gewählte Landtag zusammen. Die Abgeordneten waren in Kurien gegliedert, jene der Großgrundbesitzer, der Städte, Märkte und Handelskammer und der Landgemeinden. Den Vorsitz führte der Landmarschall. Im Landtag waren der Adel und das Großbürgertum, aber auch Wissenschaftler und Geistliche vertreten.



Foto: Niederösterreichische Landesbibliothek

Die Niederösterreichische Landesregierung 1890 bis 1896

Kultur

Foto: Niederösterreichische Landesbibliothek



Automobil der Luxusklasse: ein Daimler um 1909

Sie bildeten „Honoratiorenparteien“, lose Vereinigungen ohne breite Wählerbasis oder Parteiorganisation. Sechs Abgeordnete, die Landesausschüsse, bildeten die Landesregierung. Sie standen einer neuen Behörde vor, die die Selbstverwaltung des Landes besorgte und ebenfalls „Landesausschuß“ genannt wurde. Zu ihren Aufgaben zählten u.a. Landwirtschaft, Wasserversorgung oder Schulwesen. Als zweite oberste Landesbehörde trat sie neben die Statthalterei, die im Auftrag des Kaisers die staatliche Verwaltung wahrnahm.

Wahlrecht

Wahlrecht war kein Grundrecht und weder allgemein noch gleich. Das Zensuswahlrecht band es an Besitz oder Steuerleistung, das Kurienwahlrecht teilte die Wähler in Gruppen, mit ungleichem Gewicht der Stimmen. Der Kreis war eng: 1861 waren nur ca. 6 Prozent der Männer zur Wahl zugelassen. Allmählich weitete sich durch die Senkung des Zensus der Kreis der Berechtigten. Bei den Reichsratswahlen 1907 galt erstmals das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht. Frauen durften in Niederösterreich nur wählen, wenn sie eigenberechtigt waren und selbst Steuer zahlten. Die Bestimmung galt bis 1918 für den Gemeinderat, für den Landtag wurde ab 1888 das weibliche Wahlrecht auf die Kurie der Großgrundbesitzer beschränkt. Seit 1919 wählen Frauen und Männer gleichberechtigt.

Vereine

Das liberale Vereinsgesetz und die Verfassung von 1867 garantierten das Recht der BürgerInnen, sich zu versammeln und Ver-

eine zu bilden. Eine Welle von Neugründungen erfaßte auch Niederösterreich. Genannt seien etwa Feuerwehren, Turnvereine, Musik- und Geselligkeits-, Wohltätigkeitsvereine, Vereine für Kunst und Wissenschaft und zahlreiche Gesinnungsvereine, die sich später zu politischen Parteien zusammenschlossen.

Die Massenparteien

Wegen des ungerechten Kurien- und Zensuswahlrechts blieben breite Bevölkerungsschichten ohne politische Vertretung. Nur in Vereinen konnten sie für ihre Interessen eintreten. Der Kampf um Wahlrecht und Wählerstimmen ließ aus Vereinen um

1890 schlagkräftige Massenparteien entstehen. Victor Adler einigte auf dem Parteitag von Hainfeld 1888/89 die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Aus den katholisch-konservativen Gruppierungen schuf Karl Lueger mit antisemitischer Propaganda und gestützt auf den niederen Klerus die Christlichsoziale Partei (CSP). Der 1906 gegründete niederösterreichische Bauernbund wurde bald eine der mächtigsten Stützen der Partei.

Deutschnationale und Deutschliberale blieben zersplittert. Die Alldeutsche Bewegung unter Georg Ritter von Schönerer beeinflusste den jungen Adolf Hitler mit radikalem Antisemitismus, Kirchenfeindlichkeit und fanatischer Verehrung alles Deutschen.

Frauen

Die Gleichheit vor dem Gesetz ermöglichte Frauen keineswegs gleiche Bildung, Berufswahl oder politische Tätigkeit. So verbot das sonst liberale Vereinsrecht 1867 ausdrücklich die Mitgliedschaft von Frauen in politischen Parteien.

Nach Absolvierung der achtjährigen Schulpflicht war es bis ins 20. Jahrhundert nicht selbstverständlich, daß Mädchen eine Berufsausbildung erhielten. Oft absolvierten sie vor der Heirat Haushalts- oder Nähkurse, auch um später durch Heimarbeit „dazuverdienen“ zu können.

Schule und Bildung

Das Reichsvolksschulgesetz von 1867 beabsichtigte eine Verbesserung des allgemei-

Foto: Stadtmuseum Traiskirchen



Reifenfertigung im Semperit-Werk Traiskirchen, Foto, um 1910

Kultur

nen Bildungsniveaus. Die Schulpflicht dauerte nun acht statt sechs Jahre, die Klassenzahl wurde gesenkt. Kinder aller Konfessionen durften öffentliche Schulen besuchen. Lehrkräfte mußten eine vierjährige Ausbildung absolvieren, die auch Frauen offenstand und mit der Matura abschloß. In Niederösterreich führten die Englischen Fräulein in Krems lange die einzige Lehrerinnenbildungsanstalt außerhalb Wiens. Frauen drängten in den Lehrberuf – 1913/14 betrug ihr Anteil in den Ausbildungsanstalten bereits mehr als ein Drittel.

Gründerzeit und Weltkrieg

Die Gründerzeit des 19. Jahrhunderts schuf Prachtbauten und Industrieanlagen. Der Motor des Wirtschaftsaufschwungs war die Eisenbahn, auf ihren Schienen rollte der Fortschritt. Die Semmeringbahn, die älteste Gebirgsbahn der Welt, schloß 1854 eine Lücke der Südbahn. Als wichtigste Strecke der Monarchie verband sie Wien mit dem Adria-hafen Triest. Die Kaiserin Elisabeth-Westbahn fuhr 1858 von Wien bis Linz. Entlang der Schienenwege nach Süden und Westen wuchsen Industriezentren, wie um Wr. Neustadt oder in St. Pölten. Die 1895 gegründeten Niederösterreichischen Landesbahnen erschlossen weitere Gebiete für Wirtschaft und Tourismus.

Abseits der neuen Verkehrswege blieben Teile des Landes von der Industrialisierung



Foto: Landesmuseum Niederösterreich

oben:

Die Englischen Fräulein in Krems, 1916

rechts:

Niederösterreichische Alpenbahn (Mariazellerbahn), Führer, Wien 1907

unten: *Nach der Musterung, 1915*

weitgehend unberührt. Künstlerinnen ließen sich von traditionellem Handwerk und der Schönheit alter Kulturlandschaften inspirieren. Besonders die Wachau, erst spät vom Verkehr erschlossen, bewahrte wertvolles Kapital für spätere Generationen. Das Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914 war der Anlaß für eine fatale Kettenreaktion, die zum Weltkrieg führte. Die Kriegsbegeisterung



Foto: Niederösterreichische Landesbibliothek



Foto: Niederösterreichische Landesbibliothek

wich bald der Ernüchterung. 1916 endete mit dem Tod Kaiser Franz Josephs eine Ära. Kaiser Karl I. konnte das zerbrechende Reich nicht retten. Politische Stagnation, Mangelwirtschaft und Hunger waren Begleiter des Zusammenbruchs im Oktober 1918.

Ein Land auf Schienen

Die Eisenbahn ließ die Welt schrumpfen: Menschen und Güter erreichten mit ungeahnter Geschwindigkeit ihr Ziel. Von Wien aus breitete sich das Schienennetz über das Land. 1837 fuhr die erste Lokomotive Österreichs auf der Nordbahn.

Bis 1870 folgten die Südbahn und die Semmeringbahn, die Ostbahn, die Westbahn und die Franz Josephs-Bahn. Ab 1895 errichteten die Niederösterreichischen Landesbahnen mehr als 500 km schmal- und normalspurige Strecken.

Der frühe Tourismus ist ohne die Eisenbahn undenkbar: Vor allem die Semmeringbahn 1854 und die Mariazellerbahn 1907 wurden sofort nach ihrer Eröffnung zu Publikumsmagneten.

Der Erste Weltkrieg

Eine Welle der Kriegsbegeisterung erfaßte Niederösterreich. Bald kamen von der Front Nachrichten über schwere Verluste, und das erwartete rasche Ende des Krieges blieb aus. Erstmals mobilisierte man auch die Zivilbevölkerung: Liebesgaben für die Front, die Zeichnung von Kriegsanleihen und Rohstoffsammlungen waren als patriotische Aktionen inszeniert. Preissteigerungen förderten Schwarzmarkt und Mangelwirtschaft. Lebensmittel- und Bedarfsgüterkarten halfen wenig, während Zwangsablieferungen für Unruhe auf dem Land sorgten.

Der Tod Kaiser Franz Josephs war mehr als das Ende einer Ära. Zwei Jahre später waren die Tage der Doppelmonarchie gezählt. Im Lande herrschte Hunger und die Spanische Grippe wütete, als Kaiser Karl 1918 auf die Regierungsgeschäfte verzichtete.

Umbruch und Neuordnung

Niederösterreich in der Ersten Republik (1918 - 1938)

Der Zerfall der alten Habsburgermonarchie und die Errichtung der neuen Republik Österreich 1918 bedeuteten einen tiefen Einschnitt in der Geschichte unseres Landes. Der Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye hatte aus dem 53-Millionen-Einwohner-Großreich einen Sechs-Millionen-Klein-



Foto: Landesmuseum Niederösterreich / Christoph Fuchs

oben:
Maximilian Frey, Ausrufung der Republik 1918, um 1948

links:
Arbeiter in der Torpedofabrik Whitehead in St. Pölten (um 1916)

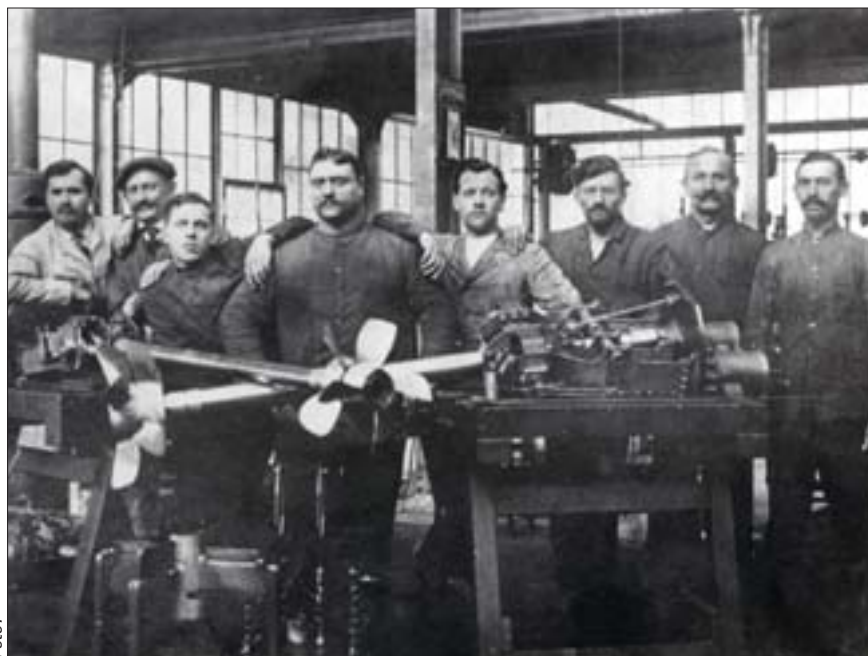


Foto:

staat gemacht. Landesgrenzen waren plötzlich Staatsgrenzen geworden und zerschnitten jahrhundertealte Wirtschaftsräume. Die Parteien der Christlichsozialen und Sozialdemokraten einigten sich 1921 auf die Trennung Niederösterreichs von Wien, und Niederösterreich war jetzt ohne Zentrum. Dennoch sahen viele Menschen den Umbruch als Aufbruch. Die „kleinen Leute“ konnten jetzt politisch mitbestimmen und freuten sich über wichtige soziale Verbesserungen. Niederösterreich tat sich als Fremdenverkehrsland hervor. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 traf das Land besonders hart. Grassierende Arbeitslosigkeit und Verarmung

Foto: Niederösterreichisches Landesmuseum / Helmut Lackinger



*Ausstellungssituation:
Die Zwischenkriegszeit*

waren die Folge. In „Industriedörfern“, wie Marienthal südlich von Wien, waren drei von vier Familien davon betroffen. Politische Gewalt gehörte in der Ersten Republik zum Alltag. In kaum einem anderen Bundesland war sie derart häufig. Die Straßen der niederösterreichischen Städte wurden immer mehr zu Aufmarschgebieten der verfeindeten Wehrverbände. 1933 schaltete die Regierung Dollfuß die Demokratie aus und regierte fortan diktatorisch. Der mächtig aufstrebende Nationalsozialismus war damit aber nicht aufzuhalten.

Erfolgsgeschichten der Ersten Republik

Die Erste Republik war keine Einbahnstraße in die Katastrophe. Sie war auch eine Phase sozialer Errungenschaften, die uns heute selbstverständlich geworden sind. Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Acht-Stundentag oder kommunale Wohn- und Schulbauprojekte trugen zur Verbesserung des Lebensstandards bei. Niederösterreich war im Fremdenverkehr erfolgreich. Das Land wies stets mehr Übernachtungen auf, als Kärnten und Tirol zusammen genommen. Als Sommerfrische weiterhin bekannt und beliebt, profilierte sich Niederösterreich als Billig-Tourismusland. Die Wirte setzten auf

die kleinen Geldbörsen der Inländer/-innen, die wegen der Sozialgesetze nun über mehr Freizeit verfügten. Nicht nur im Semmering-Gebiet investierten die Gemeinden in den Bau von Strandbädern, Parks und Pensionen. Mit der Weltwirtschaftskrise kam zwar der Einbruch, doch setzte man mit Erfolg auf den Ausbau der Schigebiete.

Die Große Krise (1929 - 1933)

Nach einem kurzen Aufschwung Mitte der 1920er Jahre brach auch in Niederösterreich die Große Krise herein. Auftragsmangel, Personalabbau und Betriebsschließungen waren in den Industriezentren an der Tagesordnung. Die Mittel der Arbeitslosenfürsorge waren bald aufgebraucht. Immer mehr Menschen wurden „ausgesteuert“. Sie erhielten nur noch die karge Notstandsunterstützung, die für das Überleben der Familien nicht ausreichte. Die Hilfen der Gemeinden und des Staates griffen zu kurz: Viele Menschen konnten ihre Miete nicht mehr bezahlen, verloren ihre Wohnung und hausten in primitiven Baracken. Besonders zu leiden hatten Ansiedlungen wie Marienthal, die von einer einzigen, zugrunde gegangenen Fabrik abhängig waren. Die Arbeitslosen von Marienthal erlangten weltweit Bekanntheit, weil sie die Forschungsobjekte jener Studie waren, die in der soziologischen Wissenschaft bahnbrechend wirkte.

Gewalt in der Politik

Die politischen Lager

In Niederösterreich dominierten zwei politische Lager. Die Christlichsozialen mit Bauernbund und Katholischer Kirche und die Sozialdemokraten mit den Gewerkschaften. Die betont Deutschnationalen als dritte Gruppe blieben dagegen deutlich in der Minderheit und wiesen auch die schwächste Lagerbindung auf. Alle drei Lager stützten sich auf zahlreiche Vereine und unterhielten bewaffnete Wehrverbände. Die Mißachtung des staatlichen Gewaltmonopols war eines der Hauptprobleme der Ersten Republik. Die politische Praxis war eigenartig zwiespältig. Auf Ebene der Landespolitik überwog der Konsens, auf lokaler Ebene dominierte vielfach die Gewalt. Der Bezirk Mödling war österreichweit jene Region, in der die meisten politischen Zusammenstöße erfolgten. Die Nationalsozialisten schafften 1932 den Durchbruch.

Sie stellten acht von 56 Abgeordneten im NÖ Landtag. Die Hälfte stammte aus ihren Hochburgen Krems und Langenlois.

Engelbert Dollfuß, der Niederösterreicher

Engelbert Dollfuß scheidet bis heute die Geister. Der beim nationalsozialistischen Putschversuch 1934 ermordete Kanzler wird von den Erben der Christlichsozialen als

Kultur

Märtyrer verehrt und von Generationen von Sozialdemokraten als Arbeitermörder gehaßt. Dollfuß schaltete im März 1933 das Parlament aus und beseitigte schrittweise die oppositionellen Parteien. Die Christlichsozialen Niederösterreichs trugen seine Politik mit, bewahrten aber eine minimale Gesprächsbasis mit den in die Illegalität gedrängten Sozialdemokraten. Mit der „Vaterländischen Front“ schuf Dollfuß eine Einheitspartei, die über die politische Gesinnung aller Staatsbürger wachen sollte. Sein „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus führte in eine bürgerliche Diktatur, die unter anderem im „Anhaltelager“ Wöllersdorf ihren Ausdruck fand.

»Volksgenossen« und »Gemeinschaftsfremde«

Niederösterreich im Nationalsozialismus (1938 - 1945)

Dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich jubelten auch viele NiederösterreicherInnen begeistert zu. Die einen erhofften sich von Hitler Arbeit und Brot, andere die Ausschaltung ihrer jüdischen Konkurrenten, wieder andere die Vorherrschaft einer „arischen Rasse“. Während die einen jubelten und Beifall klatschten, wurden andere vertrieben, verhaftet, gedemütigt. Auch an der „Abstimmung“ über den „An-

schluß“ durften politische Gegner und „Fremdvölkische“ nicht teilnehmen. Der NS-Staat wollte Politik und Gesellschaft neu ordnen. Das Land Niederösterreich wurde zum Reichsgau Niederdonau und veränderte seine Grenzen wie seit Jahrhunderten nicht. Das nationalsozialistische Herrschaftssystem wurde von vielen Niederösterreichern mitgetragen und spaltete die Bevölkerung in zwei Gruppen: in „gutrasige“, politisch angepasste Volksgenossen und in „minderrassige“, politisch anders denkende Gemeinschaftsfremde. Während Volksgenossen in Partei- und Gemeindeämtern, in Schulleitungen, Arztpraxen oder als Privatpersonen an der Schaffung der Volksgemeinschaft mitwirkten, wurden JudenInnen, körperlich und psychisch Kranke, ZwangsarbeiterInnen und WiderstandskämpferInnen in (Konzentrations-)Lagern und „Heilanstalten“ umgebracht. Das NS-Regime blieb intakt bis zur totalen Niederlage. Es mußte von außen gestürzt werden. Die „Endphaseverbrechen“ seiner AnhängerInnen zählten zu den grausamsten in der gesamten NS-Zeit.

Warum wird der »Anschluß« immer in Anführungszeichen gesetzt?

„Anschluß“ ist ein mehrdeutiger Begriff. Er bezeichnet die dreifache Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Öster-

reich: von „außen“, von „oben“ und von „unten“. „Von außen“ meint die massive militärische Drohung durch den Einmarsch der Deutschen Wehrmacht, begleitet von Polizeiaktionen der Gestapo. „Von oben“ her erfolgte die Machtübernahme durch die sogenannten „gemäßigten“ Nationalsozialisten, wie Arthur Seyß-Inquart und Edmund Glaise-Horstenau, die schon vor dem „Anschluß“ in der Regierung waren. Und „von unten“ erfolgte die NS-Machtübernahme durch die Aktivitäten der bislang illegalen Nationalsozialisten mit Demonstrationen, Schmieraktionen, Flugzettel etc. Der völkerrechtliche Begriff Okkupation wird nicht verwendet, weil er nur die Machtübernahme „von außen“, nicht aber jene „von oben“ und „von unten“ bezeichnet, also den eigenständig österreichischen Anteil ausblendet.

Befreiung und Modernisierung

Niederösterreich in der Zweiten Republik (1945 - 1995)

Spätestens 1945 holte der Krieg der Nationalsozialisten auch die niederösterreichische Zivilbevölkerung ein. Der Osten des Landes war Frontgebiet und Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen Wehrmacht und Alliierten. Verwüstung und Zerstörung prägten das Bild. Soldaten der Roten Armee befreiten das Land und besetzten es bis zum



Foto: Niederösterreichisches Landesmuseum / Helmut Lackinger

Das Land Niederösterreich wurde zum Reichsgau Niederdonau und veränderte seine Grenzen wie seit Jahrhunderten nicht.

Foto: Niederösterreichisches Landesmuseum / Helmut Lackinger



Für die Wirtschaft war das Ende der sowjetischen Besatzung der Anfang eines kräftigen Aufschwunges.

Abschluß des Staatsvertrages 1955. Nach 1945 bemühte sich die Landespolitik um Stärkung der blaß gebliebenen niederösterreichischen Landesidentität. Der Gründung der neuen Landeshauptstadt St. Pölten 1986 kam dabei große Bedeutung zu. Das Ende der sowjetischen Besatzung war für die Wirtschaft Niederösterreichs der Auftakt zu einer neuen Ära. Das Land trat jetzt zur nachholenden Modernisierung an. Waren die 1960er und 1970er Jahre fast zur Gänze von diesem Aufholprozeß geprägt, so stürzten die 1980er das Industrieland Niederösterreich in eine Krise. Die Errichtung der Landeshauptstadt verschaffte der heimischen Wirtschaft neue Impulse, und mit der Gründung der Donauuniversität Krems begab sich das Land auf den Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft des neuen Jahrtausends. Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 wurde von der Bevölkerung Niederösterreichs anfangs bejubelt, bald aber zunehmend kritischer kommentiert. Gleichzeitig blickten viele Sportvereine über die Grenze und holten sich Verstärkung aus den Nachbarstaaten. Dieser Kulturaustausch im Kleinen hatte Wirkung im Großen. Er trug zum Abbau der Grenzen in den Köpfen ebenso bei, wie später die „Niederösterreichische Sprachoffensive“ in Schulen und Kindergärten des Landes.

Modernisierung im Nachholverfahren (1955 - 1995)

Für die Wirtschaft war das Ende der sowjetischen Besatzung der Anfang eines kräftigen Aufschwunges. Gegenüber dem „goldenen Westen“ in Rückstand geraten, trat das Land zur „Modernisierung im Nachholverfahren“ an. Das Industriezentrum Niederösterreich Süd in Wiener Neudorf, das skandalumwittelte Südstadt-Projekt in Maria Enzersdorf, der Siegeszug des Autos, die Motorisierung der Landwirtschaft oder der Durchbruch des Massenkonsums: sie alle standen für den Aufschwung der 1960er und 1970er Jahre. In den 1980ern stürzte das Industrieland Niederösterreich hingegen in eine schwere Anpassungskrise. Die Investitionen bei der Errichtung der Landeshauptstadt waren daher auch zur Krisenlösung gedacht. Sie kurbelten die Bauwirtschaft in der Region an, und die Schaffung der Donauuniversität Krems wies bereits den Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft des anbrechenden Jahrtausends.

Österreichs größter Industriepark

Auf den Ruinen des Flugmotorenwerkes Ostmark und neben dem ehemaligen Außenlager des KZ Mauthausen errichtete das Land Niederösterreich 1959 auf 250 Hektar Österreichs größten Industriepark.

Auf dem Gebiet der vier Randgemeinden im Süden Wiens, Wiener Neudorf, Guntramsdorf, Biedermannsdorf und Laxenburg, sind heute 319 Firmen mit 10.500 Mitarbeitern ansässig. Jeder fünfte Arbeitsplatz des Bezirkes Mödling befindet sich damit im Industriezentrum Niederösterreich Süd.

Die Südstadt

Eine der modernsten Städte Österreichs

Das Projekt „Südstadt“ in Maria Enzersdorf umfaßte den Bau des Verwaltungsgebäudes der Landesgesellschaften Newag/Niogas und einer Siedlung samt Sportzentrum für die Angestellten. Auf einer Fläche von sieben Hektar entwarfen 1959 die Architekten Wilhelm Hubatsch, Franz Kiener und Gustav Peichl circa 2000 Wohnungen für etwa 8000 Menschen. Die Südstadt war ein Vorzeigeprojekt modernen Städtebaues, und sie war gleichzeitig die erste Gartenstadt Österreichs. Nach dem Willen der niederösterreichischen Landespolitik sollte sie die Unabhängigkeit von Wien dokumentieren und mithelfen, die Abwanderung in die nahe Großstadt einzudämmen. Ein Name bleibt mit der Südstadt untrennbar verbunden: Viktor Müllner, Generaldirektor der Newag/Niogas. Als Landeshauptmannstellvertreter und ÖAAB-Obmann zählte er zu den einflußreichsten Politikern des Landes. 1968

wurde er wegen Amtsmißbrauchs und Untreue verurteilt und stürzte das Land in seine bislang größte politische Krise.

Massenmotorisierung in Niederösterreich

Kaum ein zweiter historischer Prozeß hat das Aussehen unserer Lebensräume und unsere Lebensgewohnheiten derart verändert, wie die massenhafte Motorisierung seit den 1950er Jahren. Teilten sich 1955 – rein statistisch gesprochen – noch 71 NiederösterreicherInnen einen PKW, so kamen vierzig Jahre später nur zwei Personen auf ein Auto. Als Land der PendlerInnen weist Niederösterreich heute bundesweit den zweithöchsten PKW-Bestand auf. Das eigene Auto versprach ein neuartiges Freiheitsgefühl, das auch durch horrenden Opferzahlen kaum getrübt wurde. Der Straßenbau hinkte der Entwicklung zunächst hinterher. 1967 wurde die unter Hitler begonnene Westautobahn vollendet, 1975 führte die Südautobahn bis an die Grenze zur Steiermark und 1995 wurde die Ostautobahn eröffnet.

Selbstbedienung ist Fortschritt Die Ankunft des Massenkonsums

„Wirtschaftswunder“, steigende Einkommen und mehr Freizeit schufen den Rahmen für die moderne Konsumgesellschaft. 1959



Foto: Shopping City Süd

Zur Eröffnung der Shopping City Süd am 22. September 1976, einem der größten Einkaufszentren Europas

wurde die Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden gesenkt, 1975 wurden mit der 40-Stundenwoche das „freie Wochenende“ und der bald ritualisierte Großeinkauf am Samstag ermöglicht. Seit 1965 konnte man eine dritte Urlaubswoche konsumieren, 1977 kam eine vierte dazu. Supermärkte und Selbstbedienungsläden lockten mit der Verheißung von Fortschritt und (Konsum-)Freiheit. Traditionelle „Greißler“ hatten dem wenig entgegenzusetzen. 1964 startete der erste Supermarkt des Waldviertels, und 1976 eröffnete der Textilhändler Hans Dujsik mit der Shopping City Süd eines der größten Einkaufszentren Europas. Der Durchbruch der (auto-)mobilen Konsumgesellschaft war damit offenkundig geworden. In den 1980er Jahren ging für einen Teil der Bevölkerung die Phase des Wohlstandes und Massenkonsums zu Ende. Die Arbeitslosenquoten waren hierzulande besonders hoch. Spektakuläre Zusammenbrüche, wie jener von Semperit in Traiskirchen, warfen ihre Schatten voraus.

Der Fall des »Eisernen Vorhangs«

Niederösterreich ohne Grenzen?

Triumph und Jubel begleiteten 1989 den Fall der Grenze zum Nachbarland Tschechoslowakei auch in Niederösterreich. Bald aber kippte die Stimmung: Angstbesetzte Themen wie Kriminalität und „Überfremdung“ rück-



Foto: Niederösterreichisches Landesmuseum / Helmut Lackinger

Die massenhafte Motorisierung seit den 1950er Jahren hat das Aussehen unserer Lebensräume derart

Kultur

ten in den Mittelpunkt. Gleichzeitig trugen viele Aktivitäten – auch auf lokaler Ebene – zur Überwindung der Grenzen bei. Sportvereine im Norden und Osten des Landes zählten zu den ersten, die die offenen Grenzen nützten. Ihre Stars, wie etwa der Fußballer Václav Danek in Retz, trugen viel zur Überwindung der Grenzen in den Köpfen bei. Grenzen einreißen kann vor allem eine gemeinsame Sprache. Im Rahmen der „Sprachoffensive“ des Landes Niederösterreich werden seit 2003 Kindergärten und Schulen in Grenzregionen von tschechischen und slowakischen Pädagoginnen betreut. Die Gemeinde Mitterretzbach im nördlichen Weinviertel ging noch einen Schritt weiter: Sie eröffnete 2010 mit ihrem „Kindergarten ohne Grenzen“ einen der ersten zweisprachigen Kindergärten im Land.

Die Kunst der Hauptstadtgründung

Lange Zeit ließ sie das Thema kalt. Konnten sich 1975 nur 20 Prozent der NiederösterreicherInnen für eine eigene Hauptstadt begeistern, so sprachen sich bei der Volksbefragung 1986 gleich 56 Prozent dafür aus. Der Landeshauptmann-Bonus von Siegfried Ludwig, die europaweiten Regionalismus-Debatten der 1980er, eine erfolgreiche Werbekampagne: diese und andere Faktoren ermöglichten dem Land Niederösterreich die Schaffung eines neuen Zentrums in St. Pölten.

Die Gründung der Landeshauptstadt bedeutete mehr als die Verlegung des Sitzes der Landesregierung. Sie war Teil eines neuen Konzeptes von Regionalförderung, und sie veränderte die räumliche Struktur des Landes. Zu den Landesvierteln trat mit „Niederösterreich-Mitte“ eine fünfte Hauptregion. Dieser neue Zentralraum erstreckt sich von Krems bis an die steirische Grenze, von der Wachau bis Purkersdorf und umfaßt 330.000 EinwohnerInnen in 97 Gemeinden.

Vom Bauern zum Landwirt Motorisierung der Landwirtschaft

Die Motorisierung der Landwirtschaft seit den 1950ern ersetzte menschliche und tierische Muskelkraft und machte Arbeitskräfte und Anbauflächen für andere Zwecke frei. Gleichzeitig erforderte sie höhere Einnahmen, um die Maschinenkredite und Betriebskosten zu finanzieren. Im Flach- und Hügelland hielten die Traktoren bereits ab den späten 1930er Jahren ihren viel bestaunten Einzug; seit den 1950er Jahren waren sie auch im Bergland nicht mehr wegzudenken. Die Folgen der Motorisierung

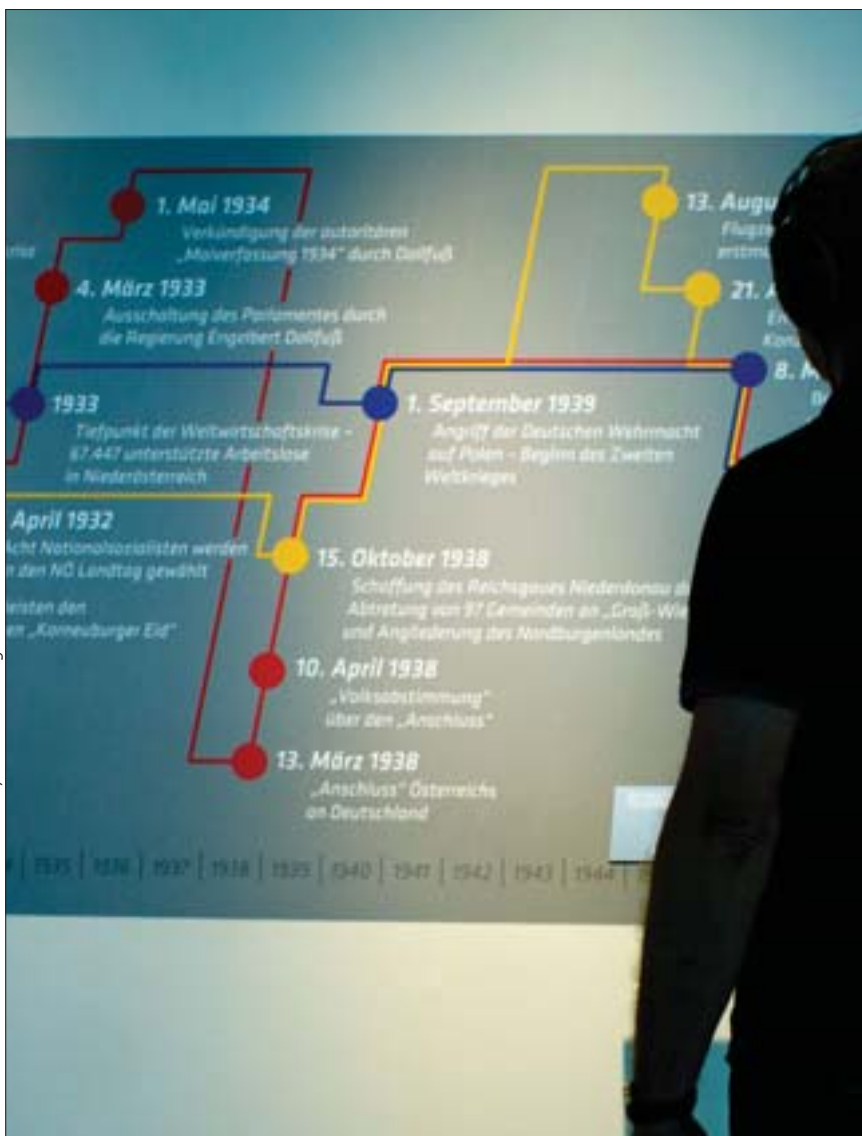


Foto: Niederösterreichisches Landesmuseum / Helmut Lackinger

Die wechselvolle Geschichte Niederösterreichs, beginnend mit der 1848er-Revolution, wird auch in übersichtlichen Schautafeln zusammengefaßt.

waren weit reichend. Wie ein trojanisches Pferd schmuggelten sie neue, an der Logik der Märkte orientierte Denk- und Handlungsweisen in die alte, der bäuerlichen Autonomie verhaftete Welt ein. Mit dem Traktor begann der Weg des traditionellen Bauern zum modernen Landwirt.

Österreicher oder Niederösterreicher?

Blau-gelbe Landesidentität

Schenken wir den Umfragen Glauben, so war das niederösterreichische Landesbewußtsein noch in den frühen 1990ern recht schwach ausgeprägt. Im Kernland von Monarchie und Republik lebend, mit der „Residenz“ als Mittelpunkt und Hauptstadt, fühlten sich die NiederösterreicherInnen stets mehr als ÖsterreicherInnen. Gleichzeitig sind sie ihren Gemeinden und ihrem Landesviertel eng verbunden. Insbesondere nach

1945 bemühten sich Politik, Medien und Fremdenverkehrsverbände in Niederösterreich um Stärkung der blaß gebliebenen Landesidentität. Landeshymne und Landestracht wurden geschaffen. Politiker wie Leopold Figl, Landschaften wie die Wachau, Sportlerinnen wie Michaela Dorfmeister oder Bauwerke wie das Stift Melk wurden als Ikonen des Bundeslandes Niederösterreich in Szene gesetzt und viele Initiativen zur Stärkung der Landesidentität gestartet. Der Verweis auf die lange Geschichte des Landes, auf sein reiches Kulturleben, seine vielfältige Kulinarik und Tradition sollten helfen, die Bevölkerung im „Land um Wien“ zu stolzen NiederösterreicherInnen werden zu lassen. Die Gründung der neuen Landeshauptstadt spielte dabei eine besonders wichtige Rolle. ■

<http://www.landesmuseum.net>

Kirchner Heckel Nolde

Die Sammlung Werner. Von 1. Juni bis 26. August 2012 in der Albertina Wien



Foto: Albertina, Wien

Emil Nolde, »Zwei Dampfer«, um 1915; Dauerleihgabe der Sammlung Werner

Die ab dem 1. Juni in der Albertina präsentierte Sammlung Werner ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich: Sie vereint nicht nur hervorragende Werkgruppen der Brücke-Künstler Erich Heckel, Ernst Ludwig Kirchner, Otto Müller, Emil Nolde und Karl Schmidt-Rottluff sowie Arbeiten westeuropäischer Größen wie Picasso und Matisse – diese Sammlung ist vor allem spannend im Hinblick auf ihre berührende Entstehungsgeschichte.

Gezeigt werden nun rund 90 Werke aus Irmtraut Werners Sammlung, die dem breiteren Publikum noch nie durch eine eigene Ausstellung oder Katalogpublikation zugänglich gemacht worden ist, mit dem

Schwerpunkt des deutschen Expressionismus. An den Anfängen der beeindruckenden Privatsammlung, die sich seit 2009 als Dauerleihgabe in der Albertina befindet, steht die vitale Neugierde und Kunstbegeisterung einer jungen Frau, die gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in der Galerie Wilhelm Grosshennigs eine Anstellung als Sekretärin fand. Die spätere Sammlerin Irmtraud Werner blieb über viele Jahre Mitarbeiterin des namhaften Düsseldorfer Kunsthändlers, der mit seiner Galerie den künstlerischen „Wiederaufbau“ deutscher Museen nach der nationalsozialistischen Verfemung moderner Kunst betrieb. Da der Galerist durch sein Vorbild und seine Kontakte zu

den einst als entartet geltenden Künstlern oder deren Erben einen nachhaltigen Einfluß auf den Kunstgeschmack seiner Mitarbeiterin ausübte, ist die Sammlung Werner auch ein Spiegel von Grosshennigs Vernetzungen und Bemühungen. Die Bildung eines sowohl in künstlerischer, historischer wie auch in materieller Hinsicht wertvollen Ensembles durch einen Menschen, dem zunächst weder durch Geburt oder Geschichte noch durch finanziell abgesicherte Lebensumstände die günstigsten Voraussetzungen für diese Art von Tätigkeit gegeben waren, ist ein bislang unbeachtetes kulturelles Phänomen.

Von Natur aus ambitioniert, entwickelte sich Irmtraud Werner auf dem von ihrem

Kultur

Arbeitgeber favorisierten Terrain, der französischen und deutschen Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts, allmählich selbst zur Kunstexpertin und Ansprechpartnerin für die Museen in München, Düsseldorf, Essen und Bremen.

Als Dank für ihr Engagement und zur Unterstützung der ab 1959 alleinerziehenden Mutter eines kleinen Mädchens gedacht, beflügelten Grosshennigs Kunstgeschenke nicht nur ihre Interessen, sondern bildeten auch die erste Grundlage ihrer Sammlung. Ihre Hochzeit mit einem der gesuchtesten Geigenvirtuosen des 20. Jahrhunderts, Riccardo Odnoposoff, bedeutete zwar das Ende ihrer glücklichen Mitarbeit in der Galerie Grosshennig, andererseits ergab sich aus der finanziellen Unabhängigkeit ihres Mannes die Möglichkeit, die alten professionellen Kontakte und Kenntnisse in den Dienst des eigenen Sammlungsaufbaus zu stellen.

Irmtraut Werner sammelte im Wechselspiel mit Grosshennigs Vorlieben weiter, auch nachdem sie nicht mehr dessen Mitarbeiterin war. Ihr freundschaftliches Verhältnis, das bis zum Tod des Kunsthändlers bestand, hatte mehr von einer familiären Beziehung als der zwischen Arbeitgeber und Mitarbeiter. Wie ein fürsorglicher Vater überließ der Händler ihr auch nach ihrer Verheiratung zu Geburtstagen und zu Weihnachten bedeutende Kunstwerke.

Vielleicht hing Irmtraut Werners besonderes Interesse für die Künstler der Brücke damit zusammen, daß die Gründer dieser Künstlergruppe in Chemnitz aufgewachsen waren. Vielleicht hat Grosshennigs Schenkung eines der schönsten Aquarelle Ernst Ludwig Kirchners aus der Blütezeit der Brücke, der Garten in Dresden, um 1911, anlässlich der Taufe ihrer Tochter den Aufbau der beachtenswerten Brücke-Sammlung bei ihr ausgelöst. Möglich auch, daß die intensive Zusammenarbeit mit Grosshennig zum eigenen Erwerb repräsentativer Werke von Kirchner, Heckel oder Mueller führte: Diese Leistung aus der Position einer zunächst mittellosen Sekretärin ist in jedem Fall ganz ungewöhnlich und außerordentlich.

Irmtraut Werner bemühte sich immer wieder, Einzelwerke nicht allein stehen zu lassen. Wenn die Bildung von Sequenzen nicht möglich war, versuchte sie wenigstens Paare oder Pendants zu bilden. So ergänzte sie den Abzug einer Schwarz-Weiß-Lithographie Otto Muellers, die ihr bereits von Grosshennig geschenkt worden war, um dessen kolorierte Fassung (Zwei Mädchen am Wasser).



Foto: Albertina, Wien - Dauerleihgabe der Sammlung Werner

Erich Heckel, »Frau vor Bäumen«, 1925 (Ausschnitt)

Der Standpunkt des Sammlers, der die Lücken einer Kollektion zu schließen versucht, war ihr durch Grosshennigs Kontakte zu Museumsdirektoren und Kustoden vertraut: etwa zu Paul Vogt, der nicht zuletzt mit Hilfe der Galerie Grosshennig die Bestände des von den Nationalsozialisten geplünderten Museum Folkwang wiederherstellte. Auch Werner Schmalenbach ist zu nennen, der die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen aufbaute.

Am Beispiel Ernst Ludwig Kirchners zeigt sich auch, daß es Irmtraut Werner weniger darum ging, nur die Brücke-Zeit der Jahre 1907 bis 1915 abzudecken. Außerhalb von Grosshennigs Kontaktnetz erwarb sie mehrere Werke aus Kirchners Schweizer Spätzeit, die den Künstler in die europäischen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit eingebettet zeigen. Dank ihrem Lehrmeister war ihr bewußt, wie viel die europäische Moderne der französischen Kunst verdankte und wie sehr diese wiederum von der Kunst des Pablo Picasso beeinflusst war. Es gelang ihr mit ausgesuchten Werken von Jean-François Millet, Paul Cézanne, Henri Matisse und Amedeo Modigliani die Zeichnung des Spaniers (Ruhender Akt) mit weni-

gen druckgraphischen und keramischen Arbeiten zu vergesellschaften und damit das Wesen seiner Kunst zu charakterisieren.

Irmtraut Werner interessierte sich kaum für ungegenständliche Kunst. Das ist wohl ein Grund, weshalb es in ihrer Sammlung keine Arbeiten von Wassily Kandinsky gibt, obwohl Werke dieses Mitbegründers des Blauen Reiters ebenso wie jene der anderen Künstler der Gruppe in der Galerie Grosshennig vertreten waren. 1972 gelangte ein prachtvolles abstraktes Aquarell von Maurice Estève als Geburtstagsgeschenk von Grosshennig in ihre Sammlung. Sieben Jahre später wurde es als Weihnachtsgeschenk durch den Kauf einer weiteren, etwas später entstandenen Arbeit dieses Künstlers ergänzt.

Mit der Sammlung Werner, die sich in ihrem Kernbestand Dank der Großzügigkeit ihrer Erben seit 2009 als Dauerleihgabe in der Albertina befindet, ist es möglich, in Ergänzung und Erweiterung der eigenen Bestände im Bereich der klassischen Moderne und der aktuellen Dauerleihgaben der Sammlungen Batliner und Forberg eine Art von Kondensat des deutschen und österreichischen Expressionismus zu bilden. ■

<http://www.albertina.at>

Rettet den Maria Saaler Dom

Mit einer kärntenweit angelaufenen Kampagne sammelt Stiftspfarrer Kanonikus Josef-Klaus Donko seit dem Vorjahr Spenden für Maria Saal.

Prominente Kärntner, wie der Theaterregisseur Martin Kušej oder der Schriftsteller Alois Brandstetter, unterstützen die Aktion. Die Außenrestaurierung der Propstei- und Wallfahrtskirche Mariae Himmelfahrt ist jedoch nicht nur finanziell, sondern auch restauratorisch eine ganz besondere Herausforderung.

Die Kirchenburg in Maria Saal gehört zu den landes- und kirchengeschichtlich bedeutendsten Ensembles Kärntens. Wenn auch das Maria Saaler Gotteshaus niemals Bischofskirche (i. e. Hauptkirche eines Kirchensprengels) war, wird es von der Kärntner Bevölkerung dennoch als „Dom“ wahrgenommen. Diese Einschätzung dürfte mit der landes- und kirchenpolitischen Schlüsselfunktion Maria Saals zusammenhängen: Der hl. Modestus, Chorbischof und Gründer der ersten Kirche im 8. Jahrhundert, soll in der Kirche begraben sein und auch im Zeremoniell der Einsetzung der Kärntner Herzöge spielt der Bau, in den Urkunden des 9.-11. Jahrhunderts als „ecclesia Sanctae Mariae ad Carantanam“ bezeichnet, eine wichtige Rolle. Ob und inwieweit von Vorgängerbauten Reste vorhanden sind, ist bis heute ungeklärt.

Die Propstei-, Pfarr- und Wallfahrtskirche in ihrer heutigen Form und die sie umgebende Wehranlage wurden im 15. Jahrhundert in mehreren Bauphasen errichtet. Durch einen Großbrand 1669 und die anschließend notwendigen Instandsetzungen veränderte sich ihr Bild von Westen aus signifikant: Der auf alten Ansichten noch erkennbare Verbindungsgang zwischen den Türmen wurde abgetragen und die dadurch entstandenen Öffnungen vermauert, die Türme saniert und mit neuen Helmen ausgestattet.

Wie der Restaurierungsgeschichte zu entnehmen ist, waren die im 17. Jahrhundert veränderten oberen Turmzonen seither schadensanfällig. Als im Frühjahr 2010 immer öfter kleine Steinchen von den Türmen herabstürzten und Besucher sich wegen der latenten Steinschlaggefahr nicht mehr sicher wähnten, bestand Handlungsbedarf. Im Rahmen einer Diplomarbeit der Universität für angewandte Kunst, Studienrichtung Konservierung und Restaurierung, befaßte sich die Studentin Bettina Unterberger 2010/11 mit



Foto: Bettina Unterberger

Die Westfassade des Maria Saaler Doms nach der Restaurierung

dem Zustand der Nord- und Westfassade: Von einer Hebebühne aus erfaßte sie die Schäden höher gelegener Fassadenbereiche und leistete erste Notsicherungen. Die anschließend von ihr vorgenommene Auswertung der Schadensbilder ergab, daß der Kirchenbrand des 17. Jahrhunderts einen Initialschaden in den oberen Turmzonen verursacht hatte, der durch nachfolgende Witterungseinflüsse noch zusätzlich verstärkt worden war. Als zusätzliche Schadensursachen wurden Gebäudebewegungen (u. a. infolge von Gewölbeschub und Glockenschwingungen) und Feuchtebelastungen (u. a. infolge

eines zu dichten jüngeren Fugenmörtels) ausgemacht.

Parallel zur Aufnahme der Schäden am Nordturm und der mittleren Fassadenwand – Risse in Fugen und Stein, Abplatzungen und Absandungen von Steinoberflächen, Verfärbungen, Gipskrusten und biogener Bewuchs (Pflanzen, Moose, Flechten) – wurde der heterogene Mauerwerksbestand analysiert. Die Gesteinsvarietäten (u. a. Konglomerat und Sandstein, Grünschiefer, Marmor aus der unmittelbaren Umgebung), Versetz- und Fugenmörtel, Putze, Farbanstriche auf Putz und Stein sowie Wandmalereien wurden in

einer Materialkartierung dargestellt. Die Untersuchungen Unterbergers brachten interessante neue Erkenntnisse: Während man bisher geglaubt hatte, daß die Kirchenfassaden ehemals zur Gänze verputzt waren, fanden sich dann bei der Besichtigung am Nordturm und der westlichen Fassade keinerlei Hinweise auf eine Verputzung über dem Bruchsteinmauerwerk! Im Unterschied zur dadurch erwiesenen ursprünglichen Steinsichtigkeit des Nordturmes konnte am Südturm eine relativ einheitliche steinfarbene Architekturoberfläche nachgewiesen werden – zustande gebracht mittels verputzten Bruchsteinmauerwerks, unverputzter und ocker gefaßter Werksteine sowie ocker gefaßten Putz- und Fugendeckmörtels. Auf weitere spannende Südturm-Details stieß die Diplomandin im Bereich des Emporengeschoßes, wo sie an mehreren Stellen Fugenstrichfragmente bzw. Reste einer Quadermalerei aufzufinden machte!

Da am Ende der Gesamtrestaurierung keinesfalls ein bauzeitliches Erscheinungsbild stehen sollte, sondern die durch Material- und Behandlungsvielfalt sowie Abwitterung sehr lebendig und ästhetisch wirkende überlieferte Architekturoberfläche unbedingt zu erhalten ist, entschloß man sich zu einer vorläufigen Musterrestaurierung. Im Sommer 2010 wurden in den Bereichen des südlichen Seitenchores und der Nordfassade des Nordturmes samt angrenzendem Emporen- und Vorhallengeschoß Probearbeiten der Universität für Angewandte Kunst und der Restaurierwerkstätten des Bundesdenkmalamtes durchgeführt. Aus den Erkenntnissen im Umgang mit den teils verputzten, teils steinsichtigen Flächen in diesen Teilbereichen erhofften sich Pfarre, Bauabteilung der Diözese und Landeskonservatorat ausreichende Erkenntnisse für den restauratorischen Umgang mit allen Außenfassaden.

Am südlichen Seitenchor befaßten sich die Restauratoren Josef Voithofer und Hannes Weißenbach/Kartause Mauerbach- Informations- und Weiterbildungszentrum Baudenkmalpflege mit dem Zustand der Putze, die im Mittelalter, in der Barockzeit und in der Zeit um 1900 aufgebracht wurden und aufgrund verschiedener Zusammensetzungen entsprechend unterschiedlich stark aneinander bzw. am Untergrund haften. Im Zuge der Probearbeit wurde die Entscheidung getroffen, die in diesem Bereich zum Teil vollflächig ausgeführten rötlichen Überputzungen mit hydraulischem Bindemittelanteil aus der Zeit um 1900 nur dort abzunehmen, wo sich Putzplatten ablösen oder der Ge-



Foto: Universität für angewandte Kunst

Notsicherungen mittels Hebebühne



Foto: Universität für angewandte Kunst

Bestandserfassung 2010: Kantholz in einem offenen Gerüstloch vom bauzeitlichen Auslegergerüst

samteindruck gestört war. Da der darunter liegende mittelalterliche Putz bereits reduziert bzw. geschädigt war (Vergipsungen), hätte eine Abnahme jüngerer Putzschichten eine großflächige Überarbeitung erfordert, die gegebenenfalls negative Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der Fassade mit sich gebracht hätte.

Die unveränderte Erhaltung des überlieferten Erscheinungsbildes bildete auch den Maßstab für den konservatorischen Umgang mit dem Mauerwerk. Restauratorin Lisa Gräber und Bettina Unterberger entschieden sich zu einer behutsamen Reinigung, indem

Gipskrusten und biogene Auflagen mittels Kärcher und Partikelstrahlgeräten (bzw. an der Nordseite auch mittels Ammoniumkarbonatkompressen) zwar reduziert, jedoch nicht vollständig entfernt wurden. Weitere Maßnahmen am Stein waren die Schließung offener Gerüstlöcher am Nordturm, Sicherungen (Vernadelungen von Spaltrissen mittels Armierungsstäben aus Edelstahl), eine Entfernung loser Steine sowie – wo ohne Steinsubstanzverlust möglich – alter Zementfugen und -plomben, Festigungen aufgelockerter bzw. aufgewitterter Oberflächen, Stein- und Fugenergänzungen und Retuschen. Un-

ter fachlicher Aufsicht der Restaurierwerkstätten wurden weiters im Bereich der Mauerachsen Strebepfeiler und partiell Gesimse und Fensterbänke mit Bleiabdeckungen versehen. Parallel zu den Maßnahmen an der Fassade wurde mit der Instandsetzung und Restaurierung von Hagelschutzgittern und Fenstern begonnen.

Der vom zeitlichen Umfang und Personaleinsatz relativ aufwendige „Probelauf“ ermöglichte, daß die im Folgejahr 2011 durchgeführte Außenrestaurierung der Fassaden des Nordturmes und der Westfassade bis hin zum Südturm unter der Bauleitung der nunmehr diplomierten Restauratorin Unterberger durch die Firma MRG Malerei-Restaurierung Robert Smoley zeitgerecht und plangemäß vonstattenging. Pfarre und Diözese als Kircheneigentümer zeigten sich vom Ergebnis so beeindruckt, daß sie das Projekt „Domrettung“ heuer mit der Restaurierung des Südturms und der Südfassade fortsetzen.

Die Gesamtkosten für die Kirchenrestaurierung betragen rund 600.000 bis 700.000 Euro, weitere Kosten in der Höhe von 300.000 Euro sind von der Pfarre derzeit für Restaurierungsmaßnahmen an der Wehranlage und bei den Kanonikergebäuden aufzubringen.

http://www.kath-kirche-koernten.at/pfarren/projekt/CS460/06_maria_saaler_domkirche_ein_rundgang_durch_den_innenraum/

Mit einer Spende tragen Sie dazu bei, das Denkmal „Maria Saaler Dom“ für künftige Generationen in seinem Bestand zu sichern: Kennwort „Maria Saaler Dom“ Bankleitzahl 39404, Kontonummer 39404

Das „Österreich Journal“ dankt dem Bundesdenkmalamt dafür, daß wir diesen Beitrag übernehmen durften.

<http://www.bda.at>

Verwendete Literatur:

Lisa Gräber, Josef Voithofer: Propstei- und Wallfahrtskirche Maria Saal. Anlegen einer Probearbeit zur Fassadenrestaurierung am südlichen Seitenchor, August/September 2010, Restaurierungsbericht, Wien 2011

Alfred Ogris, Wilhelm Wadl (Hrsg.): Marktgemeinde Maria Saal. Geschichte-Kultur-Natur. Ein Gemeindebuch für alle. Klagenfurt: Verlag des Kärntner Landesarchivs 2007

Robert Smoley, Bettina Unterberger: Die Konservierung und Restaurierung der Propsteipfar- und Wallfahrtskirche Maria Saal. Nordturm und mittlere Fassenwand (Westwerk), Juni-August 2011, Restaurierungsbericht, Oberdrauburg/ Wien 2011

Bettina Unterberger: „Zwillingstürme?“ Die westliche Doppelturmanlage der Propsteipfar- und Wallfahrtskirche Maria Saal, 15. Jahrhundert, Kärnten. Bestands- und Zustandserfassung der Außenfassade als Grundlage zur Entwicklung eines Konservierungs- und Restaurierungskonzeptes, Diplomarbeit an der Universität für angewandte Kunst Wien, Studienrichtung Konservierung und Restaurierung, Wien 2010/11



Schnitzfigur des hl. Modestus, Gründer der Maria Saaler Kirche, mit dem Kirchenmodell



Restauratorische Maßnahmen: Glasfenster, Windeisen und Schutzgitter

Europäische Wochen Passau

»An die schöne blaue Donau« von 29. Juni bis 29. Juli 2012 – Zu ihrem 60. Jubiläum stehen die Europäischen Wochen Passau, 1952 von amerikanischen Offizieren gegründet, unter neuer Leitung: Peter Baumgardt führt seit Januar 2012 das renommierte Mehrspartenfestival.



Foto: EW Passau

Die Europäischen Wochen in Passau gehören heute zur Elite des europäischen Musiksommers.

Die programmatische Neuausrichtung im 60. Jahr ist eine dreifache: Erstmals haben die Europäischen Wochen Passau ein übergreifendes, mehrjähriges Generalthema. „Donaukultur“ steht nun im Fokus, die das Festival in ihrer Farb- und Vielseitigkeit erfahrbar machen möchte. Die Europäischen Wochen Passau sollen zu einem Schaufenster der Kulturräume werden, die entlang des großen Stromes, einer europäischen Achse, liegen: Alljährlich brechen viele Zehntausend

Gäste von Passau aus mit Kreuzfahrtschiffen auf zu fernen Donau-Ufern – auf eine solche Reise möchten die Festspiele künftig auch ihre BesucherInnen mitnehmen. Damit wird das Grundanliegen der Festspiele, die europäische Völkerverständigung, mit neuer Akzentuierung weiter gefestigt. Der Slogan der Europäischen Wochen lautet dementsprechend künftig „Welten treffen, Menschen entdecken“ – Begegnungen in jeder Hinsicht sollen im Zentrum der Festwochen stehen.

Im Jahr 2012 liegt der programmatische Fokus des Donauthemas auf der ehemaligen Donaumonarchie: „An die schöne blaue Donau“ lautet das Motto, damit im Jubiläumsjahr auch die Fest- und Feierfreude des Wiener Walzers aufgreifend.

Zahlen, Daten, Fakten

Die Europäischen Wochen Passau präsentieren im Jahr 2012 weit über 60 Konzerte, Theaterveranstaltungen, Lesungen,

Kultur

Ausstellungen und Kinderprogramme und bleiben damit ein Mehrspartenfestival. Neu ist: Die meisten Programmpunkte entstehen eigens für die Festspiele – so gewinnt das Festival auch überregional an Kontur.

Die neue Festspielleitung hält daran fest, daß die Europäischen Wochen ein Dreiländerfestival sind: Auch heuer gibt es Veranstaltungen in Oberösterreich und Südböhmen. Aus Anlaß des Jubiläums haben der tschechische Ministerpräsident Petr Necas, der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer sowie der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer gemeinsam die Schirmherrschaft übernommen. Die Veranstaltungen finden 2012 in über 20 Städten und Gemeinden und an mehr als 30 Spielorten statt.

Orchestra in Residence

Erstmals präsentieren die Europäischen Wochen mit dem Wiener Concert-Verein ein „Orchestra in Residence“. Das Orchester aus den Reihen der Wiener Symphoniker studiert vor Ort sieben Konzerte (!) ein, ist in öffentlichen Proben hautnah zu erleben und quasi ein „Orchester zum Anfassen“. Die sieben Konzerte werden von Altmeistern wie Heinrich Schiff oder Jungstars wie Thomas Rösner dirigiert. Renommiertere Solisten wie Benjamin Schmid und Stella Doufexis sind für das Programm verpflichtet worden, das Schlüsselwerk der Musikentwicklung im Kulturraum der Donaumonarchie aus den vergangenen zweihundert Jahren unter verschiedenen thematischen Schlaglichtern beleuchtet. Die Konzerte tragen allesamt programmatische Titel wie „Alles Walzer, oder was?!“ (der Wiener Walzer in seinen Facetten), „Im Atem der Zeit“ (Ernst Krenek im Fokus), „Musik vom Rand“ (Klassik und Kroatien) usw.

Die Reihen

Das Festival ist in verschiedene Reihen gegliedert: Die Reihe „Credo“ etwa präsentiert Meßkompositionen aus vier Jahrhunderten, die Reihe „Im Profil“ wirft Schlaglichter auf wichtige Komponisten und Künstler, „piano nobile“ rückt herausragende Pianisten und Klavierduos ins Rampenlicht.

Wolfgang Rihm

Er feiert 2012 genau wie die Europäischen Wochen seinen 60. Geburtstag: Wolfgang Rihm. Die Festspiele ehren den deutschen Großmeister der gegenwärtigen deutschen, sogenannten E-Musik mit einer Reihe von Festkonzerten. Zu den Künstlern, die im

Rahmen dieser Portraitkonzerte eingeladen wurden, zählen unter anderem Christoph Prégardien, Moritz Eggert, Siegfried Mauser, Thomas E. Bauer und der RIAS-Kammerchor.

Mykola Lysenko

Zu den Entdeckungen aus dem Donauraum, die das Festival in diesem Jahr ermöglicht, gehört der Komponist Mykola Lysenko (1842-1912). Der Begründer der ukrainischen Klassik ist vor 100 Jahren gestorben. Nach seinem Musikstudium am Leipziger Konservatorium errichtete der Komponist in seiner Heimat das nationale Musikleben – er gründete das Musik-Konservatorium in Kiew, schuf Nationalopern, sammelte ukrainisches Volksliedgut. Bei den Europäischen Wochen steht er an zwei Abenden im Fokus: Der Baßbariton Pavlo Hunka stellt Lysenkos Liederzyklus „Dichterliebe“ dem gleichnamigen Werk Robert Schumanns gegenüber (10. Juli). Das renommierte Quartetto di Cremona studiert eigens für die Europäischen Wochen Lysenkos dreisätziges Streichquartett in d-Moll ein (11. Juli).

Donaumonarchie und weiter...

Der programmatische Schwerpunkt liegt bei den Europäischen Wochen 2012 auf dem Kulturraum der Donaumonarchie. Es sind zahlreiche Künstler aus Wien bzw. Österreich eingeladen, sich mit spezifischen Aspekten ihres Heimatbeses auseinanderzusetzen, dazu natürlich auch Künstler aus Budapest bzw. Ungarn und anderen Teilen des ehemaligen Österreich-Ungarns. Doch der Blick reicht weiter in die Kulturräume entlang der Donau hinein: So präsentiert etwa das Klavierduo Genova&Dimitrov den bulgarischen Nationalkomponisten Pancho Vladigerov, zum seinem 100. Todestag wird der ukrainische Nationalkomponist Mykola Lysenko in zwei Portraitkonzerten vorgestellt.

Uraufführungen und Auftragskompositionen

Die Europäischen Wochen haben Komponisten aus verschiedensten ästhetischen Hintergründen einen Kompositionsauftrag erteilt. So schreibt der amerikanische Jazzkomponist Uri Caine, den die Süddeutsche Zeitung zum „Bach des Jazz“ erkor, ein Doppelkonzert für Baßethorn und Gambe, das am 1. Juli durch den Wiener Concert-Verein uraufgeführt wird. Das Konzert kontrastiert im Gesamtprogramm der Europäischen Wochen mit den verschiedenen Annäherungen klassischer Musiker an den Jazz,

die ebenfalls programmatisch thematisiert werden, unter anderem durch die Einladung des Beni Schmid Jazz Trios oder durch den Fokus auf Ernst Krenek, den das Programm „Im Atem der Zeit“ wirft.

Ein weiterer Kompositionsauftrag ist an Alfred Huber erteilt worden. Der österreichische Komponist aus der Schule Herbert Willys erschafft für die Europäischen Wochen ein symphonisches Werk mit Vokalsolisten und Chor unter dem Titel „Vychod – Licht zeigen an den Tag“, das die Reise eines imaginären Wanderers entlang der Donau durch Räume und Zeiten widerspiegelt. Die zwölf Sätze werden gleichzeitig zu einer Erkundung der menschlichen Emotionen. Die Texte stammen von dem Berliner Dichter Gerhart Hoffmann. Mit Hubers Komposition werden die Festspiele am 29. Juni eröffnet.

Schließlich schreibt Moritz Eggert ein Werk für zwei Klaviere, das als Reverenz an Wolfgang Rihm gedacht ist und mit einer besonderen Spielweise überrascht – die zwei Pianisten sitzen sich an den Flügeln Rücken an Rücken gegenüber: Ihre linken Hände spielen auf einer, ihre rechten Händen auf der anderen Tastatur (21. Juli).

Fest für alle

Eine Premiere: Das Festival eröffnet mit einem kostenfreien „Fest für alle“ auf dem Gelände der Hacklberg Brauerei (29. Juni). Ab 18 Uhr finden auf dem gesamten historischen Brauereigelände artistische Schmankeleien und musikalische Köstlichkeiten statt – dabei entsenden einige Donauländer nationaltypische Programmpunkte. Die Anreise zum Festgelände erfolgt – dem Festspielmotto getreu – per Donauschiff.

Videokunst

Das Mehrspartenfestival wird erstmals um den Bereich „Videokunst“ erweitert. Bei mehreren Videokunstaussstellungen (Kurator: Héctor Solari) zeigen junge Künstler aus Ost und West ihre Visionen von ästhetischen Topoi des Donauraumes. Verschiedene Konzerte werden mit Hilfe von Videoprojektionen sinnlich erweitert.

Die Stars

Zahlreiche Stars und Prominente gastieren bei den Europäischen Wochen. Neben den zahlreichen bereits erwähnten Topkünstlern aus der Klassik freut sich die Festivalleitung vor allem auf die Gastspiele von Klaus Maria Brandauer (12. Juli) und Nina Hagen (26. Juli). ■

<http://www.ew-passau.de>

Wir sind Wien. Festival der Bezirke 2012

Bereits zum 4. Mal geht dieses Jahr das Festival der Bezirke über die Wiener Bezirksbühnen.

Den Auftakt zum Kulturmonat Juni bildet ein großes Fest am Michaelerplatz, u.a. mit Birgit Denk und den Novaks, Tanz Baby! und Clara Luzia. An 23 Tagen werden KünstlerInnen und Kulturvereine in allen 23 Bezirken Wiens ihre Programme präsentieren und bei freiem Eintritt zur Teilnahme und zum Mitmachen animieren.

Basisstationen mit individuellen Kulturprogrammen

Pro Bezirk wird am jeweiligen Bezirkstag eine „Basisstation“ mit unterschiedlichem Programm – von Straßenfesten, Konzerten bis hin zu Workshops, Führungen u.v.m. – eingerichtet. Am 7. Juni ist den Kindern ein Programmschwerpunkt im 7. Bezirk, mit Stationen im MQ und am Spittelberg gewidmet. Die Media Opera in der Rinderhalle hat während der gesamten Dauer des Festivals ein Digital Heritage Café eingerichtet und lädt zur Digitalisierung privater Filme ein. „Wir wollen zeigen, wie breit die Wiener Kulturlandschaft ist und welches Angebot es in allen Bezirken, direkt vor der eigenen Haustür, gibt. Die Initiativen und Vereine in den Bezirken sind uns willkommene Partner!“, so Festivalleiterin Anita Zemlyak, die heuer verstärkt auf Kooperationen setzt.

Projekte in allen Kunst- und Kultursparten ergänzen das Programmangebot

„Innovation und Interaktion gehen dieses Jahr beim Festival der Bezirke eine besonders faszinierende Partnerschaft ein. Zahlreiche Projekte sorgen für Spaß und Überraschungen. Ein rundum gelungenes Programm, das auf äußerst niederschwellige Art zeigt, wie viel Kreativität in der Wiener Kulturszene steckt“, so Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. Der öffentliche Raum wird zum Wohnzimmer mit Straßenküche umfunktioniert, während das dazu-



Foto: basis.kultur.wien

GR Marianne Klicka, Dritte Landtagspräsidentin, Generalsekretärin Anita Zemlyak und Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny bei der Programmpäsentation

gehörige Musikprogramm zum Verweilen einlädt. Ebenso kann es passieren, daß man beim Warten auf die Öffis auf SlammerInnen trifft, die slammen bis der Bus kommt, oder man wird bei der Gehsteigdisco zum Tanzen aufgefordert.

Schwerpunkt 2012: Generationen

In Anlehnung an das EU Jahr für aktives

Altern, lautet das diesjährige Schwerpunktthema „Generationen“, wie der Präsident des Wiener Volksbildungswerkes, Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz, hervorhebt: „Dieses Thema ist für Basis.Kultur.Wien immer aktuell und präsent. In unserer täglichen Arbeit versuchen wir einen Bogen zu spannen zwischen traditionellem und innovativem Kulturschaffen und damit zwischen den Generationen. Das Angebot ist breit gefächert und bietet für alle Altersklassen anspruchsvolles Programm“, so Kopietz.

Info-Boxen in allen Bezirken

Während der gesamten Festivaldauer tourt die Info-Box der Basis.Kultur.Wien durch die Stadt und bietet neben Information auch Kulturprogramm zum Mitmachen: Kinderanimation und Tanzworkshops.

<http://www.wirsindwien.com>

<http://www.basiskultur.at>



Film

»Goldene Palme« für Haneke

Der Wiener Regisseur Michael Haneke hat Filmgeschichte geschrieben: Nach seinem Cannes-Erfolg »Das weiße Band« 2009 hat er für sein neues Werk »Amour« beim 65. Festival von Cannes eine zweite »Goldene Palme« erhalten. Ulrich Seidls erster Teil der Trilogie »Paradies:Liebe« wurde welturaufgeführt.

Ich gratuliere Michael Haneke zu dieser verdienten Auszeichnung für seinen Film »Amour« und freue mich, daß die »Goldene Palme« an einen Regisseur geht, dessen Arbeiten belegen, daß er eine singuläre Persönlichkeit, ein Nonkonformist ist – einer, der Gefallen an einem risikoreichen Weg findet“, sagte Kulturministerin Claudia Schmied nach Bekanntwerden der begehrten Auszeichnung. „Mit »Amour« ist Haneke neben einer immens berührenden Geschichte nicht nur ein Coup bei der Besetzung mit der großartigen Emmanuelle Riva und dem lang vermißten Jean-Louis Trintignant gelungen – mit »Amour« hat Haneke eine filmische Glanzleistung vollbracht. Aus einem Kammerstück wird ein spannungsgeladener Thriller. Ich gratuliere auch Ulrich Seidl“, so die Ministerin weiter, „dessen erster Teil einer Trilogie, »Paradies:Liebe«, ebenfalls beim internationalen Wettbewerb in Cannes seine Welturaufführung erleben durfte. Die Weltpresse spricht im Zusammenhang mit gleich zwei Österreichischen Filmen im Wettbewerb an der Croisette von »Sensation« oder auch davon, daß »Österreich Cannes regiert«. 1997 schaffte es Michael Haneke – der in den letzten Jahren in Cannes nach eigener Aussage schon alles gewonnen hat, was man nur gewinnen kann – mit »Funny Games« zum ersten Mal in den Wettbewerb von Cannes. Seitdem gelang es unserem vergleichsweise kleinen Land, mit Seidl und Haneke nun zum zehnten Mal, in den Wettbewerb des wichtigsten und renommiertesten Festivals der Welt eingeladen zu werden. Seidl und Haneke prägen eine Ära. Diese Ära zeichnet sich neben Triumpfen auf internationalen Bühnen auch durch eine geniale und einzigartige filmische Handschrift aus“, so die Kulturministerin.

Auch Vizekanzler Michael Spindelegger und Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle gratulieren Haneke, derzeit auch Professor an der Filmakademie Wien an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. „Mit seinem berührenden Film »Amour« überzeugte der begnadete Regisseur die Jury bereits zum zweiten Mal innerhalb von nur drei Jahren – eine beachtliche Leistung Hanekes und wunderbare Vi-



Foto: Audrey Tautou pictures / GNU-License zimbiolinc.com

Isabelle Huppert, Emmanuelle Riva, Jean-Louis Trintignant, der Festival-Moderator und Michael Haneke mit der begehrten »Goldenen Palme« (v.l.)

sitenkarte für den österreichischen Film“, so Spindelegger. Er und Töchterle unterstrichen auch die beeindruckende Präsenz Österreichs bei diesem bedeutenden Kunstfilmfestival, war ja Österreich heuer mit Michael Hanekes »Amour« und Ulrich Seidls »Paradies:Liebe« sogar mit zwei Filmen vertreten.

„Die Auszeichnung ist Ausdruck seines beeindruckenden Schaffens, wirft aber auch ein Licht auf die hohe Qualität der Lehrenden und der Ausbildung an den heimischen Hochschulen“, so Töchterle. „Der leidenschaftliche Regisseur gibt seine profunde Kenntnis Studierenden weiter – ein wertvoller Beitrag, von dem viele junge Filmschaffende profitieren“, so Töchterle.

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny gratulierte: „Nur ganz wenigen Regisseuren ist es bisher gelungen, gleich zwei Mal die begehrte Trophäe in Cannes zu gewinnen. Michael Haneke hat dieses Kunststück zuwege gebracht.“ Haneke habe abermals wichtige gesellschaftspolitische Themen aufgegriffen. „Themen, die uns alle berühren und betreffen, wie Altern in Würde, Hilflosigkeit bis hin zum Tabuthema Sterbehilfe, werden von Haneke auf ebenso einfühlsame wie ästhetisch beeindruckende Weise behandelt.“

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz sagte, dieser Erfolg unterstreiche die große

Kreativität österreichischer Filmschaffender und die wichtige Rolle des ORF als größter Auftraggeber des heimischen Films, „den wir selbstverständlich auch in Zukunft bestmöglich finanzieren und fördern werden. Meine Glückwünsche an Michael Haneke und sein Team!“

ORF-Fernsehdirektorin Kathrin Zechner ergänzte, Österreich müsse sich als Filmland schon lange nicht mehr verstecken – „das beweisen Erfolge wie dieser eindrucksvoll. Es freut mich, daß der ORF seinen Beitrag dazu leisten konnte, unverwechselbaren Persönlichkeiten des Films zur Seite zu stehen!“

Natürlich gab es Glückwünsche von den Kultursprechern aller Parteien und den Interessensvertretungen, dem Verband Filmregie Österreich und dem Fachverband der Film- und Musikindustrie.

»Amour«

Georg und Anna sind um die 80, kultivierte Musikprofessoren im Ruhestand. Die Tochter, ebenfalls Musikerin, lebt mit ihrer Familie im Ausland. Eines Tages erleidet Anna einen Schlaganfall. Eine Operation geht schief. Als sie aus dem Krankenhaus nach Hause kommt, ist sie halbseitig gelähmt. Es beginnt eine Bewährungsprobe für die Liebe des alten Paares. *Lesen Sie hier weiter ➤*

Film

Wie geht man mit dem Leiden eines Menschen um, den man liebt?

Das war die Frage, was Michael Haneke zu seinem Film geführt hat. Ein Interview.

Von Karin Schiefer*)



Foto: Les films du losange

Michael Haneke (l.) mit Emmanuelle Riva und Jean-Louis Trintignant bei den Dreharbeiten zum Film »Amour«

Karin Schiefer: „Die Vorstellung und die Wirklichkeit haben wenig miteinander zu tun“, sagt Anne zu Georges an einer Stelle im Film, wo sie mit ihm sein Handeln ihr gegenüber diskutiert. Ging es Ihnen in Amour darum, in eine Wirklichkeit der Liebe zu dringen, wo gängige Vorstellungen davon ihre Grenze erreichen und somit den Topos der Liebe im Kino zu reflektieren?

Michael Haneke: Eine Antwort auf diese Frage führt zur Selbstinterpretation, ich will aber ungern sagen, was ich mit diesem Film ausdrücken will, denn dann sehen die Leute

nur das, was ich gesagt habe. Journalisten wollen Antworten auf Fragen haben, die ich mit meinen Filmen aufwerfe. Die Fragen sollen aber die Zuschauer stellen.

Was ebenso stark wie die Liebe zwischen diesen beiden Menschen spürbar wird, ist ihr unbedingtes Festhalten an ihrer Würde.

Michael Haneke: Man kämpft immer um seine Würde und je schwieriger die Situation ist, in der man sich befindet, umso größer der Kampf, den man zu führen hat. Das ist unser menschliches Schicksal, unabhängig vom Alter. Jeder Mensch ist mit der Frage konfrontiert, wie weit er sich vom Schicksal die Würde rauben läßt oder wie weit er versucht, dagegen anzukämpfen.

Die wenigen Treffen von Anne und Georges mit der Generation ihrer Kinder, sei es mit der Tochter, dem Schwiegersohn, sei es mit dem Pianisten, unterstreichen die Kluft, die zwischen den Generationen liegt und den Wandel von Werten und Lebenskonzepten. Erzählt Amour auch vom Abschied von einer anderen Welt?

Michael Haneke: Unterschiedliche Generationen entwickeln in der Umwelt, die sie umgibt, unterschiedliche Lebenskonzepte. Das ist eine Entwicklung, die sich in jeder Generation abspielt. Es ist das Spannende und Traurige, daß bei jedem Generationenwechsel Verständigungsschwierigkeiten auftreten. Das ist ein ewiges Konfliktpotential und es ist immer ein Abschied. Es ist immer

*) Karin Schiefer ist Mitarbeiterin der Austrian Film Commission, betreut deren Website und ist Autorin des Buches „Filmgespräche zum österreichischen Kino“, das im Juni 2012 erscheint.

Film

Foto: Les films du losange



Jean-Louis Trintignant als »Georges«

die ältere Generation, die sich verabschiedet und die verabschiedet wird, weil sich die Welt um sie herum so verändert, daß sie mit ihr wenig anfangen kann. Ich kann natürlich nur einen Film über die Generation machen, die ich kenne. Es ist ein Problem, das jeden irgendwann ereilt, sei es durch die Eltern, sei es durch einen selber. Unsere Gesellschaft ist so organisiert, daß man, wenn man nicht gerade ein Millionär ist und sich häusliche Pflege leisten kann, im Falle eines gravierenden Handicaps gezwungen ist, sich von seinem Heim und der gewohnten Umgebung, die einem Sicherheit gibt, zu trennen und das ist ein furchtbarer Prozeß, der Alptraum jedes Menschen.

Es gibt eine schöne Szene am Küchentisch, wo Anne nach den Fotoalben fragt und sich der Vergangenheit zuwendet, während Georges weiter ißt und gleichzeitig in der Gegenwart bleibt. Amour konfrontiert nicht nur die Generationen miteinander, sondern auch die Zeiten.

Michael Haneke: Ich gehe ja nicht mit einem Konzept an einen Film heran, um einen Film über ein bestimmtes Thema zu machen. Es sind persönliche Erfahrungen oder Figuren oder Personenkonstellationen, die mich interessieren. Journalisten müssen die Sachen auf den Punkt bringen und dabei griffig formulieren, aber Kunst findet anders statt. Griffige Formulierungen sind meist eine Verflachung, weil es gar nicht anders geht. Sobald eine Sache auf den Begriff gebracht ist, ist sie künstlerisch tot. Dann lebt nichts mehr und man braucht sich den Film gar nicht mehr anzuschauen. Das ist immer das Problem zwischen der künstlerischen Äußerung und einem Bericht darüber. Wenn man einen

Foto: Les films du losange



Emmanuelle Riva als »Anne«

Film ohne Vorwissen sieht, ist er wesentlich widersprüchlicher und komplexer. Es geht in Amour um tausend Sachen und sobald ich eine hervorhebe, reduziere ich die anderen. Natürlich sind diese Beobachtungen Teil meiner Überlegungen, aber ich habe mir nie vorgenommen, nur über ein konkretes Thema einen Film zu machen. Was mich dazu geführt hat, war die Frage: „Wie geht man mit dem Leiden eines Menschen um, den man liebt?“ Das hat mich interessiert, weil ich das auch privat in der Familie erlebt habe und es mich sehr bewegt hat. So begann ich darüber nachzudenken. Und dann fallen einem aus der Erinnerung oder in der Phantasie Dinge ein. So entstehen Situationen und aus denen entstehen Szenen und die haben eine Bedeutung. Auch bei „Das weiße Band“ habe ich mir nicht gesagt: „Jetzt will ich einen Film über Erziehung und Faschismus machen“. Am Beginn stand die Idee von mir, einen Film über einen Kinderchor im Norden zu machen. Aus den Gedanken dazu ergibt sich dann Verschiedenes. Das Thema ist aber nie der Ausgangspunkt meiner künstlerischen

Arbeit. Da fiel mir nichts mehr ein, wenn sofort klar wäre, was ich erzählen will.

Türen und Fenster – offen oder geschlossen –, Schwellen zwischen Innen und Außen sind allgegenwärtig. Raumtechnisch ist Amour – vom Beginn abgesehen – ein Kammerspiel. Können Sie etwas über die Konzeption dieser Wohnung sagen?

Michael Haneke: Die ersten beiden Szenen spielen im Théâtre des Champs-Élysées in Paris, dann gibt es noch die Szene im Bus, nach diesen drei Eingangssequenzen spielt alles im Studio. Die Dreharbeiten haben zur Gänze in Frankreich stattgefunden, die Stu-

dios lagen etwas außerhalb von Paris. Dann galt es noch, die Ausblicke aus den Fenstern zu drehen, z.B. mit wehenden Vorhängen, was natürlich sehr kompliziert war, um es auch glaubwürdig darzustellen.

Sehr augenscheinlich ist an diesem Innendreh ein sehr konsequentes Farbkonzept. Warum?

Michael Haneke: Die Leute haben Geschmack und sind geschmackvoll eingerichtet. Der Grundriß dieser Wohnung ist der Grundriß der Wohnung meiner Eltern? Sie ist natürlich in einem französischen Einrichtungsstil nachgebaut – entspricht aber ziemlich genau der Geografie der elterlichen Wohnung. Das erleichtert den Zugang. Wenn man sich dazu etwas überlegt, dann fällt einem viel ein. Das Farbkonzept ergab sich durch die nachgebaute Bibliothek: Von ihr ausgehend haben wir versucht, die Wohnung mit Geschmack einzurichten, ohne daß nun die Farbigekeit mehr zu bedeuten hätte. Ich wollte eine geschmackvolle Wohnung im Stil

Film

einer Generation – es gibt Möbel aus den 50er-Jahren, eine Stereoanlage, die aus Elementen aus den 60er-Jahren und einem DVD-Player, der aus den 2000-er Jahren stammt, zusammengemixt ist. Wir haben uns sehr genau überlegt, wie diese Wohnung im Laufe der vielen Jahre zustande gekommen ist. Auf jeden Fall sollte sie nach Leben ausschauen und nicht nach Studio. Das ist eines vom Schwierigsten, im Studio eine Wohnung zu bauen, die nach Leben und nicht nach Dekoration ausschaut.

Wie kam es zur Zusammensetzung des Casts in Amour?

Michael Haneke: So, wie ich „Caché“ für Daniel Auteuil geschrieben habe, habe ich diese Rolle für Jean-Louis Trintignant geschrieben, weil ich ihn immer bewundert habe und mit ihm arbeiten wollte. Das war mit ein Grund, mir einen Film über alte Menschen auszudenken. Isabelle Huppert für die Rolle der Tochter lag auf der Hand: Sie passte genau vom Alter her und wenn man will, kann man zwischen ihr und Emmanuelle Riva eine entfernte Ähnlichkeit entdecken. Emmanuelle Riva kannte ich natürlich von „Hiroshima, mon amour“ – ein Film, der mich sehr beeinflusst hat –, wo ich sie immer grandios fand. Dann hat sie aber keine großen Rollen mehr fürs Kino gespielt. Ich hatte mir von Beginn an Emmanuelle Riva für diese Rolle vorgestellt, wußte aber nicht, ob es funktionieren würde. Das Casting in Frankreich war dann klar überzeugend und ich finde, daß sie auch ein sehr schönes Paar sind.

Sie haben mit Jean-Louis Trintignant eine große Persönlichkeit des französischen Kinos nach einer sehr langen Pause wieder vor die Kamera geholt. Ließ er sich leicht dazu überreden? Emmanuelle Riva wird dem Realismus, den sie für diese Rolle einfordern, in großartiger Weise gerecht. Wie haben Sie mit Ihren beiden Hauptdarstellern gearbeitet?

Michael Haneke: Jean-Louis Trintignant hatte „Das weiße Band“ gesehen und war so begeistert, daß er gerne bereit war, daß wir gemeinsam arbeiten. Es war ein Vergnügen zu sehen, wie er sich etwas einprägt und zu erleben, welche Tiefe er hat. Dazu kommt, daß er ein besonders lebenswürdiger Mensch ist, den beim Dreh alle geliebt haben. Es war eine aufregende Sache, mit diesen beiden alten Menschen zu drehen, denen es zum Teil physisch nicht so gut geht und zu sehen,

mit welcher Disziplin sie an der Arbeit sind und mit welcher Souveränität sie diese erledigten. Von Emmanuelle Riva waren wir alle sehr beeindruckt, denn es war ja auch eine gefährliche Rolle. Jede Art von Handicap zu spielen ist sehr dankbar, wenn es gut gemacht ist und birgt gleichzeitig die Riesengefahr, daß es schlecht wird. So war es auch bei der Rolle der Anne. Einerseits mußte man ihr diese Lähmung abnehmen, andererseits war es auch sehr wichtig, glaubhaft zu machen, daß sie eine Dame mit Format und eine Frau mit Autorität ist, die Pianisten gedrillt hat. Man muß sich vor Augen halten, daß sie 84 war und sie hat sich mit eisernem Willen und einer besonderen Verantwortung der Rolle gegenüber, die sie immer wieder betont hat, eingebracht. Ein lustiger Zufall ist nun, daß ihr erster Film überhaupt und auch ihr erster Film in Cannes „Hiroshima, mon amour“ war und sie nun wieder mit einem Film in Cannes ist, der „Amour“ im Titel trägt.

Sie haben auch diesmal wieder eine Rahmenhandlung gewählt. Warum greifen Sie gerne auf dieses erzählerische Element zurück?

Michael Haneke: Es ist ein effizientes narratives Mittel, das einen Spannungsbogen aufreißt. Es hat sich hier angeboten. Bei dieser Geschichte kann man sich ja ausrechnen, daß es nicht mit Happy End ausgeht. Warum soll ich mit der Ungewißheit des Ausgangs spielen? Wenn der Tod von Anfang an eine Gewißheit ist, dann fällt dieser falsche Spannungsbogen weg, der unnötig ist. So etwas gibt der Geschichte einen anderen Drall.

Sie lassen in dieser Erzählung Realität und Realismus, Traum und Erinnerung nahtlos ineinander verfließen...

Michael Haneke: ... wie im Leben auch.

Mit der Taube taucht etwas überraschend Symbolhaftes in Ihrem Kino auf?

Michael Haneke: Nehmen Sie die Taube doch einfach als Taube. In sie kann man hineininterpretieren, was man will. Ich würde es nicht als Symbol bezeichnen. Ich habe mit Symbolen meine Schwierigkeiten, weil sie immer etwas bedeuten. Ich weiß nicht, was die Taube bedeutet. Ich glaube, ich weiß nur, daß die Taube kommt. Die symbolisiert vielleicht für ihn und für den einzelnen Zuschauer etwas, wenn er will, für mich symbolisiert sie nichts. Mit mehrdeutigen Dingen muß man vorsichtig umgehen, vor allem muß man mehrdeutig damit umgehen. Ich hab so etwas des öfteren schon gehabt. Denken Sie an „71 Fragmente einer Chronologie des Zufalls“, da hört man immer wieder Bach-Choräle aus einem Radio, das könnte man auch als Metapher betrachten, als ein Angebot, darin mehr zu sehen, als es ist. Man muß aber nicht. In Paris gibt es viele Tauben.

Vielen Dank für dieses Gespräch!
<http://www.AustrianFilm.Com>

Das „Österreichischer Journal“ dankt Karin Schindler und der Austrian Film Commission dafür, daß wir Ihnen dieses Interview zur Lektüre anbieten konnten. *Die Redaktion.*

Filmgespräche zum österreichischen Kino

Das Buch Filmgespräche zum österreichischen Kino spannt in 27 ausführlichen Interviews von Nikolaus Geyrhalters „Elsewhere“ (2001) bis Karl Markovics’ „Atmen“ (2011) einen zeitlichen wie inhaltlichen Bogen durchs österreichische Filmschaffen der letzten zehn Jahre. Die Autorin Karin Schiefer hat diese Auswahl aus einer Sammlung von rund 150 Gesprächen mit österreichischen Filmschaffenden zusammengestellt, die im Zuge ihrer langjährigen Tätigkeit für die Austrian Film Commission entstanden sind. Der Fotograf Lukas Beck hat die 27 RegisseurInnen porträtiert. Der Inhalt des Buches umfaßt Gespräche zu 16 Spielfilmen, zehn Dokumentarfilmen und einem Kurzfilm, die im Zeitraum von 2001 bis 2011 entstanden sind.



Karin Schiefer
Filmgespräche zum österreichischen Kino
Mit Fotos von Lukas Beck
Broschur, 224 Seiten, 28 Euro
SYNEMA-Publikationen (Wien) 2012
ISBN 978-3-901644-46-7

Blickle Kino eröffnet

Das Kino im 21er Haus erhielt sein ursprüngliches Erscheinungsbild wieder und präsentiert sich mit einem neuen Programm und modernster Technik.



Foto: Belvedere Wien

Im Zuge der Renovierung wurde der ursprünglich grüne Linoleumboden freigelegt und die Originaloberfläche der Innenverkleidung wiederhergestellt. Die 117 Plätze umfassende Bestuhlung wurde mit originalgetreu nachgewobenem Soff bezogen.

Kunst und Kino werden häufig als separate Disziplinen betrachtet. Mit dem Blickle Kino wollen wir zeigen, was für einen zentralen Stellenwert Film- und Videoarbeiten in der zeitgenössischen Kunst mittlerweile einnehmen. Da das Kino den neuesten technischen Standards entspricht, bieten wir den Künstlern die Möglichkeit, ihre Arbeiten unter jenen Bedingungen zu zeigen, die diesen angemessen sind“, so faßt Belvedere-Direktorin Agnes Husslein-Arco die Programmatik des neuen Blickle Kinos zusammen.

Mit 2. Mai wurde diese Konzeption Realität: Nach viermonatigen Renovierungsarbeiten zeigt sich der denkmalgeschützte Kinosaal originalgetreu saniert und mit technischen Neuerungen wie analogen und digitalen Filmprojektoren, einer zeitgemäßen Audioanlage, einem neuen Brandmeldesystem, einer Klimaanlage und einem modernen Beleuchtungssystem versehen.

Besonderes Augenmerk der Programmarbeit wird auf der zeitgenössischen österreichischen Film- und Videokunst liegen, ohne jedoch den internationalen Kontext aus den Augen zu verlieren. Als Kooperationspartne-

rin konnte die renommierte Ursula Blickle-Stiftung gewonnen werden. Die Stiftung der gebürtigen Wienerin, die lange Zeit in São Paulo gelebt hat und immer wieder nach Wien zurückkehrt, um hier interessante und wichtige Projekte zu initiieren, widmet sich international seit 1991 der Förderung der jungen Kunst. Einer der inhaltlichen Schwerpunkte liegt dabei auf Film- und Videokunst. Dazu Husslein-Arco: „Wer wäre ein besserer Partner gewesen als Ursula Blickle? Wien lag und liegt ihr wirklich am Herzen. Die Blickle-Stiftung setzt sich mit verschiedenen internationalen Partnern intensiv mit dem Bewegtbild in der Kunst auseinander und hat sich dabei auf das heimische Videoschaffen konzentriert, ohne die relevanten internationalen Positionen außen vor zu lassen. Da unsere Programmarbeit auch darauf abzielt, Verbindungen zwischen Kunst und Kino aufzudecken, hätten wir uns keine idealere Partnerin wünschen können.“

Ab Sommer wird die Auseinandersetzung zwischen Kunst und Bewegtbild in wechselnden monatlichen Formaten vertieft: In den Blickle Series wird die Verbindung von Kunst und Kino in all ihren Facetten thema-

tisiert werden, während eine mit dem Wochenmagazin „profil“ kuratierte Reihe aktuelle Experimental- und Avantgardefilme zum Schwerpunkt haben wird, die für das zeitgenössische Kunstschaffen relevant sind. Zusätzlich werden zukünftige Ausstellungen im 21er Haus das Kino als erweiterten Ausstellungsraum miteinbeziehen und mit einem begleitenden filmischen Rahmenprogramm aufwarten.

Mit dem Blickle Kino erhält Wien zusätzlich zum Filmcasino ein weiteres Kino im Originalstil der 1950er-Jahre. Das 21er Haus, ursprünglich von Karl Schwanzer als Österreich-Pavillon für die Weltausstellung 1958 in Brüssel entstanden, beherbergte bereits zu Zeiten der EXPO den ebenfalls von Schwanzer entworfenen Kinosaal. Im Zuge der Renovierung wurde der ursprünglich grüne Linoleumboden freigelegt und die Originaloberfläche der Innenverkleidung wiederhergestellt. Auch die 117 Plätze umfassende Bestuhlung – für die Schwanzer 1958 einen eigenen Klappsesseltyp entworfen hatte – wurde mit einem originalgetreu nachgewobenen Stoff neu bezogen. ■

<http://www.21erhaus.at/de/blickle-kino>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **54. Folge** portraitiert er

Hans J. Salter

Komponist

Hans Julius Salter wurde am 14. Jänner 1896 in Wien in eher prekären familiären Verhältnissen geboren. Über seine Schulbildung ist nichts bekannt, er offenbarte früh eine strikte Hinwendung zur Musik, sein Entrée in die gewünschte musikalische Karriere wird in einer Reihe deutsch- und englischsprachiger Kurzbiografien divergierend dargestellt. Zutreffende Fakten sind, daß er im Alter von 17 Jahren Klavierunterricht erhielt, den er sich mit Nachhilfestunden für Schüler und Studenten selbst finanzierte. Er nahm nach dem Militärdienst im Ersten Weltkrieg Unterricht bei dem Dirigenten Felix von Weingartner, kurzzeitig auch bei Alban Berg und erwarb durch Kompositionsstudien bei Franz Schreker Fertigkeiten auf dem Gebiet der Orchestrierung. Salter begann in Wien und angrenzenden Vororten als Dirigent und Kapellmeister kleiner Musiktheater, schließlich als Korrepetitor und assistierender Dirigent an der Wiener Volksoper. Ab 1922 kam er erstmals mit dem Film in Kontakt, als er in Wiener Kinos die Leitung von Begleitorchestern bei der Vorführung von Stummfilmoperetten übernahm. Dies war zu diesem Zeitpunkt ein herausragendes Experiment und im Rahmen des Mediums ein erster Schritt auf dem Weg zur späteren Synchronisation von Bild und Ton.

Salter sah in der wachsenden deutschen Filmindustrie bessere Möglichkeiten seinem Berufsziel nahezukommen, 1924 übersiedelte er deshalb nach Berlin. Es gelang ihm nach Anfangsschwierigkeiten als Probepianist an einer Operettenbühne unterzukommen, er übernahm die Stelle eines Organisten an einem großen Filmtheater und leitete in Folge dessen Hausorchester für die Einspielung von Filmbegleitmusik. Seine Erfolge in diesem Feld eröffneten ihm weitere Angebote, 1928 holte ihn Werner Schmidt-Boelcke an das zum Emelka-Konzern gehörige Capitol-Lichtspielhaus, im November desselben Jahres verpflichtete ihn die UFA als Conductor, Arrangeur, Kompilator und Komponist von Begleituntermalung an das damals größte Kino Deutschlands, den UFA-Palast am Zoo. Das Aufkommen des Tons und die vermehrte Produktion von Filmen

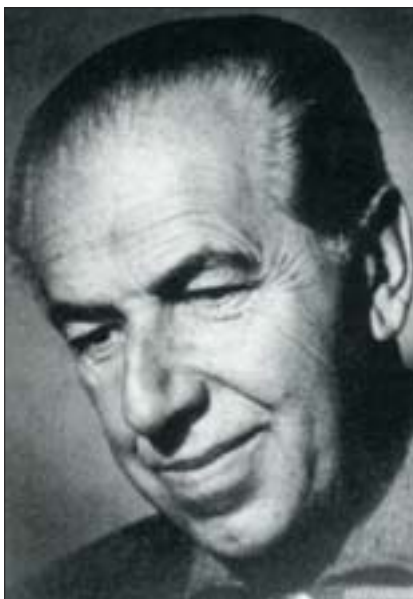


Foto: Filmarchiv Austria

Hans J. Salter

mit musikalischem Hintergrund eröffneten jungen aufstrebenden Musikern weitere vielfältige Möglichkeiten. Salter dirigierte nun die Orchester nicht mehr im Kino, sondern im Filmatelier, ab 1930 faßte er Fuß beim Film, nachdem er allein oder zusammen mit Kollegen, Walter Kollo, Artur Guttman, Walter Jurmann und Stefan Weiß, die Musik zu mehreren Komödien schrieb. Der Machtantritt der Nazis 1933 erzwang die Rückkehr des jüdischen Künstlers nach Wien, die auf Österreich zukommende Gefahr erkennend, entschied er sich 1937 für die Emigration in die Vereinigten Staaten, wobei für ihn feststand, dass nur Hollywood das einzige opportune Ziel sein konnte.

Kontakte aus früheren Tagen zu Henry Koster (Hermann Kosterlitz) und Joe Pasternak führten nach Gelegenheitsarbeiten und Kleinaufträgen 1939 zum langjährigen Engagement als Musikdirektor und Komponist bei Universal Pictures. Die 1912 vom deutschen Auswanderer Carl Laemmle gegründete Company hatte stets eine besondere Beziehung zu europäischen Immigranten, die nach 1933 auch in der Aufnahme von Nazi-Flüchtlingen erkennbar wurde. Mit dem Leiter des Music Departments Charles Previn und dem Partner Frank Skinner

gehörte Salter bis 1947 zu den Schlüsselfiguren der Sound-Gestaltung des weitgehend auf Massenware und B-Pictures orientierten Studios, das jährlich an die 70 Filme in allen Genres produzierte. Der Wiener komponierte an die 100 Partituren, orchestrierte, dirigierte und lieferte unter harten Arbeitsbedingungen in Fließband-Manier mehr als doppelt so viele Beiträge für Melodramen, Western, Adventures und Mysteries (häufig ohne „credit“), bei denen die Musik oftmals höher rangierte als der Film. Seine Innovationen prägten das musikalische Profil Universals und trugen dazu bei, dass eine Reihe von Leinwandprodukten zu Hollywoods notablen Prunkstücken mit Kultstatus zählen, darunter Fritz Langs mit einem reichhaltigen Score ausgestatteter Film noir „Scarlet Street“ („Straße der Versuchung“, 1945), Frank Borzages biografisches Epos „Magnificent Doll“ (1946), Anthony Manns überdurchschnittlicher Western „Bend of the River“ („Meuterei am Schlangenfluß“, 1951) und Robert Aldrichs Melodram „Autumn Leaves“ („Herbststürme“, 1956).

Musik ist stets eine gewichtige Ingredienz nervenaufreibender Horror-Movies. In den 40er-Jahren gerieten Salters atmosphärisch beeindruckende Kreationen zum Vorbild aller in dieser Sparte tätigen Komponisten, sein charakteristisches Scoring im Duo mit Frank Skinner zu Meisterwerken und Klassikern wie „The Invisible Man Returns“ („Die Rückkehr des Unsichtbaren“, 1940), „The Wolf Man“ („Der Wolfsmensch“, 1941) und der „B“-Horror Science Fiction Film „Man Made Monster“ (1941) mit Lon Chaney Jr.'s erstem Auftritt im Rahmen des Genres, vor allem aber ab 1942 die „Frankenstein“-Serie, stempelten ihn zum „Master of Terror and Suspense“. Als Musikdirektor verantwortete er u. a. die Playback-Synchronisationen von Deanna Durbin-Musicals wie Pasternaks und Kisters „Spring Parade“ (1940, Remake des 1934 in Wien gedrehten Géza von Bolváry-Films „Frühjahrsparade“) mit drei Songs von Robert Stolz¹⁾ und „It Started with Eve“ (1941) sowie Elisabeth Bergners einzigen Hollywoodfilm „Paris Calling“ (1941).

Serie »Österreicher in Hollywood«

Zur damaligen Zeit waren Soundtrack-Alben noch kein Thema für Vermarktungsstrategien. Aufgrund der zweifelhaften Praxis bei Universal, Material abgedrehter Streifen dem Abfall zu überantworten um Platz für neue Files zu schaffen, ging ein erheblicher Teil des Oeuvres Hans J. Salters verloren. Das Studio veranlaßte allerdings später von seinen Kompositionen die Anlage einer Bibliothek, aus der im Bedarfsfall auf „stock music“ für Filme, Filmserials und TV-Episoden in den verschiedensten Belangen, üppige Strings für romantische Sequenzen, Cues für mysteriöse Effekte sowie Brass und Perkussion für Verfolgungsszenen, zurückgegriffen werden konnte.

Ab 1948 übernahm Salter auch Kompositionsaufträge bei anderen Großstudios, United Artists, Columbia, MGM, Paramount und Fox sowie einigen kleineren Produktionsfirmen, Allied Artists, Admiral, James Nasser, Mirisch und King Brothers. 1950 kehrte er unter der Aegide Joseph Gershensons weitgehend zu Universal zurück. Gegen Ende der 50er-Jahre weitete sich seine Arbeit mit Beiträgen zu Episoden von Serien wie „Laramie“, „Wichita Town“, „The Alaskans“, „The Virginian“, „Lost in Space“ und „Maya“ auf die Television aus. Mitte der 60er-Jahre, als die großen Orchester zunehmend durch kleinere Ensembles ersetzt wurden und die Filmmusik einem tiefgreifenden Stilwandel unterlag, zog sich Hans J. Salter aus dem Metier zurück, blieb jedoch zuletzt noch für das Konzertpublikum kompositorisch tätig. Aus seiner Feder stammen ein Klaviertrio, Kammermusik und eine Orchestersuite. Es stimmte ihn wehmütig, daß seine Konzertmusik durch die Arbeit für den Film in den Hintergrund geraten war. 1987 und 1989 lieferte er für zwei Dokumentationen des Regisseurs Tony Thomas, „The West That Never Was“ und „Budd Boetticher: One on One“ (ein Interview) letzte Scores.

Gemessen an der Zahl seiner Filme gehört Hans J. Salter zu den produktivsten und meistbeschäftigten Musikschöpfern der Traumfabrik, mit einer reichen Palette musikalischer Formen und Stilvarianten wohl auch in die vorderste Reihe der Hollywood-Filmkomponisten, wenngleich er nie die Bekanntheit anderer renommierter Kollegen erreichte. Sechs „Oscar“-Nominierungen in den Jahren 1943-1946 würdigten sein Werk, die prestigeträchtige Auszeichnung blieb ihm aber versagt. Seine Filmillustrationen erlebten vor dem Ende seines Lebens durch die Edition von Tonträgern (Alben und CDs) ein erneutes Interesse seitens von Cineasten und



Foto: Archiv Ulrich

In den 40er-Jahren avancierte H.J. Salter zum Spezialisten für Horror-Partituren, Kritiker bezeichneten ihn als »the man who brought harmony to the House of Frankenstein«.

Sammlern. Hans Julius Salter, ein Perfektionist, der stets empfand, daß die Wiener Herkunft sein Schaffen beeinflusste, seit 1942 US-Bürger, von der Society of Horror, Science Fiction and Fantasy Films 1982 und der Society for the Preservation of Film Music mit dem Lifetime Achievement ausge-



Cover zur CD mit B-Movie Music des Duos Salter-Skinner, aufgenommen 1995 im Rahmen der Marco Polo Classic Film Score Series.

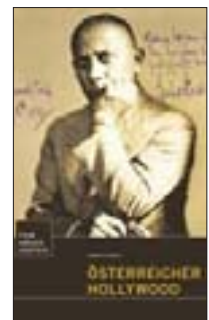
zeichnet sowie 1993 von der Viennale mit einem Tribut bedacht, einer der letzten Überlebenden aus Hollywoods „Golden Age“, starb am 23. Juli 1994 98-jährig in seinem Haus in Studio City im San Fernando Valley. Die Bestattung erfolgte im Hollywood Memorial Park (heute Hollywood Forever Cemetery) am Santa Monica Boulevard, einem der faszinierendsten Landmarks im Hollywood-Distrikt von Los Angeles. ■

¹⁾ Robert Stolz erhielt für den Song „Waltzing in the Cloud“ seine erste von zwei Oscar-Nominierungen.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>



Die Besten Österreichischen Sommer-Bergbahnen

Sommer-Bergbahnen starten mit Gletscher-Erlebnissen, coolen Alpen-Achterbahnen und Mountainbike-Action in den Berg-Sommer 2012



Foto: Kaprun - Kitzsteinhorn

Das Kitzsteinhorn mit der Gipfelwelt 3000 auf 3029 Meter Seehöhe direkt am Nationalpark Hohe Tauern.

Die Besten Österreichischen Sommer-Bergbahnen – der Zusammenschluß von 41 streng geprüften Seilbahnunternehmen in ganz Österreich – versprechen totale Berg-Sommer-Vielfalt: spektakuläre Gletscher-Erlebnisse, coole Alpen-Achterbahnen, actionreiche Mountainbike-Parks inklusive der Mountainbike-WM 2012 und Family-Berg-Vergnügen, ob Hexenwasser oder Sommer-Schneewelt.

Vorbei ist die Zeit, in der die Seilbahnen, die im Winter die Skifahrer auf den Berg brachten, im Sommer einfach nur bequemen Wanderern den Aufstieg ersparten. Wer heute in eine der modernen Gondel- oder Kabinenbahnen steigt, macht das, um oben am Berg das zu erleben, was im Tal nicht möglich ist. Am eindrucksvollsten ist der Kontrast, wenn es aus den sommerlich-warmen Talschaften hinauf in hochalpine Gletscherwelten geht. Fünf österreichische Gletscher bieten genau diese sommerlich-exotischen Naturerlebnisse. Eispaläste laden ein, ins kalte Innere der Gletscher vorzudringen. Kids sind von der Möglichkeit, im Sommer im

Schnee zu spielen, begeistert. Einen Dreitausender zu erklimmen wird, professionell geführt, zur kurzen Bergtour. Und Aussichtsplattformen versprechen Natur-Kino ganz ohne jede Kintotechnik.

Spektakuläre Tempo-Erlebnisse

Sichere wie spektakuläre Tempo-Erlebnisse ermöglichen Sommerrodelbahnen einer neuen Generation. Echt cool geht es etwa mit dem Osttiroler in Lienz oder dem Pendolino am Nassfeld ins Tal. Gaudi garantiert der Pistenflitzer auf der Gerlitzen Alpe. Und der Fisser-Flieger in Fiss ist eine besonders dynamische Möglichkeit talwärts zu sausen. Eine Welt voll Action und Dynamik versprechen Mountainbike-Parks der örtlichen Bergbahnen, etwa in Leogang oder Wagrain. Leogang ist heuer überdies Austragungsort der Mountainbike-WM (29. Aug. - 9. Sept. 2012).

Familien-Berg-Erlebnisse sind der große Hit

Ur-fad & total langweilig ... – Kinder auf die Berge zu bringen braucht gute, ja sehr

gute Argumente. Genau das versprechen die Besten Österreichischen Sommer-Bergbahnen. Zauberfrosch Ellmi etwa, Drache Schmoldin und AlmZeit-Hase Nocky gelingt, was Eltern oft alleine nicht schaffen: die Kids zu begeisterten Bergfexen zu machen, die unbedingt wieder „hinauf“ wollen. Der Mini-Hochseilgarten im Alpbacher „Lauserland“, der „Elebnisweg Holzknichtland“ in Mariazell, „Airofan“ als spektakuläres Fluggerät des Rofan am Achensee oder das Hexenwasser in Söll und die Sommer-Schneewelt in Fiss, ziehen die Kleinen geradezu magisch an. Die Kids sind begeistert und spielerisch wird ihr Interesse für Natur und Bergwelt geweckt.

Die Gletscher-Erlebnisse

- Dachstein – mit „Eispalast“, „Sky Walk“-Aussichtsplattform u.v.m.
- Hintertuxer Gletscher – mit Natur-Eispalast, Tubingbahn im Gletscherschnee, Schneereifenkarussell u.v.m.
- Kitzsteinhorn – Gipfelwelt 3000 mit Nationalpark Gallery, zwei spektakulären Pano-

ÖJ-Reisetip

- ramaplattformen, Kids-Ice-Arena u.v.m.
- Stubaier Gletscher – mit imposanter Gipfelplattform auf 3.210 m u.v.m. Neu als Ort der hochalpinen Besinnung erwartet die „Kapelle Schaufeljoch“ auf 3150 m die Gäste der Stubaier Gletscherwelt
- Zugspitze – mit der Tiroler Zugspitzbahn bequem auf Deutschlands höchsten Berg

Die Alpen-Achterbahnen & Sommerrodelbahnen

- Timkos Alm-Coaster – 1160 m lange Sommer- & Winterrodelbahn in Fieberbrunn
- Fisser Flitzer – 2,2 km lange Sommerrodelbahn in Fiss
- „Hexenexpress“ – die Rodelbahn am Schöckl bei Graz
- Leo-Klang – die neue Leoganger Sommerrodelbahn
- Osttirodler – Alpenachterbahn am Hochstein in Lienz
- Pendolino – die Sommerrodelbahn am Nassfeld
- Nocky Flitzer – spektakuläre Nockberge-Alpen-Achterbahn mit Start auf 2000 m auf der Turracher Höhe

Die Mountainbike-Highlights

- Mountainbike-Park Leogang. Leogang ist Austragungsort der Mountainbike-WM 2012 (29. Aug. - 9. Sept. 2012)
- Mountainbike-Action am Penken in Mayrhofen im Zillertal u.a. mit den beiden Singletrails „Himmelfahrt“ und „Höllentritt“
- Big-5-Bike-Challenge mit 400 km Mountainbikestrecken in Saalbach, Hinterglemm und Leogang
- Mountainbike-Park Wagrain bei der Seilbahn „Flying Mozart“

Die Family-Berg-Angebote

- Alpbacher „Lauserland“ mit neuem Mini-Hochseilgarten u.v.m.
- Bergerlebnisse auf den Spuren des „Zauberfrosches Ellmi“ in Ellmau
- Fisser Family-Vielfalt mit Fisser Flieger, Skyswing, Sommer-Schneewelt, Tubingbahn, Sprungturm u.v.m. in Fiss
- Sommer-Funpark auf der Gerlitz Alpe mit Pistenflitzer, Mini-Karts und Bungee-Trampolin
- „Erlebniswelt Holzknechtland“ in Mariazell
- Goldwaschen in Rauris
- „Airrofan“ – keine Airline, sondern ein spektakuläres Fluggerät am Rofan am Achensee
- „Montelino's“-Erlebnispfad mit 13 Spiel-



Foto: Lienzer Bergbahnen

Die Sommerrodelbahn »Osttirodler« in Lienz in Osttirol.



Foto: Bergbahnen Turracher Höhe

Die Alpen-Achterbahn Nocky-Flitzer auf der Turracher Höhe

stationen und neu mit Gipfel-Spielplatz am Zwölferkogel in Saalbach-Hinterglemm

- „Geisterberg“-Familien-Erlebniswelt in St. Johann/Alpendorf
- Hexenwasser in Söll – mit dem längsten Barfußweg Österreichs u.v.m.
- Nocky's AlmZeit – Kindererlebniswelt auf 2000 m auf der Turracher Höhe
- „Wagrains Grafenberg“ – 30 Abenteuerstationen auf einem Rundweg, der sogar kinderwagengerecht ist, in Wagrain
- „Schmidolin“ – der freundliche Drache wartet auf der Schmittenhöhe in Zell am See

41 Themenberge in ganz Österreich

Die Besten Österreichischen Sommer-Bergbahnen bilden seit 2001 eine bis heute in den Alpen einzigartige Initiative für herausragende Berg-Erlebnisse mit Qualitätsgarantie.

Die 41 Themenberge vereint, daß sie den Sommer am Berg einzigartig erlebnisreich und mit einem Qualitätsversprechen versehen gestalten. Daher bieten alle 41 Themenberge streng geprüfte Angebote in zumindest einer der vier verschiedenen Erlebnis-Spezialisierungen Abenteuer, Family, Genuß und Panorama & Naturerlebnis. ■

<http://www.sommer-bergbahnen.at>

Mit dem Kulturschiff von Passau nach Linz

Überraschender, abwechslungsreicher und unterhaltsamer kann eine Wochenendreise in den Frühling kaum sein!



Foto: TV Linz

Mit dem Kulturschiff von Passau nach Linz: Donau-Panorama in Linz mit dem Lentos Kunstmuseum direkt am Strom.

An einem Tag in Passau italienisches Flair genießen, am nächsten Tag die oberösterreichische Kulturmetropole Linz entdecken. Dazwischen ist der Weg das Ziel: die Schiffsreise von der einen Donaustadt in die andere – durch eine der schönsten Flusslandschaften Europas.

Linz, Europas Kulturhauptstadt 2009, ist heute der Leuchtturm im Meer der kulturellen Vielfalt Österreichs. Musikfans erwarten in Linz in diesem Jahr neben dem Brassfestival (22. bis 23. Juni) und dem Brucknerfest (9. bis 30. September) mit seinen Klangwolken auch vier Konzerthighlights „Klassik am Dom“: José Carreras (24. Juni) oder Elina Garanca (12. Juli) sowie Jonas Kaufmann (14. Juli) und Katie Melua (20. Juli).

Linz: Sinnesrausch und Experimente

Im Jahr 2012 präsentiert sich Linz unter dem Motto „Technik und Architektur“. Dazu gibt es die einzigartige Schau „Porsche – Design, Mythos, Innovation“ (22. Juni bis 18. November) und andere Ausstellungen, wie die bis Anfang Juli im Lentos Kunstmuseum beheimatete Ausstellung „Car Culture“, wo das Auto als Skulptur staunen läßt.

Im OÖ Kulturquartier lädt der Sinnesrausch Groß und Klein zum Experimentieren und Spielen ein und verbindet experimen-

tierfreudige Regionalkunst mit internationalen Kultur-Highlights. Technik-Geschichte zum Anfassen ist im Schloßmuseum zu sehen. Den Blick in die Zukunft unserer Lebenswelt eröffnet das auch architektonisch spektakuläre Ars Electronica Center.

Einen spannenden Kontrast dazu bietet die niederbayerische Dreiflüssestadt Passau. Aus vielen guten Gründen ist die niederbayerische Metropole heute eine der größten und meistbesuchten Touristenattraktionen Bayerns. Donau, Ilz und Inn vereinen sich hier und prägen das Gesicht der Stadt. Passau ist die Perle an Europas zweitlängstem Fluß, mit großer Geschichte, italienischem Flair, barockem Ambiente und heiterer Atmosphäre.

Passau: Europäische Kultur vor barocker Kulisse

Passau verwöhnt Musikliebhaber mit dem Klang der größten Dom-Orgel der Welt und begeistert mit seiner beispiellos schönen Altstadt mit 180 denkmalgeschützten Häusern. Glanzvolle Höhepunkte in diesem Jahr sind der 60. Geburtstag des international renommierten Musik- und Kulturfestivals „Europäische Wochen“ (29. Juni bis 29. Juli) sowie die Jubiläums-Feierlichkeiten zu 350 Jahre Barockstadt Passau mit einem

großen Barockfest (31. August bis 2. September).

Aus der barocken Vielfalt der Dreiflüssestadt Passau in das sprudelnde Kulturleben von Linz: Fünf Stunden dauert es, um mit dem Schiff zwischen den Welten der beiden so unterschiedlichen Donaustädte zu wechseln, eine Stunde mit dem Auto oder der Bahn. Dazwischen liegt die rund 80 Kilometer lange Fahrt durch eine der schönsten Flussregionen auf dem Kontinent, vorbei an Ufern, die Geschichten erzählen. Den Titel „Straße der Kaiser und Könige“ trägt die Donau noch heute. Viele gekrönte Häupter haben hier an den Flussufern Spuren hinterlassen.

Das beeindruckende Panorama des Oberen Donautals mit seinen Burgen, Stiften und die Fahrt durch die spektakuläre Schlägener Schlinge machen diese „Kreuzfahrt der Sinne“ zu einem unvergleichlichen Erlebnis. Neu in diesem Jahr ist das seit 27. April verkehrende Kulturschiff, das 2012 erstmals Passau und Linz täglich (außer Montag) in beide Richtungen verbindet. Linz empfängt die Passagiere des Kulturschiffs übrigens mit einem besonderen Angebot: Monatlich wechselnd ist das Schiffsticket zugleich Eintrittskarte für eines der vielen Museen der Stadt. ■

<http://www.oberoesterreich.at>

Umweltfreundlich durch Wien

Wien bietet mit seinem gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetz umweltschonende Möglichkeiten, durch die Stadt zu reisen.



Foto: Wiener Linien / Zinner

Bereits seit Herbst 2010 sorgen die Wiener Nacht-U-Bahnen für eine sichere und vor allem umweltfreundliche Heimreise.

Seit 2011 bietet die Wiener Funkzentrale 40100 mit ihrer Green-Taxi-Flotte eine umweltschonende Alternative zu herkömmlichen Taxis. Rund 150 schadstoffarme Autos mit Hybrid- oder Gas-Antrieb stehen zur Verfügung. Ein „grünes“ Taxi ist einfach zu bestellen, indem man unter „40100“ nach einem Green Taxi, Umwelt- oder Öko-Taxi fragt. Das Auto ist an der Green-Taxi-Markierung zu erkennen und kostet genauso viel wie ein normales Taxi.

<http://www.taxi40100.at>

Auch mit dem Fahrrad lässt sich Wien und sein 1200 Kilometer umfassendes Radwegenetz umweltfreundlich erkunden. Man braucht dazu nicht einmal ein eigenes Rad, sondern borgt sich eines der 1200 Citybikes aus. An über 90 verkehrsgünstig gelegenen Stationen können die Citybikes rund um die Uhr entliehen und zurückgegeben werden.

<http://www.citybikewien.at>

Wer nicht selbst strampeln, die Stadt aber dennoch ökologisch erleben will, nimmt sich ein Fahrradtaxi. Das sogenannte Faxi ist eine dreirädrige Fahrrad-Rikscha, in der zwei Passagiere Platz finden. Diese aerodynamischen Gefährte werden von der Muskelkraft des Fahrers in Bewegung gesetzt und nur bei Bedarf zusätzlich durch einen Elektromotor angetrieben. Das Faxi kann für eine Stadt-

rundfahrt vorbestellt oder auch direkt unterwegs herangewunken werden.

<http://www.faxi.at>

Bereits seit Herbst 2010 sorgen die Wiener Nacht-U-Bahnen für eine sichere und vor allem umweltfreundliche Heimreise der Nachtschwärmer. Im 15-Minuten-Takt

erschließt die 24-Stunden-U-Bahn das Wiener U-Bahn-Netz mit 101 Stationen auf allen fünf Linien. Das Angebot am Wochenende (Freitag und Samstag) und in den Nächten vor Feiertagen nutzen seit September 2010 bereits über 7 Millionen Fahrgäste.

<http://www.wienerlinien.at>



Foto: Faxi.at

Wer nicht selbst strampeln will, nimmt sich ein Fahrradtaxi